

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2008

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Helmut Bock:</i> Auftritt der Blusenmänner. Bürgerliche Revolution und soziale Empörung 1830/31 5
<i>Augusta Dimou:</i> Möglichkeiten und Grenzen des sozialistischen Ideologietransfers am Beispiel Südosteuropas 34
<i>Dieter Schiller:</i> Frauen im Umkreis der proletarisch- revolutionären Literatur 43
<i>Ottokar Luban:</i> Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919 69
<i>Sebastian Baryli:</i> Ernst Fischer und die Volksfrontpolitik 1945 bis 1948 77

Regionales

<i>Mario Hesselbarth:</i> Zur Spaltung der Sozialdemokratie in Thüringen im Frühjahr 1917 92
--	----------

Dokumentarisches

<i>Ulla Plener:</i> Der ADGB und der 1. Mai 1933 102
--	-----------

Biografisches

- Heiner Jestrabek*: Max Sievers. Freidenker, Sozialist, Antifaschist
(1887-1944) 107
- Mario Keßler*: „Hitler treibt zum Krieg“: Albert Schreiner
als Militärwissenschaftler im Exil 126
- Nina M. Muchorina*: Gelebt ist gelebt 143
- Gisela Notz*: „...und dann war es die Arbeiterjugend, die mich
geformt hat“. Frauen aus der SAJ im Deutschen Bundestag 149

Berichte

- Rainer Holz*: „Militarismus und Antimilitarismus“.
Gegen den Krieg als Mittel der Politik.
Konferenz in Leipzig anlässlich des 100. Jahrestages
des Erscheinens von Karl Liebknechts Schrift 160
- Horst Helas*: Was geblieben war: einander Briefe schreiben.
Briefwechsel aus der Zeit der Naziherrschaft 164

Buchbesprechungen

- Karl Marx/Friedrich Engels. Gesamtausgabe (MEGA). Hrsg. von
der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Vierte Abtei-
lung. Bd. 12: Exzerpte und Notizen September 1853 bis Januar 1855.
Bearb. von Manfred Neuhaus u. Claudia Reichel (*Martin Hundt*) 168
- Grüß Gott! Da bin ich wieder! Karl Marx in der Karikatur. Gesam-
melt und hrsg. von Rolf Hecker/Hans Hübner und Shunichi Kubo
(*Renate Merkel-Melis*) 169
- Ulrike Eisenberg: Vom „Nervenplexus“ zur „Seelenkraft“.
Werk und Schicksal des Berliner Neurologen Louis Jacobsohn-Lask
(1863-1940) (*Jens Thiel*) 171
- Robert Tressell: Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen
(*Hanna Behrend*) 173

Stefan Bollinger (Hrsg.): Lenin. Träumer und Realist – Sebastian Budgen/Stathis Kouvelakis/Slavoj Žižek (Hrsg.): Lenin Reloaded. Toward a Politics of Truth (<i>Marcel Bois</i>) 175
Svetlana Jebrak: Mit dem Blick nach Russland. Lydia Cederbaum (1878-1963) (<i>Hartmut Rüdiger Peter</i>) 178
Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie (<i>Gerhard Engel</i>) 180
Narihiko Ito u.a. (Hrsg.): China entdeckt Rosa Luxemburg – Narihiko Ito: Wegweiser zum Gedenken Rosa Luxemburgs – Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik – Forschungsberichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Hefte 1-5 (<i>Annelies Laschitza</i>) 183
Wladislaw Hedeler: Nikolaj Ivanovič Bucharin. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen 1912-1938. Mit einem Anhang: Bucharins Karikaturen und Bucharin in der Karikatur (<i>Ruth Stoljarova</i>) 187
Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, von Hans Günther Adler. Reprint (<i>Vera Dost</i>) 190
Elke Scherstjanoi: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949-1953 (<i>Christel Nehrige</i>) 192
Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur (<i>Günter Benser</i>) 194
Eva Schäfer u.a. (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende – Ulrike Hänsch: „Jetzt ist eine andere Zeit“. Ostdeutsche Frauen erzählen. Unter Mitarbeit von Eva Schäfer (<i>Evemarie Badstübner</i>) 197
Jiří Pernes: Komunistky s fanatismem v srdci (Kommunistinnen mit Fanatismus im Herzen) (<i>Veronika Arndt</i>) 201
Jan Philipp Spannuth: Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland (<i>Jörg Roesler</i>) 204

Lothar Mertens: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Studien zur DDR-Gesellschaft, Bd. 10) (<i>Ulrich Ramm</i>) 206
Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Hochschulbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke (<i>Heinz Niemann</i>) 207
Autorenverzeichnis 209
Impressum 210

Mit dem Jahr 2008 führt die Redaktion
die neue Rechtschreibung
nach der vom aktuellen Duden empfohlenen Variante ein.
Zitate bleiben davon auch weiterhin unberührt.

Auftritt der Blumenmänner. Bürgerliche Revolution und soziale Empörung 1830/31¹

Helmut Bock

Ein treffender Ausspruch rühmt Paris als die Stadt, deren Bewohner die Leidenschaft des Genusses mit der Leidenschaft der geschichtlichen Aktion vereinigten – die zu leben wussten wie der feinste Epikureer Athens und zu sterben wie der unerschrockenste Spartaner.² Der Vitalität und dem Freiheitspathos der französischen Metropole hat Eugène Delacroix die Formen und Farben seiner Kunst verliehen. Er malte die Symbolgestalt der Revolution: Halb Göttin, halb Grisette, die Jakobinermütze auf wehendem Haar, das Gewehr in der Linken und mit der Rechten die blauweißrote Trikolore hoch schwingend, stürmt sie über die Barrikade hinweg zum Angriff. Im rauchigen Hintergrund die Türme von Notre-Dame-de-Paris und im Vordergrund streitbare Menschen. Ein Halbwüchsiger mit Pistolen – die tollkühne Jugend. Ein Mann mit Zylinder, Binde und Frack – die bürgerliche Klasse. Ein Gewimmel bewaffneter Gestalten, bekleidet mit der Schürze des Kramladenbesitzers, der Mütze des Studenten, dem Zweispitz des napoleonischen Veteranen – das Volk. Und auf der mit Toten bedeckten Erde ein gefallener Proletarier in seiner blauen Arbeitsbluse, der das stürmende Weib bewundernd anstarrt. Es ist die Allegorie der Pariser Julirevolution von 1830: „La Liberté guidant le peuple“. Treuherzig gemalte Illusion der bürgerlich-demokratischen Revolutionen dieser Epoche: „Die Freiheit führt das Volk!“

Seit Napoleons Sturz war dem historisch geschlagenen Adel die Regierungsgewalt noch einmal in die Hand gegeben. Frankreich war eine konstitutionelle Monarchie, in der die Dynastie der Bourbonen, die alte Hocharistokratie und der Emigrantenadel frühere Macht wiederherstellen wollten, doch von der wirtschaftlich erstarkenden und politisch opponierenden Bourgeoisie in Schach gehalten wurden. Da wagte Karl X., König von Frankreich, am 26. Juli 1830 den Staatsstreich gegen die Verfassung und die liberale Parlamentsmajorität: Dekrete seines Regierungskabinetts Polignac befahlen die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Abschaffung des geltenden Wahlrechts und der Pressefreiheit.

Die Bourgeoisie, die unmittelbar geschädigte Klasse, reagierte matt. Die Zeitungen „Le National“ und „Le Temps“ veröffentlichten die königlichen Erlasse pflichtgemäß, suggerierten aber eine Steuerverweigerung – die Waffe der Besitzenden. Spekulanten rannten zur Börse, wo die Renten um vier bis fünf Prozente

1 Eine erweiterte Fassung dieses Textes ist veröffentlicht worden in: Helmut Bock: Wer bedroht wen? Bürgerliche Revolution und soziale Empörung (Pankower Vorträge, H. 110), hrsg. von „Helle Panke“ e.V., Berlin 2008, 64 S.

2 Siehe Friedrich Engels: Von Paris nach Bern, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 5, S.463-480, hier S.464.

abstürzten und die Geldwechsler ihre Geschäfte einstellten.³ Einige Handelsunternehmer und Fabrikanten entschlossen sich zur Stilllegung ihrer Betriebe, so dass ihre Angestellten und Arbeiter auf die Straße gingen.

Dort regte sich spontaner Widerstand. Die von Entlassung bedrohten Druckereiarbeiter der verbotenen Zeitungen zogen über die Boulevards: „Nieder mit den Ministern!“ Im Garten des Palais Royal wurden die königlichen Dekrete unter wütenden Protesten verlesen. Räumungskommandos der Polizei drängten gegen die Menge, die aber zum Gebäude des Ministerpräsidenten zog und mit Steinwürfen die Fenster zertrümmerte.

Am folgenden Tag war das Volk in dichteren Massen auf den Straßen. Die tatsächlich entlassenen Zeitungsarbeiter empörten sich, zusammen mit weiteren Arbeitslosen. Ängstlich verriegelten die Ladenbesitzer ihre Geschäfte, so dass nun auch Handlungsgehilfen ins Freie strömten. Wieder das aufreizende Vorlesen am Palais Royal, die Ansammlung von Menschengruppen und wieder der Einsatz von Polizei. Diesmal flogen Steine gegen die Ordnungshüter. Ein Offizier der Schlosswache befahl eine Salve – und als der Pulverdampf verwehte, lagen ein Toter und drei Verwundete auf dem Pflaster. Immer bewegt irgendein Zufall die Geschichte: Die blutige Episode bahnte der Revolution den Weg.

Die zornentbrannte Menge entlud drei mit Bausteinen beladene Fuhrwerke und türmte die Fracht am Eingang der Richelieustraße zur Barrikade auf. Das Beispiel machte Schule. Gendarmerie, Infanterie, Kavallerie rückten gegen die Masse vor, konnten aber die Straßen am Palais Royal nicht mehr frei räumen. Abermals krachte Gewehrfeuer. Nach einbrechender Nacht lag die Stadt im Finstern, weil die Straßenlaternen zerschlagen wurden. Die Truppen wichen in ihre Kasernen zurück. Indes hatten sich 37 Parlamentarier des reichen Bürgertums in der Wohnung des Bankiers und Abgeordneten Casimir Périer zusammen gefunden. Ein Protest gegen den Staatsstreich kam nicht zustande.⁴

3 Siehe Anonymus: Die Ereignisse zu Paris am 26., 27., 28. und 29. July 1830, von einem Augenzeugen, Karlsruhe 1830; Johann Heinrich Schnitzler: Ausführlicher Bericht eines Augenzeugen über die letzten Auftritte der französischen Revolution während der zwei Wochen vom 26. Julius bis zum 9. August 1830, Stuttgart-Tübingen 1830, S.27; Georges B. Depping: Erinnerungen aus dem Leben eines Deutschen in Paris, Leipzig 1832, S.494.

4 Weitere benutzte Literatur zur Julirevolution siehe: Alphonse Pepin: Zwei Jahre der Regierung 1830-1832, Leipzig 1834; Louis Blanc: Geschichte der zehn Jahre von 1830-1840, Zürich u. a. 1843, T. 1, S.86-319 bzw. Berlin 1844, S.126-335; Ders.: Geschichte der Julirevolution, 2. Aufl., Berlin 1848; Louis Héritier: Geschichte der Französischen Revolution von 1848, Stuttgart o. J. [1897/98], S.45-99; Georg Gottfried Gervinus: Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, Bd. 8/2, Leipzig 1866, S.383-500; Alfred Stern: Geschichte Europas 1830-1848, Bd. 1, Stuttgart-Berlin 1905, S.2-74; Georges Weill: La France sous la monarchie constitutionnell 1814-48, Paris 1912, S.44-58; Benedikt Lachmann: Der Bürgerkönig. Frankreich zwischen den Revolutionen 1830-1848, Berlin 1939, S.7-26; Rutger Boof: Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller, Berlin 1977; Helmut Bock: Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der Pariser Julirevolution 1830/31, Berlin 1980; Kurt Holzapfel: Die französische Julirevolution – Meinungen und Kontroversen, in: Manfred Kossok/Werner

Das Volk kämpft

Am Morgen des 28. Juli trugen die Stadtteile nördlich der Seine – zwischen den Straßen Saint-Honoré, Saint-Antoine und den Boulevards, die die Altstadt im Halbkreis umschlossen – bislang nie gekannte Merkmale einer Volkserhebung: das Pflaster aufgerissen, die Straßenzugänge von Barrikaden versperrt, die Erdgeschosse der Häuser verriegelt, die oberen Stockwerke mit allen möglichen Wurfgeschossen angefüllt. Aufgeregte, zornige, auch ängstliche Menschen. Allgemeine Selbstbewaffnung mit Gewehren, Piken, Säbeln, Knüppeln, Kampfwerkzeugen aller Art.

In den Vortagen hatte der offene Verruf nur den Ministern der amtierenden Regierung gegolten. Jetzt wurden die weißen Fahnen mit den Lilien von den Bürgermeistereien heruntergerissen und in die Gosse getreten. Weiß und Lilien waren Farbe und Zeichen der Bourbonen, der herrschenden Dynastie. Die Stimmung radikalisierte sich: „Nieder mit den Bourbonen!“ Im Handstreich wurde das Stadthaus besetzt, das traditionelle Zentrum von Alt-Paris, wo beim Geläute der Sturmglocke eine blauweißrote Fahne emporstieg. Auch von den ragenden Türmen der Kirche Notre-Dame wehte eine riesige Trikolore, und „Hummel“, die große Glocke, dröhnte zum Aufstand.

In Saint-Cloud erwirkte Ministerpräsident Polignac ein königliches Dekret, das über die Stadt Paris den Belagerungszustand verhängte. Marschall Marmont, der wegen Abwesenheit des Oberbefehlshabers mit dem Kommando beauftragt wurde, musste aus Versailles und Saint-Denis zusätzliche Truppen herbeirufen, gab aber den verfügbaren 7.000 Mann den sofortigen Einsatzbefehl. Das Volk besaß nunmehr Gewehre, die es in Waffenläden, Polizeistationen, Militärmagazinen, noch anderen Lagerstätten erbeutet hatte. Vorräte an Pulver, sogar aus dem Pariser Hauptmagazin, fielen in seine Hand, und die damit gefüllten Patronen wurden mit Kugeln aus Blei, Nägeln, eingeschmolzenen Drucklettern versehen. Schon vor den versperrten Straßenzugängen gerieten die anrückenden Truppen unter die Schüsse der Verteidiger.

Wenn die Barrikaden durch Artilleriefire und Infanterieangriff genommen, die Straßen und Gassen besetzt wurden, flogen Dachziegel, Steine, Flaschen, Holz, Möbel, Gewehrkugeln von oben herab. Während die Verteidiger in den Häusern zumeist sicher verschanzt blieben und über fast unerschöpfliche Streitmittel verfügten, zog sich das Militär in der Glut des heißen Sommertags schweißtriefend, durstig und hungrig, physisch und nervlich zermürbt, auf langen Umwegen in seine Ausgangsstellungen zurück.

Das Stadthaus wechselte zweimal den Besitzer. Besonders hier, am Nordufer der Seine, hatte sich das Volk in Massen zusammengerottet. Die Wehrpflichtigen des 15. Linienregiments weigerten sich, auf das Volk zu schießen. Gegen Mitternacht

Loch (Hrsg.): Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985, S.21-52; Ders.: Julirevolution 1830 in Frankreich. Französische Klassenkämpfe und die Krise der Heiligen Allianz (1830-1832), Berlin 1990; Jill Harsin: Barricades. The war of the streets in revolutionary Paris, 1830-1848, New York u. a. 2002.

fiel das strategisch wichtige Gebäude wieder an die Aufständischen. Das war nun schon der dritte Tag gewesen, der den Abgeordneten der Bourgeoisie die seltene Gelegenheit geboten hätte, die Fahne der bürgerlichen Revolution und der Freiheit auch einmal selbst in die Hand zu nehmen. Casimir Périer aber hatte am frühen Morgen insgeheim einen Boten nach Saint-Cloud geschickt: Der König möge ruhen, die Einstellung des Kampfes zu befehlen. Dieser aber beharrte auf seinem Belagerungsbefehl gegen die rebellische Stadt.

Jetzt endlich wagten die Abgeordneten, gegen den Staatsstreich zu protestieren. Aus der Feder des Historikers und späteren Ministers Guillaume Guizot rann ein Text aufs Papier, wonach sich die Parlamentarier als rechtlich gewählt, aber durch Gewalt behindert auffassten – und während das Volk kämpfte, beteuerten sie ihre unverbrüchliche Treue zum König wie auch zur bedrohten Verfassung. Sobald aber das ohnehin schwächliche Dokument von den Anwesenden unterzeichnet werden sollte, versagte man sich und schrieb in feiger Unverbindlichkeit: „Es folgen die Unterschriften.“ Erst als sich Zeitungsredakteure weigerten, das anonyme Machwerk zu publizieren, wurden 63 Namen von anwesenden und abwesenden Abgeordneten daruntergesetzt.

Wie der Tag, so gehörte auch die Nacht dem Volke. Im Schein unzähliger Windlichter und Kerzen wurden die Straßen vollends entpflastert, die Steine zu neuen Barrikaden aufgeschichtet, die so dicht hintereinander lagen, dass Reiterei und Artillerie nicht passieren konnten. Am frühen Morgen eröffneten die Volkskämpfer an der Straße Saint-Honoré und vom südlichen Seineufer her das Geklänkel mit den Regierungstruppen. Deren Lage war im Vergleich zum Vortag gänzlich verändert. Sie standen im Raum der Schlösser nicht mehr als Angreifer, sondern als Belagerte. Die auf dem Vendômeplatz aufgestellten Soldaten des 53. Linienregiments wurden von Frauen ermuntert, sich dem unehrenhaften Kampf gegen die Bevölkerung zu entziehen. Sie fraternisierten tatsächlich und bewirkten außerdem den Übertritt des 5. Linienregiments zu den Aufständischen. An diesem 29. Juli 1830, mittags gegen zwölf Uhr, hissten die Revolutionäre die Trikolore anstelle des Lilienbanners auf den Dächern des Louvre und der Tuilerien.

Diese Julirevolution ist ein unvergessliches Beispiel der Geschichtsmächtigkeit des Volks von Paris. Spontan, nur mit dem heißen Gefühl der Empörung und dem hellwachen Instinkt für die Zuspitzung der Staatskrise – strömte es aus Wohnungen und Arbeitsstätten auf die Straße, um der Regierungsgewalt zu trotzen. Ohne Vorbereitung und Plan – vereinigten sich die einzelnen Brennpunkte des Widerstands zur Flamme der stadtweiten Massenerhebung. Ohne zentrale Leitung – entfaltete sich ein taktisch übereinstimmendes System des Straßenkampfes. Diese Volksstreiter waren keine klassischen Heroen, von denen ohnehin nur die Belletristik fabelt: Sie waren eine lebende Masse von Revolutionären und Unzufriedenen, Idealisten und Zynikern, ehrlich Empörten und bloßen Mitläufern, die sämtlich von überheblichen Historikern als „Pöbel-

haufen“ bezeichnet werden.⁵ Doch das Paris der Julirevolution war kein Tummelplatz für pure Krawallhelden und Abenteurer. Es war ein Schlachtfeld des Bürgerkriegs mit amtlich registrierten 951 Toten und 5.078 Verwundeten, in überwiegender Mehrzahl Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung.

Die Bourgeoisie schleicht an die Macht

1789 war deklariert worden: der Ursprung aller Souveränität liege bei der Gesamtheit des Volkes. Keine Körperschaft und kein Einzelner sollte eine Autorität ausüben dürfen, die nicht ausdrücklich vom Volk ausgehe.⁶ Für diese Gesetzmäßigkeit hatten die Julirevolutionäre gekämpft. Es war logisch, dass jetzt zumindest die Forderung nach dem Sturz Karls X., nach Neugestaltung der Staatsgewalt ins gesellschaftliche Bewusstsein drängte. Aber es war eine offene Frage, ob das Prinzip der „Volksouveränität“, das objektiv in Tausenden von Barrikadenkämpfern verkörpert war, zur Staatsform einer demokratischen Republik oder erneut zu einer gemäßigten Monarchie führen würde.

Am Morgen des 29. Juli hatten Frankreichs Abgeordnete einem Sieg des Volkes noch so sehr misstraut, dass kaum zehn zum verabredeten Privattreffen im Haus des Bankiers Laffitte erschienen waren. Erst am späten Vormittag waren dort etwa 30 Abgeordnete versammelt, die unter dem Einfluss der Nachrichten endlich beschlossen, mit dem Sturmwind der Revolution zu segeln. Man konstituierte sich förmlich zur Abgeordnetensitzung, weil es notwendig geworden sei, die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen, und beschloss die sofortige Wahl eines Städtischen Ausschusses. Dieser, in Gestalt der beiden Bankiers Laffitte und Périer und fünf weiterer Abgeordneter, ließ sich im Stadthaus nieder. Sie mühten sich zwar um die Reorganisation der Bürgermeistereien und der Nationalgarde, vermieden aber jede offene Erklärung gegen den König, den Hauptverantwortlichen des Staatsstreiches.

Doch es gab einige Abgeordnete und Journalisten, die in dieser Nacht nicht ruhten. Bankier Laffitte, der Schriftleiter und Historiker Alphonse Thiers und noch weitere Redakteure der Zeitung „National“ vereinigten ihr Bemühen, das Königtum Karls X. abzuschaffen – zugleich aber die demokratische Republik zu verhindern. Sie ließen am Morgen des 30. Juli ihre Maueranschläge verbreiten: Die Fortdauer der bisherigen Monarchie sei unmöglich, doch werde auch eine Republik schwere Gefahren heraufbeschwören, weil sie die Franzosen erneut in feindliche Lager spalte und den republikanischen Staat mit allen Monarchien Europas verfeinde. Stattdessen sei der Herzog von Orléans der Sache der Revolution ergeben.

Die Propaganda für den Herzog rief Gegner hervor. Die monarchische Souveränität Karls X. müsse der „Volksouveränität“ weichen, der politischen Entschei-

5 Siehe Schnitzler, Ausführlicher Bericht, S.37; Friedrich Seybold: Erinnerungen aus Paris. Im Jahr 1831. Von einem Süddeutschen, Stuttgart 1832, S.119f.

6 Siehe Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, Artikel 3, in: Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799, Bd. 2, Leipzig 1982, S.105.

dungsgewalt jener, die den Sieg mit eigenen Händen erfochten hätten. „Kein Königtum mehr!“ war Text ihrer Reden und Mauerinschriften, die die Losung „Nieder mit den Bourbonen!“ offensichtlich verschärften. Diese Republikaner organisierten eine größere Versammlung im Restaurant „Lointier“ in der Richelieustraße und beschlossen eine Adresse an den Städtischen Ausschuss: Das Volk habe die geheiligten Menschen- und Bürgerrechte um den Preis seines Blutes zurückerobert; das Recht aller Bürger sei nunmehr die freie Wahl ihrer Regierung. Deshalb müssten die Aufrufe verhindert werden, die schon jetzt ein Staatsoberhaupt bezeichneten. Der Ausschuss möge als provisorische Vertretung der Nation solange bestehen bleiben, bis das Interesse der Franzosen ermittelt sei: Urwahlen in ganz Frankreich sollten eine Gesetzgebende Versammlung schaffen, die über die Zukunft des Landes entscheide.⁷

Eine Abordnung der „Réunion Lointier“ rückte auf das Stadthaus und übergab die Adresse dem Kommandanten Lafayette. Der 72-jährige Marquis wuchs soeben in die Rolle eines anerkannten Hauptes der Julibewegung – eine Gestalt, die die Widersprüchlichkeit der Situation und das Konfliktpotential der Parteien geradezu personifizierte. Ein Verfechter der konstitutionellen Monarchie während der ersten Revolution, hatte er auch bis zur jetzigen zweiten Revolution seine Abneigung gegen die „Anarchie“ des Volks nicht aufgegeben. Aber die Barrikadenkämpfer des Juli verklärten ihn mit dem Nimbus der Großen Revolution. Lafayette lavierte zwischen den Fronten.

Die Abgeordneten, die nunmehr in förmlicher Sitzung im Palais Royal tagten, beschlossen eine Einladung des Herzogs von Orléans, wonach dieser einstweilen das Amt eines Reichsstatthalters übernehmen und die Verfassung sichern sollte. Ihr plötzlicher Aktivismus gründete sich auf ein Kalkül besitzbürgerlicher Interessen: Nach 15 Jahren der „Restauration“ sei die Mehrheit des Bürgertums für den Sturz der Bourbonen, jedoch im Namen des „Eigentums“ und der Geschäfte auch für eine eilige Überwindung der Krise gestimmt – gegen die Unruhe einer Revolution, in der die arbeitende Klasse des Quartier Marais und der Pariser Vorstädte von Tag zu Tag selbstbewusster und radikaler auftrat, während das übrige Frankreich überhaupt erst begann, die revolutionäre Woge aufzunehmen. Je schneller man einen neuen König fand und kürte, der seine Krone aus bürgerlich-liberalen Händen entgegennahm, desto sicherer blieb die Stellung der Besitzenden und die Aussicht auf bald wieder florierende Geschäfte.

Doch an den Namen des Herzogs von Orléans knüpften sich zur Stunde die größten Sorgen und Zweifel seiner Befürworter. Würde die begehrte Persönlichkeit wirklich bereit sein, die Krone als ein Resultat der Revolution zu empfangen? Und würde sie das zwielichtige Spiel der hohen Bourgeoisie mitspielen? Herzog Louis Philippe von Orléans war Angehöriger einer dynastischen Nebenlinie des Hauses Bourbon. Er verdankte seinen doppelsinnigen Ruf, Banner-

⁷ Zeitzeugen berichten über die Radikalisierung des politischen Bewusstseins: Das Pariser Volk habe eine Republik gewollt. Siehe Schnitzler, Ausführlicher Bericht, S.86; Depping, Erinnerungen, S.510; Seybold, Erinnerungen, S.121.

träger der bürgerlich-nationalen Trikolore, aber auch Schutzwall gegen die bürgerlich-demokratische Republik sein zu können, früheren Tatsachen seines Lebens. Als General hatte er in der Revolutionsarmee von 1792/93 gedient, sich jedoch wenige Wochen vor Machtergreifung der Jakobiner auf die Seite Österreichs geschlagen. Jetzt, bei Beginn der Julirevolution, hatte es der Mann für klug gehalten, weder am Königshof in Saint-Cloud noch bei den Barrikaden in Paris zu sein. Er verhielt sich abwartend auf seinem Schloss in Neuilly – richtiger: versteckte sich dort in einem Nebengebäude, wo ihm sein Diener insgeheim alle Nachrichten zutragen musste.

Bankier Laffitte, Stimmführer der „Orléanisten“, hatte seit dem Vortag fünf Boten und Unterhändler zum Herzog nach Neuilly geschickt, die nur Familienmitglieder, niemals ihn selbst antrafen. Am Abend des 30. Juli erhielt Louis Philippe durch seinen Diener die Einladung der Abgeordneten. Er ließ sie auf den nächsten Tag vertrösten. Da jagte Laffitte einen letzten Boten nach Neuilly: Wenn der Herzog nicht augenblicklich komme, so werde die Republik die Herrin von Paris sein. – Der Diener schlich wieder zum Schlupfwinkel, berichtete seinem Herrn getreulich, und dieser hielt es nun für geraten, sein Versteckspiel aufzugeben. Er schlüpfte in einen bürgerlichen Anzug, schmückte seinen Hut mit den trikolorenen Farben und ging zu Fuß nach Paris, wo er um Mitternacht seine Stadtwohnung im Palais Royal erreichte. Dann ließ er Laffitte und Lafayette von seiner Ankunft unterrichten. Er schickte aber auch eine Einladung an den Marquis de Mortemart, den neuen Minister Karls X.: Dieser möge „im Interesse der königlichen Sache“ schleunigst zu ihm kommen.

Als erster erschien der Minister. „Wenn Sie den König früher sehen als ich“, soll Louis Philippe gesagt haben, „so teilen Sie ihm mit, dass man mich mit Gewalt hierher geführt hat, dass ich mich aber lieber in Stücke hauen lassen werde, ehe ich die Krone auf mein Haupt setze.“ Der Minister Mortemart schied mit höchster Befriedigung. Am Morgen des 31. Juli entschloss sich Louis Philippe, den Antrag der Abgeordneten anzunehmen, und diktierte sogleich eine Proklamation. Da erschien die Abordnung, die ihn am Vortag verzweifelt gesucht hatte, sich nun aber herzlich empfangen fühlte: Er sei nach Paris gekommen, um die Gefahren mit den „Volksvertretern“ zu teilen; ihr Antrag verlange allerdings seine ernste Überlegung, weil er den Bourbonen durch Familienbande verpflichtet sei. Seinen Entschluss wolle er ihnen später mitteilen. Der Abgeordnete Bérard bediente ihn prompt: Der Herzog scheine die Situation nicht zu kennen, man stehe auf einem Vulkan, so dass schleunigst zu handeln sei. In einer Stunde schon könnte es zu spät sein! Der Herzog machte Miene, von solcher Argumentation überzeugt zu werden. Er zog sich mit der Bemerkung, die Lage noch einmal überdenken zu müssen, in sein Arbeitszimmer zurück, erschien aber schon nach Minuten mit seiner längst fertigen Proklamation. Solche Geistesgegenwart und Tatkraft verblüfften die Abgeordneten ungemein, so dass sie begeistert waren.

Auch an diesem Tag stritten die politischen Strömungen mittels Proklamationen und Maueranschlägen. Früh schon hatte ein republikanischer Aufruf das Volk

ermahnt, unter Waffen zu bleiben und nur eine Provisorische Regierung anzuerkennen, die in aller Form den Sturz Karls X. erklären und Volkswahlen ankündigen würde. Dann erschien die Proklamation des Herzogs von Orléans, die von den Radikalen heruntergerissen wurde, weil sie weder die Absetzung des alten Bourbonen noch eine Aussage über die Regierungsbildung enthielt. In der Altstadt wogten die Massen. Ihre Unzufriedenheit und harsche Kritik beunruhigte den Städtischen Ausschuss der Parlamentarier, so dass er sich sputete, ebenfalls eine Proklamation zu erlassen: „Karl X. hat aufgehört zu regieren!“ Das endlich war der Satz, der sofortige Wirkung erzeugte, obwohl auch diesmal über die Nachfolge der alten Monarchie nichts gesagt wurde.

In dieser Situation traf Louis Philippe eine Entscheidung, die für den Mann der Schaukelpolitik nicht ohne Kühnheit war. Er entschloss sich, in die Höhle des Löwen, also zum Stadthaus, zu ziehen, um durch diese Demonstration mit einem Schlag öffentliche Anerkennung zu gewinnen. General Lafayette empfing den Herzog auf der Treppe und geleitete ihn mitsamt den Abgeordneten in den großen Saal. Aus der wehrhaften Menge erhob sich der Ruf „Nieder mit Karl X.!“ und „Keine Bourbonen mehr!“ – aber auch: „Es lebe der Herzog von Orléans!“ Es schien, als ob Frankreichs Schicksal ganz in den Händen Lafayettes lag, weil er den Herzog erheben, aber auch abweisen konnte. Er drückte Louis Philippe die Trikolore in die Hand und zog ihn an ein geöffnetes Fenster. Der Herzog begriff seine theatralische Rolle: Er entfaltete die blauweißbrote Fahne und umarmte den General – ein Schauspiel, das seine Wirkung nicht verfehlte.

Die Menge im Saal und auf dem Vorplatz brach in Jubel und Hochrufe aus. Gewehrschüsse feierten den historischen Augenblick, der den Sieg der Monarchie, aber auch die Niederlage der Republik besiegelte. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, das vor der Revolution aufgrund eines sehr einengenden Zensuswahlrechts zugunsten der Reichen entstanden war, erhob den Herzog am 8. August 1830 zum König einer abermals konstitutionellen Monarchie.⁸ Das neue Regierungssystem begriff sich als „Juste-milieu“, als Ordnung der „rechten Mitte“, platzierte sich also wörtlich zwischen den Trümmern des dynastischen Restaurationsregimes und der gefürchteten demokratischen Republik.

Das Bürgerkönigtum

Die Französische Revolution von 1789 war eine *offensive* Revolution gewesen. Sie hatte mit den Menschen- und Bürgerrechten auch das Recht des „Widerstands gegen Bedrückung“ und somit des Bürgerkriegs proklamiert, sich aber fünf Jahre lang entwickeln müssen, bis auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobinerführer die Besitzklasse triumphierte. Im Juli 1830 dagegen geschah eine *defensive* Revolution. Das Volk von Paris praktizierte das Widerstandsrecht gegen den Staatsstreich der adligen Aristokratie, und indem es die Konterrevolution in dreitägiger Straßenschlacht niederwarf, bekräf-

⁸ Grundgesetz oder neue constitutionelle Charte des Königreiches Frankreich, Hamburg 1830.

tigte die Revolution von 1830 die Große Revolution von 1789. Die an der sprichwörtlich „heißen Juliwoche“ beteiligten Kräfte wirkten in einer Art von Arbeitsteilung, bei der tatsächlich zu sagen ist, dass das Volk die Kastanien aus dem Feuer holte, die die Bourgeoisie verzehren wollte. Es waren die proletarischen Blusenmänner und die studentische Jugend, zudem Intellektuelle, napoleonische Veteranen und rebellische Kleinbürger, die die Barrikaden errichteten und nach den blutigen Kämpfen die Trikolore hissten.

Ganz anders die besitzende Klasse. Solange die Gefechte unentschieden wogten, verbarg sie sich im kugelsicheren Hintergrund. Erst als das Volk siegte, griff ihre einflussreichste Fraktion nach der Regierungsgewalt. Die Wirkung der Massen auf volksnahe Institutionen einer Republik fürchtend, erstrebte die Großbourgeoisie abermals ein Königtum.

Doch ein Flirt zwischen Machthabern und Demokraten mochte nicht gelingen. Die Deputierten der zweigliedrigen Nationalvertretung in Gestalt der aristokratischen Pairskammer und des besitzbürgerlichen Abgeordnetenhauses entstammten der Zeit vor der Julirevolution; ebenso wenig waren die Staatsbürokratie und das Gerichtswesen erneuert worden. Die alten, den Staat in Funktion haltenden Kräfte und die neue Regierung begannen allzu bald, ihre anteilige Herrschaft zu konsolidieren. Gemeinsam verwarfen sie den Forderungskatalog, mit dem die Barrikadenhelden schon in den Julitagen ins Pariser Stadthaus gezogen waren. Die Zurückweisung dieses „Stadthausprogramms“ offenbarte die konservativen Gesinnungen der verbündeten Obrigkeit: Nichtachtung der „Volkssouveränität“ als Fundamentalprinzip einer neuen Verfassung, Bewahrung der erblichen Pairie (ein Vorrecht des Hochadels) und des Zensuswahlrechts, Ablehnung einer umwälzenden Reform der Stadtmagistrate und Gemeindeverwaltungen, Zurückweisung freier Volkswahlen und einer Neubesetzung der unteren Amtstellen. Um sich vor unliebsamer Kritik zu schützen, verboten die alten und neuen Staatsrepräsentanten nichtamtliche Maueranschläge und Flugblattaktionen. Sie unterwarfen Theater und Zeitungen polizeilicher Aufsicht. Die Pressefreiheit wurde durch Kautionszwang und Stempelabgaben eingeschränkt.

Weil die politischen Streitsachen öffentlich ausgefochten wurden, meldeten sich auch ausländische Berichterstatter zu Wort. Der deutsch-jüdische Emigrant Ludwig Börne war unter den Literaten seines Landes der erste, der das politisch-soziale Wesen des „Bürgerkönigtums“ bloßstellte: „Das sind die Gutsbesitzer, die reichen Bankiers, die Krämer, die sich mit einem vornehmen Worte die *Industriellen* nennen. Diese Menschen, die fünfzehn Jahre lang gegen alle Aristokratie gekämpft – kaum haben sie gesiegt, noch haben sie ihren Schweiß nicht abgetrocknet und schon wollen sie für sich selbst eine neue Aristokratie bilden: eine Geldaristokratie, einen Glücksritterstand.“⁹

⁹ Ludwig Börne: Briefe aus Paris. Vierzehnter Brief. 17. November 1830, in: Ders.: Sämtliche Schriften, Bd. 3, hrsg. v. Inge u. Peter Rippmann, Düsseldorf 1964, S.66f. Siehe auch Helmut Bock: Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller, Berlin 1962, S.179-208.

Wie aber in der Politik die Sachwalter des „Juste-milieu“ umstritten waren, so mangelte auch der französischen Wirtschaft ein glatter Lebensfluss. Die Luxuswarenindustrie, die vor der Revolution in den Bedürfnissen des Adels einen Markt gefunden hatte, geriet in die Krise. Die Kleinbetriebe der Leichtindustrie kämpften verzweifelt gegen die Konkurrenz der maschinell betriebenen Großproduktion, deren massenhafte und billige Waren die Marktpreise diktierten – wie denn überhaupt die grenzüberschreitende Industrielle Revolution schon seit Jahren die kleine Warenproduktion zerrüttete, die in Frankreich noch überwog. Waren dies immerhin objektive Faktoren, die Produktion und Handel beschränkten, so kamen jedoch subjektive Maßnahmen der Regierung und der Staatsbürokratie hinzu. Die nun herrschenden Finanzkapitalisten waren vorzugsweise an der Akkumulation großer Kapitalien und an Finanzströmen für die Staatskasse interessiert. Sie betrieben eine Politik, die durch indirekte Besteuerung die Waren des täglichen Bedarfs verteuerte.

Der Unmut verschärfte sich durch eine politische Entscheidung, die den Nerv der übergroßen Mehrheit der Staatsbürger verletzte. Am 19. April 1831 erließ die Regierung ein Wahlgesetz, das von 33 Millionen Franzosen nur knapp 200.000 Besitzenden, die jährlich mindestens 200 Franken Steuern an den Staat zahlen mussten, das aktive Wahlrecht zuerkannte, indes nur Steuerzahler ab 500 Franken für wählbar erklärt wurden.¹⁰ Selbst Fabrikanten, Kaufleute, Bildungsbürger der mittleren Bourgeoisie sahen sich weiterhin aus der Nationalvertretung ausgeschlossen. Folglich agitierten ihre öffentlichen Sprecher für ein erweitertes oder gar allgemeines Stimmrecht. Die Redakteure der Zeitung „National“ schürten die Unzufriedenheit sogar durch republikanische Texte. Handwerker und Händler des Kleinbürgertums schlossen sich der Missstimmung an und gaben der bürgerlichen Kritik die Schwerkraft einer sozialen Masse.

Doch es gab einen Widerstand, dessen Dimensionen und potentielle Kraft noch gar nicht abzusehen waren. Schon als Louis Philippe auf den Schlossterrassen und den Boulevards die Rolle des volkstümlichen Monarchen spielte, demonstrierten Blusenmänner in den Vorstädten. Sie verlangten Arbeit, gerechte Löhne, bessere Arbeitsbedingungen – eine Anerkennung ihres selbstlosen Einsatzes, der den politischen Aufstieg des Königs und der Finanzbourgeoisie ermöglicht hatte. Die Aktionen waren spontan. Sie trugen das Muttermal einer Kleinproduktion, die jede Organisiertheit und kollektive Bewusstheit erschwerte. Noch ein Jahrzehnt später registrierte die Statistik in Frankreich nur 3.200 Werkstätten mit mehr als 50 Arbeitnehmern, in Paris beschäftigten acht von neun Betrieben weniger als zehn Lohnarbeiter.¹¹ Umso leichter glaubte die Staatsbürokratie, mit den Arbeitnehmern umspringen zu können. Der Präfekt des Pariser Departements Seine proklamierte nunmehr die Rechtsauffassung des entfesselten Liberalismus: Alle Eingaben zwecks Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung seien

10 Siehe Blanc, Geschichte, T. 2, S.192ff.

11 Siehe Joachim Höppner/Waltraut Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. 1: Einführung, Leipzig 1975, S.196f.

ungesetzlich; sie widersprächen „dem Prinzip der Freiheit und der gewerblichen Tätigkeit“.¹²

Seitdem rauchte ein Schwelbrand, dessen Glut immer wieder in Arbeiterprotesten und Streiks aufflackerte.¹³ Da legten die neuen Machthaber den Blusenmännern die alte Gesetzesschlinge um den Hals: Sie verfügten am 1. April 1831 die Wiedereinführung des Arbeitsbuchzwanges und des Koalitionsverbotes. Am Tag darauf erwirkten sie obendrein noch einen Parlamentsbeschluss gegen Zusammenrottungen. Jede Demonstration, die nicht nach dreimaliger Aufforderung auseinanderging, konnte zusammengeschossen werden.¹⁴

„Arbeitend leben – oder kämpfend sterben!“

In Lyon, der zweitgrößten Stadt Frankreichs, dem Zentrum der Seidenwarenindustrie, stritten die Arbeiter gegen eine Herabsetzung ihrer Löhne. Dort war die Produktionsstruktur noch durch eine Organisationsform gekennzeichnet, die dem Manufakturwesen näher stand als moderner Industrieproduktion.¹⁵ An der Spitze der Sozialpyramide thronte eine kleine Oberschicht reicher Handelskapitalisten, die sich „Fabrikanten“ nannten und deren Anzahl für das Jahr 1831 exakt mit 392 angegeben wird. Sie ließen ihr Kapital „arbeiten“, indem sie mit Hilfe von Kommissionären den Rohstoff einkauften, ihn zum Zweck der Verarbeitung an zahlreiche kleinere Werkstätten verteilten und die fertigen Produkte gegen niedrigen Macherlohn pro Stück wieder einzogen, um diese mit Gewinn auf in- und ausländischen Märkten zu verkaufen.

Abhängig von diesem Verlagssystem, gliederten sich die eigentlichen Produzenten in zwei Schichten: rund 9.000 Meister, die je zwei bis acht Webstühle besaßen, an denen sie mit Familienangehörigen und Angestellten die Seidenwaren herstellten, und eben diese in den Meisterbetrieben tätigen Lohnarbeiter. Waren die Meister als Produktionsmittelbesitzer noch Vertreter des gewerblichen Kleinbürgertums, so bildeten die bei ihnen in Lohn stehenden rund 30.000 Männer, Frauen und Halbwüchsigen das frühe Proletariat der Stadt Lyon. Auf ihm lastete das ganze Sozialgerüst: Die Unternehmer drückten auf die Meister, die Meister drückten auf die Arbeiter. Weil aber Meister und Arbeiter gemeinsam für Macherlohn webten und unter dem Preisdiktat der Unternehmer standen, sahen beide in den Fabrikanten die Verursacher der sozialen Bedrückung, führten sie den Arbeitskampf vereint.

12 Siehe Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil II: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, Bd. 32: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1789 bis 1848, Berlin 1967, S.186.

13 Siehe Eugène Fournière: Le Règne de Louis-Philippe 1830-1848, Paris 1906; Werner Giesselmann: „Die Manie der Revolte“. Protest unter der französischen Julimonarchie (1830-1848), 2 Halbbde., München 1993.

14 Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 1, S.201f.

15 Siehe Eugen Tarlé: Der Lyoner Arbeiteraufstand, in: D. Rjasanov (Hrsg.): Marx-Engels-Archiv, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1927, S.56-113. Nachgedruckt in: Kurt Holzapfel (Hrsg.): Die Lyoner Arbeiteraufstände 1831 und 1834, Berlin 1984, S.103-172.

Im Herbst 1831 forderten sie eine dauerhafte Festsetzung des Stücklohntarifs, der empfindlich sank, weil die ursprünglich führende Marktstellung der Lyoner Seidenfabrikate durch die Handelskonkurrenz der Engländer, Deutschen und Schweizer gebrochen worden war. Die Fabrikanten wälzten ihre Verluste auf die Produzenten ab und trafen damit eine Arbeiterschaft, die größtenteils unter dem Existenzminimum vegetierte. Bei fünfzehnstündigem Arbeitstag, ohne Pausen für Ruhe und Essen, erhielt ein Weber den durchschnittlichen Jahresverdienst von 450 Franken. Das amtlich berechnete Existenzminimum eines Arbeiters ohne Familie betrug jedoch 1831 für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Licht und Heizung 547 Franken in der Stadt Lyon, 300 in den ländlichen Gebieten. Viele Lohnarbeiter und -arbeiterinnen lebten in der nördlichen Vorstadt La Croix-Rousse, wo sie in stinkenden Mietskasernen und je einem Zimmer mit fünf bis acht Personen hausten. Das Elend der Lyoner Frühproletarier war weithin bekannt. 1828 waren in der Stadt 9.032 Kinder ausgesetzt worden.

Der Präfekt Bouvier-Dumolard, ein Beamter aus Napoleons Herrschaftszeit, wollte die Not der Arbeiter lindern. Er hielt es für die Pflicht eines Staatsbeamten, im Tarifstreit zwischen Fabrikanten und Arbeitern als ein humaner und ausgleichender Schiedsrichter zu vermitteln. Deshalb berief er einen möglichst unparteiischen Sachverständigenrat ein, der am 11. Oktober erklärte: „In Betracht, daß es allgemein bekannt ist, daß viele Fabrikanten einen gar zu geringen Arbeitslohn bezahlen, ist es nützlich, daß ein Tarif für das Minimum des Arbeitspreises festgesetzt werde.“¹⁶ Bis die Verhandlungen zustande kamen, vergingen zwei Wochen. Arbeiter drängten auf eine beschleunigte Lösung. Quertreibende Fabrikanten dagegen beschuldigten den Präfekten des Missbrauchs der Staatsgewalt.

Endlich, am 25. Oktober, fanden Tarifverhandlungen statt. Am Morgen zog eine Menschenmenge von La Croix-Rousse in die im Tal zwischen den Flüssen Rhône und Saône liegende Stadt hinunter. Dort stellte sie sich als düstere, schweigende Masse vor das Gebäude der Präfektur, um die Lohnentscheidung abzuwarten – unbewaffnet, nur ein Fahmentuch der Trikolore über den Köpfen. Die Verhandlungen endigten mit der Fixierung eines Minimaltarifs, von dem der zeitgenössische Historiker Louis Blanc schrieb: „So groß war die Mäßigung der Arbeiter, daß einzelne Verrichtungen, für welche man vor zwölf Tagen noch acht Sous bezahlt hatte, zugunsten der Fabrikanten um ein Achtel herabgesetzt wurden.“¹⁷ Doch das Abkommen verhieß ein Ende der Lohnkürzungen, und die Sachverständigen der Präfektur versprachen, die Einhaltung des Vertrags zu überwachen. Die Proletarier illuminierten ihre Quartiere, feierten den Erfolg mit Gesängen und Tänzen.

Es gab Fabrikanten, die den Tarif für gerecht hielten, weil er die Habsucht der Lohndrücker und Preistreiber zügelte, die Lyoner Konkurrenz mäßigen konnte. Jene aber verteuerten die amtliche Kommission und stießen Drohungen gegen

16 Zit. nach: Blanc, Geschichte, T. 3, S.33.

17 Ebenda, S.35.

den Präfekten aus: „Was ist dieser Tarif anderes, als ein kecker Eingriff in die Freiheit der Übereinkunft? Und wie stünde es fortan um unsere Sicherheit, wenn es der Gewalt [Staatsgewalt – H.B.] erlaubt wäre, in Sachen der Industrie einzuschreiten und den ungestümen Forderungen der Arbeiter eine willfähige Unterstützung zu leihen?“¹⁸ Mehr als hundert Fabrikanten schickten ein Protestschreiben an die Nationalversammlung. Als sich auch einige Regierungsvertreter gegen den Tarifabschluss erklärten, bekamen der Präfekt Dumolard und sein Sachverständigenrat weiche Knie: Sie nannten das Abkommen eine bloße Ehrenverpflichtung ohne Gesetzeskraft und verabsäumten die Erfüllung ihres Versprechens, wonach sie jeden Tarifverletzer zur Rechenschaft ziehen wollten. Der Tarif wurde fortwährend gebrochen. Die Lohnarbeiter, die sich betrogen fühlten, beschlossen einen einwöchigen Streik. Sofort reagierte Lyons Militärkommandant, indem er die kasernierten Linientruppen in Alarmbereitschaft versetzte. Die Posten der bürgerlichen Nationalgarde wurden verdoppelt. Indes wagten einige Unternehmer offene Provokationen. Ein Fabrikant empfing die Abordnung seiner hungernden Arbeiter mit Pistolen. Von einem anderen ist die Äußerung überliefert: „Wenn sie kein Brot im Bauch haben, so wollen wir ihnen Bajonette hineinstecken.“¹⁹

Am Montag, dem 21. November, war Streiktag. In La Croix-Rousse versammelten sich am frühen Morgen knapp vierhundert mit Stöcken bewaffnete Seidenarbeiter, angeführt von einem Mitglied ihrer Tarifkommission. Sie wollten, dass bis zur Anerkennung des Minimaltarifs nicht produziert wurde, und gingen in die Werkstätten, um jeden noch Tätigen zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Da marschierten fünfzig Nationalgardisten heran und füllten auf Kommando die Bajonette: „Wir müssen diese Kanaille da wegfegen!“ Der Lärm rief eine Menge von Arbeitern herbei, die die Truppe umzingelten, im Handgemenge entwaffneten und in die Flucht schlugen. Das Scharmützel erregte die ganze Vorstadt. Jetzt entstand der Gedanke, die friedliche Demonstration vom 25. Oktober zu wiederholen. Die Blumenmänner bildeten Viererreihen und zogen in Kolonne talwärts, fanden aber den Weg in die Stadt von der Nationalgarde versperrt. Dies waren Gardisten der ersten Legion, die sich in der Mehrzahl aus Fabrikanten, deren Söhnen und Mitarbeitern rekrutierten. Sie hoben ihre Gewehre und feuerten in die dichte Masse der Demonstranten, so dass acht Arbeiter fielen. In wilder Erregung rannte die Menge nach Croix-Rousse zurück und schrie in den Gassen: „Zu den Waffen, man ermordet unsere Brüder!“ So begann der erste große Arbeiteraufstand der Weltgeschichte.²⁰

18 Ebenda, S.35f.

19 Ebenda, S.36.

20 Benutzte Literatur zum Lyoner Weberaufstand: *Bénédict Collomb: Détails historiques sur les journées de Lyon et les causes qui les ont précédées*, Lyon 1832; *Jean Baptiste Monfalcon: Histoire des insurrections de Lyon*, Lyon 1834; *Blanc, Geschichte*, T. 3; *Tarlé, Arbeiteraufstand*; *Maurice Moissonier: La révolte des canuts*, Lyon, novembre 1831, Paris 1958; *Holzapfel, Lyoner Arbeiteraufstände* (kritisch rezensiert von H. Bock: *Der Lyoner*

Aus den Häusern rannten die Blusenmänner, bewaffnet mit Knüppeln, Schaufeln, Mistgabeln, Jagdflinten. Nationalgardisten der Vorstadt, die zumeist Webermeister und Kleinhändler waren, fraternisierten und überließen den empörten Proletariern ihre Infanteriegewehre und zwei Kanonen. Bei dröhnendem Trommelschlag sammelte sich die Menge unter einer schwarzen Fahne, auf der die Losung geschrieben stand: „Vivre en travaillant ou mourir en combattant“ – Arbeitend leben oder kämpfend sterben! Ein Wahlspruch von Ausgebeuteten, die in der bürgerlichen Gesellschaft das „Recht auf Leben“ durch ausreichenden Arbeitslohn für sich und ihre Familien erringen wollten. Sie zogen abermals in Richtung Lyon und besetzten die Straße Grande-Côte.

Gegen Mittag rückte eine Kolonne von Nationalgardisten und Linientruppen heran, an der Spitze der Präfekt und der kommandierende General. Sie wollten die ansteigende Straße hinaufrücken, an deren Ende jedoch eine starke Barrikade stand. Plötzlich stürzte aus den anliegenden Häusern ein Hagel von Steinen und Dachziegeln herab. Der Präfekt und andere wurden getroffen, die Truppe zog sich zurück. Weil die Aufständischen aber Verhandlungen anboten, stiegen der Präfekt und der General über die Barrikade. Sie gingen in die Vorstadt, um vom Balkon der Bürgermeisterei zu den versammelten Arbeitern zu sprechen, wurden aber mit gellenden Rufen empfangen: „Arbeit oder Tod!“ Kaum begann der Präfekt seine Rede, so unterbrach ihn der Lärm von Gewehrsalven, die vom Ortsrand herüberschallten. „Rache! Rache! Wir sind verraten!“ schrien die Arbeiter. Sie entrissen den beiden Ordnungshütern den Degen und setzten sie in Gefangenschaft.

Tatsächlich hatte der Kampf aufs Neue begonnen. Lyons 1.800 Mann starke Garnison und die weit zahlreichere Nationalgarde, numerisch etwa 10.000 Mann, war den Trommeln des Generalmarsches gefolgt und mit scharfer Munition ausgerüstet worden. Eine Schwadron von Dragonern ritt die Karmeliterstraße hinauf, schwärmte über die Hochebene von La Croix-Rousse und schoss – zusammen mit nachdrängenden Nationalgardisten – auf die Proletarier, die sich in ihren Häusern verschanzten und zur Wehr setzten. Es gab Tote und Verwundete. Gegen Abend veranlassten die Arbeiter den gefangenen General, seinen Truppen den Rückzug zu befehlen. Auch der Präfekt wurde aus seiner Haft entlassen, da er versprach, in der Stadt für die gerechte Sache der Arbeiter zu wirken. Einige, die Argwohn schürten, wurden von der Mehrheit laut überstimmt: „Es lebe der Vater der Arbeiter!“ Die Proletarier beklagten ihre Toten. An Lagerfeuern und in den Quartieren erwarteten sie den nächsten Tag.

Am 22. November, einem Dienstag, läuteten früh schon Lyons Kirchenglocken. Abermals schlugen die Trommler den Generalmarsch. Soldaten eines Linienregiments, das in der Nacht zur Verstärkung eingetroffen war, zogen den Karmeliterhügel hinauf, um sich noch einmal der Hochebene von La Croix-Rousse zu bemächtigen. Doch sie kamen nicht weit, eine Masse von Arbeitern zwang sie zum Rückzug. Die Wege nach Lyon lagen offen.

Wir wissen nicht genau, wie viele Blusenmänner an diesem Tag die Hügel hinunterstürmten, um sich mit verzweifelter Wut und zäher Gewalt in die Stadt zu werfen. Es müssen Tausende gewesen sein, zumal sich auch die Arbeiter der übrigen drei Vorstädte erhoben. Nicht wenige waren unter ihnen, die in Napoleons Armeen den Umgang mit Waffen gelernt hatten. Sie begannen den Aufstand mit Knüppeln, kämpften bald mit Säbeln und Bajonetten, Pistolen und Gewehren. Nationalgardisten der zweiten Legion – Kleinbürger, die sich für die Fabrikanten nicht schlagen mochten – wechselten die Front und brachten ihre Schusswaffen mit. Ein erklärter Republikaner namens Drigeard-Desgarnier, der ein Waffenmagazin besaß, verteilte seine Gewehre. Drei Waffenläden und zwei Kasernen wurden erobert und ausgeräumt. Ein Haupttrupp belagerte das Pulvermagazin.

Den ganzen Tag lang wurde an mehreren Punkten der Stadt gekämpft. Am härtesten waren die Gefechte an den Ufern und Brücken der Rhône, wo die Artillerie der Regierungstruppen über den Fluss auf die Vorstadt Les Brotteaux zielte, die Kavallerie zur Attacke ritt und die Fabrikanten aus ihren Häusern auf die von jenseits andrängenden Arbeiter schossen. Ungeachtet der Artillerie, die mit Kartätschen feuerte, stürmten die Blusenmänner über die Brücken. Schritt für Schritt und Straße für Straße schnürten sie einen Sperring um das Stadthaus, den Sitz der örtlichen Regierung.

Dieser Kampf riss eine tiefe Kluft zwischen den Klassen auf. Selbst diejenigen Angehörigen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die seit der Julirevolution die „Volksouveränität“ und das allgemeine Wahlrecht verlangt, die in Klubreden „Freiheit“ und „Gleichheit“ beschworen hatten, mussten jetzt bekennen, ob sie auch praktisch gewillt waren, die Menschen- und Bürgerrechte für alle, also auch für Proletarier zu verfechten. In dieser Stunde der Wahrheit starben die Phrasen. Die ideale Rhetorik der „Fraternité!“, der Bruderschaft aller Menschen und Bürger, erstickte im Pulverrauch, im rasenden Gewühl, wo Rache geschrien, Kämpfende niedergemacht, Leichen in die Flüsse geworfen wurden.

Am Abend hatten die Aufständischen das Pulvermagazin besetzt. Das Stadthaus und die angrenzenden Plätze waren dicht eingekreist. Die Kampfmoral vieler Liniensoldaten schien gebrochen. Man hatte in den Erzählungen von der Julirevolution den Übertritt der Linienregimenter auf die Seite des Volkes stets als eine patriotische Tat gepriesen. Jetzt war schwerlich einzusehen, dass man das Volk metzeln müsse, bloß weil es für einen vertraglichen Tarif und gegen den Hunger kämpfte. Zudem litten die Truppen selbst unter physischer Ermattung und Pflege-mangel. Lyons administrative und militärische Leiter, die zuletzt im Stadthaus beinahe wie in einer Mausefalle saßen, verabschiedeten um Mitternacht ein wortreiches Kommuniké. Sein bloßer Inhalt besagte, das Militär sei „durch bedeutende Verluste hart mitgenommen“ und nicht mehr zu kämpfen gewillt, zum Teil sogar übergelaufen, und weil von der ganzen Nationalgarde nur noch wenige unter den Waffen ständen, müsse man „die Stellung des Stadthaus verlassen“, um eine vorteilhaftere Position „außerhalb der Mauern einzu-

nehmen“.²¹ Der Präfekt wurde bestimmt, auf seinem Posten auszuharren. Dann erfolgte der Rückzug. Die Reste der Linienregimenter und einige Abteilungen der Nationalgarde retirierten mitsamt ihren Geschützen. Die Arbeiter aber waren wachsam. Wieder krachten Schüsse, gellte der Ruf „Zu den Waffen!“ In das Alarmgeläute der Kirchenglocken mischte sich noch einmal das Getöse der Artillerie, die Barrikaden zusammenschoss, um den Fluchtweg zu gewinnen. Das Rückzugsgefecht brachte neue Verluste. Keuchend, entnervt, ihre Verwundeten mitschleppend, retteten sich die Regierungstruppen in die Ortschaft Montessuy. Dort schwiegen endlich die Waffen.

Der Präfekt und die Häupter der Munizipalbehörde – der Stadtverwaltung – schlichen nun ebenfalls aus dem Stadthaus, nicht ohne eine weitere Rechtfertigung zu formulieren. Da ihnen der Schreck die Feder führte, meldet der Text, „daß in diesem Augenblick die vollständigste Desorganisation in der Stadt vorwaltet, daß der Aufstand alle Gewalten beherrscht und daß die Gesetze, die Behörden, ohne Macht sind“.²² Minuten später besetzten die Aufständischen das Stadthaus, das politische Zentrum Lyons. Am 23. November 1831, morgens zwei Uhr, waren sie die Herren der Stadt.

Erst am 24. November, nachdem sich ein Nebel gelichtet hatte, begannen mechanische Telegrafen, die Nachricht des Aufstands und des Arbeitersieges zu verbreiten. Auf der Börse stürzten wieder einmal die Kurse. Die Staatsregierung beratschlagte fieberhaft. Bürokratie und Besitzbürger fürchteten gnadenlose Rache und zügellose Anarchie. – Doch Lyons Sieger überraschten durch das völlige Gegenteil. Dieben und Plünderern drohte die Todesstrafe. Kreditinstitutionen wurden geschützt, so dass keine einzige Kasse verschwand. Aus den Gefängnissen wurden die Schuldgefangenen befreit, während die Kriminellen hinter den Gittern verblieben. Die Behörden verweilten im Amt, und auch der Präfekt konnte wieder ins Stadthaus kommen, seinen Anordnungen wurde Folge geleistet. Bewaffnete Blusenmänner patrouillierten zusammen mit Nationalgardisten für „Ordnung“ und „Sicherheit“. Die Übrigen kehrten in die Werkstätten zurück und begannen wieder zu arbeiten.

Vergeblich riefen politische Regimegegner zur Bildung einer neuen Staatsspitze auf. Die Arbeiterkommission, die mit den Unternehmern über den Lohntarif verhandelt hatte und weiterhin als Repräsentant der Proletarier galt, überreichte dem Präfekten am 24. November eine durchaus loyale Adresse: „Wir müssen erklären, daß bei den eben stattgefundenen Ereignissen in Lyon politische und aufreizende Einflüsterungen von keinerlei Einfluß waren; wir sind Louis Philippe, dem König der Franzosen, und der Verfassung absolut ergeben. Wir sind von den reinsten und heißesten Gefühlen für die soziale Freiheit und für Frankreichs Aufschwung erfüllt, und wir hassen alle Parteien, die sie verletzen wollen.“²³

21 Blanc, Geschichte, T. 3, S.45.

22 Ebenda, S.47.

23 Tarlé, Lyoner Arbeiteraufstand, S.93.

Lyons Oberstaatsanwalt hatte tägliche Geheimberichte an den Justizminister in Paris gesendet, worin er von „barbarischer Pöbelwut“ und „Katastrophe“ schrieb. Noch am 23. November meldete er im Jargon der Obrigkeit, dass die Stadt der „Anarchie“ preisgegeben sei. Am Tag darauf berichtete er mit sichtlichem Erstaunen: „Alle Widersprüche treten bei unserer Bevölkerung in Erscheinung. Sie ist hungrig – und plündert nicht; sie ist in den Aufstand getreten – und mißbraucht nicht ihren Sieg; sie hat die Obrigkeit nicht anerkannt, aber sie hat die Fahne dieser Obrigkeit nicht verlassen. Sie ging über die Kommunalbehörden hinweg, um zu kämpfen, doch nach der Schlacht bot sie diesen Behörden ihre materielle Unterstützung an. Diese Bevölkerung hat auf Rache verzichtet [...], Personen und Eigentum werden geachtet, wenn man von einem einzigen zerstörten Hause absieht.“²⁴

Die Arbeiter hatten die Waffen im Widerstand gegen die blutige Herausforderung der Bourgeoisie und ihrer Militärgewalt ergriffen. Sie begnügten sich mit der Genugtuung ihres Sieges. Allein die Festsetzung des gerechten Lohntarifs war das Ziel ihres Kampfes, der rund tausend Tote und Verwundete gekostet hatte. Der Präfekt Bouvier-Dumolard blieb für sie eine Hoffnung und Beschwichtigung zugleich: Er schien noch immer die lebendige Garantie für gesicherte Löhne zu sein.

Indes sammelte die Regierung Louis Philippes starke Truppenverbände um Lyon. Sie beauftragte keine Geringeren als den Kriegsminister Soult und den Kronprinzen mit der militärischen Wiederbesetzung der Stadt. Dort fügte man sich dem amtlichen Gebot, die Waffen den Behörden auszuliefern. Als dann aber am 3. Dezember 1831 die Armee mit 20.000 Mann, darunter Kavallerie und Artillerie, kampfflos einrücken konnte und die Ursache der sozialen Empörung zur offiziellen Entscheidung stand – wurden die Lohnforderungen der Seidenweber abermals im Namen der „Freiheit des Handels und des Gewerbes“ verworfen. Lyons Präfekt erhielt seinen Abschied, weil er sich durch den Versuch, ein Tarifabkommen zu vermitteln, in die liberalistischen Rechte der Fabrikanten eingemischt habe.

Die Regierung des „Juste-milieu“ interpretierte das Verhältnis zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern als eine vertragsrechtliche Beziehung frei kon Partner.²⁵ Sie hatte allerdings eilends die riesigen Machtmittel des Staats zum Einsatz gerufen, sobald es galt, die Interessen des Unternehmertums gegen die sich organisierenden Arbeiter zu schützen.

24 Ebenda, S.87.

25 Aus der Anweisung des Innenministers an die Präfekten der französischen Departements: „Die Natur der Dinge und die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und Fabrikanten zwingt sie, Annäherung und Ausgleich zu suchen. Doch nur die Konkurrenz und der freie Wettbewerb muß beide zu einem Übereinkommen über den Preis der Arbeitskraft führen. Die Behörden haben weder die Mittel noch die Berechtigung, sich in die Feststellung der Löhne und noch weniger in die Aufstellung der Tarife zu mischen.“ Zit. nach: Tarlé, *Lyoner Arbeiteraufstand*, S.97f.

Frñhdmmerung des Klassenbewusstseins

Der Lyoner Weberaufstand von 1831 war die erste bewaffnete Massenerhebung des Proletariats – ein neuartiger Typus des Bürgerkriegs, der den Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und arbeitender Klasse offenlegte. Politische Unruhen, Aufstände, Revolutionen hatte es in der früheren Geschichte viele gegeben. Stets war existenzielle Not, sozialer Aufruhr ein Faktor in diesen Kämpfen gewesen, er hatte beeinflusst, verschärft, zugespitzt. Doch die jeweiligen Zeitgenossen hatten den sozialen Kampf nur als ein untergeordnetes Element im größeren Zusammenhang politischer Konflikte aufgefasst: des Ringens um eine Erneuerung der Regierung, der Verfassung oder der Staatsform. Seit einigen Jahrzehnten waren freilich auch Arbeitskämpfe, Streiks, Maschinenstrme nicht mehr unbekannt; es gab sie in England, Frankreich, Belgien, Deutschland, überhaupt in den Ländern, wo die Industrielle Revolution zu wirken begann. Aber ein Arbeiteraufstand, der eine Regierungsarmee von rund zehntausend Mann besiegte, der eine große, international bedeutende Industrie- und Handelsstadt mit Waffengewalt eroberte, war ein noch nie geschehener Vorgang. Er war den bürgerlichen Politikern und Ideologen derart fremd, dass es ihnen schwer fiel, in dieser Erscheinung das geschichtlich neuartige Wesen eines gesellschaftlichen Grundkonflikts und sozialen Bürgerkriegs aufzufassen. Ministerpräsident Casimir Prier, der am 25. November 1831 vor dem Abgeordnetenhaus über erste Regierungsmaßnahmen gegen den Aufstand berichtete, nannte das Ereignis zwar von „ernster Art“, sprach aber nur von traditionellen Vergeltungsschlgen mittels politischer Gewalt. Eine Adresse der Abgeordneten an den König kam dem sozialen Kern der Erscheinung etwas näher, weil die Repräsentanten des reichen Bürgertums in Lyons Arbeitererhebung eine Gefahr für den Besitzstand witterten: „Die Sicherheit der Personen ist frevlerisch angegriffen, das Eigentum ist in seinem Prinzip gefährdet, die Freiheit der Industrie ist mit Vernichtung bedroht, die Stimme der Obrigkeit ist nicht gehört worden.“²⁶ Doch auch diese Parlamentarier vermochten den König und seine Minister nur mit Argumenten des besitzbürgerlichen Konstitutionalismus zu ermutigen, wonach es galt, den Willen der allein wahlberechtigten Eigentümer gegen eine angebliche „Minorität“ von politischen Rechtsbrechern durchzusetzen. „Wir schtzen uns glücklich, Sire, Ihnen im Namen Frankreichs die Mitwirkung seiner Deputierten anzubieten, um den Frieden überall, wo er gestört werden sollte, wieder herzustellen, alle Keime der Anarchie zu ersticken, die geheiligten Grundsätze zu befestigen, auf welchen sogar die Existenz der Nation beruht, das glorreiche Werk der Julirevolution aufrecht zu erhalten und überall dem Gesetze Kraft und Recht zu sichern.“ In allen diesen Äußerungen wurde der Arbeiteraufstand grundsätzlich nur an traditionell machtpolitischen Maßstäben gemessen und wie eine Verschwörung, ein Attentat, ein Landfriedensbruch beurteilt. Als Eruption des sozialen Antagonismus der neuen Gesellschaftsordnung wurde er nicht begriffen.

26 Blanc, Geschichte, T. 3, S.53f.

Es war wiederum Ludwig Börne, der auf derartige Parlamentsdebatten schon während des Aufstands reagierte. Im 60. seiner „Briefe aus Paris“²⁷ nannte er einen tieferen, nämlich sozialen Konflikt: „Dieser Kasimir Périer hat darüber frohlockt, daß in den blutigen Geschichten von Lyon [...] nichts als Mord, Raub und Brand gewesen!“ Tatsächlich bedeute Lyon etwas anderes: „Der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe jenen Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut zu Felde ziehen müsse.“ Börne bezeichnete die Ursachen des Konflikts gemäß den Einsichten revolutionär-demokratischer Gesellschaftskritik: „Die armen Leute in Frankreich haben in der Kammer keine Stellvertreter. Die neueste französische Konstitution hat [...] die alte Ungerechtigkeit, die alte erbärmliche Philisterpolitik beibehalten, das Wahlrecht an den Besitz gebunden und die Besitzlosen auch ehrlos gemacht. [...] Die reichen Leute machen allein die Gesetze, sie allein verteilen die Auflagen, davon sie den größten und schwersten Teil den Armen aufbürden.“ Der Kritiker verurteilte die erhöhte Besteuerung der Grundnahrungsmittel und der Kohlen, die Kürzung der Löhne. „Und nach allen diesen Abscheulichkeiten kommen sie und lästern über die Unglücklichen, die nichts zu verlieren haben, und fordern die reichen Leute auf, gegen das wilde Tier, Volk, auf seiner Hut zu sein!“

Dieser deutsche Publizist und Revolutionär erkannte, dass der bürgerliche Staat in Frankreich – ebenso in Großbritannien – nicht bloß die Macht der herrschenden Regierungsfractionen, sondern die Eigentümerinteressen der gesamten Bourgeoisie gegen die arbeitenden Klassen vertrat. Wie vormalig Marat und Robespierre, so interpretierte er die soziale Frage als Ausfluss der politischen Entrechtung der Massen. Daher sollte deren Lage durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, die Veränderung der Staatsform, die Schaffung einer demokratischen Republik entscheidend gebessert werden. Die Revolution, die 1789 begonnen hatte, schien noch lange nicht ans Ziel gekommen. Noch immer sollte die konsequente Einlösung der früheren Verheißungen erfolgen: Menschen- und Bürgerrechte für alle! – Weil aber die Herrschenden des „Justemilieu“ jede Einsicht und jedes Reformstreben vermissen ließen, wodurch „die bürgerliche Ordnung auf Weisheit, Gerechtigkeit und Tugend zu gründen“ wäre, wagte der Pariser Briefsteller eine drohende Voraussage. Der „Krieg der Armen gegen die Reichen“ werde zu einer neuen, gewaltigen Revolution führen: „Nicht gegen den Besitz, nur gegen die Vorrechte der Reichen streitet das Volk; wenn aber diese Vorrechte sich hinter dem Besitze verschanzen, wie will das Volk die Gleichheit, die ihm gebührt, anders erobern, als indem es den Besitz erstürmt?“ Bereits eine Woche später vollzog sich, was Börne von den herrschenden Regierungsfractionen behauptet hatte. Das „Journal des Débats“, die Zeitung der herrschenden Finanzaristokratie, alarmierte am 8. Dezember 1831 (fünf Tage nach der Wiederbesetzung Lyons) alle Schichten des Bürgertums gegen eine

27 Börne, Briefe aus Paris. Sechzigster Brief. 1. Dezember 1831, in: Ders: Sämtliche Schriften, Bd. 3, S.371-379.

unausweichliche Gefahr: „Der Lyoner Aufstand hat ein wichtiges Geheimnis aufgedeckt: den Kampf innerhalb der Gesellschaft zwischen der Klasse der Besitzenden und der Klasse der Besitzlosen.“²⁸ Dieser Wortlaut meinte tatsächlich den objektiv existierenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – das Krebsgeschwür der bürgerlichen Ordnung, die seit 1789 gegen den Feudaladel erkämpft und schrittweise ausgestaltet worden war. So lauteten weitere Textteile: „Unsere Handels- und Industriegesellschaft hat wie alle anderen Gesellschaften ihre Wunde: die Arbeiter. Es gibt keine Fabrik ohne Arbeiter, doch bei einer immer wachsenden und immer bedürftigen Arbeiterbevölkerung gibt es keine Ruhe für die Gesellschaft [...]. Die Barbaren, die die Gesellschaft bedrohen, [...] hausen in den Vororten unserer Fabrikstädte [...]. Sie leiden Elend. Wie sollten sie keine besseren Zustände anstreben? [...] Wie könnten sie der Versuchung widerstehen, einen Überfall auf die Bourgeoisie zu machen? Sie sind stärker, zahlreicher [...]. Es ist notwendig, daß sich die Mittelklasse vollständig der Lage der Dinge bewußt werde“.

Auf diese objektiv scheinende Situationsbeschreibung folgte die harsche Agitation, gerichtet an die Adresse sämtlicher Besitzbürger. Sie suggerierte ein politisches Verhaltensgebot: „Die Mittelklasse wäre betrogen, wenn sie sich von irgendwelchen demagogischen Grundsätzen dazu hinreißen ließe, ihren Feinden dummerweise Waffen und Rechte einzuräumen, wenn sie die proletarische Flut in die Nationalgarde, in die Gemeindeinstitutionen hineinließe, wenn sie ihr die Wahlgesetze und alles, was zum Staat gehört, zugänglich machte. [...] Es handelt sich hier nicht um die Republik, nicht um die Monarchie, es handelt sich um die Rettung der Gesellschaft.“ Das war die Interpretation des „Kriegs der Armen gegen die Reichen“ vom Standpunkt des bevorrechteten „Eigentums“, der kapitalistischen Ausbeutung und des bürgerlichen Staats. Die Finanzbourgeoisie trommelte die ganze „Mittelklasse“ – insbesondere die Industrie- und Handelsbourgeoisie – zur Sammlung gegen das frühe Proletariat.²⁹

Freilich hatten die Blusenmänner Lyons nur für soziale Forderungen gekämpft. Aber der Bürgerkrieg, die Entwaffnung der Aufständischen, die militärische Besetzung der Stadt, die erneute Zurückweisung der Tarifvereinbarung – dies

²⁸ Tarlé, Lyoner Arbeiteraufstand, S.93ff.

²⁹ Weitere Textproben bezeugen das Bemühen, die „Mittelklasse“ unter der Staatsflagge des finanzaristokratischen Regimes zu versammeln: „Neben der Mittelklasse gibt es eine proletarische Bevölkerung, die sich in einem Zustand der Erregung befindet und von Zuckungen ergriffen ist, die nicht weiß, was sie will, wohin sie geht, was sie angeht. Sie will eine Veränderung. Das ist eine Gefahr für die moderne Gesellschaft, daraus können Barbaren entstehen, die diese Gesellschaft zerstören. Man kann doch nicht wünschen, daß die Gesellschaft auf den Kopf gestellt werde und daß der Schwanz die Stelle des Kopfes einnehme. [...] Es hieße gegen die Erhaltung der Gesellschaft vorgehen, wollte man denjenigen politische Rechte und nationale Waffen geben, die nichts zu verteidigen haben und die alles nehmen können. Das sollte die Mittelklasse besser als irgend jemand aus den Lyoner Ereignissen erkennen, sonst ist sie betrogen und hat ihren eigenen Untergang heraufbeschworen.“ Zit. nach: ebenda.

alles rief ernüchternde Wirkungen hervor. Der Oberstaatsanwalt von Lyon meldete hinfort ein grassierendes „Koalitionsfieber“ bei der Arbeiterschaft. Obwohl die wirtschaftliche Krise im folgenden Jahr 1832 abflaute, erreichten die Streiks in den französischen Städten ein bislang nie gekanntes Ausmaß. Immer öfter wurde in diesen Arbeitskämpfen auf den Weberaufstand gewiesen und immer bewusster wurde Kritik formuliert. Das „Bürgerkönigtum“ Louis Philippes erschien nicht mehr als die Heimstatt der Menschen- und Bürgerrechte, wofür noch die Masse der Julirevolutionäre gekämpft hatte. Es war eine Monarchie der „Reichen“, ein Staat, der nicht zögerte, im Notfall den ganzen gewaltigen Staatsapparat für die Interessen der großen und mittleren Eigentümer einzusetzen. Diese Erfahrung trieb neue Fragen und Gedanken hervor. Es gab Arbeiter, die nun begriffen, dass eine starre Abgrenzung der sozialen Lohnkämpfe gegenüber der republikanischen Opposition, den erklärten Gegnern des „Juste-milieu“, falsch sei. Weil aber die Arbeitnehmer seit 1791 durch das „Gesetz Le Chapelier“, also durch Koalitionsverbot geknebelt waren, entbehrten sie eigener Organisationen und erfahrener Arbeiterführer. So wandten sich die aktivsten proletarischen Elemente nunmehr den bewusst kämpfenden Demokraten zu.

Es waren politische Klubs, die Frühform des Parteiwesens, in denen sich die demokratisch gesinnten Oppositionellen vereinten.³⁰ Sieht man ab von der Koterie des gestürzten Restaurationsregimes, des Adels und seines Rattenschwanzes, so wurde der Geist der Klubs von Intellektuellen bestimmt: Rechtsanwälten und Journalisten, Lehrern und Studenten, Schriftstellern und Künstlern, Ärzten und Wissenschaftlern. Aus den Blättern der Überlieferung tritt für die Jahre von 1830 bis 1832 die „Société des amis du peuple“ (Gesellschaft der Volksfreunde) am deutlichsten hervor.³¹ Ihren Kern bildeten wahrhafte Revolutionäre, die unter der Restauration der Bourbonen als „Carbonari“ im Untergrund und in den Julitagen auf den Barrikaden gekämpft hatten, jetzt aber in aller Öffentlichkeit das schon erwähnte „Stadthausprogramm“ als ihre politische Plattform verfochten. Der Name der Sozietät gemahnte an die Große Revolution, konkret an Jean-Paul Marat und sein Journal „Ami du peuple“, womit der Publizist des einstigen Jakobinertums gegen die Konterrevolution des Adels, aber auch gegen die spekulierenden, kapitalheckenden, machtgeilen Revolutionsgewinnler der Bourgeoisie gestritten hatte. Marats selbsternannte Erben sahen in der historischen Jakobinerdiktatur den bislang konsequentesten Versuch einer revolutionär-demokratischen Staatsform. Sie verharrten daher nicht im liberalistischen Geist der

30 Siehe Johann Sporschil: Der bisherige Kampf der französischen Republikaner gegen Ludwig Philipp, König der Franzosen, Leipzig 1834; Lucien de la Hodde: Histoire des sociétés secrètes et du parti républicain de 1830 à 1848, Paris 1850, S.37-44; Georges Weill: Histoire du parti républicain en France de 1814 à 1870, Paris 1900; J. Tschernoff: Le parti républicain sous la Monarchie de Juillet. Formation et évolution de la doctrine républicaine, Paris 1901, S.236-271; Gabriel Perreux: La propagande républicaine au début de la Monarchie de Juillet (1830-1835), Paris 1931, S.1-14; Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 1, S.209-214.

31 Siehe La société des amis du peuple 1830-1832, Paris 1974.

Deklaration von 1789 oder gar der monarchistischen Konstitution von 1791 – vielmehr bevorzugten sie die republikanischen Verfassungsideen von 1793.

Das Denken der Großen Revolution war ursprünglich von der Grundthese der Aufklärung – der „natürlichen Gleichheit aller Menschen“ – ausgegangen; „Freiheit“ und „Gleichheit“ erschienen als das Gemeinsame der Nation und der Menschheit. Auch das politisch führende Bürgertum hatte „Liberté“ und „Égalité“ als Schlachtruf benutzt, der alle, die die Aristokratie des Feudalsystems anfochten, mit Leidenschaft und Streitbarkeit erfüllte. Doch dann war erfahren worden, wie „Liberté“ zur besitzbürgerlichen Phrase, wie „Égalité“ zur formalrechtlichen „Gleichheit“ bei realer Ungleichheit der „Reichen“ und „Armen“ degenerierte. Die bürgerliche Führungsklasse der Revolution erhob den Vorrang und die Sicherheit des „Eigentums“ zum Kardinalprinzip der neuen Ordnung und widersprach damit den Erwartungen und Verheißungen von 1789. „Freiheit“ und „Gleichheit“ dienten der Schönfärbung des Liberalismus, womit die aufsteigende Eigentümerklasse ihre wahren wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verhüllte, zugleich aber ihren Anspruch auf Rechtsetzung, Gesetzestreue und Ehrbarkeit in Staat und Gesellschaft verkündete.

Die jakobinischen Kritiker dieser Revolutionsresultate hatten aber den besitzbürgerlichen „Freiheits“-Begriff korrigiert und den Volksbedürfnissen angenähert: Sie verknüpften „Liberté“ mit dem „Recht auf Leben“ – was in der Verfassung von 1793 weitere Grundprinzipien zur Folge hatte: so das allgemeine Wahlrecht und die Rechenschaftspflicht der Deputierten vor ihren Wählern, das Recht auf Arbeit und Unterhalt, das Recht auf Bildung, sogar das Recht auf Widerstand gegen Bedrückung, also weitere Revolution. Das war das Erbe, das jetzt von den „Volksfreunden“ rezipiert wurde. Auch Ludwig Börne, der ihre Versammlungen in Paris besuchte, urteilte gemäß dieser Ideen und Einsichten.

Heinrich Heine erkannte die Republikaner im Herbst 1831 an ihren breitrandigen, schwarzleinenen Hüten, hörte sie aus den Schriften der historischen Jakobiner zitieren, sah sie demonstrativ mit dem Bildnis Robespierres auftreten.³² Gerade bei diesem fanden die „Volksfreunde“ die Leitideen republikanischer Tugend mit der Sorge vor jener sozialen Verelendung gepaart, die auch das brennende Problem der Gegenwart war. Sie übernahmen die Interpretation des „Eigentums“ und die sozialpolitische Fürsorgepflicht der Bürgerschaft, die auf dem Gipfel des Jakobinertums formuliert worden waren: „Das Eigentumsrecht wird wie alle anderen Rechte *begrenzt* durch die Verpflichtung, die Rechte des anderen zu achten [...]. *Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Lebensunterhalt aller ihrer Glieder zu sorgen*, indem sie ihnen *Arbeit* gibt oder denen, die arbeitsunfähig sind, die *Existenzmöglichkeit sichert*.“³³ Auch Robespierres letzte Konventsrede vom 8.

32 Siehe Heinrich Heine: Französische Zustände. Artikel III. Paris, 10. Februar 1832, in: Ders: Werke und Briefe, Bd. 4, hrsg. v. Hans Kaufmann, Berlin 1970, S.403-414.

33 Maximilien Robespierre: Eigentum und Menschenrechte, April 1793, in: Habt Ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt? Reden, hrsg. v. Kurt Schnelle, Leipzig 1958, S.251f. Hervorhebung – H.B.

Thermidor 1794 enthielt viel zitierte Texte, an die gegen die Bereicherung der Reichen, die skrupellose Ausnutzung der liberalistischen Ordnung erinnert wurde: „Ich sehe die Welt bevölkert von Betrogenen und Gaunern; aber die Zahl der Gauner ist kleiner: Es sind die, welche man für die Verbrechen und die Leiden in der Welt bestrafen muß [...]. Es geht darum, die öffentliche Moral und die erhaltenden Freiheitsprinzipien zu retten; es geht darum, alle edlen Vaterlandsfreunde der Unterdrückung zu entreißen.“³⁴ Heine nannte diese Rede das „Evangelium“ der „Amis du peuple“.³⁵ Die neuen Volksfreunde bekämpften das „Juste-milieu“ von 1831 mit der Moralität des republikanischen Citoyen von 1793. Sie stellten Tugend und Sittenstrenge dem Machthunger und der Genusssucht entgegen, womit der durch Ausbeutung und Spekulation wuchernde Reichtum die wenig Bemittelten und gänzlich Armen übervorteilte und provozierte.

Allerdings übertrugen die „Volksfreunde“ den historischen Republikanismus Robespierres auf eine Wirklichkeit, deren soziale Schichtung und Konfliktsituationen weit komplizierter geworden waren. Das frühere Frankreich der Girondisten, Jakobiner und Thermidorianer glich nicht der entwickelteren Gesellschaft des „Juste-milieu“. Aber schon damals hatte es Revolutionäre gegeben, die sich gegen die Bourgeoisie nicht bloß als der bevorrechteten, sondern auch der ausbeutenden Klasse wandten. Anders als die Jakobiner hatten sie das heilige Recht des „Eigentums“ nicht anerkannt, daher nicht bloß demokratisch-revolutionäre, sondern sozial-revolutionäre Ziele verfolgt – und sie waren gerade deshalb in den Kerkern des Bürgertums, sogar der Jakobiner, vernichtet worden. Die öffentliche Erinnerung daran blieb mehr als drei Jahrzehnte lang von den wechselnden Regimes des Direktoriums, des Kaisers Napoleon, der restaurativen Bourbonendynastie unterdrückt. Das aber kennt man ja: Der Leser von heute kann sich gut vorstellen, wie alternative Gesellschafts- und Sozialkonzepte mit- samt ihren Vorkämpfern der regierungsamtlichen Verdrängung und Verteufelung, sogar dem offiziellen Vergessen anheim fallen. So auch damals, als die Erinnerung an das kapitalkritische Erbe bewusst vergessen gemacht wurde. Doch es erhebt sich die Frage: Wie lange bleibt solch staatliche „Geschichtspolitik“ von Erfolg gekrönt?

Nach der Julirevolution kehrte ein 70-jähriger Veteran der Großen Revolution unerkannt nach Paris zurück. Er verbarg sich in einem Arbeiterviertel, fristete dort seinen Lebensunterhalt als Sprach- und Musiklehrer, nahm insgeheim Kontakt zu den oppositionellen Demokraten auf. Der in Italien geborene Filippo Buonarroti, Nachfahre Michelangelos und ehemaliger Rechtsanwalt, war Freund Robespierres, dann Teilnehmer an der Verschwörung des frühen Kommunisten Gracchus Babeuf gewesen, und er hatte für seine zunehmend antikapitalistische Gesinnung und antibourgeoise Geheimtätigkeit sein Leben in Illegalität, Verbannung und Emigration verbringen müssen. Augen- und Tatzeuge verdrängter Historie, veröffentlichte er 1828 in Brüssel eine Darstellung und Dokumentation

34 Ebenda, S.373f.

35 Heine, Französische Zustände, S.409.

jener „Verschwörung für die Gleichheit“, die 1796 entdeckt, durch Todesurteile, Kerkerstrafen, Deportation ausgelöscht worden war.³⁶

Jetzt gründete er mit wenigen Gesinnungsfreunden die „Charbonnerie démocratique universelle“, den „Weltbund demokratischer Carbonari“, der sich von den früheren nationalen Geheimbünden gleichen Namens dadurch unterschied, dass er eine länderübergreifende Vereinigung aller „Freunde der Gleichheit“ – ungeachtet ihrer Nationalitäten und Religionen – sein wollte. Die Mitglieder, die sich gegen polizeiliche Nachforschungen durch strenge Konspiration tarnten, standen nach ihrer Anzahl gewiss im Missverhältnis zum internationalen Anspruch dieses Bundes. Doch ihre Ideen, die entschieden gegen die „Aristokratie des Reichtums“ gerichtet waren und im Namen der „Gleichheit“ die Glut für eine neue Revolution schürten, fanden sich bald in den oppositionellen Klubs und Journalen wieder. Die jüngere Generation erkannte in Buonarrotis Verschwörungsbericht die unterdrückte Wahrheit, und falls sie dem Veteranen selbst begegnete, erlebte sie durch ihn die Faszination politischer Erfahrung, menschlicher Würde, unbestechlicher Überzeugungstreue. Exemplare seines Buches gingen von Hand zu Hand, auch im Gefängnis verschlang man die heiße Lektüre. Immer öfter tauchten in Reden und Artikeln, die „die Sache des Volkes“ verteidigen wollten, aus der Schrift entnommene Gedanken und Textteile auf. Man fand eine Interpretation der „Freiheit“ und der „Gleichheit“, die über jakobinisches Denken und bürgerlich-demokratischen Republikanismus hinausführte. Das Privateigentum sei eine „Erfindung des bürgerlichen Gesetzbuches“ und keinesfalls anzuerkennen; es stehe im Widerspruch zu den Gesetzen der Natur und sei ein Hindernis der „natürlichen Gleichheit aller Menschen“. Daher müssten die individualistischen Freiheitsrechte des „Eigentums“ zugunsten einer „Gemeinschaftlichkeit von Gütern und Arbeiten“ korrigiert werden, um „auf immer die Quelle aller Ungleichheiten zu verstopfen und alle Vorurteile und Leiden, die davon kommen, abzuschaffen“.³⁷ In den Kommentaren zum authentischen Berichtsteil seines Buches erklärte Buonarroti das „Gleichheitssystem“ Babeufs und der Mitverschworenen – „Babouvisten“ genannt – als eine Alternative zum Liberalismus der Großen Revolution: „Von der ungleichen Verteilung der Güter und der Macht kommen alle Zerrüttungen, über die sich

36 Siehe Ph. Buonarroti: *Conspiration pour l'égalité dite de Babeuf*, 2 vol., Bruxelles 1828, weitere Ausgabe, Paris 1830 (wieder hrsg. v. Georges Lefebvre, Paris 1957); Ph. Buonarroti: *Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit mit dem durch sie veranlaßten Prozess und den Belegstücken*, hrsg. v. Anna u. Wilhelm Blos, Stuttgart 1909; Samuel Bernstein: *Buonarroti*, Paris 1949; François Noël Babeuf: *Ausgewählte Schriften*, hrsg. v. G. u. C. Willard, Berlin 1956; Elizabeth Lewinsohn Eisenstein: *The first professional Revolutionist: Filippo Michele Buonarroti (1761-1837)*, Cambridge 1959; Rudolf Herrnstadt: *Die Entdeckung der Klassen. Die Geschichte des Begriffs Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Julirevolution 1830*, Berlin 1965, S.213-251; Höppner/Seidel-Höppner, *Von Babeuf*, Bd. 1, S.221-229, Bd. 2: *Texte*, Leipzig 1975, S.84-111; Katharina u. Matthias Middell: *François Noël Babeuf. Märtyrer der Gleichheit*, Berlin 1988.

37 Zit. nach: Buonarroti, Babeuf, S.183f.

neun Zehntel der Bewohner der zivilisierten Länder mit Recht beklagen. Von daher kommen ihre Entbehrungen und Leiden, ihre Erniedrigung und Sklaverei. Von daher auch kommt jene Ungleichheit an Bildung, die man aus eigennützligen Motiven fälschlicherweise einer überbewerteten geistigen Ungleichheit zuschreibt.“³⁸

Das Übel beschreiben hieß, die Mittel seiner Überwindung zu nennen. Da zeigte sich, wie das demokratische Prinzip der „Volkssouveränität“ eine Zielsetzung erhielt, die durch Entmachtung der „Aristokratie des Reichtums“ die soziale Frage der Arbeitenden und der Armen zu lösen beabsichtigte: „*Reichtum und Macht der einzelnen sind in gerechten Grenzen zu halten*, die von den Einrichtungen einer wahren Gesellschaft abgesteckt werden müssen; die *Macht* dadurch, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen alle Bürger gleichermaßen dem von allen geschaffenen Gesetz unterwerfen; der *Reichtum* dadurch, daß sie die Dinge so regeln, daß *jeder genug und keiner zuviel* hat. Darin besteht die Gleichheit, von der in diesem Werk die Rede ist.“³⁹ Die Forderung der „Gleichheit“ beschränkte sich also nicht auf Staatsformen und ihre bürgerliche Gesetzlichkeit, etwa die formal-demokratischen Rechte einer Republik vom Typus de Jakobinerdiktatur. Sie bezweckte vielmehr die Sicherung des materiellen Lebens für alle Individuen in einer „großen, vollständigen, nationalen Gütergemeinschaft“. Nicht nur die Klassen*vorrechte* – die Klassen*unterschiede* sollten beseitigt werden.⁴⁰

Diese Überwindung der real existierenden Gesellschaft erschien als eine Aufgabe der humanitären Moral, des freien Willens, der organisierten Kraft einer Mehrheit, die sich gegen die Unmoral einer nach Besitztümern und Herrschaft gierenden Minderheit wenden müsse. „Die Gleichheit, deren Idee Grundlage der Gesellschaftlichkeit und Trost der Unglücklichen ist, stellt nur in den Augen jener Menschen ein Trugbild dar, die durch die Liebe zu Reichtum und Macht verdorben sind.“⁴¹

Für die sozial-revolutionäre Morallehre der „Freunde der Gleichheit“ figurierte Filippo Buonarroti als ein berufener Zeuge und wahrhaft reiner Apostel. Seine ideelle Überzeugungskraft brachte bei den „Amis du peuple“ und den nachfolgenden Vereinigungen eine Strömung hervor, die Einfluss auf die Arbeiterschaft gewinnen konnte. Geschichtsbewusste Demokraten vermittelten den Proletariern das Lehrgut der revolutionären Traditionen Frankreichs – und umgekehrt verschafften interessierte Proletarier der Gesellschaftskritik der Demokraten den breiteren sozialen Unterbau. Indem die Linken des Bürgertums in der arbeitenden Klasse die potentielle Massenbasis erkannten, derer der Kampf für eine „freie“ und „gleiche“ Republik bedurfte, nahmen sie die sozialen Fragen des Proletariats in ihre Theorie und Praxis auf. So zogen die „Volksfreunde“ des

38 Zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 2, S.90f.

39 Ebenda, S.91. Hervorhebung – H.B.

40 Siehe Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S.189-228, hier S.191.

41 Zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 2, S.88.

Sonntags in die Arbeitervorstädte und Dörfer, hielten Vorträge, lenkten Diskussionen, gaben gemeinbildenden Unterricht und Beistand für den Streit gegen die Unternehmer. Journale und Flugblätter berichteten über Arbeitskämpfe, veröffentlichten Proteste gegen die Verhaftung von Streikenden, organisierten Solidaritätsaktionen für deren Familien. Rechtsanwälte verteidigten Arbeiter, die wegen Koalitionsbildung vor Gericht gezerzt wurden. Es entstanden Sektionen der Bauarbeiter und der Schneider. Bei Straßendemonstrationen verbanden sich proletarische Losungen mit der Forderung der Demokraten: „Es lebe die Arbeit! Es lebe die Republik!“

Infolge der Erfahrung des Lyoner Weberaufstands und der Wirkungen Buonarrotis begnügte man sich nicht mehr mit den rein politischen Forderungen des „Stadthausprogramms“. Stattdessen wurden sozialpolitische Ansprüche formuliert: Abschaffung der Monopole, Gewährung staatlicher Kredite, kostenlose Erziehung, Senkung der Warenpreise, Verzicht auf indirekte Steuern, Einführung einer Progressivsteuer gemäß der Einkommenshöhe des Staatsbürgers. Das allgemeine Wahlrecht – die zentrale Forderung der Demokraten – wurde nicht mehr als Ziel, sondern als Mittel eines Kampfes bezeichnet, der letzten Endes die Umwälzung der Gesellschaft bezweckte. Man sprach von „sozialer Reform“, meinte aber eine Revolution, die inmitten der kapitalistischen Klassengesellschaft das Ziel der gleichen Verteilung von Gewinn und Lasten, die vollkommene Herrschaft der „Gleichheit“ anstrebte. Alles in allem: Es kam eine Bewegung in Gang, die den republikanischen Demokratismus durch soziale Arbeiterfragen erweiterte. Die aktuelle Rezeption Robespierres übernahm Elemente aus dem Erbe Babeufs.⁴²

Optimistisches Requiem

Am 1. Februar 1832 sprach ein junger Demokrat in Paris auf öffentlicher Versammlung des Zentralbüros der „Amis du peuple“. Vor fünfzehnhundert Menschen verspottete er die Bourgeoisie, die in König Louis Philippe „la boutique incarnée“, den fleischgewordenen Kramladen, gewählt habe – in egoistischem Interesse, nicht im Allgemeininteresse des Volkes von Frankreich. Heinrich Heine, der anwesend war, nannte dies „eine Rede voll Geist, Redlichkeit und Grimm“.⁴³ Weil er aber nur die Tugendlehre, die „republikanische Strenge“ Robespierres zu hören glaubte, mochte er eine spöttische Bemerkung nicht zu-

42 Da wir hier nur die französischen Verhältnisse bis zum Winter 1831/32 betrachten, sei auf eine darüber hinaus führende Arbeit verwiesen: Waltraut Seidel-Höppner: Die Große Französische Revolution im Denken des Bundes der Geächteten und des Bundes der Gerechten, in: Walter Schmidt/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.): Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf, Berlin 1989, S.1ff.; Heinz Köller: Verbürgerlichung der Welt. Zur Weltgeschichte von 1770 bis 1870, Kap. 10: Die Arbeiterklasse und ihre frühproletarischen Bestrebungen. Von den Utopien zum Marxismus, Hamburg 2004, S.319ff.

43 Heine, Französische Zustände, S.407.

rückhalten: „Die Versammlung roch ganz wie ein zerlesenes, klebrichtes Exemplar des ‚Moniteur‘ von 1793.“ In Wirklichkeit aber dachte dieser Redner erheblich über den historischen Jakobinismus hinaus: Es gehe darum, „die menschenmörderische Organisation der Gesellschaft so umzuformen, daß der Gewinn der Arbeit den Arbeitern zukomme und keiner das Instrument eines anderen sei“.⁴⁴

Louis-Auguste Blanqui – zuvor „Carbonari“, Führer der Studentenbewegung und Mitstreiter der Julirevolution – hatte drei Wochen zuvor, am 12. Januar 1832, mit weiteren 14 Mitgliedern der „Volksfreunde“ vor dem Geschworenengericht des Pariser Departements wegen regierungsfeindlicher Tätigkeit unter Anklage gestanden. Er hatte auch dort bezeugt, wie sehr das von den Jakobinern abgeleitete Republikanertum von der „sozialen Frage“ der Arbeiter durchdrungen war: Für 30 Millionen Franzosen verlangte er die Erfüllung des „Rechts auf Leben“. Der Staatsanwalt denunzierte diesen Anspruch als eine Grundgefahr der bestehenden Gesellschaft. „Sehen Sie“, warnte er die Richter und die Geschworenen, „das ist der Krieg der Armen gegen die Reichen; allen Besitzenden muß daran liegen, den Ansturm abzuwehren. Wir führen Ihnen Ihre Feinde vor; schlagen Sie diese, bevor sie noch furchtbarer werden.“⁴⁵

Als der staatlich besoldete Sicherheitsmann einen solchen Ton anschlug, zerriss Blanqui den Schleier der schönen Lügen, die Illusionen der Julirevolution. Er entlarvte die durch sie gewonnene „Freiheit“ als das Vorrecht der besitzenden Minderheit, deren Existenzbedingung die Unfreiheit der arbeitenden Mehrheit war. So verwandelte er die Bank des Angeklagten in eine Volkstribüne revolutionärer und zugleich sozialer Demokratie. Dieser Tribun entlarvte die demagogische Deutungsmacht der Bourgeoisie, indem er die Verursacher und die Leidtragenden des sozialen Antagonismus gemäß dem Vordenken Babeufs auf genaue und richtige Weise bezeichnete: „Dies ist *der Krieg zwischen Reichen und Armen; die Reichen haben es so gewollt, denn sie sind die Angreifer* [...]. Es ist nicht das erstemal, daß sich die Schinder als Opfer hinstellen“.⁴⁶ Der Lyoner Aufstand war noch frisch im Bewusstsein der Zeitgenossen, so dass Blanquis Argumentation höchst aktuell wirkte. „Welch einen Abgrund enthüllten die Lyoner Ereignisse unseren Augen! Das ganze Land war aufgewühlt von Mitgefühl angesichts dieser Armee halbverhungertes Gespenster, die in das Kartätschenfeuer liefen, um wenigstens auf einen Schlag zu sterben [...]. Diese Männer [...], die ganz Europa zu seiner Erneuerung nötig hatte, ringen mit dem Hunger [...]. Das haben die Doktrinäre aus dem Frankreich der Julirevolution gemacht. [...] Wer hätte gedacht, daß diese Arbeiter vor Elend auf eben dem Straßenpflaster sterben würden, das sie sich erobert hatten, und daß [man sie] zur *Plage der Gesellschaft* stempeln könnte.“⁴⁷

44 Roger Garaudy: Die französischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin 1954, S.170.

45 Zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 2, S.509.

46 Ebenda.

47 Ebenda, S.510-514.

Der Kampf für den Erhalt der bürgerlichen Verfassung, der in der „heißen Juliwoche“ geführt worden war, erschien angesichts der neuen Klassenkonflikte in einer neuen historischen Perspektive. So wagte Blanqui die Voraussage einer weit größeren, nämlich sozialen Revolution. Er sah ihre Ideen – Gewehrkugeln vergleichbar – künftig in vielen Ländern einschlagen. „Meine Herren, ist es nicht etwas unvorsichtig, Menschen so schonungslos zu beschimpfen, die euch einen Vorgeschmack ihrer Kraft gegeben haben und sich nun in einer Lage befinden, schlimmer als jene, die sie zum Kampf trieb. [...] Es ist leicht, Männern das Bajonett auf die Brust zu setzen, die ihre Waffen nach dem Sieg abgeliefert haben [...]. Die Gewehre des Juli habt ihr beschlagnahmt. Gewiß, aber die Kugeln sind abgefeuert. Jede Kugel der Pariser Arbeiter nimmt ihren Weg um den Erdball, und alle treffen ohne Unterlaß. Sie treffen so lange, bis kein einziger Feind der Freiheit und des Glücks des Volkes mehr aufrecht steht.“ Die Rede des Angeklagten und Anklägers erklang anderthalb Jahre nach den „glorreichen Julitagen“ von Paris und kurz nach dem Aufstand der Seidenweber Lyons. Der 27-jährige Agitator, der die Revolution von 1789 noch längst nicht am Ziel sah, sollte noch reifen – ganz wie die Bewegung, für die er gesprochen hatte: zum kommenden Mann des kommenden Proletariats, zum namhaftesten französischen Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts.

Jetzt aber war noch die Zeit, da Premierminister Casimir Périer zur Konfliktlösung aller Franzosen den zynischen Ratschlag gab: „Enrichissez-vous!“ Bereichert Euch! – Es war die Zeit, da die Republikaner der „Amis du peuple“ jenen bewaffneten und scheiternden Aufstand wagten, dem Victor Hugo in „Les Misérables“ ein literarisches Denkmal setzte. – Es war auch die Zeit der streitbaren Karikaturen.⁴⁸ Honoré Daumier ließ die gefallenen Julirevolutionäre aus ihren Gräbern auferstehen und mit ironischer Bitterkeit sagen: „Das war wahrlich der Mühe wert, dafür unser Leben zu opfern!“ Und Charles Philipon, Herausgeber der Zeitschriften „La Charicature“ und „Le Charivari“, entdeckte, wie sehr der Kopf des „Bürgerkönigs“ der Form einer Birne glich. Er brachte die willkommene Beobachtung zu Papier und versah die Zeichnung mit beißendem Kommentar: „Adam hat uns durch den Apfel ins Unglück gestürzt und Lafayette durch die Birne.“

Der Mythos der Freiheit, den Eugène Delacroix, der Maler der Julirevolution, verewigen wollte, wurde hinterfragt und bald korrigiert durch die Ideen einer neuen und besseren Revolution.⁴⁹

48 Michael Marrinan: *Painting politics for Louis-Philippe. Art and ideology in Orleanist France, 1830-1848*, New Haven 1988.

49 Überliefert ist die genaue Beurteilung des „Juste-milieu“ aus der Feder eines deutschen Zeitgenossen, der in Paris gelebt und die tatsächlichen Machtverhältnisse aus bilanzierender Übersicht gekennzeichnet hat: „Durch ihre Finanznot war die Julimonarchie von vornherein abhängig von der hohen Bourgeoisie, und ihre Abhängigkeit von der hohen Bourgeoisie wurde die unerschöpfliche Quelle einer wachsenden Finanznot [...]. Die *Verschuldung des Staats* [...] war das *direkte Interesse* der durch die Kammern herrschenden und gesetzgebenden Bourgeoisfraktion. Das *Staatsdefizit*, es war eben der eigentliche

„Wider den Ungeist der Zeit“

Tagung zum 70. Todestag des Künstlers und Schriftstellers Ernst Barlach (1870 – 1938)

30. Mai – 1. Juni 2008
im Ver.di Bildungs- und Begegnungszentrum
Clara Sahlberg, Berlin

Eine Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di,
Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg,
Bundesfachbereich Medien, Kunst und Industrie,
Landbezirke Nord und Berlin-Brandenburg,
Bezirke Berlin und Kiel-Plön,
des Verbands deutscher Schriftsteller (VS),
Bundesvorstand,
Fachgruppe im Landbezirk Nord
des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg

Gegenstand ihrer Spekulation und die Hauptquelle ihrer Bereicherung. Nach jedem Jahre ein neues Defizit. Nach dem Verlaufe von vier bis fünf Jahren eine neue Anleihe. Und jede neue Anleihe bot der Finanzaristokratie neue Gelegenheit, den künstlich in der Schwebe des Bankerotts gehaltenen Staat zu prellen – er mußte unter den ungünstigsten Bedingungen mit den Bankiers kontrahieren. Jede neue Anleihe gab eine zweite Gelegenheit, das Publikum, das seine Kapitalien in Staatsrenten anlegt, durch Börsenoperationen zu plündern, in deren Geheimnis Regierung und Kammermajorität eingeweiht waren. [...] Die Julimonarchie war nichts als eine Aktienkompanie zur Exploitation des französischen Nationalreichtums, deren Dividenden sich verteilten unter Minister, Kammern, 240.000 Wähler und ihren Anhang.“ Marx, Klassenkämpfe, S.13f.; siehe H. F. Osiander: Darstellung der französischen Finanzen seit der Julirevolution, 1830-1837, Stuttgart 1839.

Möglichkeiten und Grenzen des sozialistischen Ideologietransfers am Beispiel Südosteuropas¹

Augusta Dimou

Sozialistische Theorien fanden im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Eingang in den geografischen Raum Südosteuropas als eine der möglichen Optionen politischer Moderne in der Region. Es handelte sich dabei in erster Linie um eine diskursiv konstituierte Modernität, um die Imagination von politischem und sozialem Wandel – es ging um „Fortschritt“, um mit dem Vokabular des 19. Jahrhunderts zu sprechen. Sozialistische Theorien wurden diskutiert, bevor überhaupt Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen für die objektive oder subjektive Entstehung des vom Sozialismus zur Befreiung vorgesehenen Subjektes, der Arbeiterklasse, gesorgt hatten.

Die Verbreitung sozialistischen Gedankenguts in der Region Südosteuropa war ein gradueller Prozess.² Es handelte sich zunächst um das Einsickern von Ideenfragmenten (1850er-/60er-Jahre), welche allmählich durch den systematischen Transfer von Modellen bzw. Paradigmen (1870er-Jahre und besonders nach 1880) von den verschiedenen Zentren intellektueller Autorität in die südosteuropäische Peripherie transportiert wurden. Was jeweils als autoritatives Zentrum galt, änderte sich im Laufe der Zeit und folgte den geografischen Verschiebungen, die auch die internationale sozialistische Bewegung kennzeichneten: Bruchstücke radikalen französischen und italienischen Gedankenguts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts; eine starke Orientierung Richtung Russland von ca. 1860 bis 1880 für die Mehrheit des zentral-nördlichen Balkans; eine Umorientierung Richtung Mitteleuropa, d. h. Deutschland, von ca. 1890 bis zum Ersten Weltkrieg; eine massive Neuorientierung Richtung Sowjetrußland in der Zwischenkriegszeit und danach. Letztere war eine Beziehung, welche im politischen Vakuum des Zweiten Weltkrieges und dann im Beziehungsgeflecht sowie der geostrategischen Architektur des Kalten Krieges mit der Etablierung der Volksdemokratien zementiert und institutionalisiert wurde. Eine prekäre Sonderstellung zwischen Ost und West nahm nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito von 1948 Jugoslawien ein, auch nachdem sich die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen nach 1953 wieder normalisiert hatten. Ein Sonderfall war auch die Spaltung der griechischen Kommunisten im Jahr 1968.

1 Der folgende Beitrag basiert auf meiner Dissertation: *Paths Towards Modernity, Intellectuals and the Contextualization of Socialism in the Balkans, A comparative approach*, European University Institute, Florence 2003.

2 Siehe dazu näher Augusta Dimou: *Diverging Paths to Modernity: Socialism as an Intellectual Movement in the Nineteenth Century*, in: Finkret Adanir (Hrsg.): *Social Movements in Southeast Europe. Reassessment of Historiography and Perspectives for Future Research*. Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Bochum, 33 (2005), S.11-30.

Der Balkan exemplifiziert durch die Fülle der „übertragenen“ Paradigmen vom russischen und italienischen Anarchismus bis hin zu Sozialdemokratie, Bolschewismus, Trotzkismus und Eurokommunismus vielleicht am besten, quasi in der Form einer Miniatur, die komplexe und interaktive Geschichte des europäischen Sozialismus/Kommunismus, nicht zuletzt auch aufgrund seiner wahrhaftig liminalen geografischen Position zwischen Ost und West und seiner Stellung als historische Durchgangs- und Übergangszone Europas. Die Rezeption all dieser Strömungen im Raum Südosteuropa reflektiert nicht nur die Diversität und die verwickelte Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung, sie bezeugt zugleich auch die wichtigen Übertragungsprozesse europäischer intellektueller Strömungen in die europäische Peripherie.

Infolgedessen ist die Geschichte des Sozialismus auf dem Balkan nicht nur Teil der internationalen und transnationalen Sozialismusgeschichte und darüber hinaus eine interessante Fallstudie zur Verbreitung von europäischen politischen und intellektuellen Traditionen am Rande Europas, sondern auch ein gutes Beispiel der verwickelten Wege zwischen West und Ost, der Reziprozität, des wechselseitigen Sichbedingens der Geschichte des Sozialismus in beiden „Hälften“ des Kontinents. Wenn man vom heutigen Standpunkt die Geschichte des Sozialismus als eine Vermächtnisgeschichte betrachten kann, wäre zweierlei festzustellen. Als transnationale Verflechtungsgeschichte verschiedener Teile Europas leistete auch der Sozialismus samt anderer moderner Denksysteme dem Europäisierungsprozess Vorschub.³ Die dichotomische Denkweise des Kalten Krieges und die nach dem Mauerfall stilisierte „Rückkehr nach Europa“ scheinen diesen Sachverhalt oft zu überdecken. Der Kalte Krieg vererbte der Geistesgeschichte des Sozialismus auch ein dichotomisches Vermächtnis, eine Spaltung in eine „westliche“ und eine „östliche“ Variante, weshalb die Interdependenzen und die Transfers zwischen West und Ost oft unterbelichtet werden. Während die „westliche“ Variante Eingang in den Kanon der europäischen Modernität gefunden hat, scheint dagegen über die „östliche“ Variante ein Scherbengericht hereingebrochen zu sein, durch das sie – und somit für etwa 44 Jahre auch ein ganzer Teil Europas – aus dem Kanon europäischer Geschichte gleichsam elimi-

3 Als „Europäisierung“ versteht die Autorin keine auf bestimmte Werte aufgebaute und verbindende europäische Sichtweise oder Zivilisation, sondern das Vermächtnis verschiedener Schübe von Innovation und die Entwicklung von Denksystemen, welche den alten Kontinent in multiplen Schichten beeinflussten und deren additive, ergänzende, konfliktreiche oder widersprüchliche Beziehungen das ausmachen, was wir als europäische Geschichte verstehen. In diesem Sinne bedeutet „Europäisierung“ weder Fortschrittsglaube noch Einheitsgebot. Von diesem Standpunkt aus gesehen war sozialistische Theorie ein Teil der europäischen Moderne, aus deren Logik sie entsprungen ist, und zugleich eine Antwort auf diese. Samt anderen intellektuellen Strömungen und Denksystemen, die im europäischen Raum entstanden sind und ihn geprägt haben, wie die Aufklärung, die Romantik oder der Liberalismus, schuf auch der Sozialismus weit verbreitete Denkmuster, analytische Kategorien und transnationale Identitäten, welche sich breite Teile von Gesellschaft und Öffentlichkeit zu eigen gemacht haben.

niert worden ist.⁴ Nichtsdestotrotz bleibt die Geschichte des europäischen Sozialismus auch in seiner Entartung in Form der sowjetischen Hegemonialmacht ein Teil europäischer Verflechtungsgeschichte. Aus diesem retrospektiven Verständnis heraus scheinen die in mancherlei Hinsicht komplexe Geschichte des europäischen Sozialismus und der vielschichtige und ungleichmäßige Prozess europäischer Modernisierung und Modernität noch immer in den Denkmustern des Kalten Krieges verhaftet zu sein. Notwendig wäre stattdessen ein Verständnis des europäischen Sozialismus als „histoire croisée“⁵, das heißt, als einer Geschichte der reziproken Verstrickung und vielfältiger Interaktion, aus Aktion, Reaktion und Modifikation, anstatt auf rigiden und statischen Traditionen zu beharren, welche die im Zuge des Kalten Krieges entstandenen kognitiven Karten weiterhin vervielfachen und verfestigen.

Während die Geistesgeschichte des Sozialismus in ihrer traditionellen Ausrichtung⁶ den Schwerpunkt auf die Verbreitung von Ideen, mit anderen Worten, auf die transnationale Geschichte des Sozialismus gelegt hat, unterstreicht die jüngere Forschung, vor allem im Bereich des Kultur- und Ideentransfers, den wechselseitigen Charakter von Transferprozessen.⁷ Das Hauptanliegen dieser Forschungsrichtung, die sich vor allem mit den bilateralen Transferbeziehungen zwischen verschiedenen geografischen und kulturellen Entitäten und Einrichtungen auseinandersetzt, ist, das Prozedurale und Prozesshafte beim Vermittlungsvorgang zu erläutern. Transferforschung ist Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte schlechthin, sie sucht eine intensivere sozial- und kulturgeschichtliche Kontextualisierung von Vermittlungsvorgängen und ist stark auf die Registrierung von wechselseitigen Beeinflussungen ausgerichtet. Als Forschungsrichtung untersucht sie „den raum- und gesellschaftsübergreifenden Austausch und die wechselseitige Durchdringung von Kulturen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei nicht die Ausbreitung und die Filter der Diffusion, sondern die als kreativer Akt betrachtete Rezeption der Empfänger: Wie sie dem ‚fremden‘ Import Bruchstücke entnehmen, bearbeiten und derart mit der ‚eigenen‘ Kultur zusammenfügen, dass insgesamt etwas Neues, Traditionen Veränderndes herge-

4 Siehe dazu Augusta Dimou: *Alter Wein in alten Flaschen? Darstellungen von Sozialismus in deutschen Schulbüchern*, in: *Internationale Schulbuchforschung*, 4 (2004), S.347-363.

5 Siehe Michael Werner/Benedicte Zimmermann (Hrsg.): *De la comparaison à l'histoire croisée*, Paris 2004.

6 Siehe z.B. Carl Landauer: *European Socialism: a history of ideas and movements from the industrial revolution to Hitler's seizure of power*, Bd. 1 u. 2, Berkeley 1959.

7 Die Fachliteratur zum Transfer ist sehr reichhaltig, exemplarisch: Hans-Jürgen Lüsebrink/Rolf Reichardt (Hrsg.): *Kulturtransfer im Epochenbruch. Frankreich – Deutschland 1770 bis 1815* (Deutsch-Französische Bibliothek, Bd. 9.1 u. 9.2), Leipzig 1997; Michel Espagne/Michael Werner: *Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIIIe et XIXe siècle)*, Paris 1988; Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hrsg.): *Vergleich und Transfer, Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M. 2003.

stellt wird.⁴⁸ So gesehen (und das ist auch ein starkes Anliegen meiner eigenen Arbeit) ist der Vermittlungs- und Rezeptionsprozess stark von lokalen Komponenten abhängig, welche ihrerseits auch die Form der Adaptation und Rekontextualisierung eines Paradigmas beeinflussen.

Die Geistesgeschichte des Sozialismus – sowohl vom lokalen als auch vom internationalen Standpunkt – pflegte die Einführung von verschiedenen Paradigmen unter einem international angelegten Maßstab von Orthodoxie gegen Deviation zu kanonisieren. Diesem analytischen Zugang wohnt ein Verständnis von Transferprozessen inne, der diese implizit als grundsätzlich statische oder mimetische Vorgänge einstuft. Das Importgut wird immer an dem Original gemessen, mit der Absicht, die Vollständigkeit oder den Mangel festzustellen. Die Entwicklungen im Zentrum werden als primär eingestuft, das Zentrum ist der Sender, die Peripherie nur der Empfänger. Wert wird auf die Kongruenz der internationalen Narrative gelegt, anstatt auch auf die Brüche, das Schweigen, die Dissonanzen zu achten. In dieser Hinsicht reproduziert auch die Geistesgeschichte des Sozialismus mit mangelnder Distanz manche Denkmuster, die der sozialistischen Bewegung selbst nicht fremd waren. Im Gegensatz dazu unterstreicht die neue Transferforschung den kreativen Ansatz im Übertragungsprozess. Transfer und Diffusion ähneln einem Übersetzungsvorgang, in dem Elemente des transferierten Gutes verhandelt und ausgehandelt werden; sie sind insofern schöpferische Momente. Die Adaptation eines Paradigmas, d. h. die politische Umsetzung einer Theorie und die Art, wie sie für eine Gesellschaft „sinnvoll“ wird, mit anderen Worten, wie sie als gesellschaftliches Modell Sinn ergeben kann, verläuft nach einem „Menü“ von Optionen und Einschränkungen und ist letztlich von einer Reihe von kontextrelevanten Faktoren abhängig: vom sozio-ökonomischen Hintergrund einer Gesellschaft, vom Zeitpunkt ihrer Einführung, von der Korrelation zwischen globalen und lokalen Zeitfaktoren, von ihrer Fähigkeit, Sinn zu erzeugen, und von ihrem Potenzial, für sich einen eigenständigen Platz in einer gegebenen politischen Konstellation zu erringen. Eine ganze Reihe von solchen Faktoren bestimmen die Überlebensfähigkeit einer Ideologie in der jeweiligen Gesellschaft mit.

Die Einführung von sozialistischen Paradigmen in den Kontext Südosteuropas war keine leichte Aufgabe und führte nicht notwendigerweise zu flexiblen Formen von „lokalisiertem“ Denken, sondern hatte im Gegenteil häufig den umgekehrten Effekt. Das Zwischenspiel zwischen global und lokal, wie auch der Versuch, Theorie und Praxis zu überbrücken, waren mühsame Übungen für die Balkan-Sozialisten an der europäischen Peripherie. Oft bedeutete der Prozess der „Übersetzung“ eine Form von Adaptation, welche mehr einer Mutation oder einer Inhalts- und Schwerpunktverschiebung gleichkam. Mit anderen Worten: Das neu eingeführte Paradigma erfüllte eine andere politische Funktion, als ursprünglich gedacht oder vorgesehen war. Wenn Kontextualisierungsversuche

8 Christiane Eisenberg: Kulturtransfer als historischer Prozess. Ein Beitrag zur Komparatistik, in: Kaelble/Schiewer, Vergleich, S.399-417, hier S.399.

eine Sackgasse erreichten, leitete dieser Umstand oft einen Prozess des Umdenkens ein und veranlasste die Sozialisten dazu, Alternativen in „revisionistischen“ oder „abweichenden“ Modellen zu suchen. Der Entscheidungsfindungsprozess für die eine oder andere Denkrichtung (marxistische Orthodoxie versus Revisionismus, oder Stalinismus versus Trotzismus, um nur einige Beispiele zu nennen), war nicht nur eine einfache Widerspiegelung der theoretischen und praktischen Machtkämpfe in der internationalen sozialistischen Bewegung. Er war zur gleichen Zeit auch das Ergebnis von lokal angetriebenen intellektuellen Gärungsprozessen, von der Suche nach angemessenen Antworten auf die verschiedenartigsten örtlichen Dilemmas, mit denen sich die Sozialisten des Balkans konfrontiert sahen. Die Entwicklung des jugoslawischen kommunistischen Modells kann als Ergebnis beider Tendenzen betrachtet werden. Darüber hinaus wäre noch eine zusätzliche analytische Ebene einzuführen. Die Bezug- und Stellungnahme im Hinblick auf die theoretischen Debatten in der internationalen sozialistischen Arena diente auch als Instrument, um „Personalangelegenheiten“ in den jeweiligen lokalen Sektionen zu regeln. Die Selbstpositionierung auf der Makroebene zwischen internationalem und lokalem Kontext und weiter innerhalb der verschiedenen konzentrischen Kreise von Distanz oder Nähe zum autoritativen Zentrum war ein komplexes Wechselspiel, welches utilitaristische Interessen sowohl auf der Makro- wie auch auf der Mikro-Ebene, d.h. sowohl seitens des Zentrums als auch seitens der Peripherie, beinhaltete – trotz ihrer asymmetrischen Beziehung. Diese komplizierte Verkettung zwischen Zentrum und Peripherie erreichte naturgemäß ihren Höhepunkt im der Zeit der Dritten Internationale.

Die Übertragung und die Adaptation von sozialistischer Theorie in der südosteuropäischen Peripherie im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts bedeuteten für die Balkan-Sozialisten die Einbeziehung ihrer Region in ein globales Verständnis von Modernität und erfüllten somit verschiedene Funktionen. Sie bedeuteten zum ersten die Einführung eines erklärenden Geschichtsmodells, wobei die eigene Gesellschaft in die Meistererzählung der evolutionären Entwicklung von Menschheitsgeschichte eingebettet und eingestuft wurde. Dies gilt insbesondere nach der Einführung des marxistischen Paradigmas. Zum zweiten diente sozialistische Theorie als Analyseinstrument bei der Deutung von Vergangenheit und Gegenwart. Zum dritten und im Zusammenhang mit den zwei eben genannten Faktoren lieferte sie den Balkan-Sozialisten ein futuristisches Handbuch, eine „Gebrauchsanweisung“, wie sie sich die Zukunft vorzustellen hatten.

Anhand von drei verschiedenen sozialistischen Paradigmen, die exemplarisch für den Transferprozess stehen können, möchte ich versuchen, die Problematik der Paradigmenübertragung als Adaptation näher zu erläutern. Gemeinsamer Hintergrund in den drei Fällen sind der grundsätzlich agrarische Charakter Südosteuropas im 19. und frühen 20. Jahrhundert und das Vermächtnis der osmanischen Zeit, welche der Region ein relativ homogenes soziales und wirtschaftliches Pro-

fil verliehen hatte.⁹ Beim ersten Beispiel handelt es sich um die Übertragung des russischen Volkstümlertums nach Serbien zwischen 1870 und 1890, beim zweiten um die Einführung des Marxismus in Bulgarien im Zeitraum zwischen 1890 und 1903 und beim letzten um den „Bolschewisierungsprozess“ der griechischen kommunistischen Partei in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Das russische Volkstümlertum (*narodničestvo*) war das allererste Paradigma, welches als vollständiges ideologisches System auf dem Balkan übernommen wurde. Ab 1870 fand es seine stärkste Ausbreitung im damaligen Fürstentum Serbien, und seine Vertreter, die Radikalen, institutionalisierten sich in den frühen 80er Jahren des 19. Jahrhunderts von einer oppositionellen politischen Bewegung zu einer der wichtigsten und langlebigsten politischen Parteien des Landes. Der Agrarpopulismus, welchen die frühen serbischen Radikalen getreu der russischen Matrix übernahmen, stellte eine Theorie beschleunigter sozialer Entwicklung dar. Die Volkstümler vertraten einen abgekürzten Weg in die Moderne, gestützt auf die Vorstellung, Phasen der Evolutionsentwicklung überspringen und somit den Preis sozialer Differenzierung, der den kapitalistischen Gesellschaften nicht erspart geblieben war, vermeiden zu können. Ihre Ideologie baute auf dem Glauben auf, die Dorfkommune könne auf den Grundlagen von gemeinsamem Besitz und Arbeiterassoziation als Zelle einer neuen Organisationsform dienen.¹⁰ Als Ideologie entsprach sie nicht nur den in Serbien vorhandenen sozialen Verhältnissen, sondern auch den moralischen Vorstellungen einer Welt, die mit rasanten Veränderungen konfrontiert war. Animiert an erster Stelle durch ihren Wunsch, den Modernisierungsprozess und die hereinbrechende kapitalistische Entwicklung zu kontrollieren, stehen die frühen Radikalen exemplarisch für einen defensiven volkstümlerischen Sozialismus. Er versprach Heilung von den „korrumpierenden“ Effekten kapitalistischer Entwicklung und ihren breiteren sozialen und kulturellen Folgeerscheinungen, welche mit einem Prozess der „Verwestlichung“ der serbischen Gesellschaft gleichgesetzt wurden. Genau wie im russischen Fall, sah man in der geringen sozialen Differenzierung der serbischen Gesellschaft eine einmalige Chance, den Prozess sozialer Polarisierung auszulassen, neue wissenschaftliche Methoden und technologisches Wissen in die Gesellschaft einzuführen und somit ohne beträchtliche Verluste den Zug der Moderne einzuholen. Im Ringen mit ihren politischen Gegnern mobilisierten die Radikalen die Bauern als ihre wichtigsten Alliierten im politischen Feld. Im Zuge ihres Aufstiegs von einer oppositionellen Bewegung

9 Siehe dazu Maria Todorova: *The Ottoman Legacy in the Balkans*, in: Carl L. Brown (Hrsg.): *Imperial Legacy, The Ottoman Imprint on the Balkans and the Middle East*, New York 1997, S.45-77.

10 Siehe Andrzej Walicki: *The Controversy over Capitalism, Studies in the Social Philosophy of the Russian Populists*, Oxford 1969; speziell zu den serbischen Radikalen siehe: Latinka Perović: *Srpski Socialisti 19. veka, Prilog Istoriji Socialističke Misli* [Die serbischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts, Prolog zur Geschichte des Sozialistischen Denkens], Bd. 1 u. 2, Beograd 1985, Bd. 3, Beograd 1995.

zu einem Machtfaktor in der politischen Szene fanden sie sich mit den realen Gegebenheiten immer mehr ab und kompromittierten bewusst verschiedene Elemente ihrer ursprünglichen Ideologie. Die in der Doktrin vorgesehene Auflösung des Staates in selbstverwaltete Dorfkommunen wurde zugunsten eines starken zentralisierten Staates aufgegeben. Eine ähnliche Verwandlung erfuhr die anfängliche Forderung nach der Auflösung des privaten in Kollektiveigentum, die die bäuerlichen Kleingrundbesitzer, die Hauptanhängerschaft der Radikalen, entfremdet hätte.

Das Volkstümlertum fand in den Jahrzehnten um 1870 und 1880 Verbreitung auch in Bulgarien.¹¹ Verschiedene Zeitfaktoren sorgten dort allerdings dafür, dass das erste sozialistische Paradigma, welches sich – erst nach 1890 – als holistisches Konzept durchsetzen konnte, das des Marxismus war. Trotz der Tatsache, dass die bulgarischen Sozialdemokraten sich relativ schnell – schon im Jahre 1891 – zu einer Partei, der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei (BSDP; später Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, BSDAP), konstituierten, sahen sie sich schnell mit einer Reihe von Widersprüchlichkeiten konfrontiert, die sich aus ihrer sozio-ökonomischen Umgebung ergaben. Die marxistische Theorie entsprang den Realitäten der westlichen Industriegesellschaft und war als Antwort auf deren Folgen entwickelt. Die bulgarischen Sozialisten befanden sich in einer Agrargesellschaft, in den allerersten Anfängen der Industrialisierung. Ungeachtet der Tatsache, dass die Einführung sozialistischer Theorie und die Durchsetzung des Marxismus zweifelsohne ein Zeichen von Modernität darstellte, postulierte die soziale Zusammensetzung des Landes quasi a priori die Grenzen der Erschließung marxistischer Theorie als ein universelles Modell sozialer Entwicklung. Dieser Umstand führte bald zu divergierenden Auffassungen unter den sozialistischen Intellektuellen bezüglich Sinn, Zweck und Reichweite ihrer politischen Tätigkeit. Diese Auseinandersetzung innerhalb der BSDAP führte 1903 zur endgültigen Spaltung in zwei Parteien, die „Weitsozialisten“ und die „Engsozialisten“.¹² Obwohl das Schisma in der bulgarischen Sozialdemokratie traditionell als ein Reflex der im Westen geführten revisionistischen Debatte kanonisiert worden ist,¹³ weist eine genauere Analyse des Dissenses der „Weitso-

11 Siehe Georgi Boršukov: *Danni za njakoi ranni socialističeski grupi do osnovavaneto na BSDP* [Angaben zu manchen frühen sozialistischen Gruppen bis zur Gründung der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei], in: *Izvestija na instituta za bälgarskata istorija*, Bd. 6, 1956, S.237-290; desgleichen auch: *Ošte dannu za deinost na bälgarskite socialisti do osnovavaneto na BSP* [Zusätzliche Angaben zur Tätigkeit der bulgarischen Sozialisten bis zur Gründung der Bulgarischen Sozialistischen Partei], in: ebenda, Bd. 7, 1957, S.269-315.

12 Ausführlich zum Schisma siehe Augusta Dimou: „The Wheel of History“, *the Dark Mass and the Antinomies of Modernity in the Semiperiphery*, in: *Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas*, 3 (2001), S.79-105.

13 Siehe Dimităr Blagoev: *Prinos kām istorijata na socialisma v Bälğaria* [Beitrag zur Geschichte des Sozialismus in Bulgarien], Sofia 1948; *Trendafil Mitev: Širokijat Socializām 1892-1900*, Sofia 1989 [Weitsozialismus 1892-1900]; *Krumka Šarova: Razceplenieto na BRCDP prez 1903 g.* [Die Spaltung der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahr 1903], Sofia 1955.

zialisten“ auf eine wesentlich kompliziertere Ausgangslage hin. Der Agrarcharakter und die geringe soziale Differenzierung des Landes sowie das Fehlen eines Industrieproletariats verwiesen die „Weitsozialisten“ auf die Notwendigkeit, das soziale Subjekt so breit wie möglich zu definieren. Um verschiedene Kategorien der arbeitenden Bevölkerung ansprechen und einschließen zu können, suchten sie den Begriff von „Klasse“ nicht als exklusiven, sondern als inklusiven zu bestimmen. Des Weiteren verdeutlichte die Politisierung der Bauernschaft um 1900, dass man mit den Bauern ernsthaft rechnen musste. Die „Engsozialisten“ sahen in all diesen Zugeständnissen an den politischen Pragmatismus wie auch in der Transgression über die theoretischen Vorschriften hinaus einen gewichtigen Grund zur Sorge. Der theoretische „Rückzug“ der „Weitsozialisten“ aus der orthodoxen Version marxistischer Modernität kann als das Ergebnis der Realisierung von Diskrepanzen in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener Gesellschaften verstanden werden. Ihr „eklektischer“ Dissens wie auch ihre wählerische Adaption von Elementen der revisionistischen Debatte – nirgendwo wurden gewichtige Hauptthesen des Revisionismus wie Bernsteins Widerlegung der „Katastrophentese“ von den „Weitsozialisten“ bestätigt – beruhten eher auf dem Wunsch, das sozialistische Projekt für ihre lange und transitorische Gegenwart positiv zu definieren.

Obwohl Fragmente sozialistischen Gedankenguts auch Griechenland relativ früh (um 1870) erreichten, blieb die Rezeption vollständiger Paradigmen lange aus. Ideologischer Eklektizismus und Synkretismus dominierten das Bild, ohne die Vorherrschaft des einen oder anderen Paradigmas zuzulassen, während die Übertragung von sozialistischen Ideen und Literatur auf einem theoretisch anspruchslosen Niveau verlief. Die vereinzelt Versuche, sozialistische Theorie, vor allem Marxismus, als kongruentes theoretisches System einzuführen,¹⁴ hinterließen entweder wenig Kontinuität oder ein dauerhaftes theoretisches Stigma. Ähnlich verlief auch das politische Schicksal der sozialistischen Partei in Griechenland. Die Sozialistische (Arbeiter)Partei Griechenlands (SKE bzw. SEKE) entstand als letzte ihresgleichen auf dem Balkan. Während sozialdemokratische Parteien seit 1891 in Bulgarien, seit 1903 in Serbien und seit 1893 in Rumänien existierten, wurde die SEKE erst unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 gegründet. Die zeitlichen Koordinaten, in denen sich die griechischen Marxisten zu einem politischen Faktor institutionalisierten, waren prekär, da das Entstehen ihrer Partei gerade mit einem Vakuum in der internationalen sozialistischen Bewegung zusammenfiel. Der Niedergang der Zweiten und die Dämmerung der Dritten Internationale bildeten das Spannungsfeld, innerhalb dessen sich die griechischen Sozialisten zum ersten Mal politisch zu orientieren versuchten. Entsprechend stark waren auch die ideologischen Schwankungen zwischen rechts und links innerhalb der sozialistischen Partei, ein Umstand, der

14 Der erste und einzige Versuch, Marxismus auf griechische Verhältnisse zu übertragen, war das Werk von Georgios Skleros: *To koinoniko mas zetema* [Unsere soziale Frage], Athen 1910.

auch nach ihrer Wandlung zur Kommunistischen Partei Griechenlands und dem Eintritt in die Komintern nicht beseitigt werden konnte. Grundlegend für das Verständnis der Geschichte des frühen griechischen Sozialismus ist die Tatsache, dass die Tradition der Zweiten Internationale kein Vermächtnis, weder ideologischer noch politischer Natur, hinterlassen hat. Durch ihre Verspätung hatten sich die Sozialisten auch nicht an die Spitze der aufkeimenden Arbeiterbewegung setzen können. Die identitätsstiftende Arbeit, die Schaffung der sozialen Identität der griechischen Arbeiterschaft – in anderen Ländern normalerweise geleistet von den Sozialdemokraten in den letzten Jahrzehnten des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts – mussten die griechischen Sozialisten in der in Griechenland von Spannungen, politischem Tumult und ideologischer Polarisierung gekennzeichneten Phase der Zwischenkriegszeit meistern. Die Zeit aufzuholen erwies sich als eine beschwerliche Aufgabe, und ihr waren die griechischen Kommunisten trotz bester Absichten nicht gewachsen.

Die Einführung sozialistischer Paradigmen in die südosteuropäische Peripherie dient als ein gutes Beispiel für die Nutzbarkeit des Transfers als analytischer Ansatz und als Methode, um unseren Zugang zur Geschichte der sozialistischen Bewegung zu erweitern. In ihrem Licht erscheint die Geschichte des Sozialismus nicht nur als ein passiver Akt der Annahme eines Exportgutes, sondern auch als kreativer Akt, der trotz der Asymmetrien bezeichnend für die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie sein und auch eine vielfach verquickte Verflechtungsgeschichte aufweisen kann.

Frauen im Umkreis der proletarisch-revolutionären Literatur¹

Dieter Schiller

Von schreibenden Frauen soll im Folgenden die Rede sein, die in den 20er- und 30er-Jahren zur proletarisch-revolutionären Literaturbewegung gehörten oder ihr nahestanden. Nicht alle hatten ein kommunistisches Parteibuch in der Handtasche, aber alle verstanden ihr Schreiben als Beitrag zur sozialen Revolutionierung des gesellschaftlichen Lebens. Wie alle Kommunisten oder mit der Kommunistischen Partei Sympathisierenden, betrachteten sie die Arbeiterklasse, das heißt den klassenbewussten Teil des Proletariats, als treibende Kraft der geschichtlichen Entwicklung, als die Klasse, der die Zukunft gehört.

Wenn heute überhaupt noch von proletarisch-revolutionären Schriftstellern die Rede ist, denkt selbst der leidlich informierte Leser in der Regel an den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands und seine Mitglieder. Nicht ganz zu Unrecht, denn der Bund ist tatsächlich der wichtigste Zusammenschluss von Autoren gewesen, die sich in den 20er- und 30er-Jahren mit dem revolutionären Flügel der deutschen Arbeiterbewegung verbunden hatten. Dennoch repräsentiert er beileibe nicht alle Schreiber aus dem literarischen und publizistischen Umfeld der kommunistischen Bewegung. Zum einen gab es ja schon vor der Gründung des Bundes im Jahr 1928 beachtliche Anfänge einer revolutionären Literatur, und zum anderen mochten durchaus nicht alle Journalisten, Arbeiterkorrespondenten, Publizisten und Schriftsteller, die zu dieser Literatur beitrugen, sich der Disziplin des Bundes unterwerfen.² Es war nicht jedermanns Sache, sich in den miteinander streitenden literaturpolitischen Gruppierungen des Bundes und den programmatischen Richtungskämpfen zwischen ihnen zurechtzufinden, selbst wenn man seine grundsätzlichen Ziele billigte.

Im Übrigen ist es durchaus nicht immer klar, wer die Mitgliedskarte des Bundes besaß und wer nicht, denn die Mitgliederlisten mussten zu Beginn der Nazizeit vernichtet werden. Deshalb geht es im Folgenden nicht um den Bund, sondern immer um die Zugehörigkeit zur proletarisch-revolutionären Literaturbewegung im weiteren Sinne, wie sie sich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und in der revolutionären Nachkriegskrise der 20er-Jahre herausgebildet hatte.³

1 Erweiterter Text eines Vortrags für die Ringvorlesung „Brüche und Umbrüche. Frauen, Literatur und gesellschaftliche Bewegungen“ an der Universität Potsdam, vorgetragen am 21.6.2006.

2 Siehe Dieter Schiller: Vom Expressionismus zum Bund. Wege der proletarisch-revolutionären Literatur in Deutschland 1918-1932, in: Ders.: Über Ottwalt, Herzfelde und den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Studien und Dokumente, Berlin 2002.

3 Eine Einführung mit ausführlicher Bibliografie gibt Walter Fähnders: Proletarisch-revolutionäre Literatur der Weimarer Republik (Sammlung Metzler, Bd. 158), Stuttgart 1977.

Auf die vielen Mitarbeiterinnen und Helferinnen in den Redaktionen, Kulturorganisationen, Verlagen und im Literaturvertrieb kann hier nicht eingegangen werden, auch nicht auf die Helferinnen an der Schreibmaschine, ohne die eine nennenswerte Literatur kaum entstanden wäre. Die Frage, der nachgegangen werden soll, ist, was schreibende Frauen – soweit sie sich als Schriftstellerinnen verstanden – in diese literarische Bewegung einbringen konnten.

Ganz zweifellos wurde diese Bewegung von Männern dominiert, und das gilt nicht nur zahlenmäßig – letztendlich hatten immer sie das Sagen. Doch immerhin gab es neben ihnen zumindest eine Schriftstellerin von überragendem literarischem Gewicht: Anna Seghers. Sie hat sich mit der Legende vom „Aufstand der Fischer von St. Barbara“ von 1928 schon früh in die erste Reihe der deutschen Autoren geschrieben, ganz unabhängig von jeder politischen Farbenlehre. Im Kreis der Frauen, von denen hier die Rede sein soll, konnte sie als einzige Autorin weltliterarischen Rang erobern.⁴ Im Jahr 1932 entwarf sie im Roman „Die Gefährten“ ein detailliertes Panorama der zeitgenössischen revolutionären proletarischen Kämpfe in Ungarn, Polen, Italien, Bulgarien und China. Mit leidenschaftlicher Nüchternheit ging sie – am Vorabend des nazifaschistischen Sieges in Deutschland – den Antrieben nach, die das Denken und Handeln der Akteure dieser Klassenkämpfe bestimmten. Einen zentralen Helden hat das Buch nicht, aber es war als ein Heldenbuch gedacht, ein kollektives Porträt der vielen Einzelnen, die ihr Leben – um mit Brecht zu reden – der „dritten Sache“ gewidmet haben.

Wer die Hefte der Zeitschrift des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller mit dem Titel „Die Linkskurve“⁵ durchblättert, kann leicht feststellen, dass Anna Seghers die einzige Autorin ist, deren Texte immer wieder im literarischen Hauptteil der Zeitschrift gedruckt wurden und nicht nur unter den Rezensionen und Glossen. Der „repräsentative“ Bereich der Hefte ist weitgehend den männlichen Bundesmitgliedern vorbehalten. Ich sehe darin keine Diskriminierung, sondern zuerst und vor allem einen Reflex der tatsächlichen Zusammensetzung und Struktur des Bundes. Man muss sogar sagen, dass unter den Rezensenten, Berichterstatern und im Glossenteil bemerkenswert viele Frauen zu Wort kommen.

Wenn – um nur dieses Beispiel zu nennen – im Jahrgang 1932 die „Winke für das theoretische Studium“⁶ der Mitglieder und sogar eine ausführliche kritische „Revue bürgerlicher Literaturgeschichten“⁷ aus der Feder einer gewissen Trude Richter publiziert wurden, war das Folge des Umstands, dass mit Jahresbeginn die Studienrätin Dr. Erna Barnick (1899-1989) unter dem Pseudonym Trude

4 Eine Einführung (mit Bibliografie) gibt Sonja Hilzinger: Anna Seghers, Stuttgart 2000. Eine ausführliche Biographie bietet Christiane Zehl Romero: Anna Seghers. Eine Biografie 1900-1947, Berlin 2000.

5 Siehe Die Linkskurve. Berlin 1929-1932. Bibliographie einer Zeitschrift. Bearbeitet von Dieter Kliche und Gerhard Seidel, Berlin-Weimar 1972.

6 Siehe ebenda, 1932, H. 3, S.27.

7 Siehe ebenda, 1932, H. 9, S.22.

Richter zum Ersten Sekretär des Bundes gewählt worden und für die Bildungsarbeit verantwortlich war. Ihr bürgerlicher Name musste allerdings streng geheim bleiben, um ihr nicht jede Möglichkeit gänzlich zu verbauen, im Schuldienst tätig zu sein. Sie konnte – das sei nur am Rande vermerkt – auch ihre Lebensgemeinschaft mit Hans Günther nicht legalisieren, weil das, ganz unabhängig von ihrem politischen Engagement, unweigerlich den Verlust ihrer Anstellung und damit auch ihrer finanziellen Lebensgrundlage bedeutet hätte. Hans Günther, ein kommunistischer Publizist und Theoretiker der proletarisch-revolutionären Literatur, ging nach Moskau und schrieb dort eine der bedeutendsten zeitgenössischen faschismusanalytischen Studien („Der Herren eigener Geist“, 1935).⁸ Nach Hitlers Machtantritt war Trude Richter zunächst illegal tätig,⁹ emigrierte dann – um der Verhaftung zu entgehen – nach Prag und folgte ihrem Mann in die Sowjetunion. Dort war sie Dozentin für deutsche Sprache und Literatur, bis sie 1936 in die Mühlen der stalinistischen „Säuberungen“ geriet und Jahrzehnte in Straflagern und Verbannung verbringen musste. Ihr Mann wurde ein Opfer des stalinistischen Terrors. Die Aufzeichnungen über ihr Leben¹⁰ mögen dem heutigen Zeitgeist zuwiderlaufen, lesenswert und anrührend sind sie allemal geblieben.

Es waren starke Frauen, von denen hier die Rede ist, selbstbewusst und selbstbestimmt, wenn auch nicht immer selbstsicher. Nicht selten waren sie abenteuerlustig und welthungrig, immer aber hatten sie einen offenen Blick für die sozialen Vorgänge und Probleme ihrer Zeit. Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse in Politik und Zeitgeschichte ging es ihnen nicht nur darum, aktiv ihr eigenes Leben zu gestalten, sie waren auch bereit, es für ihre Überzeugungen in die Bresche zu werfen. So sehen denn meist auch ihre Lebensläufe aus. Ich kann und will mich hier nicht auf eine Aufzählung möglichst vieler Namen einlassen und mich ebensowenig auf die kleine Zahl von schreibenden Frauen beschränken, die bei älteren Lesern vielleicht noch im Gedächtnis haften. Berichten möchte ich vielmehr über einige, die mir wichtig und bemerkenswert scheinen, ohne zu fragen, ob sie zu den Vergessenen der Literaturgeschichte zählen oder nicht. Aus praktischen Gründen konzentriere ich mich dabei auf Frauen, deren Lebensumstände und literarische Arbeiten zumindest in den Grundzügen überschaubar sind – in nicht wenigen Fällen sind sie das ja leider nicht mehr.

8 Hans Günther: *Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus*, Moskau-Leningrad 1935. Neudruck in Ders.: *Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Werner Röhr unter Mitarbeit von Simone Barck, Berlin-Weimar 1981.

9 Zum Kontext siehe Dieter Schiller: *Stimme aus Deutschland. Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in Berlin und Paris 1933-1935*, Berlin 2005, S.17ff.

10 Siehe Trude Richter: *Die Plakette. Vom großen und vom kleinen Werden*, Halle (Saale) 1972; Dies.: *Totgesagt. Erinnerungen. Mit Nachbemerkungen von Elisabeth Schulz-Semrau und Helmut Richter*, Halle-Leipzig 1990.

Ungedruckte Bücher

Auffällig ist, wie viele ihrer größeren Arbeiten ungedruckt blieben und deshalb nicht selten in den Wirren dieser unruhigen Jahre verloren gingen. So findet sich in dem legendären Sammelband „30 neue Erzähler des neuen Deutschland“,¹¹ der 1932 in Wieland Herzfeldes Malik-Verlag erschienen ist, ein Beitrag von Maria Gresshöner (1908-1942), bekannter unter ihrem späteren Namen Maria Osten. Erzählt wird da von einem ehemaligen Saisonarbeiter in Ostelbien, dessen Privileg eine kalte Kammer ist, während seine Leidensgenossen in Baracken kampieren.¹² Mit dem ländlichen Milieu war die Autorin vertraut, sie stammte aus einer deutschnationalen Gutsbesitzerfamilie. 1925 war sie nach Berlin gekommen und arbeitete seit 1928 im Malik-Verlag bei Wieland Herzfelde. Sie war Kommunistin und lernte während ihrer kurzen Ehe mit einem sowjetrussischen Regisseur die UdSSR kennen.¹³ In der biografischen Nachbemerkung zur erwähnten Anthologie von 1932 ist zu lesen, sie habe soeben ihren Roman mit dem Titel „Kartoffelschnaps. Eine ostelbische Chronik“ beendet.¹⁴ Vier Jahre später – im Juli 1936 – heißt es in einem ihrer Briefe, sie habe dieses Buch nun im Exilverlag Querido untergebracht und hoffe, es werde im Herbst erscheinen.¹⁵ Aber noch im Mai 1938 teilte der Sänger Ernst Busch in einem Brief aus Barcelona einem Freund mit, Maria Osten sitze in Paris und schreibe ihren „Kartoffelschnaps“-Roman zu Ende.¹⁶ Erscheinen sollte er nun im Verlag „10. Mai“, den sie selbst zusammen mit Willi Bredel aufgebaut hatte.¹⁷ Wir wissen nicht, ob der Text vielleicht niemals zu Ende geschrieben worden ist, oder ob Umarbeitungen den Abschluss verzögert haben. Veröffentlicht worden sind jedenfalls nur einige Bruchstücke aus dem Roman;¹⁸ das Buch, das ihre wichtigste Arbeit, ihr Hauptwerk gewesen wäre, ist niemals erschienen und das Manuskript seither verschollen. Was wir wissen, ist, dass Maria Osten – seit 1932 Lebensgefährtin des sowjetischen Journalisten und Verlegers Michail Kol'cov – nach ihrer

11 Siehe *Dreißig neue Erzähler des neuen Deutschland. Junge deutsche Prosa*. Hrsg. u. eingel. von Wieland Herzfelde (1932). Mit einem Nachwort von Bärbel Schrader, Leipzig 1983.

12 Siehe Maria Gresshöner: *Zigelski hatte Glück*, in: ebenda, S.375ff.

13 Zur Biografie siehe Ursula El-Akramy: *Transit Moskau*. Margarete Steffin und Maria Osten, Hamburg 1998.

14 Siehe *Dreißig neue Erzähler*, S.484.

15 Siehe Dieter Schiller: *Maria Osten und Willi Bredel – Die Pariser Redaktion der Zeitschrift „Das Wort“*, in: Ders.: *Zwischen Moskau und Paris. Skizzen zu Willi Bredel als Literaturpolitiker und Verleger in den Jahren 1934-1939* (Pankower Vorträge, Heft 84), Berlin 2006, S.21.

16 Siehe Ernst Busch: *Briefe an G. M. Schneerson* (Brief vom 19.5.1938), in: *Neue deutsche Literatur*, 1986, H. 7, S.35.

17 Siehe Dieter Schiller: „Wir konnten nicht mit dem K-Unglück rechnen...“ *Willi Bredel und der Verlag „10. Mai“* in Paris, in: Schiller, *Zwischen Moskau und Paris*, S.39ff.

18 Maria Gresshöner: *Mehlgast*, in: Hermann Kesten (Hrsg.): *24 deutsche Erzähler*, Leipzig 1928; Dies.: *Zigelski hatte Glück*; Maria Osten: *Das Vieh rückt ein*, in: *Deutsch für Deutsche* (Tarnschrift), Paris 1935; Dies.: *Ostelbien*, in: *Das Wort*, 1937, H. 3-4.

Übersiedlung nach Moskau viel für die Zeitung gearbeitet hat, als Korrespondentin vom Saarkampf und vom spanischen Bürgerkrieg berichtete und von 1936 bis 1939 an der Gründung und der redaktionellen Arbeit der deutschsprachigen Moskauer Zeitschrift „Das Wort“ maßgeblich beteiligt war.¹⁹ Als größere Publikation ist von ihr noch ein sehr sowjet-euphorisches Kinderbuch erschienen, das von einem saarländischen Jungen in der Sowjetunion erzählt – sein Titel ist „Hubert im Wunderland“ (1935).²⁰ Außerdem soll 1937 noch eine Sammlung ihrer Spanien-Reportagen in russischer Sprache herausgekommen sein. Seit 1938 war sie in Frankreich tätig und ging 1939 nach Moskau zurück, um für ihren Freund und Genossen Kol'cov einzutreten, der als angeblicher „Staatsfeind“ verhaftet worden war.²¹ Einige Zeit fand sie noch Arbeit in einem Moskauer Filmstudio. Sie hat die Familie Brechts 1941 auf deren Durchreise nach Amerika betreut und sich um die sterbende Margarete Steffin bis zu deren Tod gesorgt. Dann wurde auch sie verhaftet und im Jahr 1942 in Saratov erschossen²² – wie so viele ihrer kommunistischen Genossen.

Ungedruckte Bücher finden sich freilich auch im Nachlass einiger Autorinnen aus dem proletarisch-revolutionären Umfeld, denen ein solch bitteres Schicksal erspart blieb. Die damals blutjunge Elfriede Brüning hatte als Redaktionssekretärin einer Zeitschrift für Filmtechnik begonnen, für die bürgerliche Presse zu schreiben – unter anderem im „Berliner Tageblatt“, der „Vossischen Zeitung“, dem „Börsen-Courier“ und der „Frankfurter Zeitung“. Zu Beginn des Jahres 1930 trat sie der KPD bei und gehörte seit 1932 zum Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Dort suchte sie der Forderung nach einer Literatur mit klassenkämpferischem Inhalt gerecht zu werden und geriet folgerichtig in eine Schreibkrise, als sie sich polemisch von den Vorstellungen der Redaktionen abwandte, für die sie bisher „von der Sonnenseite des Lebens“ geschrieben hatte. Die Debatten im Bund verwirrten sie eher, aber die konkrete Kritik der Bundesmitglieder an ihren Arbeiten beeindruckte sie tief. Von nun an wandte sie sich ganz der kommunistischen Presse zu, schrieb Betriebsreportagen und Berichte aus dem proletarischen Alltag für die „Welt am Abend“, „Berlin am Morgen“ und die „Neue Montagszeitung“. Seit Herbst 1932 arbeitete sie an einem kleinen Roman über das Schicksal einer Berliner Handwerkerfamilie in der Zeit der großen Krise um 1929. Sie hat ihm den ironisch-polemischen Titel „Handwerk hat

19 Siehe Simone Barck: „Dabei ist es wirklich wichtig, diese Zeitschrift zu haben“. Zur redaktionellen und kommunikativen Spezifik der kommunistisch geführten Literaturzeitschrift *Das Wort*, in: Michel Grunewald in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock (Hrsg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern 2002, S.499ff.

20 Maria Osten: *Hubert im Wunderland*. Vorwort von G. Dimitroff, Moskau 1935.

21 Siehe Arkadi Waksberg: *Die Verfolgten Stalins*. Aus den Verliesen des KGB, Reinbeck bei Hamburg 1993, S.21ff.; Viktor Fradkin: *Delo Kol'cova*, Moskau 2002.

22 Vor allem über die Jahre der Verfolgung in der Sowjetunion berichtet Simone Barck in: Simone Barck/Anneke de Rudder/Beate Schmeichel-Falkenberg (Hrsg.): *Jahrhundertsschicksale. Frauen im sowjetischen Exil*, Berlin 2003, S.19ff.

goldenen Boden“²³ gegeben – Jahrzehnte später wurde für den Druck der sachliche, nüchterne Titel „Kleine Leute“ gewählt.

Das ist die Geschichte ihrer eigenen Familie, besser gesagt: ihrer Eltern, denn die Figuren ihrer beiden Kinder sind weniger ausgeprägt. Es geht um kleine Leute, den Tischlermeister Hermann Wegener, der Wert legt auf seine Selbstständigkeit und von Politik wenig wissen will, und um seine Frau Anna, eine resolute, zupackende Frau mit „unverwüsthlichem Optimismus, der sie blind machte gegenüber der Realität, sie aber immer wieder befähigte, aus dem wirtschaftlichen Dilemma einen Ausweg“ zu suchen.²⁴ Erzählt wird von dem kleinen Handwerker, der – wie viele seiner Kollegen – erbittert um seine Existenz kämpft, und schließlich doch stempeln gehen muss, und seiner Frau, die den Abstieg durch Gründung einer Leihbibliothek aufzuhalten versucht und damit doch nur die Last der Schulden vermehrt. Das wird handfest erzählt, mit grober, aber treffender Charakterisierung ihrer Haltung, ihres Alltags und des Milieus, in dem sie leben. Etwas klischeehaft wirkt dagegen der Weg der Kinder, des Sohnes vom Pfadfinder zur Hitlerjugend und der Tochter vom Horizont der kleinen Angestellten zur kommunistischen Sympathisantin. Doch werden auch diese Passagen der Handlung mit einigen charakteristischen und ausdrucksstarken Episoden in das Milieu des Berliner Nordens eingefügt.

Das Buch ist ein Erstling, mit den Stärken und Schwächen eines Debüts. Damals – ihre Freunde hatten an eine Publikation in der Reihe der Rote-Eine-Mark-Romane gedacht – kam eine solche Stoffwahl der Autorin der Forderung entgegen, sich literarisch den kleinbürgerlichen Schichten zuzuwenden, um den Nationalsozialisten das Wasser abzugraben. Sehr zurückhaltend, aber entschieden ist diese Stoßrichtung dem Text eingeschrieben, und so war an eine Publikation im Lande nicht mehr zu denken, als das Buch im Februar 1933 fertig war – denn Hitler war inzwischen zur Macht gelangt. Die Autorin nahm am Widerstand der illegalen Berliner Gruppe des Bundes teil und entging mit Glück und Geschick zwar nicht der Verhaftung, aber der Verurteilung durch die Nazijustiz.²⁵ Ein Druck des Buches in Wieland Herzfeldes Malik-Verlag Prag kam nicht zustande, und so geriet es auch bei der Autorin in Vergessenheit. In die Hand der Leser kam es erst nach Jahrzehnten, als Zeitdokument und Zeugnis einer sonst wenig ausgeprägten Facette der proletarisch-revolutionären Literatur – wie die Autorin versichert, ohne dass ein Wort am ursprünglichen Text verändert worden wäre.²⁶ Bis heute ungedruckte Bücher finden sich auch im Nachlass von Lu Märten und Cläre Jung, zwei Frauen der älteren Generation, die die Nazijahre in Deutschland

23 Ich stütze mich auf die autobiografische Darstellung Elfriede Brünings im Nachwort zum im Mitteldeutschen Verlag erschienenen Roman „Kleine Leute“: Elfriede Brüning: Kleine Leute. Roman. Mit autobiographischen Notizen der Autorin, Halle-Leipzig 1988, sowie in: Dies.: Und außerdem war es mein Leben. Aufzeichnungen einer Schriftstellerin, Berlin 1994.

24 Zu diesem Buch, in: Elfriede Brüning: Kleine Leute. Roman, Rostock 2002, S.151.

25 Siehe Schiller, Stimme aus Deutschland, S.51ff.

26 Siehe Brüning, Kleine Leute, S.260.

überstanden haben und die Zeit ihrer politischen Isolierung durch Roman-Projekte zu überbrücken hofften.

Lu Märten (1879-1970) hatte sich schon seit Beginn des Jahrhunderts mit kultursoziologischen Untersuchungen und Publikationen zur Grundlegung einer historisch-materialistischen Ästhetik einen Namen gemacht. Sie flüchtete 1935/36 ins belletristische Fach und schrieb das umfangreiche Manuskript „Yali. Ein Roman von allem Werden“. Am 10. Mai 1933 war ihr theoretisches Hauptwerk mit dem Titel „Wesen und Veränderung der Formen/Künste“²⁷ auf den Scheiterhaufen der Bücherverbrenner geworfen worden. Auf Anregung sowjetischer Institutionen geschrieben, war es schon 1924 im Druck erschienen, freilich unter deutschen Genossen von Anfang an umstritten²⁸ – nicht zuletzt bei Leuten aus dem späteren Führungskreis des Bundes. Denn Lu Märten betonte die Bedeutung handwerklichen Könnens und des verfügbaren Materials für jede künstlerische Produktion und Rezeption. Von diesem Ansatz ausgehend, versuchte sie, die Veränderungen im Ensemble der Künste aus der Entwicklung der Produktivkräfte zu erklären. Das machte sie aufgeschlossen für neue künstlerische Verfahrensweisen, für neue Formen und Genres, die aus der Synthese verschiedener Künste entstehen, vor allem für die damals aufkommenden neuen Medien Rundfunk und Film mit ihren kommunikativen Möglichkeiten. Der Vorwurf, Lu Märten entpolitisiere damit die ästhetischen Probleme, ging zweifellos am Kern ihrer Bestrebungen vorbei. Ohne sich beirren zu lassen, vertrat sie ihre Auffassungen selbstbewusst als kommunistische Rednerin und kulturpolitische Publizistin in der Öffentlichkeit. Eine Auswahl ihrer wichtigsten Schriften ist jedoch erst 1982 im Verlag der Kunst, Dresden, unter dem Titel „Formen für den Alltag“²⁹ erschienen.

Auch Cläre Jung (1892-1981) hat Mitte der 30er-Jahre in Hitlerdeutschland einen autobiografisch getönten Roman geschrieben. Das ist – wie sie in ihren Erinnerungen berichtet – die Geschichte von drei Generationen, angelehnt an ihre eigene Familiengeschichte. Der Titel ist „Baumann-Erben“, die drei Teile des Romans sind überschrieben: Der Vater – Idyllica; Die Söhne – Gefallene Engel, Die Enkel – Eine Welt entsteht.³⁰ Schon diese Titel sind eine Abbeviatur des

27 Lu Märten: *Wesen und Veränderung der Formen/Künste. Resultate historisch-materialistischer Untersuchungen*, Frankfurt am Main 1924. – Eine überarbeitete Neuauflage erschien unter dem Titel: *Wesen und Veränderung der Formen und Künste. Resultate historisch-materialistischer Untersuchungen*, Weimar (1949).

28 Auseinandersetzungen gab es mit Gertrud Alexander über die Schrift „Historisch-Materialistisches über Wesen und Veränderung der Künste. Eine pragmatische Einleitung“ (Berlin 1921) in der „Roten Fahne“ (20.5.1921 und 29.5.1921) und in „Die Internationale“ (1921, H. 3, S.180ff.) sowie mit Karl August Wittfogel in „Die Linkskurve“ (1931, H. 5 und 6) nach dessen Kritik an den Auffassungen Lu Märtenens in der Aufsatzserie „Zur Frage der marxistischen Ästhetik“.

29 Lu Märten: *Formen für den Alltag. Schriften, Aufsätze, Vorträge. Auswahl, Kommentare, Bibliographie und Nachwort von Rainhard May*, Dresden 1982.

30 Siehe Cläre Jung: *Paradiesvögel. Erinnerungen*, Hamburg o. J., S.161ff.

erzählerischen Bogens über ein Zeitalter hinweg. Das Buch war nicht für die Schublade geschrieben, es sollte noch während der Hitlerjahre in einem Braunschweiger Verlag legal erscheinen. Daraus wurde freilich nichts, denn der Förderer starb – an eben dem Tag, als die Nazis ihn verhaften wollten. Nach dem Kriege bemühte sich die Autorin weiterhin um den Druck, doch der Aufbau-Verlag lehnte ab, mit der – sicher fragwürdigen – Begründung, er habe bereits drei Bücher mit ähnlicher Thematik von Becher, Bredel und Erpenbeck verlegt.³¹ Immerhin, dieses Manuskript ist im Nachlass erhalten und wartet auf Auswertung.

In den 20er-Jahren war Cläre Jung mit Franz Jung verheiratet, einem Schriftsteller und führenden Funktionär der Kommunistischen Arbeiterpartei, und blieb ihm auch nach der Trennung lebenslang verbunden.³² Sie hatte im Ersten Weltkrieg mit der bürgerlichen Konvention gebrochen, fasziniert vom neuen Lebensgefühl der rebellierenden jungen Intelligenz, aber auch von der sozialistischen Idee und den mit ihr verbundenen Vorstellungen von einer aktivierenden Kunst. Ihr zentrales schriftstellerisches Thema, schrieb Cläre Jung in ihren Erinnerungen, sei „die Eroberung des Menschen durch sich selbst“ gewesen, „die Bekämpfung der Flucht in die Paradiessehnsucht zugunsten der Bewältigung der Realität, der gesellschaftlichen Verantwortung des einzelnen in der Welt“.³³ Das ist, nicht ohne selbstkritischen Unterton, aber durchaus selbstbewusst aus der Rückschau auf ihr eigenes Leben formuliert.

Ihr Leben war das einer Schriftstellerin und Journalistin, die nur wenige ihrer belletristischen Texte veröffentlichen konnte. Dabei stand sie zur Zeit des Expressionismus und der neuen Sachlichkeit mitten im literarischen Leben und war bekannt mit vielen namhaften Leuten. Georg Heym hat sie mit Franz Pfemfert – dem Herausgeber der Zeitschrift „Die Aktion“³⁴ – bekannt gemacht und dieser mit Franz Jung. Durch ihn fand sie zum Kreis der Linkskommunisten, sie hat Franz Jung bei seiner Tätigkeit für die russische Hungerhilfe und beim wirtschaftlichen Aufbau in der Sowjetunion unterstützt. Sie war aber auch die wichtigste Helferin bei seinen vielen Pressekorrespondenz-Diensten und publizistischen Unternehmungen.³⁵ Von diesen erwies sich nur der seit 1927 wöchentlich erscheinende „Deutsche Feuilleton-Dienst“ als dauerhaft, dessen Inhaberin, Herausgeberin, Redakteurin, Sekretärin und Expedientin sie war. Dieser Dienst brachte Kulturnachrichten über Film, Funk, Literatur, Wissenschaft, Kunst und Musik und war – besonders während der Weltwirtschaftskrise und in den Jahren

31 Es handelte sich dabei um Johannes R. Bechers „Abschied“, Willi Bredels „Die Väter“ und Fritz Erpenbecks „Gründer“.

32 Siehe Fritz Mierau: Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie, Hamburg 1998.

33 Ebenda, S.49, 171.

34 Siehe dazu: Die Aktion 1911-1918. Einführung und Auswahl von Thomas Rietzschel, Berlin-Weimar 1986.

35 Siehe Franz Jung: Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit. Mit einem Nachwort von Fritz Mierau, Leipzig 1991, S.108, 174, 286, 384.

der Nazi-Herrschaft – nur schwer durch die Klippen der finanziellen Risiken und der Zensur zu steuern. Von den erzählenden Texten Cläre Jungs nenne ich nur den kurzen Roman „Aus der Tiefe rufe ich“,³⁶ eine Chronik der Schicksale jüdischer Menschen aus Berlin in den Jahren 1938 bis 1943, die teils resignierend, teils hoffend oder aufbegehrend ihrer Vernichtung entgegensehen. Erschienen ist dieses erschütternde Buch 1946 im Aufbau-Verlag und dann nicht wieder. Es macht darum neugierig auf ihre Erzählung über die Arbeit im sowjetischen Kinderheim der beginnenden 20er-Jahre und andere Geschichten aus dem Nachlass, von denen Cläre Jung in ihren Erinnerungen berichtet. Aber wenn auch vieles im Archiv verschüttet bleiben mag, ihre 1955 geschriebenen, viel später erst veröffentlichten Erinnerungen mit dem Titel „Paradiesvögel“ – andere Titel lauteten sachlicher „Ein Rechenschaftsbericht“ oder „Chronik eines Lebens“³⁷ – sind eine faszinierende Lektüre, die manche eingefressenen Klischees über das linke und sozialistische Literaturmilieu der ersten Jahrhunderthälfte über den Haufen wirft. Überhaupt meine ich, dass die einseitige Fixierung auf die Endzwanziger- und beginnenden 30er-Jahre das Bild der prolet.-revolut. Literaturbewegung verzerrt.³⁸

Dramatikerin und Kinderbuchautorin – Berta Lask

Dies ist vor allem deshalb von einigem Gewicht, weil aus solch einer verengten Sicht das Werk einer Frau in den Hintergrund tritt, die um die Mitte der 20er-Jahre zu den prägenden Gestalten dieser Literatur gehörte – und zwar im dramatischen Fach: Berta Lask (1878-1967). Sie kam aus einem bürgerlichen Milieu und war Frau eines wissenschaftlich tätigen Arztes, selbst materiell ohne Sorgen, aber schon in der Vorkriegszeit mit dem sozialen Elend proletarischer Schichten vertraut.³⁹ Ein frühes soziales Drama „Auf dem Hinterhof, vier Treppen links“ (1912) ist nicht erhalten. Die ersten Schritte auf die politische Bühne machte sie in der Frauenbewegung; in einer Sammlung von Aufsätzen und Reden – veröffentlicht im Jahr 1923⁴⁰ – rief sie die Frauen auf, sich zusammenzuschließen, um das Versagen der politischen Parteien von rechts bis links zu korrigieren. Antimilitarismus und Kriegsgegnerschaft machten sie zur Sympathisantin der russischen Oktoberrevolution und des Friedensappells von Lenin. Ihre Rede

36 Cläre Jung: Aus der Tiefe rufe ich. Roman, Berlin 1946.

37 Dies., Paradiesvögel, Editorische Notiz.

38 Siehe dazu Dieter Schiller: Vom Expressionismus zum Bund. Wege der proletarisch-revolutionären Literatur in Deutschland (1918-1932), in: Ders., Über Ottwalt.

39 Ihren Werdegang beschreibt Berta Lask in ihrer Lebensskizze „Frühes Suchen, Kampf und Verfolgung. Ein Rückblick“, in: Hammer und Feder. Deutsche Schriftsteller aus ihrem Leben und Schaffen. Redaktion Karl Grünberg, Berlin 1955, S.322ff. Siehe auch S 171-173 in diesem Heft.

40 Berta Lask: Unsere Aufgabe an der Menschheit. Aufsätze, Berlin 1923. – Der Band enthält: Die Mission der Frauen; Die Frau an der Zeitenwende; Wie kann unsere Zeit Richtlinien für die Erziehung der weiblichen Jugend finden?; Von ethischen und erotischen Werten; Mutter und Kind; Vom Wesen der Gewalt; Unsere Aufgabe; Antimilitaristische Maifeier in Utrecht; Rosa Luxemburgs Briefe aus dem Gefängnis.

„Vom Wesen der Gewalt“ aus dem Jahr 1919 propagiert zwar den Gedanken der Gewaltlosigkeit in der Revolution, verwirft aber seine Verabsolutierung, weil das die herrschende Gewalt letztendlich unterstütze. Ihr Nachkriegsschaffen stand im Zeichen des aktivistischen Expressionismus; sie war Mitarbeiterin der „Ziel“-Jahrbücher Kurt Hillers und der Zeitschrift „Die Erde“ von Walter Rilla.⁴¹

Im Stück „Mitternacht. Ein Spiel von Menschen, Marionetten und Geistern“⁴² deutete sich ihre Wendung zur kommunistischen Bewegung an, das Ideal vom Neuen Menschen erscheint hier als schöner Traum, der von der Realität des Klassenkampfes widerlegt wird. 1923 wurde Berta Lask Mitglied der KPD, ihr erstes proletarisch-revolutionäres Drama ist eine – 1925 zum internationalen Frauentag aufgeführte – Bilderfolge über das Leben deutscher und russischer Frauen von 1914 bis 1920 mit dem Titel „Befreiung“.⁴³ Diese Bilderfolge schlägt den Bogen vom Protest gegen den Krieg bis zum revolutionären Klassenkampf. Die Autorin hatte mit ihren Szenen aus der realen Gegenwartsgeschichte den Ansatz zu einem ihr eigenen Stückerotypus gefunden: zum proletarischen Propagandatheater. Es suchte den Kontakt mit dem proletarischen Massenpublikum, kannte aber keinen dramatischen Konflikt im herkömmlichen Sinne und begriff die Masse als eigentlichen Akteur – die auftretenden Individuen sind eingeschmolzen in diese Masse. Ein öffentliches Interesse an solchen Massenspielen mit großer historischer Thematik wird durch den Auftrag an Berta Lask belegt, als Höhepunkt der Veranstaltung der KPD zum 400. Jahrestag des Bauernkrieges zu Pfingsten 1925 ein Stück über Thomas Münzer zu schreiben.⁴⁴ Berta Lask hat den historischen Stoff in der Form eines „dramatischen Gemäldes“ vom deutschen Bauernkrieg verarbeitet, das die Analogien zu aktuellen Ereignissen betont herausstellt. Sie wolle, schrieb sie im Vorwort zur Buchausgabe, „keine Dichtung, [...] keine Darstellung einzelner Schicksale, keine Stimmungsbilder“ geben, sondern „dem klassenbewußten Proletariat der Gegenwart den revolutionären Kampf seiner Vorfahren zeigen.“ Aus solcher Sicht wird Thomas Münzer zum Repräsentanten einer revolutionären Vorhut, Martin Luther zum Ideologen der Konterrevolution. Diese Struktur des „politisch-propagandistischen Lehrstücks“⁴⁵ ist ganz auf die konkrete politische Situation in der Gegenwart gezielt, in diesem Fall auf die beginnende sogenannte Bolschewisierung der KPD. Wie weit solche Strukturen, entworfen mit dem Blick auf die zweifellos beträchtlichen Wirkungsmöglichkeiten innerhalb einer großen Massen-

41 Siehe Klaus Kändler: Drama und Klassenkampf. Beziehungen zwischen Epochenproblematik und dramatischem Konflikt in der sozialistischen Dramatik der Weimarer Republik, Berlin-Weimar 1970, S.129ff.

42 Berta Lask: Mitternacht. Spiel von Menschen, Marionetten und Geistern in fünf Akten, Leipzig 1923.

43 Dies.: Die Befreiung. 16 Bilder aus dem Leben der deutschen und russischen Frauen 1914-1920, Berlin 1926.

44 Dies.: Thomas Münzer. Dramatisches Gemälde des Deutschen Bauernkrieges von 1525, Berlin 1925.

45 Siehe Kändler, Drama und Klassenkampf, S.136.

veranstaltung, sich dieser Aufführungsart hätten emanzipieren können, ist auf dem normalen Theater niemals erprobt worden.

Was das folgende Stück dieses Typus angeht, das „Drama der Tatsachen“ mit dem Titel „Leuna 1921“⁴⁶ aus dem Jahr 1926, so machte schon der Zugriff der Staatsmacht eine solche Überprüfung unmöglich: Weitere Aufführungsversuche und die Buchausgabe wurden umgehend verboten, und die Verfasserin sah sich mit einer Anklage wegen Landesverrats konfrontiert. Dieses Massendrama über den Mitteldeutschen Aufstand von 1921 ist ganz zweifellos der Höhepunkt im Schaffen der Berta Lask. Egon Erwin Kisch hat den „Meisterblick der Dramatikerin“ gerühmt, und im „Berliner Börsen-Courier“ hieß es gar, das Drama werde eine ähnliche Wirkung wie der sowjetrussische Potemkin-Film ausüben.⁴⁷ Das war natürlich maßlos übertrieben, denn zur Zeit der Aufführung – zum 5. Jahrestag des Aufstands im Jahr 1926 – war die revolutionäre Nachkriegskrise vorbei und die revolutionäre Welle sichtlich im Abklingen, aus der dieser Stücktypus hervorgegangen war. Damit verliert das Stück freilich nicht seine Qualität als szenische Dokumentation der Kämpfe um Leuna, die für revolutionär gesinnte Proletarier weit über die Mitgliedschaft der KPD hinaus eine Art historische Selbstvergewisserung waren, ein Fluchtpunkt sozusagen ihrer politischen Identität und eine Quelle des im Alltag bröckelnden politischen Gemeinschaftsgefühls. Berta Lask hat für ihr Drama ein ernsthaftes Studium der Zeitungsberichte und Landtagsprotokolle betrieben, hat im Mansfeldischen und im Halle-Merseburger Gebiet die an den Märzkämpfen Beteiligten wie auch Zuschauer der Ereignisse ausführlich befragt. Die Autorin gibt in ihrem Stück mehr als eine bloße Illustration von Geschichtsthesen: Sie entwirft eine emotional bewegende Handlungskette, die die tatsächlichen Vorgänge nachzeichnet, und sucht ihre Figuren – zumindest auf der proletarischen Seite –, bei aller politischen Typisierung doch auch ein wenig individuell zu charakterisieren. Der politisch lehrhafte, propagandistische Grundzug ist damit natürlich nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, ein Vor- und Nachspiel ordnet auch hier wie im Münzer-Drama die Vorgänge in den aktuellen politischen Klärungsprozess der Klasse ein – wobei die Autorin allerdings allzu unbedenklich und ganz zweifellos illusionär das von ihr ansprechbare Publikum mit der Klasse der Proletarier gleichsetzt. Dass das Feuer ihrer Polemik vor allem auf die Repräsentanten der Sozialdemokratie fokussiert war, versteht sich bei einem solchen Gegenstand und angesichts der damaligen Konfrontation der Parteien nahezu von selbst.

Um die Wende von den 20er zu den 30er Jahren wurde freilich die von ihr hartnäckig verfochtene Forderung zunehmend als anachronistisch empfunden, „das Proletariat als kollektive Einheit, als Masse darzustellen, mit bewußter Zu-

46 Berta Lask: *Leuna 1921. Drama der Tatsachen*, Berlin 1927. – Neudruck (mit einem Nachwort von Johannes Schellenberger) Berlin 1961.

47 Zit. nach: Kändler, *Drama und Klassenkampf*, S.138f. und Schellenberger, Nachwort zu *Leuna 1921*, S.149.

rückstellung stark individualistischer Zeichnung der Einzelpersonen.⁴⁸ Ihr Dramentyp wurde in der proletarischen Öffentlichkeit abgelöst durch das Agit-prop-Theater und das besonders von Friedrich Wolf gepflegte Zeitstück. Wie es scheint, hat sich die Dramatikerin Berta Lask mit ihrer Theorie selber blockiert, jedenfalls konnte sie mit dem Revue-Drama „Giftgasnebel über Sowjetrußland“ von 1927⁴⁹ nicht an ihr erreichtes Niveau anknüpfen. Aufmerksamkeit konnte sie im proletarischen Literaturmilieu noch einmal mit ihrem Reisetagebuch „Kollektivdorf und Sowjetgut“ (1932)⁵⁰ wecken, einem der vielen und viel diskutierten Russlandbücher jener Jahre. Dass sie zu den Initiatoren und vor allem zu den innovativen Autoren der proletarisch-revolutionären Literatur gehört hatte, geriet weitgehend in Vergessenheit und wurde erst durch die literatur- und theaterhistorischen Forschungen der 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts wieder bewusst gemacht.

Innovativ war sie im Übrigen auch auf einem ganz anderen Gebiet, dem der proletarischen Kinder- und Jugendliteratur. Es lag durchaus im Sinne ihrer politisch-propagandistischen Didaktik, auch kindlich-jugendlichen Zuhörern oder Lesern die weltgeschichtlichen Klassegegensätze zu demonstrieren. Ein – allerdings recht simpel strukturiertes – „Spiel für Menschen und Marionetten“ trägt den Titel „Der Obermenschenfresser Weltkapitalismus und die Internationale Arbeiterhilfe“ (1924).⁵¹ Das ist ein am Kasperle- und Marionettentheater orientierter Text für Kinder, geschrieben zur Unterstützung von Willi Münzenbergs populärer proletarischer Hilfsorganisation.⁵² Nach altbewährter Kasperle-Manier schlägt hier die Proletarierfigur mit Hilfe von Kindern den menschenverschlingenden Teufel Kapitalismus nieder. Die Schreiberin hat wohl selbst gewusst, dass damit nicht viel Einsichten zu vermitteln waren – an denen aber lag ihr vor allem. Wenig später hat sie deshalb eine Prosaerzählung für Junge Pioniere – die proletarische Kinderorganisation der KPD in der Weimarer Republik – geschrie-

48 Berta Lask: Über die Aufgaben der revolutionären Dichtung, in: Die Front, 1929, H. 8. Neudruck in: Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Bd. 1. Eine Auswahl von Dokumenten 1926-1935. Auswahl und wissenschaftliche Gesamtedaktion Alfred Klein unter Mitarbeit von Thomas Rietzschel, Berlin-Weimar 1979, S. 153ff.

49 Dies.: Giftgasnebel über Sowjet-Rußland. Revue-Drama in 35 Szenen. Nach einem politischen Entwurf von XXX. Geschrieben Februar, März, April 1927, Berlin 1927. – Siehe Ludwig Hoffmann/Daniel Hoffmann-Ostwald: Deutsches Arbeitertheater 1918-1933. 1. Bd., Berlin 1972, S.224ff. – Das Stück ist wahrscheinlich von Johannes R. Bechers „Levisite oder Der einzig gerechte Krieg“, Wien-Berlin 1926, angeregt worden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass zur gleichen Zeit Reichswehrexperthen auf Einladung der sowjetischen Führung begannen, insgeheim chemische Kampfstoffe an der Wolga zu erproben. Siehe Hennig Sietz: Es riecht nach Senf, in: Die Zeit, Nr. 26, 22.6.2006, S. 86.

50 Berta Lask: Kollektivdorf und Sowjetgut. Ein Reisetagebuch, Berlin (1932).

51 Dies.: Der Obermenschenfresser Weltkapitalismus und die Internationale Arbeiterhilfe. Ein Spiel für Menschen und Marionetten, Berlin 1924.

52 Zur IAH Siehe Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Leipzig 1991, S.190ff.

ben.⁵³ Ein weißes, geflügeltes Gedankenpferd trägt einen Proletarierjungen im Traum durch die Zeiten und lässt ihn die Klassenkämpfe der Jahrtausende miterleben. Das Buch gewinnt seine Lebendigkeit durch die ständige Wendung der Erzählerin an ihre Leser und durch ihren Kunstgriff, den träumenden Knaben immer wieder zu einer aktiv handelnden Figur der historischen Handlungsepisoden zu machen, in die ihn sein Flügelpferd versetzt. Er erlebt die Zerstörung der Urzeitidylle, zieht mit Prinz Moses und den Juden durch die Wüste, kämpft als Sklave mit Spartakus und als rebellischer Handwerksbursche mit Münzer und seinen Bauern. Leider hält die Autorin ihren Stil nicht immer durch. Um den Knaben Karl den Kampf und die Niederschlagung der Pariser Kommune als Kommunarde erleben zu lassen, schiebt sie einen historischen Sachbericht über die Belagerung von Paris ein und spart auch sonst nicht mit belehrenden Passagen, etwa über die Lehre von Karl Marx und den Bolschewistenführer Lenin in Zürich. Wir erfahren mit Hilfe des Flügelpferdes, dass die Erfindungen der Wissenschaft den Kapitalisten zur Ausbeutung der Proletarier dienen können, aber auch der freien Tätigkeit der „Arbeitsbruderschaft der Menschheit“.⁵⁴ Von Sowjetrußland weiß das Pferd freilich noch nicht viel zu sagen, eigentlich nicht mehr, als dass sein Bestand oder seine blutige Vernichtung von den Genossen in aller Welt abhängt – eine Sicht, die zu dieser Zeit von ihrer Partei kaum mehr geteilt worden ist. Im Banne der Idee der Weltrevolution lässt sie ihren Karl in die Zukunft fliegen, zur Versammlung der „Delegierten der Räterepubliken der ganzen Erde“.⁵⁵ Natürlich erwartet Karl am Schluss in die Gegenwart hinein; was er erfahren hat, soll er ja anzuwenden lernen im täglichen Klassenkampf.

Ich gebe zu, die Diktion des Buches ist bei aller Fantasie und Erfindungsgabe zuweilen etwas zu trocken, der kindliche Held etwas zu gewaltsam zu einer Art Symbolfigur aufgeblasen. Manche Passagen mögen für Kinder zu schwierig, für Jugendliche zu schlicht geraten sein, aber die erzählenden Passagen dürften beide Gruppen interessiert haben. Die Technik der Identifizierung des Träumenden mit handelnden Figuren der jeweiligen Traumzeit war – und ist es vielleicht noch – für junge und ungeübte Leser von einigem Wert. Denn sie werden auf diese Art eingeübt in eine Kultur des Lesens, die gleichermaßen Identifikation und Distanz gegenüber dem Gelesenen erlaubt und die ohne viele Erklärungen ein Gefühl für das Besondere künstlerischer Darstellung vermittelt und damit einer allzu kritiklosen Lektüre entgegenwirkt.

Das Kinderbuch wird in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre eine besondere Domäne der proletarisch revolutionären Autorinnen.⁵⁶ Das hängt sicher mit dem

53 Berta Lask: Auf dem Flügelpferd durch die Zeiten. Bilder vom Klassenkampf der Jahrtausende. Erzählung für junge Proletarier, Berlin 1925. Neudruck mit einem Nachwort v. Gudrun und Hans Heinrich Klatt, Berlin 1983.

54 Ebenda, S.87.

55 Ebenda, S.91.

56 Einen informativen Überblick gibt: Das proletarische Kinderbuch. Dokumente zur Geschichte der sozialistischen deutschen Kinder- und Jugendliteratur. Hrsg. u. eingel. v. Manfred Altner, Dresden 1988.

traditionellen weiblichen Rollenverständnis zusammen, das ja auch im sozialistisch-kommunistischen Milieu nicht ausgestorben war. Eine beträchtliche Rolle spielte aber auch, dass in den Jahren der kapitalistischen Stabilisierung unter Kommunisten die Einsicht gewachsen war, es sei nötig, eine proletarische Gegenkultur zu den konservativ-liberalen Kulturverhältnissen aufzubauen, zu der – wie es damals hieß – „Kultur der Herrschenden“ mit ihren ideologischen Instrumentarien und ihren wirkungsmächtigen Massenmedien. Ein solcher Versuch aber musste – bei aller klassenkämpferischen Rhetorik – auch Unterhaltungsbedürfnisse der angesprochenen Schichten bedienen. Neben die Dokumentation der Kampfbereitschaft und Zukunftsgewissheit, die bis zum Überdruß propagiert wurden, mussten die Abenteuer des Alltagslebens treten, musste die innere Welt der individuellen und kollektiven Emotionen erforscht und nicht zuletzt auch Spannung und Exotik geboten werden – nur eben aus dem Blickwinkel proletarischen Klassenbewusstseins. Unter solchen Auspizien gewann auch das Kinderbuch an Gewicht, zumal mit Erich Kästner ein Autor von geradezu phänomenaler Ausstrahlungskraft tief in den proletarischen Leserkreis einwirkte.⁵⁷ Das Kinderbuch wurde deshalb ernst genommen und mit ihm auch die Autorinnen.

Nun darf man das nicht so verstehen, als habe die Partei gesprochen, und die Schriftstellerinnen und Schriftsteller hätten geschrieben. So einfach funktionierte das erfreulicherweise nicht und hat es niemals funktioniert.

Lisa Tetzner „Hans Urian. Die Geschichte einer Weltreise“

Das – wie ich meine – beste und auch sprachlich schönste proletarische Kinderbuch jener Jahre ist Lisa Tetzners „Hans Urian. Die Geschichte einer Weltreise“ (1929).⁵⁸ Entstanden ist es um 1926, passt also zeitlich genau in das von mir erwähnte Schema. Tatsächlich aber wäre das eine total verzerrte Perspektive. Lisa Tetzner (1894-1963) war seit 1924 mit Kurt Kläber verheiratet, einem der bekanntesten proletarisch-revolutionären Autoren. In einer Umfrage der „Linkskurve“⁵⁹ unter Intellektuellen vom September 1930 bekannte sie sich eindeutig zum Befreiungskampf des Proletariats und zum sozialen Aufbau in Sowjetrußland. Auch die Polemik gegen die Sozialdemokratie fehlt in diesem Text nicht – genügend Grund dazu gab es ja. Aber ihre Diktion unterscheidet sich sehr deut-

57 Kästner galt für die „Linkskurve“ als verlogen und bürgerlich, aber besonders gefährlich, weil er glänzend schreibe und Verständnis für die kindliche Phantasie zeige. Siehe Anna Loos: Vier neue Kinderbücher, in: Die Linkskurve 1931, H. 12, S.31.

58 Lisa Tetzner: Hans Urian. Die Geschichte einer Weltreise, Berlin 1929. Neudruck nach der Ausgabe von 1944: Reinbek bei Hamburg 1975. – Lisa Tetzner schrieb auch zusammen mit Béla Balázs das Kinderstück „Hans Urian geht nach Brot“, das für Kinder der Berliner Arbeiterviertel bestimmt war. Es wurde am 13. November 1929 von der Gruppe Junger Schauspieler uraufgeführt und ist im gleichen Jahr in Freiburg/Br. erschienen. Siehe Béla Balázs: Schriften zum Film. Bd. 2: Der Geist des Films. Artikel und Aufsätze 1926-1931. Hrsg. von Helmut H. Diederichs u. Wolfgang Gersch, Berlin 1984, S.30, 303.

59 Siehe Die Linkskurve 1930, H. 9.

lich von der parteioffiziellen der Kommunisten. Das ist kein Wunder, denn die Voraussetzungen ihres Schreibens waren entscheidend geprägt von Erfahrungen der freideutschen Jugendbewegung und des Wandervogel. Sie stammt aus einer Arztfamilie, in der die Tradition der 1848er-Revolution noch lebendig war und materieller Besitz als eine gesellschaftliche Verantwortung galt.⁶⁰ Zu den Kriegsbejublern gehörte sie nicht, und sie bekannte sich – bei aller Nähe zu völkischen Ideen – schon früh zu republikanischen Überzeugungen. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie seit 1918 als wandernde Märchenerzählerin und machte sich damit sogar einen Namen. Jahrelang tourte sie durch die Provinzen des Reiches, las in Schulen, Wirtshaussälen, auf Marktplätzen und Dorfangern, in literarischen Gesellschaften, in Arbeitervereinen, aber auch vor ausgewähltem Publikum höherer Kreise – selbst ausgediente Fürsten und aktive Industriearbeiter gehörten zuweilen dazu. Sie hat umfangreiche Sammlungen internationaler Märchen herausgegeben und tagebuchartige Berichte von ihren Vortragsreisen in drei Bänden mit dem Sammeltitel „Vom Märcherzählen im Volke“ (1919-1923)⁶¹ veröffentlicht, die auch ihren persönlichen Werdegang nachzeichnen. Der dritte Band – „Im Land der Industrie“ (1923) – enthält angesichts der Rheinlandbesetzung ausgesprochen nationalistische Töne. Ein Grundmotiv war bei Lisa Tetzner in jenen Jahren die Ablehnung politischen Parteienhaders, sie trug ihre Märchen gleichermaßen vor Hakenkreuzlern und Kommunisten vor, auch wenn ihre Sympathie eindeutig den Anhängern der letzteren galt – freilich ganz und gar nicht den Parteipolitikern. Sie schätzte proletarische Klassen-solidarität, doch die kommunistischen Parteilosungen und Revolutionserwartungen lehnte sie ab. Ihr Idealbild war – wie es scheint – zu dieser Zeit ein Arbeiterdichter, welcher der Bourgeoisie das Proletariat in seiner Schönheit und seiner Lust, seiner Qual und seiner Not zeigen will.⁶²

Eine Wendung ihrer Haltung deutet sich in ihrer Schrift „Im blauen Wagen durch Deutschland“ (1926)⁶³ an, in der über ihr Wirken in der Laienspielbewegung der 20er-Jahre, in den Jugendspielscharen, berichtet wird. Der Bezug auf die Jugendbewegung blieb auch hier erhalten, aber bei aller Betonung von Scholle und Landschaft orientierte sie sich jetzt auf die Masse der unteren Schichten. Vor allem das Industrie-proletariat hatte sie jetzt im Blick, die Arbeiter, deren Leidenschaften dem Klassenkampf und ihrer Partei gehörten, der Partei, bei der sie eine Stütze suchten, um sich von der eisernen Faust des Kapitals befreien zu können. Doch während – wie sie meinte – die Älteren sich in Partei-hass und politischem Hader zerrissen, setzte sie ihre Hoffnung auf die Arbeiterjugend der Industriegebiete und auf die kulturelle Aktivität der Wachsten und

60 Lisa Tetzner: *Der Gang ins Leben*, Jena 1928, S.4, 40.

61 Dies.: *Vom Märchenerzählen im Volke*, Jena 1919; *Aus Spielmannsfahrten und Wandertagen. Ein Bündel Berichte*, Jena 1923; *Im Land der Industrie zwischen Rhein und Ruhr. Ein buntes Buch von Zeit und Menschen*, Jena 1923.

62 Dies., *Im Land der Industrie*, S.40ff.

63 Dies.: *Im blauen Wagen durch Deutschland. Gedanken und Plaudereien über Landschaft und Volk*, Berlin 1926.

Agilsten unter ihnen. Ich kann hier nicht weiter in die Einzelheiten gehen, doch scheint mir sicher zu sein, dass ihr Impuls, für proletarische Kinder zu schreiben, letztlich aus dem Scheitern ihrer ursprünglichen Volksgemeinschaftsutopie an der geschichtlichen Wirklichkeit erwuchs.

Lisa Tetzner schrieb aus einer subtilen Kenntnis ihres kindlichen Publikums und seiner Reaktionen heraus – das war ihr großer Vorzug als Kinderbuchautorin. Sie schreibt mit Wärme, ist belehrend, ohne lehrhaft zu sein, zeigt Humor und fesselt ihre Leser mit immer neuen, überraschenden Wendungen. Die Hauptidee im „Hans Urian“ ist, den Neunjährigen in die Welt zu schicken, um Brot für seine kranke Proletariermutter zu holen, weil der Bäcker ihm keins gibt und der Bauer auch nicht. Schon das trifft Erfahrungen der jungen zeitgenössischen Leser, dürfte aber zugleich belustigend gewesen sein: Dass Brot Geld kostet, weiß schließlich jeder. Aber wie schwer es ist, welches zu verdienen, auf wie vielfältige Art sich die Armen in aller Welt plagen müssen, ist dann wieder fesselnd. Das Bedürfnis nach heiterer Komik bedient die Gegenfigur des Märchen-Hasen Trillewipp auf eine letztlich auch wieder ernsthafte Weise. Wie soll er, der Hase, die Menschenwelt verstehen, in der der eine viel hat und der andere hungert, in der die Faulen gut essen und diejenigen, die schwer arbeiten, schlechter leben. Für den Hasen ist das eine verkehrte Welt, und dieser verfremdende Blick lässt auch den naiven Leser die vertraute Umgebung mit nachdenklicheren Augen betrachten. Als komisch dürfte den Kindern jener Jahre, in denen die technischen Errungenschaften vergöttert wurden, auch die Idee gewesen sein, dass der Hase seine Ohren in Propeller verwandeln kann und damit über den Ozean fliegt. Das lag kindlichen Wunscherfüllungsträumen gewiss näher als der mythologische Pegasus bei Berta Lask.

Auch bei Lisa Tetzner wird der kindliche Held – freilich nicht als Traumflieger, sondern als real handelnde Person – in die Vorgänge verwickelt. Sein Flug nach Amerika, ins traditionelle Sehnsuchtsland der Flüchtlinge vor dem Elend der alten Welt, lässt ihn erfahren, dass es hier nicht mehr Geld und Brot für ihn gibt als zu Hause. Aber er lernt auch Bill kennen, den Sohn des millionenschweren Kanonenfabrikanten, der staunt, dass nicht alle im Reichtum leben wie er. Eine schöne Idee ist, die Kanonen, die sein Vater für den Kolonialkrieg nach Afrika liefert, zum Vehikel einer unfreiwilligen Reise der Kinder dorthin zu machen. Man mag heute die Szenen der Gefangenschaft der Kinder im afrikanischen Urwald mit einem gewissen Unbehagen lesen – für die Verfasserin war die drohende Opferung der Kinder durch „wilde“ Eingeborene ein exotischer Gruseffekt. Rassistisch war das keineswegs gemeint – immerhin werden die Afrikaner ja im berechtigten Aufstand gegen die weißen Kolonialunterdrücker vorgeführt. Diese Episode ist Überleitung zum schwersten Erlebnis, zum Verkauf Hans Urians und seiner Freunde als Kinderarbeiter in eine asiatische Seidenfabrik. Hier erleben das deutsche Proletarierkind und der amerikanische Fabrikantensohn gemeinsam den kapitalistischen Arbeitsprozess in all seiner Härte, aber sie finden auch den Weg, sich zu befreien. Dass Hans dann nach der gelungenen Flucht in der Sowjetunion zu Brot kommt, darf beim allgemeinen Kontext des Buches

nicht verwundern – als es geschrieben wurde, lagen die großen Hungersnöte nach der gewaltsamen Kollektivierung noch in der Zukunft. Bemerkenswert finde ich, dass die Autorin ganz auf die übliche überschwengliche Sowjet-Apologie verzichtet. Ihr Geld verdienen die Kinder in Russland durch eine Art Zirkus, der es ihnen erlaubt, für sich selbst zu arbeiten, nicht mehr für einen Ausbeuter wie bisher. So kann die Autorin politische Urteile über die Verhältnisse im Sowjetland umgehen, genug, dass seine Repräsentanten mit Sympathie gezeichnet werden. Was Lisa Tetzner dagegen ausdrücklich lobt, ist das damals von weiten Kreisen als rühmend wert Empfundene: das Kinderheim und die Sorge um seine Bewohner. Von hier nach Hause zu kommen, ist für den Jungen natürlich nicht schwer – und der Märchen-Hase erspart zudem anfallende Kosten durch seine Flugkünste. Und zu Hause angekommen, bekennt Hans, er habe nicht wissen können, wie schwer es für arme Leute ist, Brot zu bekommen. Nun, da ers weiß, will er künftig helfen, dass es besser wird auf der Welt.

„Hans Urian“ gehört zu den klassischen Kinderbüchern seiner Zeit, in den danach geschriebenen erreicht Lisa Tetzner diese poetische Qualität nicht wieder. Ihre Nachfolgerinnen führen übrigens den phantastischen Zug ihrer Märchenerzählung nicht weiter, in den Kinderbüchern von Alex Wedding – ihr bürgerlicher Name ist Grete Weiskopf (1905-1966) – und Auguste Lazar (1887-1970) dominiert ein sehr unmittelbar gezeichnetes Bild proletarischen Alltags.

Proletarischer Alltag im Kinderbuch bei Alex Wedding und Auguste Lazar

Alex Wedding war 1925 aus Österreich nach Berlin gekommen und hatte dort – nach einer Tätigkeit als Stenotypistin, Buchhändlerin und Journalistin – zu schreiben begonnen, unterstützt von ihrem Mann, dem Schriftsteller F. C. Weiskopf.⁶⁴ Ihr erstes und schönstes Buch war „Ede und Unku“, das 1931 im Malik-Verlag Wieland Herzfeldes erschienen ist.⁶⁵ Hintergrund der Geschichte ist die Weltwirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit. Geradlinig erzählt Alex Wedding die Geschichte des zwölfjährigen Ede Sperling, der mit dem Fahrrad Zeitungen austragen will, weil sein Vater arbeitslos geworden ist. Das Fahrrad wird ihm gestohlen, doch zum Glück hat er Freundschaft geschlossen mit dem Zigeunermädchen Unku, die mit ihren Verwandten den Dieb stellen kann. Damit attackierte Alex Wedding ein eingefressenes Vorurteil, das auch in proletarischen Kreisen lebendig war. Die Solidarität der Kinder wird zum Vorbild der Erwachsenen. Mit Hilfe des Kommunisten Klafunde kann Ede seinen Vater hindern, sich zum Streikbruch überreden zu lassen. Das alles ist flott und humorvoll erzählt, dick aufgetragen sind die satirischen Farben nur beim Oberpostsekretär Abendstund, dem der Part des Provokateurs aus der Welt der Herr-

64 Eine Darstellung ihrer journalistischen und schriftstellerischen Entwicklung enthält Alex Wedding: Anfänge, in: Hammer und Feder, S.496ff.

65 Dies.: Ede und Unku, Berlin 1931. – In der überarbeiteten Neuausgabe von 1974 berichtet Alex Wedding von ihrer Begegnung mit dem Zigeunermädchen Unku und ihrer Familie im Jahr 1929 in einer Berliner Laubenkolonie.

schen den zugeordnet ist. Gegen ihn formiert sich die Front der Proletarier, seine Hinterhältigkeit heilt auch Edes Vater von politischen Vorurteilen. Man hat seinerzeit kritisiert, in der Erzählung seien die Berliner Kinder nur als Kinder verkleidete Erwachsene.⁶⁶ Ich kann das nicht finden, mir ist eher die allzu harmonisierende Konstruktion fragwürdig, in der am Ende keine ideologische Frage offen bleiben darf.

Das nächste Buch von Alex Wedding orientiert sich auf etwas ältere Leser. „Das Eismeer ruft“ (1936)⁶⁷ verschränkt die damals weltweit bekannte Geschichte vom Schiffsbruch des sowjetischen Expeditions-Schiffes „Tscheljuskin“ und der Rettung ihrer Besatzung von einer treibenden Eisscholle, mit einer wahren Begebenheit, der Geschichte einer Gruppe Prager Kinder, die sich mit dem naiven Wunsch auf den Weg machen, die Leute von der „Tscheljuskin“ zu retten. Der sachlich-berichtende Teil über die Leute im Eismeer gerät der Autorin allerdings rasch zum pathetischen Heldenlied auf die sowjetischen Forscher und ihre Retter, die Polarflieger. Die erzählerische Qualität des Buches beruht dagegen ganz auf dem abenteuerlichen Ausflug der Kinder mit seinen heiteren und aufregenden Episoden. Erzählprinzip ist der komische Widerspruch zwischen der grotesken Unzulänglichkeit der Kinder-Expedition und dem schönen Wagemut, dem echten Solidaritätsgefühl der kleinen Ausreiser. In ihren späteren Jugendbüchern hat sich Alex Wedding dann auf historische Stoffe konzentriert.

Eine ganz andere Art proletarischen Alltags findet sich in Auguste Lazars Kinderbuch „Sally Bleistift in Amerika“,⁶⁸ das 1935 in Moskau erschienen ist. Es musste unter dem Pseudonym Mary Macmillan herauskommen, denn zu jener Zeit lebte die Autorin noch in Hitlerdeutschland. Obwohl das Buch ihr Erstling war, gehörte sie der älteren Generation an. Auguste Lazar (1887-1970) stammte aus Österreich, lebte aber als Witwe eines Dresdener Professors schon lange in Deutschland. Sie war promoviert und lebte in der Atmosphäre eines liberalen Bildungsbürgertums, kam jedoch in den letzten Jahren der Weimarer Republik – nicht zuletzt durch den Einfluss Hermann Dunckers – zur kommunistischen Bewegung. In dieser Zeit – also noch vor Hitlers Machtantritt – entstand die „Sally Bleistift“.⁶⁹

Die alte Jüdin, eine liebenswerte Großmutterfigur, hat ihre Familie in einem Pogrom in Russland verloren. In die Vereinigten Staaten geflüchtet, lebt sie als kleine Ladenbesitzerin in einem Arbeiterviertel und hat einen Indianerjungen und einen Negerjungen adoptiert. Für die Intellektuelle und Jüdin Auguste Lazar ist sie eine Identifikationsfigur und eine Absage an ihre bisherige bürgerliche Existenz. Die vielrassige Familie Sally Bleistifts ist jedoch auch ein ideelles Gegen-

66 Loos, Vier neue Kinderbücher; S.31.

67 Alex Wedding: Das Eismeer ruft, London 1936. Neudruck Berlin 1954.

68 Mary Macmillan (d. i. Auguste Lazar): Sally Bleistift in Amerika, Moskau-Leningrad 1935. Viele Neuauflagen seit 1947.

69 Siehe Auguste Lazar: Arabesken. Aufzeichnungen aus bewegter Zeit. 7., erw. Auflage, Berlin 1977, S.84.

bild zum alltäglichen faschistischen Rassismus in Deutschland, das vielrassige Proletarierviertel einer amerikanischen Großstadt ein Wunschbild solidarischen Verhaltens der Proletarier verschiedener Länder und Rassen.

Das gibt der Geschichte einen märchenhaften Zug. Der Kommunist Wenzel Svoboda, eher als deutscher Illegaler denn als amerikanischer Genosse gezeichnet, wirkt als unermüdlicher Parteimann. Dass er auch ein wenig sonderlingshafte Züge trägt, macht ihn sympathisch. Ihm hat die Autorin – freilich indirekt – auch ihre eigenen Zweifel in den Mund gelegt. Ganz seiner Sache ergeben, bekennt er jedoch auch, manchmal finde er unbegreiflich, was von ihm – zu ergänzen ist: von seiner Partei – gefordert wird. Doch er tröstet sich dann wieder, irgendwo müssten die Fäden schon zusammenlaufen, auch wenn er, das kleine Rädchen der großen Maschine, diese Fäden nicht entwirren kann. So wird letztlich die Frage nach dem konkreten Sinn des geforderten politischen Handelns an höhere Mächte delegiert. Die Autorin verfolgte dieses Motiv nicht weiter, doch mochte sie ihre Verstörung über wenig durchschaubare Entscheidungen der Partei, zu der sie stand, ohne Mitglied zu sein, nicht völlig ausklammern. Im weiteren Verlauf der Handlung um Sally Bleistift und ihre Kinder will die Polizei eine Versammlung der Arbeiter sprengen, aber die Arbeiterjugend der Stadt organisiert eine witzige Gegenaktion und hat Erfolg damit. Man kann das lesen als Antwort auf Irritationen und Frustrationen, wie sie angesichts der Niederlage in Deutschland und des geringen Wirkungsgrades illegaler politischer Betätigung nur allzu verständlich waren. Die Autorin projizierte ihre Hoffnungen ins Amerika der „Roten Dekade“, mit einem utopisch verklärten Sowjetrußland im Hintergrund. Was dem Buch Bestand gibt, ist die unverwechselbare, resolute-liebvolle Gestalt der Sally Bleistift mit ihrer vorurteilslosen, tüchtigen Biederkeit – eine ganz individuelle Figur und zugleich so etwas wie eine poetische Verkörperung der kleinen Leute.

Für Auguste Lazar war ihr Leben im nationalsozialistisch beherrschten Deutschland freilich nur erträglich, weil sie jährlich nach Dänemark fahren konnte, um sich vom Dritten Reich zu erholen. Dass ihr Buch in Moskau tatsächlich erschienen war, erfuhr sie bei solch einer Reise von Bertolt Brecht und Helene Weigel.⁷⁰ Der Kreis um Hans und Lea Grundig in Dresden, dem sie angehörte, reduzierte sich im Lauf der Jahre durch Verhaftungen. Pfingsten 1938 traf dieses Schicksal auch die beiden Grundigs. Auguste Lazar wich deshalb nach Wien aus und betrieb nun ihre Emigration nach England, die ihr im Mai 1939 auch gelang. Aus der Intellektuellen und Schriftstellerin wurde in den folgenden Jahren eine Köchin. Doch sie konnte überleben.

In Auschwitz ermordet – Ruth Rewald

Einer anderen Kinderbuchautorin gelang das nicht. Ruth Rewald (1906-1942), Jüdin, verheiratet mit dem Kommunisten Hans Schaul, hatte schon während der letzten Weimarer Jahre Literatur für Kinder veröffentlicht. 1932 erschien ihr

70 Siehe ebenda, S.208.

Buch „Müllerstraße. Jungens von heute“.⁷¹ Nach ihrer Flucht im Mai 1933 nach Paris schrieb sie „Janko, der Junge aus Mexiko“ (1934).⁷² Dieser Janko kommt als Staatenloser nach Deutschland, in eine ihm fremde Welt, in der ihn eigentlich niemand haben will. Die Geschichte erzählt, wie er sich zurechtfindet in seiner Schulklasse, die ein Fokus der ganzen Gesellschaft ist. Die Handlung mündet freilich in einen Behördenkrieg der beteiligten Länder, in dem die Akten alles, die Menschen nichts zählen. Damit wurde der Erfahrungsbereich der Emigrantenkinder direkt angesprochen: Die Begegnung mit einer fremden Umwelt ebenso wie die Erfahrungen mit Ämterschikanen und menschlicher Solidarität. Das weitgehende Ausblenden der politischen Dimension – letztlich eine Qualität des Buches – hat damit zu tun, dass die Autorin zwar Sympathisierende der Kommunistischen Partei war, aber nur bedingtes Interesse für die Parteidoktrin aufbrachte. Sie solidarisierte sich mit den Ausgebeuteten und Notleidenden, mit ihren Leiden und ihrem Aufbegehren, ging aber kaum über diese Idee der internationalen Solidarität hinaus – die demonstrative Projektion einer sozialistischen Zukunft fehlt völlig.⁷³ Das trennte sie von der proletarisch-revolutionären Tradition, bewegte sich aber durchaus im Rahmen der antifaschistischen Programmatik der Volksfrontperiode.

Ihre nächste Arbeit, ein Kinderbuch,⁷⁴ wurde von der China-Episode in Tetzners „Hans Urian“ und Kischs Reportagen-Buch „China geheim“ angeregt.⁷⁵ Es entstand unter schwierigen Bedingungen, denn Ruth Rewald arbeitete tagsüber in einer Buchhandlung und musste abends das Haus besorgen. Im Juni 1936 war „Tsao und Jing Ling“ abgeschlossen, das Buch behandelt das Sujet der Kinderzwangsarbeit in chinesischen Seidenfabriken. Zwei Geschwister, ein Junge und ein Mädchen, werden zur Arbeit verkauft, der Junge flieht, er hilft mit, die Kulis zu organisieren, und kann schließlich gemeinsam mit der Schwester einen Streik in der Seidenfabrik zu einem Teilerfolg führen. Ein Verlag für das Buch fand sich nicht, aber es konnte 1937 in der Schweizer Gewerkschaftszeitung „Der öffentliche Dienst“ erscheinen – vermittelt von Lisa Tetzner, die das Buch sehr schätzte.⁷⁶ Wenig später ging Ruth Rewald nach Spanien, wo sie im Kinderheim der XI. Internationalen Brigade tätig war. Frucht ihrer mehrmonatigen Erfah-

71 Über Leben und Schaffen Ruth Rewalds informiert Dirk Krüger: „Vater, du mußt mir zuerst etwas erklären. Was bedeutete staatenlos? Wie kommt es, daß jemand staatenlos ist?“. Kinder- und Jugendliteratur im Exil – Erinnerungen an die deutsch-jüdische Autorin Ruth Rewald, in: Frauen im Exil. Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung v. Claus-Dieter Krohn u.a. (Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch Bd. 11), München 1993, S.171ff.

72 Ruth Rewald: Janko, der Junge aus Mexiko, Straßburg 1934.

73 Siehe Krüger, Vater, du mußt mir zuerst etwas erklären, S.182f.

74 Ruth Rewald: Janko, der Junge aus Mexiko/ Tsao und Jing Ling. Hrsg. v. Deborah Vietor-Engländer (Jüdische Bibliothek Bd. 5), Mühlthal 2002, S.93ff.

75 Krüger, Vater, du mußt mir zuerst etwas erklären, S. 181.

76 Deborah Vietor Engländer: Nachwort. Zum sechzigsten Todestag von Ruth Rewald. in: ebenda, S.199.

rungen im spanischen Bürgerkrieg ist das 1938 geschriebene Manuskript „Vier spanische Jungen“, entstanden nach einer Idee von Alfred Kantorowicz und Hans Schaul. Gedruckt werden konnte es freilich erst 1987, lange nach dem Tod der Autorin.⁷⁷ Sie hat sich nach dem faschistischen Überfall auf Frankreich vergeblich bemüht, ihren Verfolgern nach Amerika zu entkommen. So wurde sie 1942 verhaftet und – wie auch ihre kleine Tochter – nach Auschwitz deportiert und ermordet. Ihr Todestag ist unbekannt.

In Frankreich verschollen – Maria Leitner

Mein Panorama schreibender Frauen im proletarisch-revolutionären Spektrum wäre sträflich unvollständig, würde ich nicht eine Journalistin und Schriftstellerin nennen, die bereits 1960 wiederentdeckt worden ist, deren Werk aber erst in den 80er-Jahren von Helga Schwarz erschlossen werden konnte.⁷⁸ In die Reihe der Kinder- und Jugendschriftstellerinnen gehört Maria Leitner (1892-1941?) nun freilich nicht, obwohl Probleme von Frauen und Mädchen zu ihren bevorzugten Themenbereichen gehören. Sie ist nach quälenden Hungerjahren auf der Flucht im faschistisch besetzten Frankreich verschollen, zuletzt wurde sie 1941 in Marseille gesehen. Auch sie hatte sich vergeblich um Einreise in die USA bemüht. Dort hätte sie wahrscheinlich sogar auf die Unterstützung Theodore Dreisers rechnen können, dessen Sekretärin sie in Paris eine Zeitlang war. Die American Guild for German Cultural Freedom hatte ihr auf Empfehlung von Anna Seghers bereits eine kleine Unterstützung zukommen lassen, sie war also bei den Helfern jenseits des Ozeans bekannt.⁷⁹ Dennoch blieb sie in der Mausefalle Frankreich gefangen.

Die neue Welt kannte sie gut, sehr gut sogar, denn sie war Mitte der 20er-Jahre längere Zeit in den Vereinigten Staaten gewesen. Ihr Roman „Hotel Amerika“ (1931)⁸⁰ verarbeitet jahrelange persönliche Erfahrung. Nicht als Tourist hatte sie sich dort aufgehalten, sondern war als Reporterin gefahren, mit dem Auftrag des Ullstein-Verlags, die dortigen Erwerbsmöglichkeiten für Europamüde zu testen. So hat sie in achtzig verschiedenen Stellungen Einblick in die Dienstleistungsbereiche der Hotels und in das häusliche Leben des amerikanischen Mittelstandes gewonnen,⁸¹ als Scheuerfrau, Kellnerin, Verkäuferin, Köchin usw. Ihre Berichte sind in den Zeitungen und Zeitschriften des Verlages erschienen, der Roman aber wurde im Neuen Deutschen Verlag veröffentlicht, dem Zentralen Zeit-

77 Ruth Rewald: Vier spanische Jungen. Hrsg. u. mit einem Nachwort von Dirk Krüger, Köln 1987.

78 Eine biografische Studie zu Maria Leitner findet sich in: Helga Schwarz: Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder. Berlin 1989, S.77ff. – Der Sammelband Maria Leitner: Elisabeth, ein Hitlermädchen. Erzählende Prosa, Reportagen und Berichte. Hrsg. v. Helga W. Schwarz, Berlin-Weimar 1985, enthält eine Bibliografie ihrer Veröffentlichungen.

79 Siehe Helga Schwarz: Nachwort, in: Leitner, Elisabeth, S.485ff.

80 Maria Leitner: Hotel Amerika. Roman, Berlin 1930. Neudruck Dresden 1950 und Berlin 1960.

81 Siehe Schwarz, Nachwort, S.473.

schriften- und Buchverlag der Internationalen Arbeiterhilfe unter Willi Münzenbergs Leitung.⁸²

Sie lebte als Jungesellin und war Weltreisende aus Leidenschaft, auf die Reisen in die USA folgten noch solche nach Südafrika und Lateinamerika. Ihre wichtigsten Reisereportagen sind in dem Band „Eine Frau reist durch die Welt“ (1932)⁸³ gesammelt, die Alltagsbeobachtungen, Einblicke in die Arbeitsbedingungen der werktätigen Schichten aber auch regionale Milieus und Lebensbedingungen der Bevölkerung authentisch schildern. Schwerpunkt ist das Leben der kleinen Leute, die zum „white trash“, zur Unterschicht, gehören – wobei sie betont, dass „weißer Abschaum“ nicht so sehr als Beschimpfung, sondern als Beschreibung einer sozialen Lage aufgefasst werde.⁸⁴ Der Blick von unten ist allen Texten gemeinsam, auch denen, die stärker die Exotik betonen. Während sie in den USA-Reportagen als Dienstbotin, Verkäuferin, Arbeiterin oder Arbeitssuchende persönliche Impressionen vermittelt und soziale Verhältnisse beschreibt, ist sie in den Reportagen über die Sträflingskolonie Cayenne, über das Diamantenland Guayana und das Petroleumland Venezuela bei aller Buntheit der Schilderung doch die Beobachtende, Urteilende, Analysierende – die Reporterin im klassischen Sinne.

Für mich sind die Reisereportagen fesselnder als ihr Hotel-Roman, der wie eine Mixtur von Sozialreportage, Frauenroman, Kriminalintrige und Girl-meets-boy-Story wirkt. In einer Ankündigung des Verlags heißt es über den „Reportageroman“ Maria Leitners, die Autorin ziehe darin „das Fazit ihres Aufenthaltes in Amerika“. Die Handlung sei „ein Kriminalfall in einem amerikanischen Luxushotel, das zum Symbol der kapitalistischen Welt wird.“⁸⁵ Doch so überzeugend die Schilderung des Hotel-Alltags aus der Sicht des unteren Personals auch gefallen sein mag,⁸⁶ die – möglicherweise von Joseph Roths Roman „Hotel Savoy“ angeregte – Interpretation des Hotels als Modell der sozialen Welt scheint mir hier doch ein wenig klischeehaft geraten zu sein.

Wahr ist, dass den Figuren des Romans Tiefgang fehlt. Das festzustellen, heißt nicht, die Fähigkeit Maria Leitners als Prosaistin zu bezweifeln. Sie stammte aus Ungarn, war mit ihren Brüdern in der Räterepublik von 1919 engagiert und zur Emigration gezwungen, zuerst nach Wien, dann nach Berlin. Über die Auswirkungen der Niederlage der Räteherrschaft auf dem ungarischen Dorf hat sie zum 10. Jahrestag eine Novelle mit dem Titel „Sandkorn im Sturm“⁸⁷ geschrieben, die atmosphärisch stark und kraftvoll in der Figurenzeichnung ist, eine Prosa, die ich

82 Siehe Heinz Sommer: Neuer Deutscher Verlag, in: Simone Barck u. a. (Hrsg.): Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart 1994, S.362f.

83 Maria Leitner: Eine Frau reist durch die Welt, Berlin-Wien 1932. Neuausgabe Berlin 1962, 2. Auflage mit einem Nachwort von Hartmut Kahn, Berlin 1986.

84 Dies.: Eine Frau reist, 1986, S.127.

85 Zit. nach: Schwarz, Nachwort, S.474.

86 Eine recht präzise Beschreibung der Intentionen des Romans gibt die Verlagsankündigung des Romans in: Die Linkskurve, 1930, H. 12.

87 In: Leitner, Elisabeth, S.7ff.

zu den stärksten Texten der zeitgenössischen proletarischen Literatur rechnen möchte. Der propagandistisch-agitatorische Gestus der meisten publizistischen und belletristischen Texte ihrer kommunistischen Schriftstellerkollegen fehlt ihr fast ganz. Ihr Blick auf die Dinge ist erstaunlich nüchtern und realitätsnah. Das macht ihre im Herbst 1932 während der Wahlkampagne geschriebene „Entdeckungsfahrt durch Deutschland“⁸⁸ und die Serie „Frauen im Sturm der Zeit“ vom Januar 1933⁸⁹ besonders lesenswert, die den charakteristischen Untertitel trägt: „Zwischen Arbeitstätte, Stempelstelle und Familienheim“ – alle veröffentlicht in der Münzenberg-Zeitung „Welt am Abend“.

Möglicherweise – wir sind da auf Vermutungen angewiesen – war es Maria Leitners Sonderstellung als Ungarin, die ihr während der Exiljahre in Paris die Möglichkeit gab, mehrfach nach Deutschland zu reisen. Denkbar ist aber auch, dass sie im Auftrag der KPD als illegale Kurierin gefahren ist. Gegen die letztere Annahme spricht allerdings, dass sie sich bei ihren Reisen recht ausführlich mit Leuten verschiedener Schichten über die Zustände im Lande unterhielt, also keine konspirative Zurückhaltung übte. So wurde sie für mehrere Jahre die – meines Wissens – einzige unter den Journalisten und Schriftstellern des Exils, die aus unmittelbarer Kenntnis über Vorgänge im Reich berichten konnte. Sie hat über die Sprengstoffexplosion in Reinsdorf, die auf die faschistischen Kriegsrüstungen aufmerksam machte, Erkundigungen eingezogen und über das Verhältnis von Autoproduktion, Kriegsrüstung und Kriegsangst berichtet. Sie teilte mit, was deutsche Chemiker bei IG-Farben über die Folgen der Giftgasproduktion dachten, machte auf Einzelheiten der Erziehung des Führernachwuchses auf Ordensburgern aufmerksam und porträtierte drei Erbhofbauern unter dem Aspekt der sehr verschiedenen Folgen des nationalsozialistischen Erbhofgesetzes für Großgrundbesitzer, Großbauern oder Mittelbauern.⁹⁰ Sogar ein Besuch im geschlossenen Heine-Zimmer des Düsseldorfer Museums gelang ihr⁹¹ – was übrigens darauf schließen lässt, dass sie sich als Ausländerin vorgestellt hat. Denn nur solche hatten dort noch Zugang.

Als wichtigstes Resultat ihrer Reisen ins Dritte Reich lässt sich ein Roman verstehen, der vom April bis zum Juni 1937 als Fortsetzungsdruck in der „Pariser Tageszeitung“ erschienen ist. „Elisabeth, ein Hitlermädchen“ ist der Titel, mit dem Zusatz „Roman einer Jugend“.⁹² Das zeigt, dass es der Schreiberin durchaus um verallgemeinerbare Aspekte ging, um die Fragen einer ganzen Generation junger Deutscher im Naziland, nicht nur um eine zufällige Individualgeschichte. Erzählt wird von Elisabeth, einem überzeugten und begeisterten BDM-Mädchen, das freilich unsicher wird, als sie vom Arbeitsdienstgesetz um ihre Stellung

88 In: ebenda, S.136ff.

89 Siehe ebenda, S.158ff.

90 In: ebenda, S.197ff., 205ff., 212ff., 218f., 229ff.

91 Siehe Das Wort, 1938, H. 1, S.145.

92 Erstveröffentlichung in: Pariser Tageszeitung, 2. Jg., Nr. 315-367, 22.4.-21.6.1937. Neudruck in Leitner, Elisabeth, S.265ff.

in einem Kaufhaus gebracht wird. Ohne das recht zu wollen, wird sie im Arbeitsdienstlager zur Anführerin einer Rebellion gegen die Lagerleiterin, ausgelöst durch die Entdeckung, dass diese heimlich Akten über die Mädchen anlegt und dabei ihren vorgesetzten Stellen sogar vorschlägt, Mädchen mit renitenter Haltung oder verdächtiger Herkunft zu sterilisieren. Der feierliche Ausschluss aus der Hitlerjugend – dem Bund deutscher Mädchen also – lässt die unfreiwillige Rebellin endgültig gegen ihre bisherigen Überzeugungen opponieren.⁹³ Das freilich bedeutet für sie auch die Trennung von ihrem Verlobten, der Offizier werden möchte und deshalb seine Freundin kaltherzig fallen lässt.

Die Fabel des Romans macht deutlich, dass die Autorin das Wachsen einer Opposition unter der Jugend in Hitlerdeutschland maßlos überschätzt. Aber das ändert nichts daran, dass die Hauptfigur zweifellos Authentizität besitzt. Sie erhält eine beachtliche individuelle Kontur, ihre Wünsche, Befürchtungen und Handlungsantriebe werden nachvollziehbar dargestellt. Die Enthüllungen über das Treiben der Lagerführerin, einer karrieremäßig zu kurz gekommenen Nazisse, tragen stark kolportagehafte Züge. Dagegen bleibt die Zeichnung der spontanen Reaktionen der Mädchen – auf die Anfangszeit des Regimes bezogen – im Rahmen des Möglichen. Durchaus missglückt ist in diesem Buch wohl nur die Figur des Verlobten der Elisabeth. Er ist blass, schematisch und selbst noch unter dem Niveau der karikierend gezeichneten Nazi-Goldfasanen.

Auch Maria Leitner hat in den letzten Jahren ihres Leben an einem neuen großen Roman gearbeitet, der eigene Erfahrungen verarbeiten und die Vorbereitung und Folgen des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn und den Nachfolgestaaten umfassen sollte. Wenn wir ihren Briefen an die American Guild glauben dürfen, hat sie das Buch sogar trotz Krankheit, Hunger und qualvollem Leben in einer ungeheizten Dachkammer im Frühjahr 1940 vollendet.⁹⁴ Es ist verloren, ebenso wie ihre vorangehende Arbeit, ein Film-Manuskript über Bertha von Suttner mit dem Titel „Krieg dem Kriege“.

Natürlich war ich ungerecht in meiner Auswahl. Hermynia zur Mühlen (1883-1951) habe ich nicht genannt, in der Hoffnung, wenigstens sie sei noch im Bewusstsein einer größeren Zahl literarisch interessierter Leser präsent.⁹⁵ Recha Rothschild (1880-1964)⁹⁶ bleibt ebenso ausgespart wie Klara Blum (1904-1971).⁹⁷

93 Ob es in der Realität Nazideutschlands tatsächlich solche öffentlichen Ausschlüsse gegeben hat, wie sie hier berichtet werden, scheint mir fraglich.

94 Siehe Schwarz, Nachwort, S.485f.

95 Siehe Eva-Maria Siegel: Zeitgeschichte, Alltag, Kolportage oder Über den „Bourgeois in des Menschen Seele“. Zum Exilwerk Hermynia Zur Mührens, in: *Frauen im Exil*, S.106ff.

96 Siehe Recha Rothschild: *Verschlungene Wege. Identitätssuche einer deutschen Jüdin*. Mit einem Nachwort versehen und bearbeitet von Karin Hartewig, Frankfurt am Main 1994. – Das Buch ist vermutlich um 1946-1948 geschrieben worden.

97 Siehe Thomas Lange: *Emigration nach China. Wie aus Klara Blum Dshu Bailan wurde*, in: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch*. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung von Thomas Koebner u.a. Band 3, München 1985, S.339ff.

Aus Platzgründen musste ich auch darauf verzichten, über Frida Rubiner (1879-1952)⁹⁸ und Gertrud Alexander (1882-1967)⁹⁹ zu schreiben, zwei Frauen, die in Deutschland und Russland als Journalistinnen, Publizistinnen für die KPD und die Komintern tätig waren sowie – vorwiegend im Literatur- und Pressebereich – als Parteiarbeiterinnen verschiedene Funktionen ausübten.

Ein paar Sätze seien mir aber noch erlaubt über eine Frau, die sicher ebensowenig wie diese in die erste Reihe der Autorinnen gehört, von denen hier die Rede ist. Doch ihr Schicksal ist anrührend und bemerkenswert. Emma Tromm (1896-1991) hat – nach jahrelanger Arbeit im kommunistischen Literaturvertrieb und Verlagswesen – mit Hilfe ihres Lebensgefährten Paul Dornberger 1932 ihre Erfahrungen aus der revolutionären Antikriegsarbeit im Ersten Weltkrieg und in der Revolutionszeit in einer Artikelserie der „Roten Fahne“ niedergeschrieben, die dann in der Sowjetunion unter dem Titel „Frauen führen Krieg“ (1934)¹⁰⁰ mit einem Vorwort von Frida Rubiner als Buch erschienen ist. Der Autorenname Emma P. Dornberger verweist auf die gemeinsame Verfasserschaft an diesem schlicht und geradlinig erzählten Text, der manchmal freilich auch etwas hölzern in Parteidiktion daherkommt. Emma Tromm hat sich als „kleine Arbeitsbiene“ im Rahmen der Partei gesehen, freilich vom unbändigen Wunsch erfüllt, zu schreiben. Den konnte sie sich auf längere Sicht nur in ihrem Tagebuch erfüllen. Als technische Sekretärin Hans Günthers in das Internationale Büro des Schriftstellerverbandes nach Moskau geschickt, geriet sie 1936 unversehens ins politische Kreuzfeuer,¹⁰¹ verlor ihre Arbeit und musste nach Sibirien zu einem Freund ausweichen. Dort fand sie für kurze Zeit eine Anstellung als Lehrerin, die sie nach der Verhaftung ihres Freundes sofort wieder verlor. Nach monatelanger Arbeitslosigkeit wurde ihr eine Stelle als Buchhalterin zugewiesen, die wenigstens

98 Frida Rubiner war als Redakteurin und Rezensentin tätig. Im von mir behandelten Zeitraum erschienen: *Der erste Fabrikdirektor*, Hamburg 1923, sowie *Der Große Strom. Eine unromantische Wolgafahrt*, Wien-Berlin 1930. – Eine biographische Studie findet sich in Schwarz, *Internationalistinnen*, S.11ff. – Eine Auswahl ihrer Schriften enthält: Frida Rubiner: *Einst unglaubliche Berichte*. Hrsg. u. mit einem Vorwort versehen von Helga W. Schwarz, Berlin 1987 (mit einer Bibliografie der Presse- und Buchpublikationen).

99 Siehe „Ich stehe im politischen Tageskampf“. Gertrud Alexander, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1982, H. 4; Michael Struss: *Gertrud Alexander*, in: *Barck u. a., Lexikon*, S.6f. (mit weiterer Literatur).

100 Emma P. Dornberger: *Frauen führen Krieg. Aufzeichnungen*. (Vorwort von Frida Rubiner), Moskau-Leningrad 1934. – Neudruck u. d. Titel Paul Dornberger/Emma Tromm: *Frauen führen Krieg. Aufzeichnungen*, Berlin 1977. – Im Nachwort von Ingeborg Klaas-Ortloff heißt es, dass das Buch 1932 von Paul Dornberger nach Erzählungen von Emma Tromm niedergeschrieben worden sei und im gleichen Jahr (seit 10. April 1932) in der „Roten Fahne“ als Fortsetzungsdruck erschienen ist. – Davon abweichend Fritz Zimmermann: „Ich liebe zu schreiben...“. Emma Tromm, in: Ulla Plener (Hrsg.): *Leben mit Hoffnung in Pein*, Frankfurt/Oder 1997, S.169ff. (Enthält Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren des Exils).

101 Siehe Georg Lukács u. a.: *Die Säuberung*. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Hrsg. von Reinhard Müller, Reinbeck b. Hamburg 1991, S.52ff.

ihren Lebensunterhalt sicherte. Ihr Tagebuch notiert Zweifel und Verzweiflung der gläubigen Genossin, die nach ihrer Rückkehr in die Heimat dann noch die Kraft fand, ihre Lebenserinnerungen aufzuschreiben, auch die an ihr „Leben unter dem gewöhnlichen Stalinismus“.¹⁰²

Damit bin ich am Schluss. Der Kenner mag fragen, weshalb der Name von Hedda Zinner nicht genannt wurde, die schon in der Weimarer Republik als Rezitatorin und Lyrikerin in der Nachfolge Erich Weinerts aufgetreten ist und in den Jahren ihres Exils in der Sowjetunion immerhin zwei Gedichtbände veröffentlichten konnte.¹⁰³ Doch diesen Gedichten einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hätte einen Exkurs über die politische Lyrik jener Jahre erfordert. Damit aber wäre der Rahmen dieses Beitrags bei weitem gesprengt worden. So mag es bei dieser Lücke bleiben.

102 Siehe Emma Tromm: *Leben unter dem „gewöhnlichen Stalinismus“*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1992. H. 2, S.185-193.

103 Einige von Hedda Ziners verstreuten frühen Gedichten sind in verschiedenen Anthologien wieder abgedruckt worden, z. B. in: Edith Zenker (Hrsg.): *Wir sind die Rote Garde. Sozialistische Literatur 1914-1935*. Nachwort von Klaus Kändler, Leipzig 1967. – Zwei Gedichtbände sind im sowjetischen Exil erschienen: *Unter den Dächern. Gedichte* (mit einem Vorwort von Erich Weinert), Moskau 1936, sowie *Geschehen. Gedichte*, (Moskau 1939). Autobiografische Aufzeichnungen enthalten: *Hedda Zinner: Auf dem roten Teppich*. Berlin 1978, und dies.: *Selbstbefragung*, Berlin 1989.

Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919¹

Ottokar Luban

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entgegen den Beschlüssen der Internationalen Sozialistischen Kongresse von 1907, 1910 und 1912 am 4. August 1914 den Kriegskrediten zugestimmt und sich zusammen mit dem Parteivorstand auf eine Burgfriedenspolitik festgelegt hatte, regte sich in den ersten Kriegsmonaten gegen diesen neuen Kurs nur allmählich eine Opposition in der deutschen Sozialdemokratie, vor allem weil der Belagerungszustand jede öffentliche kritische Meinungsäußerung fast unmöglich machte.

Dennoch traten im Verlaufe des ersten Kriegshalbjahres Gruppierungen in Stuttgart um Artur Crispian, Friedrich Westmeyer und Jacob Walcher (Zeitung „Schwäbische Tagwacht“, später „Der Sozialdemokrat“), in Hamburg um Heinrich Laufenberg, Carl Herz und Fritz Wolffheim (Broschürenherausgabe), in Berlin um Julian Borchardt (Zeitschrift „Lichtstrahlen“) sowie Einzelpersonen wie der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht durch seine Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 und der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase mit kritischen parteiinternen Reden ab März 1915 als Exponenten einer mehr oder minder deutlichen Opposition in Erscheinung.

Der Berliner Kreis um Rosa Luxemburg, die gleich am 4. August 1914 überregional – vergeblich – eine gemeinsame Stellungnahme der Gegner der Kriegskreditbewilligung versucht hatte, blieb als oppositionelle Gruppe für die Parteiöffentlichkeit bis Frühjahr 1915 so gut wie unbekannt. Erst mit der Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale“ Anfang April 1915 profilierte sich der Zirkel um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin als eigenständige Gruppierung unter dem selbst gewählten Namen Gruppe „Internationale“. Zentrale Forderung war – entsprechend dem Beschluss der Sozialistischen Internationale von 1907 – die Herbeiführung des Friedens durch Massenaktionen und gegebenenfalls durch einen revolutionären Volksaufstand. Die Gruppe „Internationale“ arbeitete zunächst bis Anfang 1916 mit der gemäßigten Opposition um Hugo Haase, Georg Ledebour u. a. zusammen, wurde jedoch nach Verdeutlichung der eigenen programmatischen Position in den „Leitsätzen“ und dem selbstständigen Auftreten auf den Sitzungen der internationalen Zimmerwalder Bewegung ab Februar 1916 aus der Berliner Gesamtopposition ausgeschlossen, allerdings nur vorübergehend.

Die Spartakusgruppe, dieser Name bürgerte sich im Laufe des Jahres 1916 für die Gruppe Internationale nach ihrem Periodikum „Spartacus“ ein, unterschied

¹ Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referats, gehalten am 28.4.2007 in Gotha auf der wissenschaftlichen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen anlässlich des 90. Jahrestages der Gründung der USPD.

sich von der gemäßigten Opposition hauptsächlich in vier Punkten. Zum einen vertrat die Luxemburg-Liebknecht-Gruppierung eine grundsätzliche revolutionäre Politik, während die gemäßigte Opposition, insbesondere deren Reichstagsabgeordnete, ihre Ablehnung der Kriegskredite mit der Sicherung der deutschen Grenzen begründete, also die Landesverteidigung bejahte. Zum zweiten forderten die Spartakusführer von den Vertretern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG), wie sich die Minderheit nach Ausschluss aus der SPD-Reichstagsfraktion im März 1916 nannte, ein radikales, offensives Auftreten innerhalb der Sozialdemokratie und in der Öffentlichkeit, vor allem im Reichstag, während die gemäßigte Opposition meist einen vorsichtigen Kurs steuerte. Drittens sollte der Schwerpunkt der Opposition auf der Propagierung und Durchführung von Massenaktionen und nicht auf der alltäglichen Organisations- und Parlamentsarbeit liegen. Viertens sollten diese Punkte im Rahmen einer neuen Internationale für alle sozialistischen Parteien verbindlich gelten.²

Die Spartakustaktik des Vorwärtstreibens der SAG bzw. später der USPD zeigte in mehreren Fällen Auswirkungen auf den politischen Kurs der gemäßigten Opposition bzw. der Unabhängigen. Dafür gibt es folgende Beispiele:

Dem von Karl Liebkecht und Hermann Duncker initiierten parteiinternen Unterschriftenflugblatt vom 9. Juni 1915 (Protest gegen die Burgfriedenspolitik der Parteiführung) folgte „Das Gebot der Stunde“ (Hugo Haase, Karl Kautsky, Eduard Bernstein) in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni 1915.

Der im Kreis der Berliner Gesamtopposition Anfang Dezember 1915 geäußerten scharfen Kritik der Gruppe Internationale an der Zurückhaltung der gemäßigten Opposition folgte die Ablehnung der Kriegskredite durch 20 SPD-Reichstagsabgeordnete am 21. Dezember 1915.

Durch die Reichskonferenzen der Gruppe Internationale im Januar und März 1916 wurde die gemäßigte Opposition veranlasst, eine eigene Reichskonferenz im März 1916 zu veranstalten. Die Herausgabe der zunächst hektografierten und später gedruckten Spartakusbriefe zog die gedruckten Informationsbriefe der gemäßigten Opposition nach sich, bis die zur SAG gehörenden Herausgeber Emil Eichhorn und Hermann Weise im August 1916 verhaftet wurden.

Die Initiative der Spartakusgruppe vom Sommer 1916 zur offiziellen reichsweiten Organisation der Opposition fand zunächst keine Mehrheit bei den Anhängern der SAG, wurde dann aber nach einem inoffiziellen reichsweiten Treffen der SAG im November 1916 mit der Konferenz der Opposition am 7. Januar 1917 verwirklicht.

Die dauernden Forderungen der Spartakusgruppe nach einem entschiedeneren Auftreten trugen dazu bei, dass sich beim ersten großen Massenstreik im Welt-

² Ernst Meyer auf der Konferenz der Spartakusgruppe am 19.3.1916 in Berlin zu den Gründen für die „Trennung von der Ledebour-Gruppe“ (nach den Aufzeichnungen des Teilnehmers Fritz Ohlhoff): „Die sachlichen Differenzen innerhalb der Opposition. Stellung zur Vaterlandsverteidigung. Funktion der Internationale. Dritter Punkt: [In Bezug auf] Parteitaktik anderer Auffassung: Erst Sammlung, dann Klärung – wir umgekehrt“, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAP-MO-BArch), NY 4036/487, Bl. 54 (Klarschrift).

krieg im April 1917 in Berlin führende USPD-Vertreter öffentlich für eine Fortsetzung der Aktion einsetzten.

Die stark zögernde USPD-Führung wurde vor dem Januarstreik 1918 auf indirektem Wege (Bestärkung der revolutionären Obleute durch die Spartakusführung) und über die zur Spartakusgruppe gehörenden oder ihr nahestehenden Vertreter von USPD-Landesorganisationen unter Druck gesetzt, um einen Streikaufruf herauszugeben, auch wenn in dem Text die Arbeiterinnen und Arbeiter nur indirekt zum Handeln aufgefordert wurden.

Vor dem 9. November 1918 bildeten Karl Liebknecht und weitere Spartakusvertreter im Aktionsausschuss der revolutionären Obleute ein Gegengewicht zugunsten des Aufstandsplans gegen die eine revolutionäre Erhebung ablehnenden USPD-Führer wie Hugo Haase und Eduard Bernstein.

Nach der Novemberrevolution bis einschließlich des USPD-Parteitages im März 1919 ist eine Zuordnung einzelner Punkte der Spartakuspolitik mit Folgewirkung bei der USPD nicht mehr möglich, da die Zusammenhänge in dieser Zeit zu komplex sind.

Linksradikale Konkurrenz

War die Spartakusgruppe einerseits die vorwärtsdrängende Kraft in der Opposition bzw. später in der USPD, so war sie gleichzeitig auch die Getriebene. Denn links von ihr forderten Gruppierungen wie die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (ISD) um den Herausgeber der „Lichtstrahlen“ Julian Borchardt und ab Sommer 1916 die Bremer Linksradikalen mit Johann Knief (jeweils mit Karl Radek im Hintergrund) und ihre starke Hamburger Gruppe sowie auch beträchtliche Teile der revolutionären Arbeiterjugend eine noch radikalere Politik und vor allem die Gründung einer linksradikalen Partei, allerdings in Form einer vollständig dezentralisierten Einheitsorganisation von Partei und Gewerkschaft. Die Spartakusführung lehnte diese Politik ab, da sie nicht in die Situation einer Sekte geraten wollte, die den Kontakt zur breiten Arbeiterbewegung verlieren würde.³

Die Leitung der Spartakusgruppe musste immer wieder ihre Taktik des Verbleibens in der USPD damit legitimieren, dass ihr eigenständiges Handeln bei gleichzeitigem Verbleiben in der USPD einen optimalen politischen Erfolg im Sinne ihres revolutionären Programms gebracht hätte und weiterhin versprach, wie dies

3 Siehe Rosa Luxemburg, 6.1.1917 (Der Kampf), in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, Bd.1, Juli 1914-Oktober 1917, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2. durchgesehene Aufl., Berlin 1958, S.522-525; Stellungnahme der Spartakusgruppe mit der Überschrift „Credo“ in den Wochen nach dem USPD-Gründungsparteitag, ca. Mai 1917, in: SAPMO-BArch, NY 4131/23, Bl. 55-59; Ernst Meyer an Rudolf Franz, 23.6.1917: „Die U.S.P. ist nichts als Neuauflage der alten Partei, und die Gruppe ‚Int.‘ zur ohnmächtigen Opposition verurteilt. Doch als selbständige Partei, wie die Bremer es wollen, wäre die ‚Int.‘ genauso hoffnungslos isoliert und winzig wie die Bremer Gruppe.“ SAPMO-BArch, NY 4020/15, Bl. 10.

z. B. in einem Rundschreiben zum Aprilstreik 1917⁴ zum Ausdruck kam. Noch auf der Spartakuskonferenz vom 12./13. Oktober 1918⁵ – nicht 7. Oktober, wie in den bisherigen Darstellungen – wurde ein Antrag mit positiver Bewertung der Zusammenarbeit Spartakus – USPD vorgelegt, aber offensichtlich nicht angenommen.⁶ Erst Weihnachten 1918 kam es nach einer seit Sommer 1918 verstärkter auftretenden Kritik an der USPD mit der Einberufung der Reichskonferenz des Spartakusbundes und endgültig mit der Gründung der KPD am 30. Dezember 1918 zur organisatorischen Trennung.

Staatliche Repressionen

Von der bisherigen Geschichtsforschung wurden die negativen Folgen der in der Weltkriegszeit besonders massiven staatlichen Repressionen auf die gesamte Oppositionsbewegung in der Sozialdemokratie stark vernachlässigt und unterschätzt. Diese Maßnahmen schränkten sowohl die Möglichkeiten für eine kritische und erst recht für eine antimilitaristische und revolutionäre Agitation erheblich ein und beeinträchtigten den Prozess der organisatorischen Entwicklung auf dem linken Flügel auf das Schwerste. Hierbei ist der erhebliche Einschüchterungseffekt auf die gesamte Arbeiterschaft einschließlich des linksliberalen, pazifistischen Lagers zu berücksichtigen.

Nach Verhaftungen und strafweisen Einberufungen war die Spartakusgruppe von Mai bis Dezember 1917 und insbesondere von April bis Mitte Oktober 1918 weitgehend handlungsunfähig. Die Linksradikalen und die Spartakusgruppe waren von Spitzeln durchsetzt, so zumindest in Berlin, Hamburg, Dresden und Chemnitz. Deshalb konnten von den Bremer Linksradikalen ausgehende Versuche zur Gründung einer linksradikalen Partei im August und Dezember 1917 von der Politischen Polizei unterbunden werden. Seit September 1917 war die gesamte revolutionäre Arbeiterjugend nach einer Verhaftungswelle bis zum Spätsommer 1918 weitgehend zerschlagen. Durch Zensurmaßnahmen bei Zeitungen und Zeitschriften wurden die Publikationsmöglichkeiten für linke Auffassungen außerordentlich stark eingeschränkt. Linke Zeitungs- bzw. Zeitschriftengründungen wurden ab 1917 nicht genehmigt. Massenhafte strafweise Einberufungen von Streikenden seit den ersten politischen Streiks in Berlin im Sommer 1916 und insbesondere in und nach dem Januarstreik 1918 schwächten das revolutionäre Potenzial in der Arbeiterschaft immens und hatten einen hohen Abschreckungseffekt. Untersuchungsverfahren gegen führende Vertreter der gemäßigten Opposition bzw. der USPD wie Mitte 1916 gegen Emil Eichhorn und Hermann Weise wegen Drucks und Vertriebs parteiinterner Agitation mit der Folge einer

4 Siehe Rundschreiben der Spartakusgruppe vom 22.4.1917, in: Dokumente und Materialien, II/1, S.622-625.

5 Siehe SAPMO-BArch, NY 4020/15, Ernst Meyer an Rudolf Franz, 9.10.1918: Einladung für den 12.10. abends und den 13.10.1918 ganztägig zu einem „Familienfest, dem Freunde aus dem ganzen Reich beiwohnen“.

6 Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3003, J 810/1918, Nr. 1, Materialien zur Oktoberkonferenz 1918, beschlagnahmt bei Ulrich Rogg, Duisburg.

monatelangen Inhaftierung, gegen Mathilde Wurm wegen einer Rede vor der Arbeiterjugend, gegen Georg Ledebour u. a. wegen seines Auftretens im Aprilstreik 1917, gegen Luise Zietz wegen der Marineunruhen im August 1917, gegen Wilhelm Dittmann nach dem Januarstreik 1918 mit einer Verurteilung zu fünf Jahren Festung hatten eine abschreckende Wirkung auf die führenden USPD-Funktionäre und verstärkten deren zögerliche Haltung in Bezug auf Massenaktionen.

Fehleinschätzungen durch die Spartakusführung

Die Leitung der Spartakusgruppe, insbesondere Rosa Luxemburg, überschätzte mehrfach in entscheidenden Situationen die eigenen Kräfte im Verhältnis zur gemäßigten Opposition bzw. zur USPD:⁷ In einem Brief vom 8. Dezember 1915 an Berta Thalheimer sprach Rosa Luxemburg die Erwartung aus, die „Arbeiter werden sicherlich der radikalsten Stellungnahme folgen, namentlich auch die Berliner, die mit ihrem Ledebour und Stadthagen selbst unzufrieden sind“.⁸ Aber das Ergebnis einer mehrmonatigen Kampagne der Gruppe Internationale für eine radikale Oppositionspolitik war, dass die Gruppe Internationale im Sommer auf der Groß-Berliner Generalverbandsversammlung mit Anträgen und Personalvorschlägen eindeutig in der Minderheit blieb.

Im Brief Luxemburgs vom 29. November 1918 an Clara Zetkin ging sie von der Annahme aus, dass einige führende USPD-Vertreter und die „Massen“ auf dem Boden des Spartakusbundes ständen.⁹ Aber am 15. Dezember 1918 bekam der Spartakusbund für seine Anträge auf der Groß-Berliner Generalversammlung der USPD nur ein Drittel der Stimmen.

Die Spartakusführung erwartete – realitätsfern – vom Reichsrätekongress im Dezember 1918 eine revolutionäre Politik, versuchte durch Massendemonstrationen und interne Besprechungen mit linken USPD-Delegierten Einfluss auf den Kongress auszuüben, ohne damit Erfolg zu haben. Die Delegierten des Reichskongresses wurden nach Beendigung des Treffens von Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ pauschal als „Eberts Mamelucken“ beschimpft. Das revolutionäre Potenzial der „Hamburger Punkte“ – Beschluss des Reichsrätekongresses zur Militärfrage – wurde von den Spartakusführern verkannt.

Wilhelm Koenen, der Vorsitzende der mitgliederstarken USPD-Organisation Halle-Merseburg, Delegierter zum Reichsrätekongress im Dezember 1918, wies

7 Hierzu ausführlich: Ottokar Luban: Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Januar 1919), in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum], Nr. 29/2003, S.19-30; Ders.: Demokratische Sozialistin oder „blutige Rosa“? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 1999, H. 2, S.176-207.

8 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Leitung der Redaktion Annelies Laschitza/Günter Radczun, Berlin 1984 (Luxemburg, GB 5), S.93.

9 Siehe ebenda, S.420.

Rosa Luxemburg in einem Gespräch am 20. oder 21. Dezember 1918 eindringlich darauf hin, dass eine Abspaltung und linksradikale Parteigründung verfrüht sei, da die Spartakussympathisanten in der USPD von Halle-Merseburg und in benachbarten Regionen mehr Zeit für die agitatorische Vorbereitung bräuchten, um die Mehrheit in diesen USPD-Organisationen für eine neue linksradikale Partei zu gewinnen. Trotzdem beharrte Rosa Luxemburg auf einer schnellen Parteigründung.¹⁰

Von der Spartakusführung wurde die Möglichkeit einer schnellen Radikalisierung der USPD nicht bedacht, wie sich in der zweiten Dezemberhälfte 1918 zeigte: Während die rechte USPD mit ihren inhaltlichen Positionen am 15. Dezember 1918 in Berlin, wie schon gezeigt, noch die Mehrheit erhielt, wurde am 29. Dezember 1918 auf der Berliner USPD-Wahlkreisversammlung der linke Emil Eichhorn und nicht der gemäßigte Parteiführer Hugo Haase auf Platz 1 der Kandidatenliste für die Wahlen zur Nationalversammlung nominiert. Nur mit großer Mühe gelang es Haase nach heftiger Diskussion, den Listenplatz 2 zu erhalten. Bei Verbleiben der Spartakusanhänger in der USPD hätte Haase wahrscheinlich keine Chance gehabt.

In einem Brief vom 11. Januar 1919 an Clara Zetkin meinte Luxemburg, die kommunistische Bewegung entwickle sich „prächtig, und zwar im ganzen Reich“.¹¹ „...wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher [der Berliner Januaraufstand war gerade niedergeschlagen worden!], erscheint es sehr fraglich, ob es überhaupt zu Wahlen und zur Nationalversammlung kommt“.¹² Doch bei den Wahlen zur Nationalversammlung erreichte die USPD selbst in Berlin, wo sie eine ihrer Hochburgen hatte, nur 27,6 Prozent gegenüber 36,4 Prozent für die SPD, wobei sich die KPD bekanntlich als Folge ihres Parteitagsbeschlusses nicht an den Wahlen beteiligte.

Illusionäre Tendenzen und die revolutionäre Ungeduld der Spartakusführung führten zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen und zu einer falschen Taktik in Bezug auf die Herauslösung der USPD-Mitglieder und ihre Gewinnung für die Kommunistische Partei. Dass die Jahreswende 1918/19 nicht der richtige Zeitpunkt für eine linksradikale Parteigründung war, haben Ende Januar 1919 auch Leo Jogiches und Clara Zetkin empfunden, so dass Zetkin mit Einverständnis von Jogiches bis zum USPD-Parteitag Anfang März 1919 in der USPD verblieb. Ich halte es für eine durchaus realistische Einschätzung zu sagen, dass bei Verbleiben des Spartakusbundes in der USPD Anfang 1919 letztere auf ihrem Parteitag Anfang März 1919 statt des eingeschränkten ein eindeutiges Bekenntnis zum Räteystem abgelegt hätte, dass bei Mitwirkung von Spartakusvertretern in der USPD-Fraktion der Nationalversammlung bzw. des Reichstags dort eine entschiedene revolutionäre Politik vertreten worden wäre und sich die USPD uneingeschränkt für revolutionäre Massenaktionen eingesetzt hätte, d. h. dass wir

10 Siehe SAPMO-BArch, NY 4072, Nr. 138, Bl. 81f.

11 Luxemburg, GB 5, S.427.

12 Ebenda, S.426.

in diesem Falle bereits Anfang 1919 eine revolutionäre sozialistische Massenpartei in Deutschland gehabt hätten. Allerdings wäre es dann auch schon Anfang 1919, ausgehend von den Bremer Linksradikalen, reichsweit zur Gründung einer linksradikalen anarcho-syndikalistischen Partei in der Art der späteren KAPD gekommen, die jedoch nicht mehr als die Bedeutung einer Sekte hätte erlangen können. Außerdem wären dann wahrscheinlich einige gemäßigte USPD-Führer wie Karl Kautsky, Hugo Haase und Wilhelm Dittmann aus der USPD ausgeschieden. Die „Revolutionierung“ der USPD, eine Umwandlung in eine konsequente sozialistische Partei, statt der Spaltung hätte nicht nur den qualitativen, sondern auch einen quantitativen Vorteil gehabt: Es wären dann höchstwahrscheinlich nicht, wie der US-Historiker Robert Wheeler detailliert für die 1920/21 erfolgte Vereinigung von USPD und KPD dargestellt hat, 20 Prozent der Mitglieder und 20 bis 30 Prozent der Wähler für das sozialistische Lager verloren gegangen.¹³

Welchen Einfluss hatten die Bolschewiki auf die Gründung der KPD?

Auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen am 28. April 2007 ist einige Male die Vermutung geäußert worden, dass die Abspaltung des Spartakusbundes von der USPD und die Gründung der KPD aufgrund des Einflusses der Bolschewiki zustande gekommen sei. Die archivalischen Quellen bestätigen dies nicht.

Sowohl in der Korrespondenz von Hermann und Käte Duncker, in der von Gesprächen mit Vertretern der Bolschewiki in den Monaten Mai bis Oktober 1918 berichtet wird,¹⁴ wie in den Schreiben des russischen Botschafters Joffe und anderer Abgesandter der Bolschewiki in Berlin an die führenden russischen Genossen in Moskau im gleichen Zeitraum ist von Versuchen, die Gründung einer linksradikalen Partei zu bewirken, nicht die Rede. In den Berichten über die USPD und die Spartakusgruppe ging es vielmehr immer wieder – selbst in den Wochen unmittelbar vor der Revolution – darum, dass die Unabhängigen Sozialdemokraten zu passiv und Spartakus zu sehr geschwächt wären, um aktiv in Richtung einer Revolution wirken zu können.¹⁵

Nach der Ausweisung der russischen Botschaft am 4. November 1918 kam erst wieder mit der Ankunft Karl Radeks am 19. Dezember 1918 ein Kontakt mit einem Vertreter der Bolschewiki zustande. Aber wegen der alten Feindschaft

13 Siehe Robert F. Wheeler: *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt/Main-Wien-Berlin 1975, S.262-268. (Auf der Konferenz am 28.4.2007 ist auf Wheelers Ergebnisse hingewiesen worden.) Die Abspaltung der KPD von der USPD Ende Dezember 1918 hat wahrscheinlich ebenfalls beträchtliche Mitgliederverluste für das linke Lager der Arbeiterbewegung gebracht, obwohl dies wegen der anschließenden Phase des Aufschwungs der USPD nicht genau feststellbar ist.

14 Siehe SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 141.

15 Siehe Alexander Vatlin: *Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Strategiewende der Bolschewiki*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2007, Berlin 2007, S.180-200.

zwischen Luxemburg/Jogiches einerseits und Radek andererseits konnte der russische Emissär die Spartakusführer keinesfalls beeinflussen. Radek erreichte nur bei seinen alten Freunden von den Bremer Linksradikalen, insbesondere bei Johann Knief, der gegen eine Verschmelzung mit dem Spartakusbund war, dass sich die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD), wie sich die Bremer Gruppe und ihre Anhänger in anderen Städten des Reichs unterdessen nannten, zu einer gemeinsamen Parteigründung mit dem Spartakusbund bereit fanden.¹⁶ Der ungefähr zum Zeitpunkt des Reichsrätekongresses gefasste Entschluss der Spartakusführung zur Gründung der KPD war also – wie auch schon von der Charakteristik Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' her nicht anders zu erwarten – eine durchaus eigenständige Entscheidung der Spartakusführung.

16 Siehe Jean-François Fayet: Karl Radek (1885-1939). Biographie politique, Bern 2004, S.253ff., insbes. S.262-270; Ottokar Luban: Karl Radek im Januaraufstand 1919 in Berlin. Drei Dokumente, in: IWK, 2000, H. 3, S.377-397, insbes. S.392.

Ernst Fischer und die Volksfrontpolitik 1945 bis 1948

Sebastian Baryli

Ernst Fischer spielt sowohl in der historischen Forschung als auch in der populären Rezeption der Nachkriegsgeschichte Österreichs keine bedeutende Rolle. Als Mitglied einer kleinen Kommunistischen Partei erweckt er heute kaum Interesse. Wenn man sich an seine Person erinnert, dann zumeist an seinen Ausschluss aus der Partei, der mit aufsehenerregenden Medienauftritten verbunden war. Die Geschichte tut ihr Übriges: Die Niederlage des Sozialismus in Osteuropa scheint jene Theoretiker in Vergessenheit geraten zu lassen, die sich mit den Problemen dieses historischen Projektes befasst haben. Hatte der Prager Frühling noch ein breiteres gesellschaftliches Interesse an den Ideen Fischers hervorgerufen, so macht die Niederlage in den Neunzigerjahren diese Überlegungen anscheinend überflüssig.

Doch gerade die Historiografie der Arbeiterbewegung sollte das Gedächtnis an deren Persönlichkeiten aufrechterhalten. Neben dem rein historischen und intellektuellen Interesse an dem Werk Ernst Fischers kann auch ein politisches Interesse geltend gemacht werden. Denn die historischen Debatten innerhalb der kommunistischen Arbeiterbewegung können auch für heutige Problemstellungen relevant sein. Obwohl sich die historischen Bedingungen vollständig gewandelt haben, so können doch grundlegende Problemstellungen des kommunistischen Diskurses festgemacht werden. Aus dieser Perspektive sind Fischers Überlegungen nicht mehr überholt und sollten auch für aktuelle Debatten fruchtbar gemacht werden.

Die Rezeption der Volksfrontpolitik bewirkte ganz spezielle, intellektuelle Entwicklungen bei Ernst Fischer. Ich möchte mich in diesem Beitrag weniger auf die konkrete politische Umsetzung konzentrieren, sondern vielmehr das intellektuelle Umfeld der Volksfrontpolitik behandeln. So wurde von Fischer in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis zur nationalen Frage neu überdacht und gleichzeitig ein spezieller Diskurs des Humanismus gepflegt. Diese Grundthemen hatten sich lange Zeit kontinuierlich weiterentwickelt und unter veränderten historischen Bedingungen neuartige Konzepte hervorgebracht. Insbesondere der humanistische Diskurs entwickelte sich in den Sechzigerjahren zum entscheidenden Streit in der kommunistischen Weltbewegung.

Das Jahr 1948 erscheint aus mehreren Gründen als Bruchpunkt in der intellektuellen Entwicklung Ernst Fischers. Das Ende der Anti-Hitler-Koalition führte zu einem Hinausdrängen der kommunistischen Kräfte aus der staatlichen Politik. Ähnlich wie in Italien und Frankreich scheiterte auch in Österreich die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, obwohl hier die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) natürlich von weitaus geringerer Bedeutung war als dort. Mit dem Ausscheiden des kommunistischen Ministers Altmann aus der Konzentrationsregierung im November 1947, das in Zusammenhang mit der Wäh-

rungsreform stand, war ein eklatanter Kurswechsel der KPÖ verbunden. Er führte zum Ende der klassischen Volksfrontpolitik, die der Vorstellung einer antifaschistischen Freiheitsfront in Österreich folgte.¹ Ab 1948 wurde die Zwei-Lager-Theorie bestimmend, welche die machtpolitischen und diskursiven Konstellationen in der kommunistischen Weltbewegung deutlich veränderte.

1. Fishers Rezeption der Volksfrontpolitik

Die Volksfrontpolitik wurde im antifaschistischen Freiheitskampf geboren und war für die österreichische Nachkriegsordnung von großer Bedeutung. Denn aus der Perspektive der KPÖ stellte die Provisorische Regierung Renner als eine Konzentrationsregierung die konkrete Realisierung der Volksfrontpolitik dar. Ernst Fischer war persönlich eng verbunden mit dieser Politik. Er selbst war als Staatssekretär für Unterricht, Volksaufklärung, Erziehung und Kultur Teil der Regierung. Außerdem führte er als Redakteur ein überparteiliches Blatt mit dem Titel „Neues Österreich“. Und schließlich war er beteiligt am Aufbau einer überparteilichen Jugendorganisation, der „Freien Österreichischen Jugend“.²

Die theoretische Auseinandersetzung mit der Volksfrontpolitik blieb für Ernst Fischer jedoch nicht auf die Nachkriegszeit beschränkt, sondern bildete eine lange Kontinuität weit über 1948 hinaus. Für Fischer war die Problemstellung einer kommunistischen Neuorientierung bis nach dem Prager Frühling 1968 bedeutsam. Er sah in der Volksfrontpolitik nicht nur eine neue Politik gegenüber dem Faschismus, sondern auch eine Neuorientierung der kommunistischen Bewegung überhaupt. Rückblickend meinte er: „Der offene Kampf Dimitroffs gegen die faschistischen Machthaber war zugleich der unterirdische, doch wirksam angedeutete um eine neue Orientierung der kommunistischen Politik.“³ Auch Leopold Spira, ebenfalls Mitglied der KPÖ, bewertet den VII. Weltkongress der Komintern als eine demokratische Wende kommunistischer Politik.⁴ Die Volksfrontkonzeption entstand unter den Bedingungen des antifaschistischen Freiheitskampfes als Antwort auf verschiedene Probleme, mit denen die kommunistische Politik in dieser Etappe konfrontiert war. Die Schwäche der Arbeiterbewegung zwang die Komintern, ihre Politik zu ändern. Dimitroff schaffte es, mit seiner Konzeption der Einheits- und Volksfrontpolitik diese Wende zu vollzie-

1 Siehe Josef Ehmer/Rupert Herzog: 1945-1955. Von der Befreiung bis zum Staatsvertrag, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, hrsg. von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ, Wien 1989, S.328-404, hier S.349.

2 Siehe Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945-1955, Wien u. a. 1973, S.145f.

3 Ders.: Erinnerungen und Reflexionen, Reinbek bei Hamburg 1969, S.326.

4 Siehe Leopold Spira: Ernst Fischer, in: Wolfgang Mantl (Hrsg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien u. a. 1992, S.829-840, hier S.832.

hen. Auf dem VII. Weltkongress der Komintern stellte er diese neue Politik vor, die sich auf Erfahrungen in verschiedenen Ländern stützen konnte.⁵

Ernst Fischer war dieser Politik nicht nur theoretisch gefolgt, sondern sein persönlicher Lebensweg war eng verflochten mit deren konkreter Umsetzung. Er nahm 1935 am VII. Weltkongress teil und hielt dort als Sprecher der österreichischen Sektion ein Referat. Fischers Auftreten spielte auf diesem Kongress eine besondere Rolle, da er ein Vertreter jener Fraktion der österreichischen Sozialdemokratie war, die nach dem Desaster vom Februar 1934 zur KPÖ übergetreten war. Somit hatte sein Referat dort vor allem eine symbolische Bedeutung, mit der die Einheit der Arbeiterklasse propagiert werden sollte. Nach einem Gespräch zwischen Fischer und Palmiro Togliatti im Sommer 1937 bemühte sich dieser darum, Fischer als Vertreter der KPÖ bei der Komintern einzusetzen.⁶ Die Freundschaft zwischen Ernst Fischer und Togliatti, die später theoretische Nähe bezüglich neuer Perspektiven kommunistischer Politik bringen sollte, hatte hier in der Komintern ihren Ursprung.

Die Volksfrontkonzeption basierte auf der Annahme, dass die politisch gesplattene Arbeiterschaft alleine zu schwach sei, um den Faschismus aufhalten zu können. Es sollte zunächst eine Einheitsfront der Arbeiterschaft selbst geschaffen werden, um die Schwäche der Arbeiterbewegung zu beheben. Außerdem müsse ein Bündnis mit der Masse der Bauern, des Kleinbürgertums und der Intelligenz in Form der Volksfront hergestellt werden. In der Volksfrontpolitik wurde die Frage der richtigen Bündnispartner von entscheidender Bedeutung. Ernst Fischer setzte sich immer wieder mit dieser Fragestellung auseinander und fand in den unterschiedlichen Etappen seines Wirkens verschiedene Antworten darauf.

Unmittelbar nach 1945 sollte das Bündnis für alle Kräfte des Volkes offen sein. Sowohl Teile der Bourgeoisie als auch die Masse der Bauern und des Kleinbürgertums sollten darin integriert werden. Dabei wurde das Bürgertum in zwei Lager geteilt: das Lager der Reaktion und das Lager der Demokratie und des Fortschritts.⁷

Nachdem einige konkrete politische Bündnisse enttäuschend schnell wieder auseinandergebrochen waren, was schließlich zum Ende der Konzentrationsregierung führte, versuchte Ernst Fischer das Konzept der Volksfront den neuen Gegebenheiten anzupassen. In seinen späteren Auseinandersetzungen mit dieser Frage ist der fortschrittliche Teil der Bourgeoisie nicht mehr Ansprechpartner für diese Form der Politik. Fischer konzentrierte sich zusehends auf die Intellektuellen, die zum entscheidenden Bündnispartner avancierten. Aus der Perspektive von 1969 meinte Fischer, dass es, abhängig von der Position im impe-

5 Siehe Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: Georgi Dimitroff: Ausgewählte Werke in zwei Bden. Bd. 1, Frankfurt/Main 1972, S.104-179.

6 Siehe Fischer, *Erinnerungen und Reflexionen*, S.22.

7 Siehe ders.: Ernst Fischer spricht zu den Favoritner Kommunisten. Rede auf der Bezirkskonferenz des X. Bezirks am 24.6.1945, Wien 1945, S.3, 6.

realistischen Weltsystem, grundsätzlich zwei Arten von Bündnissen gebe: in den modernen Industriegesellschaften sei die Intelligenz bevorzugter Bündnispartner des Proletariats, wohingegen in Ländern der Dritten Welt nach wie vor die Bauernschaft der prädestinierte Bündnispartner sei.⁸

In der Bündnisfrage ergaben sich einige Probleme: Warum sollten Teile der Bevölkerung und insbesondere Teile der Bourgeoisie Interesse an einem Bündnis mit Kommunisten haben? Ernst Fischer versuchte, diesen Punkt immer wieder neu zu klären. Er ging davon aus, dass der Faschismus durch seine Auswüchse die Menschheit in ihrer Gesamtheit erschüttert hatte. Selbst Teile des Bürgertums müssten daher einsehen, dass die menschliche Zivilisation nur durch ein Bündnis mit der Arbeiterklasse zu retten sei.⁹ „Es bedurfte des schrecklichsten Krieges aller Zeiten, um die Kräfte der Demokratie zu vereinigen, eine Weltfront der Freiheit zu errichten.“¹⁰ Der Faschismus hatte die „menschliche Gesittung“¹¹ aller Menschen angetastet. Das Interesse an einer Veränderung der herrschenden Verhältnisse wäre durch den Faschismus so allgemein geworden, dass eine Kampfgemeinschaft geschaffen werden konnte, die weit über das revolutionäre Proletariat hinausging. „So ist etwas Eigenartiges und Einzigartiges entstanden: *Zum ersten Mal in der Geschichte ein Bündnis aller freiheitsliebenden Kräfte* aller Völker, von den konservativen Menschen bis zu den Massen der Bauern, Arbeiter und Angestellten, zur Rettung der menschlichen Kultur vor dem drohenden Untergang.“¹² Ernst Fischer hielt an dieser Konzeption noch nach 1945 weiter fest und machte sie zu einem grundlegenden Projekt seiner Partei. Er sah vor allem in der technischen Entwicklung der Industriegesellschaft und in der militärischen Rüstung, in der Entwicklung der Produktivkräfte im Allgemeinen, jene Elemente, die ein allgemeines Interesse in der Gesellschaft nach Veränderung wecken würden. Obwohl das Bündnis der Volksfront aus verschiedenen Kräften zusammengesetzt sei, so bleibe die entscheidende Kraft der Freiheitsfront doch die Arbeiterklasse, denn sie sei das Rückgrat der Nation und des Volkes.¹³ Die Arbeiterklasse, könne nicht zuletzt auf ihren hohen Blutzoll im antifaschistischen Kampf verweisen, meinte Fischer. Ihre Organisationen, sei es nun die Sozialdemokratie oder die Kommunistische Partei oder auch Verbände der Gewerkschaften, waren tatsächlich die führende Kraft des Widerstandes.

2. Der 13. Parteitag der KPÖ 1946

Der 13. Parteitag war ein wichtiges Ereignis, an dem die theoretische Entwicklung Ernst Fischers nachgezeichnet werden kann. Auf diesem Parteitag wurden Leitsätze der Partei präsentiert, die die Stellung der KPÖ zu Fragen der Demo-

8 Siehe ders., *Erinnerungen und Reflexionen*, S.327.

9 Siehe ders., *Favoritner Kommunisten*, S.3.

10 Ders.: *Das Fanal. Der Kampf Dimitroffs gegen die Kriegsbrandstifter*, Wien 1946, S.288.

11 Ebenda, S.284.

12 Fischer, *Favoritner Kommunisten*, S.3.

13 Siehe ebenda, S.5.

kratie, der nationalen Selbstbestimmung sowie des Übergangs zum Sozialismus zusammenfassten. Ernst Fischer hatte einen großen Anteil an der Ausarbeitung dieser Leitsätze, was sich nicht zuletzt daran ablesen lässt, dass er diese auf dem Parteitag persönlich vorstellte.¹⁴

Ein wichtiges Element in der zeitgenössischen Debatte war die Frage, auf welcher Grundlage jenes breite Volksbündnis hergestellt werden könnte, das die Volksfrontpolitik anstrebte. Die demokratische Einigung des Volkes, die Zusammenfassung seiner Hauptkräfte, berührte das theoretische Problem von Allgemeininteresse und Sonderinteresse. In den Leitsätzen wurde zunächst die grundsätzliche Identität der Interessen des Volkes und der Arbeiterklasse festgehalten. „Die Interessen der Arbeiterklasse widersprechen nicht den allgemeinen Volksinteressen, sondern sie stimmen im Gegenteil in allem Wesentlichen mit ihnen überein.“¹⁵ Obwohl dies durchaus schon in früheren Etappen immer wieder hervorgehoben worden war, verzichtete man nun bewusst auf die Betonung der widersprüchlichen Interessen innerhalb der Gesellschaft. Dies war gegen eine sektiererische Politik gerichtet, die nur die eigene Position einbezogen und ständig die Betonung auf einen revolutionären Bruch gelegt hatte, ohne die konkreten Aufgabenstellungen zu berücksichtigen. Gleichzeitig waren mit dieser Feststellung neue Probleme verbunden. Denn die Annahme, dass sich die größten Teile des Volkes hinter die Arbeiterklasse, oder vielmehr hinter die Kommunistische Partei als deren progressivsten Repräsentanten, stellen würden, erwies sich zumindest in Österreich als Schimäre.

Der 13. Parteitag bot außerdem Ansätze für neue Formen des Übergangs zum Sozialismus. Verschiedene Bedingungen würden die Möglichkeit zu einem friedlichen Übergang schaffen, hieß es in den Leitsätzen.¹⁶ Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, die Festigung der Macht der KPdSU(B), die wachsende militärische und politische Bedeutung der Sowjetunion hätten die internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten des sozialistischen Lagers verschoben. Die kapitalistischen Länder könnten nicht mehr ohne Weiteres militärisch gegen den Sozialismus intervenieren, wie etwa nach der Oktoberrevolution von 1917. Daher würde sich ein friedlicher Wettbewerb zwischen den Systemen entwickeln, der letztendlich beweisen würde, welches gesellschaftliche System den historischen Fortschritt repräsentiert. Zwar bestünde aufgrund des imperialistischen Weltsystems immer noch eine Kriegsgefahr, doch die internationalen Kräfteverhältnisse würden eine Friedenspolitik begünstigen. Sie würden auf die nationale Ebene zurückwirken und vollkommen neue Wege zum Sozialismus ermöglichen. Die Arbeiterklasse könne nun im Bündnis mit den fortschrittlichen Volkskräften die

14 Siehe Ernst Fischer auf dem 13. Parteitag der KPÖ, in: Was wollen die österreichischen Kommunisten? hrsg. vom ZK der KPÖ, Wien o. J., S.3-20.

15 Kommunistische Partei Österreichs: Programmatische Leitsätze der Kommunistischen Partei Österreichs, vom 13. Parteitag einstimmig beschlossen, in: Was wollen die österreichischen Kommunisten? S.21-32, hier S.23.

16 Siehe ebenda, S.30f.

reaktionären Elemente in der Gesellschaft isolieren. Denen sei es dann nicht mehr möglich, einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Eine wesentliche Voraussetzung für den friedlichen Übergang zum Sozialismus sei die Herstellung solcher volksdemokratischer Verhältnisse. Die Volksdemokratie stelle die politische Form der umfassenden Partizipation der Volkskräfte und der Isolierung der Reaktion dar.¹⁷

Diese These von Ernst Fischer über den friedlichen Übergang zum Sozialismus behielt in der kommunistischen Bewegung auf lange Zeit Bedeutung. Immer wieder wurden Analogien zwischen den Leitsätzen des 13. Parteitag 1946 und den Thesen des 19. Parteitag 1965 und damit mit eurokommunistischen Positionen hergestellt. Inhaltlich drängen sich tatsächlich einige Ähnlichkeiten auf: die Unterstreichung nationaler Besonderheiten auf dem Weg zum Sozialismus, die Betonung des Kampfes für demokratische Rechte und die mehr oder weniger offene Kritik an der sowjetischen Variante der Diktatur des Proletariats. Doch wenn wir den 13. Parteitag in seinen historischen Bedingungen interpretieren wollen, müssen wir diese in den Kontext der politischen Kämpfe und der diskursiven Praxis in jener Zeit verorten. Aus dieser Perspektive werden die Unterschiede zwischen dem 13. und dem 19. Parteitag deutlich.

Der 13. Parteitag war beeinflusst von der Volksfrontpolitik, von der Hoffnung auf eine demokratische Einigung des Volkes und von der Annahme, dass der Sozialismus auf dem Weg der demokratischen Vereinigung aufgebaut werden kann. Doch je mehr die kommunistischen Kräfte in Westeuropa in die Opposition gedrängt wurden, je mehr sich der Kalte Krieg entwickelte, desto illusionärer wurde die Volksfrontkonzeption. Der 13. Parteitag war Ausdruck nicht zuletzt der sowjetisch dominierten Linie der kommunistischen Weltbewegung. Der 19. Parteitag der KPÖ hingegen, den Leopold Spira als eurokommunistische Wende bezeichnete,¹⁸ bildete eine tendenzielle Abspaltung von diesem Diskurs. Die Positionen des 19. Parteitages standen in Widerspruch zu den sowjetischen Positionen und waren in ihrer historischen Konstellation somit nicht vergleichbar mit den Positionen des 13. Parteitages.

Die Volksfront-Phase in der Politik der KPÖ wurde oftmals als Versuch dargestellt, sich offen und demokratisch zu präsentieren.¹⁹ Dabei schwang nicht selten der Vorwurf mit, diese Versuche wären nicht ernst gemeint gewesen. Ernst Fischer wurde vorgeworfen, er hätte sich von seiner früheren orthodoxen marxistischen Position entfernt.²⁰ In der Forschung wird jener Ernst Fischer, der gegen

17 Siehe Fischer, 13. Parteitag, S.18f.

18 Siehe Leopold Spira: Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus, Wien u. a. 1979, S.52-54.

19 Siehe Robert Stumpf: „Dieses Mittelstück und die zwei Enden“. Ernst Fischer in der österreichischen Nachkriegspolitik (1945-1948), in: Gerhard Fetz (Hrsg.): Ernst Fischer - Texte und Materialien, Wien 2000, S.135-160, hier S.149f.

20 Siehe so Charles Joseph McClain: From Ideology to Utopia: The Marxist Careers of Ernst Fischer and Roger Garaudy, Stanford, Diss. 1971, S.44.

den Trotzismus agitierte, oftmals jenem Ernst Fischer der demokratischen Einigung nach 1945 entgegengestellt. Dabei wird übersehen, dass diese unterschiedlichen politischen Linien aus denselben politischen Kämpfen und aus denselben Diskursen entsprangen. Die Volksfrontkonzeption setzte sich in der kommunistischen Weltbewegung gegen die trotzkistische Konzeption der permanenten Revolution durch. Der Kampf gegen den Trotzismus und für die demokratische Einigung des Volkes sind also Konsequenzen der Volksfrontpolitik. Es gab 1945 bei Ernst Fischer keinen eklatanten politischen Bruch. Auch die These, Fischer hätte zu diesem Zeitpunkt theoretisch außerhalb des kommunistischen Diskurses gestanden, ist abwegig.

3. Nationale Selbstbestimmung

Auf der allgemeinen, theoretischen Ebene bestand ein wesentlicher Zusammenhang zwischen der Politik der Volksfront und dem Kampf um nationale Unabhängigkeit. Gerade in der Phase des antifaschistischen Kampfes war das Ringen um ein unabhängiges Österreich, um eine selbstständige Nation jenes Mittel, welches die verschiedenen Volkskräfte gegen den Faschismus mobilisieren konnte. Außerdem sollte der Kampf um nationale Unabhängigkeit auch den Kampf um sozialen Fortschritt vorantreiben. Ernst Fischers intellektueller Werdegang ist in dieser Phase vor allem im Lichte dieser politischen Aufgabe zu interpretieren. „Je kühner die Arbeiterklasse voranschreitet, desto mächtiger und mitreißender wurde der nationale Freiheitskampf. Und umgekehrt: je stärker der nationale Freiheitskampf sich entfaltete, desto größer wurde der Einfluß der Arbeiterklasse, desto weiter ging die soziale Entwicklung.“²² Die Arbeiterklasse müsse in diesem Bündnis im Kampf um nationale Unabhängigkeit beweisen, dass sie fähig ist, die Gesellschaft zu führen. Die Arbeiterklasse als Rückgrat der Nation sollte sich als der beste Kämpfer für die österreichische Nation beweisen. Dadurch würde der soziale Fortschritt in der Gesellschaft gesichert werden. Der soziale Fortschritt wurde gewissermaßen automatisch aus dem Einfluss des Proletariats in der Gesellschaft abgeleitet.

Ernst Fischer setzte hier an einem bestimmten Verständnis des Nationsbegriffs innerhalb der kommunistischen Weltbewegung an. Es sollte nämlich nicht um die abstrakte Ablehnung des bürgerlichen Staates und damit der Nation gehen, sondern das Proletariat sollte im Kampf für demokratische Rechte seinen Einfluss ausweiten. Diese Konzeption geht letztendlich auf Lenins Hegemoniekonzept der russischen Revolution von 1905 zurück. Lenin ging davon aus, dass das revolutionäre Proletariat die unmittelbaren Kampfaufgaben wahrnehmen sollte. Der Kampf um demokratische Rechte sollte nicht der sozialistischen Re-

21 Charles Joseph McClain: *From Ideology to Utopia: The Marxist Careers of Ernst Fischer and Roger Garaudy*, Stanford, Diss. 1971, S.44.

22 Fischer, 13. Parteitag, S.13f.

volution gegenübergestellt werden, sondern als Etappe dafür begriffen werden.²³ Auch Gramsci hatte dieses Konzept aufgenommen, um gegen die Selbstisolation der Arbeiterbewegung nachzudenken.²⁴ In dem Konzept der Hegemonie hatte der Kampf um die Nation immer einen wichtigen Stellenwert eingenommen. Dimitroffs Volksfrontpolitik und deren Kampf um die Nation war eine konsequente Fortführung der Leninschen Hegemoniekonzeption. Gerade auf diesen Strang der Argumentation bei Dimitroff bezieht sich Ernst Fischer: „In jedem einzelnen Land ist es die internationale Aufgabe der Arbeiterklasse, die Nation um sich zu scharen zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit gegen das imperialistische Ungeheuer.“²⁵

Diese Metapher des Um-sich-Scharens bringt die Konzeption der Hegemonie sehr gut zum Ausdruck. Es ging darum, verschiedene Volkskräfte in konkreten Kämpfen unter die Führung der Arbeiterklasse zu bringen. Der Kampf um eine sozialistische Revolution wurde nicht mehr dem Kampf um demokratische Rechte, wie etwa dem Selbstbestimmungsrecht, gegenübergestellt, sondern letztere wurden als eine Etappe der Revolution begriffen. Die Arbeiterklasse sollte sich aus diesen Kämpfen nicht zurückziehen, sondern sich daran aktiv beteiligen. Fischer folgte in seinen Überlegungen dieser Konzeption von nationalem Kampf. Wenn das Proletariat die Führung in diesem Kampf um eine freie Nation erringen könne, dann würde es damit gleichzeitig einen sozialen Fortschritt erringen können.

In der Etappe des Faschismus war die Frage der nationalen Selbstständigkeit von besonderer Bedeutung. In der Situation der Fremdherrschaft – die Situation in Österreich während des Nationalsozialismus wurde von Ernst Fischer und der KPÖ vor allem als Fremdherrschaft verstanden – würde sich erweisen, dass das revolutionäre Proletariat die eigentlich führende Kraft der Nation sei.²⁶ Die Bourgeoisie erweise sich unter den Bedingungen der Fremdherrschaft als unfähig, weiterhin die führende Kraft der Gesellschaft zu sein. Daher müsse die Arbeiterklasse diese Position einnehmen. Sie stelle künftig das Rückgrat der Nation dar.²⁷ In dieser theoretischen Konzeption des nationalen Befreiungskampfes kommt eine Rezeption der Imperialismustheorie zum Ausdruck. Die zeitgenössische Form des Kapitalismus wurde als letztes Stadium des Kapitalismus aufgefasst, das sich vor allem durch Dekadenz und Fäulnis auszeichne. Auch das unterstreiche den Verlust der Führungsrolle der Bourgeoisie in der Gesellschaft. Diese theoretische Konzeption verhinderte jedoch, dass die Entwicklungen nach 1945 adäquat erfasst wurden. Denn die bürgerlichen Kräfte konnten in der Rea-

23 Siehe Wladimir Iljitsch Lenin: Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie, in: W. I. Lenin: Werke, Bd. 8, Berlin 1984, S.59-69, hier S.66.

24 Siehe Guido Zamis: Nachwort des Herausgebers, in: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1980, S.319-350, hier S.348.

25 Ernst Fischer: Entstehung des österreichischen Volkscharakters, Wien 1945, S.142.

26 Siehe ders., 13. Parteitag, S.14.

27 Siehe ders.: Volk und Arbeiterklasse, in: Ernst Fischer: Das Jahr der Befreiung, Wien 1946, S.175-177, hier S.175.

lität bald wieder erstarben, die kommunistischen Tendenzen wurden marginalisiert. Dies verwies auf eine allgemeine Problematik der Volksfrontkonzeption, mit der sich Ernst Fischer auch noch später befasste. Auf der einen Seite wurde aufgrund der objektiven Stellung des Proletariats in der Gesellschaft ein Anspruch der Kommunistischen Partei erhoben, führende Kraft des Proletariats zu sein. Andererseits konnte dieser Führungsanspruch in Österreich kaum in die Realität umgesetzt werden.

Der Kampf um die nationale Selbstbestimmung und die Volksfrontpolitik waren bei Ernst Fischer eng verwoben. Die Bündnisse des Proletariats mit anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten mussten in konkreten Projekten und Kämpfen herausgebildet werden. Ein entscheidender Punkt war, dass die Interessen der Arbeiterklasse mit den Allgemeininteressen des Volkes in der nationalen Frage übereinstimmten.²⁸ Problematisch war aber, dass, sobald diese Frage der nationalen Selbstständigkeit nicht mehr virulent war, sobald dieses Allgemeininteresse nicht mehr gegeben war, kaum mehr ein neues gefunden werden konnte.

Das Streben nach der Unabhängigkeit Österreichs führte in Fischers Überlegungen dazu, dass er die Besonderheiten der österreichischen Nation und des österreichischen Volkes zu erfassen versuchte. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war das Buch „Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters“, das 1945 in Wien erschien. Zuvor war es schon 1944 in London verlegt worden. Es war geprägt vom Kampf gegen den Faschismus und für ein neues Österreich. In diesem Buch zeichnete Fischer zunächst die Herausbildung eines österreichischen Staatswesens nach, das letztlich die Grundlage für die getrennte Entwicklung von den anderen deutschsprachigen Völkergruppen bildete. Der Dreißigjährige Krieg und der Angriff des Osmanischen Reiches auf das Habsburgerreich wurden als wesentliche Knotenpunkte dieser Entwicklung geschildert.²⁹ Damit zog Fischer eine historische Parallele zwischen der Herausbildung der österreichischen Nation unter den Habsburgern und der Situation während des Dritten Reiches. Seinerzeit hätte sich die österreichische Nation aus der Abwehrhaltung gegen die Türken heraus entwickelt. Während der preußisch-deutschen Fremdherrschaft des Dritten Reiches sei den Österreichern das Bewusstsein ihrer eigenen Nationalität wieder neu erwachsen. Im Abwehrkampf gegen den deutschen Faschismus würde nun ein neues Österreichbewusstsein entstehen, schrieb Fischer. „Ein Volk wird zum Staatsvolk, wird zur Nation.“³⁰

Diese Erklärung für die Herausbildung eines spezifischen Österreichbewusstseins war durchaus gegen ein reaktionäres Verständnis von Nation gerichtet. Es ging keinesfalls von einem naturgegebenen Wesen der Nation aus. Fischer legte vielmehr Wert darauf, das Wesen des österreichischen Bewusstseins aus den konkreten historischen Entwicklungen abzuleiten. „Es gab jedoch niemals einen

28 Siehe ebenda, S.176.

29 Siehe Fischer, Entstehung, S.10, 15.

30 Ebenda, S.15.

österreichischen Stamm, sondern dem Stamme nach sind die Österreicher Bajuwaren, Alemannen, Kelten und Slawen. Der Österreicher ist keine ‚rassische‘, sondern eine geschichtlich-politische Kategorie, ebenso wie der Schweizer, der Belgier, der Holländer, der Nordamerikaner.“³¹

Ernst Fischer versuchte, den Begriff der Nation von dem rassistischen Begriff des Stammes zu lösen. Damit war eine Flexibilisierung verbunden, die es letztendlich ermöglichte, den Begriff der Nation gegen den Faschismus zu wenden. Es gab Fischer zufolge kein Urbild der österreichischen Nation, sondern es bildete sich in einem langwierigen historischen Verlauf ein bestimmter Volkscharakter heraus.

Ein wesentliches Problem der österreichischen Geschichte seien deren Halbheiten gewesen. Diese Halbheiten der Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf die nationale Frage drückten sich in der großdeutschen Ideologie aus. Für Ernst Fischer, aber auch für die KPÖ, war die großdeutsche Ideologie einer der wesentlichen Wegbereiter für den Sieg des deutschen Faschismus in Österreich. Als grundlegendes Hindernis im Kampf für ein unabhängiges Österreich wurde ein unterentwickeltes Österreichbewusstsein angesehen, welches letztendlich in eine großdeutsche Ideologie münden müssen.³²

Innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung stellte für Fischer die Position der Sozialdemokratie das größte Problem dar. Diese hatte lange Zeit den großdeutschen Gedanken politisch vertreten, was die wesentliche Ursache dafür gebildet habe, dass keine einheitliche österreichische Abwehrfront zustande gekommen sei. Die Sozialdemokratie hätte den nationalen Befreiungskampf für Österreich abgelehnt und damit dem Faschismus der Nazis den Weg geebnet.³³

Dem stellte Ernst Fischer ein entschlossenes Österreichbewusstsein entgegen. „Die unauslöschliche Erfahrung, was der Verlust der Unabhängigkeit, der ‚Anschluß‘ Österreichs an den deutschen Imperialismus bedeutete, wird entscheidend zur Konstituierung der österreichischen Nation, zu Entstehung und Festigung eines gesunden Nationalbewußtseins beitragen.“³⁴ So wie Ernst Fischer die Herausbildung der österreichischen Nation als ein historisches Produkt verstand, so versuchte er auch, die Herausbildung des neuen Österreichs als historisches Produkt des antifaschistischen Freiheitskampfes aufzufassen. Die großdeutsche Ideologie sei die Waffe des deutschen Imperialismus in Österreich gewesen, der danach getrachtet hatte, Österreich auszulöschen.³⁵ Die Sozialdemokratie hatte, so Fischer, diesen Gedanken der Reaktion in die österreichische Arbeiterbewegung getragen, so wie sie überhaupt die bürgerliche und imperialistische Ideologie in die Arbeiterbewegung hineingetragen hatte.

31 Ebenda, S.3.

32 Siehe Ernst Fischer: Der großdeutsche Gedanke und die österreichische Arbeiterbewegung, in: Weg und Ziel 1946, H. 3, S.129-142, hier S.129.

33 Siehe ebenda, S.140.

34 Ernst Fischer: Österreich 1848. Probleme der demokratischen Revolution in Oesterreich, Wien 1946, S.19.

35 Siehe ders., Gedanke, S.129.

Obwohl Ernst Fischer in den öffentlichen Schriften oft die Rolle des antifaschistischen Kampfes für die Herausbildung einer österreichischen Nation betonte, war er sich doch einer gewissen Widersprüchlichkeit seiner Argumente bewusst. Er unterstrich zwar immer den österreichischen Freiheitskampf als wesentliche Triebkraft für die Herausbildung eines Österreichbewusstseins, doch gleichzeitig wusste er, dass Hitler einen großen Teil der Bevölkerung in Österreich für sich hatte gewinnen können.³⁶ Dies wiederum konnte nicht nur mit einer geringen Entschlossenheit, welche dem österreichischen Volke eigen sei, erklärt werden. „Kein ehrlicher Österreicher kann die Mitverantwortung für das Schicksal seines Landes und Volkes ablehnen. Wir alle haben eine geschichtliche Fehlentwicklung gutzumachen.“³⁷

Die Forschung über Ernst Fischer hat oft versucht, das Element der Theoretisierung über die österreichische Nation von Fischers kommunistischer Identität zu trennen. So wurde der Diskurs über die österreichische Nation einem kommunistischen Diskurs gegenübergestellt. Schmidt-Dengler meint beispielsweise, dass sich in der Schrift „Zur Entstehung des österreichischen Volkscharakters“ keine explizit marxistischen Argumentationsmuster finden lassen.³⁸ Das ist jedoch kein überzeugendes Argument. Zunächst einmal spricht die enge Verwobenheit der kommunistischen Volksfrontpolitik mit dem Kampf um nationale Unabhängigkeit gegen eine solche Argumentation. Der kommunistische Diskurs selbst war seit dem VII. Weltkongress geprägt von der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit. Die diskursive Praxis Ernst Fischers stellte keinen Bruch mit der kommunistischen diskursiven Praxis dar, sondern war Ausdruck davon. Karl-Markus Gauß nimmt die Synthese von nationalem und antifaschistischem Diskurs bei Ernst Fischer wahr, doch er kritisiert diese als politisch verfehlt. Er leitet die Politik der KPÖ nach 1945 vor allem aus zwei Konzepten ab: der Theorie der Nation und der Tradition des Widerstandes. Damit wäre jedoch eine Geschichtsklitterung einhergegangen, da Österreich eine antifaschistische Identität zugesprochen werden würde, die es aufgrund seiner Beteiligung am Nationalsozialismus nicht hätte.³⁹

Die diskursive Dominanz der nationalen Frage ist aus der spezifischen Situation der kommunistischen Weltbewegung nach 1945 erklärbar. Ernst Fischer ging auf die politischen Problemstellungen der nationalen Unabhängigkeit nach 1945 ein. Im Vordergrund stand dabei der Kampf gegen das linke Sektierertum seit dem

36 Siehe ders.: *Der Freiheitskampf des Volkes in Österreich*; in: Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Nl 38, Do-126, Mappe 1, Bl. 8a.

37 Ernst Fischer: *Manuskriptfragmente über KPÖ*; in: IfZ, Nl 38, Do-126, Mappe 2, Bl. 7a.

38 Siehe Wendelin Schmidt-Dengler: *Ernst Fischer: Erziehung zur österreichischen Nation*, in: Gerhard Fetz: *Ernst Fischer – Texte und Materialien*, Wien 2000, S.86-96, hier S.87.

39 Siehe Karl-Markus Gauß: *Ernst Fischer und das Neue Österreich. Anmerkungen zum „Ende einer Illusion“*, in: Ernst Fischer: *Werkausgabe in Einzelbänden. Band 7: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945-1955*, Frankfurt/Main 21988, S.389-411, hier S.391f.

VII. Weltkongress der Komintern. Gleichzeitig wurde versucht, neue Bündnisse in der Gesellschaft zu schaffen, denn der antifaschistische Kampf des Proletariats hatte gezeigt, dass die Arbeiterklasse alleine zu schwach war, um der Offensive des Kapitals standzuhalten. Damit rückte die Bündnispolitik ins Zentrum der Diskussionen. Nach 1945 versuchte die KPÖ diese Politik fortzusetzen. Der Diskurs über die Befreiung, die Geschichte und das Wesen der Nation, der in Ernst Fischer einen starken Protagonisten fand, war Teil des kommunistischen Diskurses. Die diskursive Praxis über die österreichische Nation bildete damit keineswegs eine Trennlinie zum kommunistischen Diskurs, sondern stand vielmehr in seinem Mittelpunkt. Fischer bildete mit seinen Schriften ein Gravitationszentrum kommunistischen Denkens und stand nicht, wie gelegentlich behauptet, außerhalb dieses Feldes.

4. Marxistischer Humanismus

Eine spezifische Form des marxistischen Humanismus war für Ernst Fischers theoretische Arbeit von entscheidender Bedeutung und legte in vielerlei Hinsicht Grundlagen für sein späteres Werk. Das Wesen des Menschen und die Probleme seiner Entfremdung standen für Ernst Fischer immer im Zentrum der Überlegungen. Dennoch sind verschiedene Brüche in seinem Werk festzustellen. Die Diskontinuitäten sind weniger auf inhaltliche Veränderung, als vielmehr auf die veränderten Konstellationen in den diskursiven Bedingungen, also in den politischen Kämpfen der kommunistischen Weltbewegung zurückzuführen. Gedankliche Keime konnten erst unter veränderten historischen Bedingungen ihre Wirkung entfalten.

Für den Zeitraum von 1945 bis 1948 liegt für die philosophische Interpretation im Wesentlichen ein Text vor. In seiner Schrift „Freiheit und Persönlichkeit“⁴⁰ behandelte Fischer die Probleme des Menschen und dessen Entfremdung in der Gesellschaft. Er bemühte sich, auf diese Probleme marxistische Antworten zu geben. Gleichzeitig gab es schon gewisse Kontraste zum orthodoxen marxistischen Diskurs. In diesem Text knüpfte er an die Entfremdungsproblematik der frühen Schriften von Marx an. Er versuchte, die Situation nach 1945 mit der Entfremdungsproblematik in Verbindung zu bringen und den geistigen Niedergang aus einer gesellschaftlichen Krise heraus zu erklären. Fischer sah sich selbst in einer Gegnerschaft zur philosophischen Strömung des Existenzialismus und attackierte diesen immer wieder aufs Schärfste. Für ihn war dieser eine Krisenerscheinung der bürgerlichen Philosophie, welche den Niedergang des Kapitalismus zu bewältigen versuchte. Der Existenzialismus würde die Problematik des Individuums in der Gesellschaft zwar aufgreifen, doch keine befriedigenden Antworten finden.⁴¹ Die Auseinandersetzung mit dem Existenzialismus kehrte in Fischers Werk immer wieder, doch mit zunehmender Distanz zum orthodoxen

40 Siehe Ernst Fischer: *Freiheit und Persönlichkeit. Drei Vorlesungen über Probleme der modernen Philosophie*, Wien 1947.

41 Siehe ebenda, S.11.

Marxismus wurde seine Haltung gegenüber dieser geistigen Richtung immer wohlgesonnener.

Bereits in „Freiheit und Persönlichkeit“ kritisierte er einen statischen und mechanischen Begriff der Umwelt. Er stellte ihm einen aktivistischen Marxismus entgegen, der darauf beharre, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse vor allem durch den subjektiven Faktor, also durch den Menschen selbst, veränderbar sind. Interessant dabei ist, dass Ernst Fischer bei der Fragestellung der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse keine gesellschaftlich-politische Argumentation wählt, sondern eine allgemein anthropologische. Er thematisierte nicht die Kräfteverhältnisse der sozialen Klassen zueinander und deren Veränderung durch eine Revolution, er konzentrierte sich in seinen Überlegungen auf die allgemein gesellschaftliche Problematik der Arbeit in der Gesellschaft. Damit fokussierte er auf einen anthropologischen Diskurs, wie wir ihn aus den Frühschriften von Marx kennen, und befand sich damit in einem gewissen, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch untergeordneten, Gegensatz zum orthodoxen Diskurs.

Die Betrachtungen über die Rolle der menschlichen Arbeit standen bei Ernst Fischer im Mittelpunkt. Arbeit wurde als ein Mittel des Menschen betrachtet, seine Umwelt bewusst zu gestalten. Mit dem Problem des Subjekts im Arbeitsprozess wurde die Frage der Subjekt-Objekt-Beziehung im Allgemeinen angesprochen. Ein wichtiger Bezugspunkt in diesen Überlegungen waren Marx' Thesen über Feuerbach. Mit diesem Bezug wiederum wandte sich Fischer gegen eine mechanische Weltauffassung, einen starren Objektivismus, der eine strikte, unüberwindbare Grenze zwischen Subjekt und Objekt zog. „Der mechanischen Vorstellung, daß der Mensch nur mehr oder minder willenloses Produkt der Umwelt sei, wird hier die *dialektische*, die aktivistische Vorstellung entgegengesetzt, daß es ja schließlich der Mensch ist, der die Natur, die Umwelt, verändert, daß hier Ursache und Wirkung nicht pedantisch zu trennen sind, sondern in einer unendlichen Wechselwirkung ineinandergreifen.“⁴² Fischer formulierte diesen Vorwurf gegen eine mechanische Philosophie, wobei er sich hier konkret auf den Existenzialismus bezog. Dem hielt er eine marxistische Dialektik entgegen, die das Subjekt sowohl den objektiven Bedingungen unterwirft als auch diese Bedingungen als Produkt menschlichen Handelns erkennt. Auch wenn sich diese Argumentation in diesem konkreten Punkt gegen den Existenzialismus richtete, so bereitete Fischer hier schon Argumente vor, die sich später auch gegen einen allzu mechanischen Ansatz innerhalb des Marxismus wenden sollten.

Die Frage der Subjekt-Objekt-Beziehung ist aus heutiger Perspektive durchaus relevant. Denn gerade die verstärkte Rezeption Gramscis im deutschsprachigen Raum hat die Bedeutung der Feuerbachthesen für diese theoretische Debatte unterstrichen. Die sogenannte Philosophie der Praxis stellte eine spezifische Interpretation und Weiterentwicklung des Marxismus dar. Ernst Fischer bezog sich in seinem theoretischen Werk erst 1966 auf Gramsci und dies auch vor allem

42 Ebenda, S.15.

unter dem Blickwinkel einer Betrachtung über Intellektuelle.⁴³ Doch gerade der gemeinsame Bezug auf die Feuerbachthesen, die Betonung eines aktivistischen Marxismus und der Kampf gegen einen starren, mechanischen Objektivismus verbinden diese beiden Denker.

Obwohl der praktische Bruch mit dem orthodoxen Marxismus bei Fischer erst viel später stattfand, finden sich schon 1947 Ansatzpunkte. Diese können wir nur retrospektiv festmachen, und sie bedeuten keineswegs, dass die Entwicklung Ernst Fischers so hatte verlaufen müssen. Doch seine historischen Aufgabenstellungen und spezifischen Lösungsansätze brachten ihn in seiner diskursiven Praxis immer mehr auf Distanz zum orthodoxen Marxismus. Bei Ernst Fischer häuften sich allmählich verschiedene Differenzen zu letzterem an, die sich immer mehr zu einem Konflikt auswuchsen. Die Kritik am mechanischen Objektivismus sowie an der ästhetischen Widerspiegelungstheorie ergaben immer neue Momente, die Ernst Fischer in eine bestimmte Position rückten. Der humanistische Diskurs, die Betonung der Rolle der Arbeit in der Menschwerdung und damit der Fähigkeit der Menschen, auf die gesellschaftlichen Bedingungen Einfluss zu nehmen, führten bei ihm zu einem unorthodoxen Verständnis des Marxismus. War in der erwähnten Schrift von 1947 noch der Existenzialismus als mechanischer Objektivismus Ziel seiner Kritik, so wurde zunehmend der dogmatische Marxismus zum Objekt der Auseinandersetzung.

Fischer hielt am Gedanken fest, dass es eine objektive Realität außerhalb des Subjekts gibt. Diese objektiven Zusammenhänge würden im Bewusstsein des Menschen widergespiegelt. Das Kriterium, um festzustellen, ob eine Form des Bewusstseins wahr oder falsch sei, sei die Praxis.⁴⁴ Damit bezog sich Ernst Fischer in der erkenntnistheoretischen Auseinandersetzung auf die Widerspiegelungstheorie Lenins, die in der gesamten kommunistischen Debatte dominant war. Dies ist deswegen von Bedeutung, da das Widerspiegelungstheorem auch im ästhetischen Diskurs eine dominierende Stellung einnahm. Ernst Fischer kritisierte diese Theorie später scharf und gehörte zu ihren Gegnern. Dies machte zu einem späteren Zeitpunkt einen wesentlichen Teil des Bruchs mit dem orthodoxen Marxismus aus.⁴⁵ Der Text „Freiheit und Persönlichkeit“ gibt jedoch darüber Aufschluss, dass sich Ernst Fischer 1947 noch auf dem Feld der Widerspiegelungstheorie bewegte.

Der allgemein-humanistische Diskurs Ernst Fischers, der vor dem Hintergrund kommunistischer Volksfrontpolitik zu erklären ist,⁴⁶ hob sich stark vom marxistischen Diskurs des Kommunistischen Manifestes ab, der die Ausbeutung des Proletariats und dessen Mission beim Sozialismusaufbau betonte. Damit löste

43 Siehe Ernst Fischer: *Kunst und Koexistenz. Beitrag zu einer modernen marxistischen Ästhetik*, Reinbek bei Hamburg 1966, S.66.

44 Siehe Fischer, *Freiheit*, S.72.

45 Siehe ders.: *Zeitgeist und Literatur. Gebundenheit und Freiheit der Kunst*, Wien u. a. 1964, S.73-82.

46 Siehe ders.: *Für Freiheit und Vernunft. Ansprache an der Wiener Universität zur Eröffnung der volkstümlichen Hochschulkurse*, Wien 1945, S.10.

der Humanismus auf einer philosophischen Ebene eine Problemstellung, die auf einer politischen Ebene für die Volksfrontpolitik von entscheidender Bedeutung war.

Der Humanismus Ernst Fischers war ambivalent. Auf der einen Seite knüpfte er bewusst an einen marxistischen Diskurs an.⁴⁷ Andererseits ist in einigen Bereichen eine gewisse Absetzung gegenüber bestimmten Tendenzen im Marxismus erkennbar. Die Forschung reflektiert dieses Phänomen als eine demokratische und offene Phase im Werk von Ernst Fischer, bevor er eine stalinistische Rückbesinnung erlebte.⁴⁸ Die These, wonach Fischer sich in der demokratischen und offenen Phase vom Marxismus entfernt und bei ihm später eine Rückbesinnung auf den Marxismus stattgefunden habe, ist insofern nicht zutreffend, da diese Widersprüche Teil des kommunistischen Diskurses selbst waren. Es gab zwar Differenzen zwischen dem humanistischen Ansatz Ernst Fischers und einem arbeitertümlerischen kommunistischen Diskurs, doch das waren inhärente, innere Widersprüchlichkeiten. Eine starre Gegenüberstellung von Humanismus und stalinistischem Dogmatismus, wie sie etwa McClain praktiziert,⁴⁹ erscheint nicht sinnvoll. Fischer knüpfte an den anthropologischen Humanismus der Marxschen Frühschriften an, obwohl die Bedeutung dieser Texte in der kommunistischen Bewegung umstritten war. Dabei bewegte er sich innerhalb eines kommunistischen Diskurses und vollzog auch dessen Wendungen und Entwicklungen mit.

Dabei hatte Ernst Fischer immer Anteil an kommunistischer Theoriebildung. Die Anknüpfung an Marx' Frühschriften, die Betonung der Feuerbachthesen, die Akzentuierung der Freiheit des Willen gegenüber der Notwendigkeit, das alles sind Elemente, die als Keimformen späterer Distanzierung angesehen werden können, die letztendlich den Ausschluss aus der Partei nach sich zog. Im kommunistischen Diskurs gab es, nicht zuletzt durch den Kalten Krieg, eine Wende, die zu einer anderen Kontextualisierung der Marxschen Entfremdungsproblematik führte. Damit kam Fischers kontinuierliche Betonung der Entfremdung immer mehr in einen Gegensatz zum orthodoxen Diskurs. Die Klammer, welche die Theorie Ernst Fischers noch längere Zeit mit dem orthodoxen Marxismus verband, war die Widerspiegelungstheorie.

Anfang der sechziger Jahre wendete sich wieder das Blatt: Die Veränderung der historischen Konstellationen führten zu der Herausbildung eines tiefen Gegensatzes zwischen dem Humanisten Ernst Fischer und seiner Partei.

47 Siehe Gauß, Ernst Fischer, S.390.

48 Siehe Stumpf, Mittelstück, S.150-152.

49 Siehe McClain, From Ideology, S.83.

Regionales

Zur Spaltung der Sozialdemokratie in Thüringen im Frühjahr 1917

Mario Hesselbarth

„Und wir in Thüringen?“¹ – Unter dieser Fragestellung befasste sich Adolf Schauder², Funktionär der Gothaer SPD, am 23. März 1917 mit der Situation im sozialdemokratischen Agitationsbezirk Groß-Thüringen. Auch wenn sich die Partei – seiner Auffassung nach richtigerweise – zu neun Zehnteln ihrer politischen Tätigkeit mit der Bewältigung von Gegenwartsaufgaben im Interesse der arbeitenden Bevölkerung beschäftigte, bedeute dies nicht, dass sie wie eine Regierungspartei agieren müsse. Diese Kritik zielte auf die Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes der SPD in der Frage der Kriegskreditbewilligung. Die Sozialdemokratie, so Schauder, habe den Krieg nicht gewollt, weshalb sie auch keinen Anlass hätte, ihn zu unterstützen. Angesichts des Beschlusses des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917, der die Mitgliedschaft in der gegen den Krieg gerichteten innerparteilichen Opposition als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei erklärte,³ fragte er, „warum sollen wir uns denn spalten? Wer Sozialdemokrat sein und bleiben will, der bleibe auf dem Boden des Programms.“⁴

Damit hatte Schauder jene Problematik angesprochen, mit der sich die große Mehrheit der Thüringischen Sozialdemokraten im Frühjahr 1917 konfrontiert sah. Ihre ablehnende Haltung gegenüber der Burgfriedenspolitik von Reichstagsfraktion und Parteivorstand einerseits und die Ausgrenzung der Opposition andererseits machten eine Entscheidung in der Frage, welche Konsequenzen hieraus zu ziehen waren, immer dringender. Die Ablehnung der Burgfriedenspolitik reichte innerhalb der thüringischen Sozialdemokratie bis in den revisionistisch und reformerisch eingestellten Flügel. Zwar spielten die Vorkriegsströmungen innerhalb der SPD bei ihrer Spaltung und der Herausbildung der USPD im Frühjahr 1917 auch in Thüringen eine wichtige Rolle. Vollständig erklären können die Konfliktlinien der Vorkriegszeit die Tatsache, dass die Bezirke Erfurt

1 Erfurter Tribüne, 23.3.1917.

2 Siehe Christos Yannacopoulos/Irma Pflüger: Der August Bebel von Gotha. Adolf Schauder (1856-1924), in: Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, Jena 2006, S.377-381.

3 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20.10.1917, Berlin 1917, S.35.

4 Erfurter Tribüne, 23.3.1917.

und Groß-Thüringen zu denjenigen gehörten, in denen infolge der Spaltung die SPD einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder verlor⁵, jedoch nicht.

Wirklich verständlich wird diese Entwicklung erst vor dem Hintergrund jener Differenzen, an denen sich die Flügel in der SPD nach dem 4. August 1914 inhaltlich wie personell neu herausbildeten.⁶ Die Mehrheit von Reichstagsfraktion und Parteivorstand wollte durch die Unterstützung der nationalen Kriegspolitik die Voraussetzung für eine auf gesellschaftspolitischer Gleichberechtigung basierende nationale Integration der arbeitenden Klasse erreichen.⁷ Diese integrative Politik setzte im Krieg den Verzicht auf jede eigenständige Politik voraus und stand damit im Gegensatz zum Revisionismus. Nicht zufällig war das „Gebot der Stunde“,⁸ die nach Karl Liebknechts Nein am 2. Dezember 1914 im Reichstag erste öffentliche Kritik an der offiziellen sozialdemokratischen Kriegspolitik, auch von Eduard Bernstein, dem theoretischen Vordenker des Revisionismus, mit erarbeitet und unterzeichnet worden. Demgegenüber hatte sich um Eduard David ein nationalistischer Flügel herausgebildet, zu dem auch Max Cohen⁹, der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Reuß ä.L./Greiz, zählte. Im Artikel „Die Parteispaltung und was ihr folgen muß“¹⁰ brachte er die Positionen dieses nationalistischen Flügels zugespitzt zum Ausdruck: „Die Partei muß nun klar und ohne Schwanken den Weg gehen, den sie in der Praxis einer kriegspolitischen Tätigkeit von 30 Monaten, zögernd zwar und ihren Aufgaben nur halb genügend, gegangen ist. Es gibt auf der beschrifteten Bahn kein Rückwärts mehr. [...] Bei der eigentümlichen und wichtigen Stellung, die die Arbeiter im Produktionsprozess einnehmen, können sie geradezu das Schicksal des Deutschen Reiches werden, wenn sie sich nicht gegen die Staatsnotwendigkeiten der europäischen Großmacht Deutschland wenden, diese vielmehr zu ihrer eigenen Sache machen. [...] Es wäre geradezu widersinnig und gegen jede Erfahrung, wenn Staaten von der Leistungsfähigkeit und dem Lebenswillen des Deutschen Reiches sich einkapseln und auf die Geltendmachung machtpolitischer Tendenzen verzichten sollten. [...] Wir brauchen, das ist eines der wichtigsten Kriegsziele, ein großes und kräftiges deutsches Kolonialreich. [...] Wir brauchen vor allem

5 Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag, in: Protokoll Würzburg, S.4-44, hier S.9.

6 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S.214-222; Dieter Engelmann: Einige neue Bewertungskriterien für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie während des Ersten Weltkrieges, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 32 (1990), S.618-626.

7 Kruse, Krieg, S.224.

8 Abgedruckt in Eugen Prager: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S.72-74.

9 Siehe Ernest Hamburger: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968, S.498-502.

10 Sozialistische Monatshefte, Nr. 2/1917. Hier zit. nach: Karl Kautsky: Die Wendung zum Nationalsozialismus im Kriege, in: Die Neue Zeit 35 (1917), S.561-569, hier S.568f.

die Zusammenfassung der kontinentaleuropäischen Kräfte zu einem wirtschaftlich zusammenhängenden Imperium, damit endlich (mehr als 100 Jahre nach Napoleon) ein von England unabhängiges Kontinentaleuropa entsteht.¹¹

Max Cohen gehörte zur Vorkriegslinken. Auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 hatte er sich kritisch zu dem von Hugo Haase vorgeschlagenen Weg geäußert, Kriege durch das Engagement der Partei auch innerhalb des kapitalistischen Systems zu verhindern. Er hielt dies 1912 für eine Illusion, denn der Friede könne nur durch den Sozialismus garantiert werden.¹² Es war diese dezidiert linke Position, welche die Greizer Sozialdemokraten bewogen hatte, Cohen für die Kandidatur in dem für die SPD sicheren Wahlkreis Reuß ä.L. aufzustellen.¹³

In der Tendenz traten die von Cohen 1917 geäußerten Positionen unmittelbar nach Ausbruch des Krieges innerhalb der SPD auf. Dagegen erhob sich frühzeitig Widerspruch. Wilhelm Knauf, Vorsitzender des Wahlkreisvereins Reuß j.L./Gera schrieb an Konrad Haenisch, ebenfalls ein Vorkriegslinker, der auf nationalistische Positionen abgeschwenkt war: „Wir simplen Genossen, die wir hinter der Fraktionsmehrheit stehen, lehnen diese Schlußfolgerungen jedenfalls ab. [...] Wenn dies die logische Fortsetzung der Fraktionspolitik sein sollte, [...] dann sind unsere Massen nicht mehr zu halten.“¹⁴

Vor diesem Hintergrund wäre zu fragen, ob das „Einschlafen des Parteilebens“, welches nach Ausbruch des Krieges 1914 vielerorts in Thüringen zu beobachten war,¹⁵ zumindest partiell als Ausdruck eines passiven Widerstandes vieler Parteimitglieder gewertet werden kann, die sich so der Beeinflussung durch die Kriegpropaganda innerhalb der Partei entzogen. Ein Anzeichen hierfür ist die Kritik der Jenaer SPD-Parteileitung Ende 1914/Anfang 1915 an ihrer Basis, die kaum noch zu den Parteiversammlungen erschien und so die Kriegslichtbildvorträge verpasse.¹⁶ Die zunehmende Ablehnung der integrativen Politik der Mehrheit in Reichstagsfraktion und Parteivorstand bildete den Boden für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit. Getragen wurde die aktive Antikriegsopposition in Thüringen von drei Gruppen, wobei die hier vorgenommene Einteilung keine ist, welche die damaligen Akteure für sich selbst so proklamiert hätten.

11 Ebenda.

12 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S.427-429.

13 Siehe Hamburger, Juden, S.498.

14 Zit. nach: Kruse, Krieg, S.181.

15 Siehe Walter Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914-1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD, Dissertation, Halle 1965, S.34.

16 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 7.12.1914 und 1.2.1915.

Da war zunächst die Vorkriegslinker. Otto Geithner,¹⁷ der Redakteur des „Gothaer Volksblattes“, machte dieses zu Beginn des Krieges zu einem Sprachrohr der Opposition. Geithner hatte in der Schweiz August Bebel und W. I. Lenin kennengelernt¹⁸ und war 1910 nach Gotha zum „Volksblatt“ gekommen. Dieses wurde Anfang 1915 verboten, „weil es gegen die vaterländische Haltung der Sozialdemokratie selbst Stellung genommen hat“,¹⁹ so die Begründung des stellvertretenden Generalkommandos. Geithner nahm am 5. März 1915 an der Gründung der Gruppe Internationale in Berlin teil,²⁰ war aber später kein aktives Spartakusmitglied und kam erst 1920 als Befürworter der 21 Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale zur KPD. Emil Höllein,²¹ seit 1905 in Jena, war Leiter des Diskutierclubs, der unter dem Eindruck der russischen Revolution und der Debatten über den Massenstreik entstanden war. Hier sammelte sich die Vorkriegslinker Jenas.²² Anfang 1915 wollten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Höllein für die Mitarbeit an der „Internationale“ gewinnen,²³ was jedoch wegen seiner „ideologischen Unklarheiten“²⁴ nicht zustande kam. Höllein sollte sich vor dem USPD-Parteitag in Halle 1920 gegen deren Spaltung aussprechen und fordern, den Streit um die Aufnahmebedingungen nicht als Machtfrage auszutragen.²⁵

Die zweite Gruppe der Antikriegsopposition bildete die Arbeiterjugendopposition, zu der in Thüringen ca. 3.100 Mitglieder gehörten.²⁶ Ausgehend von dem in Jena bereits 1906 gegründeten Arbeiterjugendbildungsverein „Junge Garde“ erfuhr die Thüringer Arbeiterjugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg vor allem infolge der Tätigkeit Georg Schumanns²⁷ als deren Leiter ein schnelles

17 Siehe Helga Raschke: „In contumicium“ aus der KPD geworfen. Ernst Geithner (1876-1948), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, *Ideen*, S.177-183; Hermann Weber/Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S.239f.

18 Siehe Raschke, „In contumicium“, S.178.

19 Ebenda, S.180.

20 Siehe Gerhard Schulze: *Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen*, Erfurt 1974, S.24.

21 Siehe Andreas Herbst: *Radikal und kompetent. Emil Höllein (1889-1929)*, in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, *Ideen*, S.235-242; Hannelore Freundlich: *Emil Höllein – Lebensbild eines Revolutionärs*, in: *Beiträge zur Geschichte Thüringens*, Bd. II, Erfurt 1970, S.178-185; Weber/Herbst, *Kommunisten*, S.318.

22 Siehe Ullrich Hess: *Geschichte Thüringens 1866 bis 1914*. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl, Weimar 1991, S.400.

23 Siehe Freundlich, Höllein, S.180.

24 Pöhland, *Arbeiterbewegung*, S.40.

25 Siehe Herbst, *Radikal und kompetent*, S.238.

26 Siehe Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917*, Berlin 1987, S.489.

27 Siehe Kurt Kühn: *Georg Schumann. Eine Biographie*, Berlin 1965; Weber/Herbst, *Kommunisten*, S.717f.

Wachstum.²⁸ Nicht zuletzt wegen seiner Bekanntschaft mit Karl Liebknecht²⁹ beteiligte er sich an den Pfingsttreffen der Thüringer Arbeiterjugend 1910 in Jena und 1912 in Ilmenau und agitierte dort gegen den Militarismus.³⁰ Schumanns Nachfolger Curt Böhme³¹ nahm auf Einladung Liebknechts an der Gründung der Spartakusgruppe Anfang Januar 1916 in Berlin teil.³² Er leitete auch, nachdem Höllein im März 1915 einberufen worden war, die illegale Jenaer Oppositionsgruppe. Diese stellte mit Gründung der USPD ihre Arbeit jedoch weitgehend ein, da sie sich nun in der neuen Partei offiziell betätigen konnte. Curt Böhme, der die illegale Arbeit zunächst noch fortsetzte, empfand dies rückblickend als eine Verengung seiner eigenen Tätigkeit, da es nur noch um die Aufrechterhaltung des Kontaktes zur Spartakusleitung in Berlin gegangen sein soll.³³ Zur dritten Gruppe, den pazifistischen Kriegsgegnern, zählte der Redakteur der „Nordhäusener Volkszeitung“ Johann Kleinsphen,³⁴ der kein Vorkriegslinker war. Er gehörte nach 1918 zum rechten Flügel der USPD. Laut Böhme hatte Kleinsphen ebenfalls an der Gründung der Spartakusgruppe in Berlin teilgenommen.³⁵ Zu den pazifistischen Kriegsgegnern zählte auch Wilhelm Bock, der 1869 die Eisenacher Partei mitbegründet hatte und 1875 aktiv an deren Vereinigung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beteiligt gewesen war.³⁶ Bis 1910 tendierte er zum Revisionismus und danach zum marxistischen Zentrum. Als Reichstagsabgeordneter für Gotha stimmte er am 3. August 1914 in

28 Siehe Wolfgang Schumann: Carl Zeiss Jena. Einst und Jetzt, Berlin 1962, S.207.

29 Siehe Kühn, Schumann, S.64.

30 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S.400.

31 Siehe Curt Böhme: Erinnerungen aus der politischen Arbeit in Stadt und Unterbezirk Jena in den Jahren um den ersten Weltkrieg, Gera 30.7.1957, unveröffentlichtes Manuskript im Nachlass Wörfel. Biographische Angaben zu Böhme, in: Ronald Sassning: Die Jenaer Osterkonferenz 1916 und ihre aktuellen Lehren. Materialien und Dokumente zum 50. Jahrestag, Gera 1967, S.74f.

32 Siehe ebenda, S.16. Aus Briefen Käthe Dunckers an Hermann Duncker schließt Heinz Deutschland, dass die Gründungskonferenz entgegen der üblichen Darstellung nicht am 1.1.1916, sondern einen Tag später stattfand. Siehe Heinz Deutschland (Hrsg.): Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten. Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917, Bonn 2005, S.42, 46.

33 Siehe Böhme, Erinnerungen, S.23.

34 Siehe Klaus Schmidtke: Die SPD in Nordhausen und Salza. Bürgerstadt und Arbeiterdorf zwischen Kaiserreich und DDR, in: Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993, S.183-286, hier S.210.

35 Siehe Böhme, Erinnerungen, S.16.

36 Siehe Mario Hesselbarth: Der Großvater des Sozialismus in Thüringen. Wilhelm Bock (1846-1931), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, Ideen, S.53-62. In seinen Erinnerungen machte Bock keine Angaben über seine Rolle während der Parteispaltung 1916/17. Siehe Wilhelm Bock: Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927.

der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite.³⁷ Alle Genannten waren Unterzeichner des Unterschriftenflugblattes vom 9. Juni 1915,³⁸ mit dem – von Karl Liebknecht initiiert –, die Opposition innerhalb der Partei reichsweit öffentlich wurde. August Baudert,³⁹ Reichstagsabgeordneter und Sekretär des Agitationsbezirk-Groß-Thüringen, kritisierte das Unterschriftenflugblatt. Zwar respektierte er andere Meinungen, forderte aber von der Minderheit, sich bei ihrer Kritik jeder Öffentlichkeit zu enthalten.⁴⁰ Angesichts neuer Herausforderungen wäre die Geschlossenheit der Partei das wichtigste, auch er würde weiterhin „gegen Kapitalismus, gegen den Krieg und für einen dauernden Frieden“⁴¹ arbeiten. Das war kein Lippenbekenntnis, von ihm kam vor der zweiten Abstimmung über die Kriegskredite Anfang Dezember 1914 fraktionsintern eine der 17 Gegenstimmen.⁴²

Bauderts Haltung gegenüber dem Unterschriftenflugblatt umreißt die Position der Thüringer Bezirksleitung bis zum Frühjahr 1917, die von einem unbedingten Festhalten an der Parteieinheit gekennzeichnet war. Sie verlangte von der Minderheit, sich unterzuordnen und alles zu vermeiden, was die Geschlossenheit der Partei nach außen gefährdete. Die Oppositionellen wurden mit ihrer Haltung akzeptiert, und ihnen wurde das Recht eingeräumt, intern, aber nicht öffentlich, für ihre Position zu streiten. Vielleicht verband die Leitung um Baudert damit auch die Hoffnung, dass die Opposition die Mehrheit erringen würde. Mit ihrer Position befand sich die Thüringer Bezirksleitung jedoch in einem unauflösbaren Widerspruch, denn ohne Öffentlichkeit gab es keine Opposition. Der Erhalt der Parteieinheit im Sinne des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion bedeutete keine Öffentlichkeit für die Opposition, also letztlich auch keine Opposition. Zur Durchsetzung ihrer Position war die Parteirechte zur Spaltung entschlossen.⁴³

Die disziplinarischen Maßnahmen gegen die Opposition vom 18. Januar 1917⁴⁴ lehnte die Thüringer Bezirksleitung ab. Schon im April 1916 hatte sie sich der

37 Siehe Prager, Geschichte der USPD, S.26.

38 Siehe Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II Bd. 1, Berlin 1958, S.169-185.

39 Siehe Peter Franz: Ein sozialistischer Basisarbeiter. August Baudert (1860-1942), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker, Ideen, S.30-38.

40 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 8.7.1915.

41 Ebenda.

42 Siehe Prager, Geschichte der USPD, S.45.

43 „Es ist vollbracht. Scheidung auf der ganzen Linie. Mein Ziel. Ich habe gesiegt. Nun gilt es, Zentrum und Rechte innerlich zu konsolidieren, auf dem Boden einer ehrlichen reformistischen Politik“. Tagebucheintrag Eduard Davids vom 24.3.1916, dem Tag, an dem die Minderheit aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen wurde, in: Erich Matthias/Susanne Miller/Karl Dietrich Bracher: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, Düsseldorf 1966, S.168.

44 Siehe Protokoll Würzburg, S.35.

Erklärung von 14 SPD-Reichstagsabgeordneten angeschlossen,⁴⁵ die der Fraktionsmehrheit das Recht absprach, die Minderheit auszuschließen⁴⁶. Ein knappes Jahr später erklärte die Thüringer Bezirkskonferenz am 18. Februar 1917 mit 32 zu sechs Stimmen: „Es gibt kein außerhalb der Partei stellen“.⁴⁷ Ausdrücklich stellte die Konferenz fest, der Parteivorstand spalte die Partei, wenn er das Recht der Opposition auf freie Meinungsäußerung unterdrücke. Zugleich forderten die Teilnehmer von den Thüringer Sozialdemokraten, sich nicht an Sonderorganisationen zu beteiligen, da diese die Partei ebenfalls auseinanderreißen würden.⁴⁸

Die Opposition in Thüringen selbst sah sich keinesfalls als Abspaltung. Die Jenaer Ortsgruppe,⁴⁹ welche ihren Vorsitzenden Richard Zimmermann⁵⁰ zur Oppositionskonferenz am 7. Januar 1917 nach Berlin delegiert hatte,⁵¹ erklärte ausdrücklich, auf dem Boden der Resolution Lipinski zu stehen, welche betonte, als Opposition in der Partei wirken zu wollen.⁵² Das gleiche erklärten die Ortsgruppen Eisenachs und Umgebung. Sie bekannten sich zur Opposition und wollten, im Rahmen der Partei, von diesem Standpunkt aus für die Interessen und Grundsätze der Partei wirken.⁵³ In diesem Sinne erklärte sich auch die Wahlkreisorganisation Greiz.⁵⁴

Angesichts der im Frühjahr 1917 fortschreitenden Spaltung der SPD außerhalb Thüringens waren die Positionen der Bezirksleitung und der oppositionellen Gruppen nicht mehr haltbar. Auch die von der „Erfurter Tribüne“ unmittelbar vor der Gründung der USPD entwickelte Konzeption stellte die Entschlossenheit des Parteivorstandes, die Opposition auszuschließen, nicht in Rechnung. Das Blatt begrüßte die Gründung der neuen Partei als Zusammenfassung der Ausgeschlossenen und ersten Schritt zur Wiedererlangung der Parteieinheit.⁵⁵ Aus ihrer Sicht war die USPD ein Notbehelf, um die oppositionellen Mitglieder zu sammeln und zum gegebenen Zeitpunkt deren Rückkehr in die Partei herbei-

45 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 14.4.1916.

46 Siehe Erich Matthias/Eberhardt Pikart: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Düsseldorf 1966, S.177. Die Minderheit gründete daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG).

47 Weimarerische Volkszeitung, 22.2.1917.

48 Siehe ebenda.

49 In Jena hatte die Opposition im Juni 1916 bei den Wahlen zum Ortsvorstand die Mehrheit erhalten. Siehe Weimarerische Volkszeitung, 16.6.1916.

50 Siehe Weber/Herbst, Kommunisten, S.897f.

51 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 5.1.1917.

52 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 15.1.1917. Die Resolution Lipinski ist abgedruckt in: Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U.S.P.D: vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin. Herausgegeben von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S.97f.; siehe auch Prager, Geschichte der USPD, S.126f.

53 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 1.2.1917.

54 Siehe Erfurter Tribüne, 31.3.1917.

55 Siehe Erfurter Tribüne, 4.4.1917.

zuführen.⁵⁶ Dies traf durchaus das Denken vieler thüringischer Sozialdemokraten bis 1918/19.⁵⁷ Die „Erfurter Tribüne“ forderte von der Opposition, dort in der Partei zu verbleiben, wo sie in der Mehrheit sei, wie dies in Thüringen und im Bezirk Erfurt der Fall war.

Tatsächlich hatte Adolf Schauer während der Bezirkskonferenz den Eindruck gewonnen, dass die Thüringer SPD in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Opposition teilte.⁵⁸ Der Antrag, sich offen auf die Position der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu stellen, war jedoch mit 17 gegen 21 Stimmen abgelehnt worden.⁵⁹ Die Opposition drängte nun ebenso auf Klärung der Position in Thüringen wie die Unterstützer der Vorstandspolitik, denn mit der am 18. Februar 1917 beschlossenen Resolution hatte sich die Bezirkskonferenz jeglicher inhaltlicher Stellungnahme im Streit um die Kriegskreditbewilligung enthalten. Dies veranlasste den zur Mehrheit gehörenden Rudolstädter Reichstagsabgeordneten Arthur Hofmann,⁶⁰ den Agitationsbezirk dahingehend zu kritisieren, man könne der Auseinandersetzung nicht ewig aus dem Wege gehen. Seine Position war auf der Bezirkskonferenz klar in der Minderheit geblieben, ein entsprechender Antrag hatte nur neun Stimmen bei 26 Gegenstimmen erhalten.⁶¹ Mit seinem Artikel „Und wir in Thüringen“⁶² hatte er die Debatte in Thüringens sozialdemokratischer Presse faktisch eröffnet. Die Position der Bezirkskonferenz verteidigend, wies Baudert unter der gleichen Fragestellung darauf hin, daß auch Teilen der Thüringer Opposition die Geschlossenheit der Partei zunächst die Hauptsache sei.⁶³

Der Anlass für Bauderts Beitrag in der „Weimarer Volkszeitung“ war jedoch nicht Hofmanns Kritik, sondern eine Initiative des Vorstandes der Gothaer Wahlkreisorganisation. Diese bekannte sich auf einer Wahlkreisversammlung am 11.

56 Siehe ebenda.

57 Wilhelm Knauf wies in seiner Rede auf dem Märzparteitag 1919 ausdrücklich auf die Einigungsbestrebungen in Ostthüringen hin. Siehe Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 2. bis 6. März 1919, Berlin 1919, S.147. Von der Ostthüringer USPD ging Ende November die Initiative zu einem Bündnis beider sozialdemokratischer Parteien bei der bevorstehenden Wahl zur Nationalversammlung aus (siehe Schulze, Novemberrevolution, S.142). Ein weiterer Beleg hierfür sind die Anträge aus Jena und Weimar an den Weimarer SPD-Parteitag 1919 (siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10.-15. Juni 1919, Berlin 1919, S.74f.).

58 Siehe Erfurter Tribüne, 23.3.1917.

59 Siehe Erfurter Tribüne, 22.2.1917.

60 Siehe Ullrich Hess: Arthur Hofmann und der Kampf der Sozialdemokratie um den Reichstagswahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt 1871-1912, in: Rudolstädter Heimathefte 2 (1956), S.169-177 und S.220-235.

61 Siehe Erfurter Tribüne, 22.2.1917.

62 Altenburger Volkszeitung, 20.2.1917.

63 Siehe Weimarer Volkszeitung, 17.3.1917.

März 1917 noch einmal offen zur Opposition und lud zu einer Thüringer Oppositionskonferenz ein,⁶⁴ die am 25. März 1917 in Gotha stattfand. Viel mehr ist über die Konferenz bisher nicht bekannt geworden.⁶⁵ Die einzigen verwertbaren Informationen stammen aus einem kurzen Bericht der „Erfurter Tribüne“, die entsprechend ihrer Haltung die Oppositionskonferenz begrüßte, da nicht die Spaltung, sondern die Einheit der Partei im Vordergrund gestanden hätte.⁶⁶ Zwar gab es auf der Konferenz Stimmen, die eine Verkleisterung der Differenzen nicht länger mitmachen wollten, doch waren bisher Maßnahmen des Bezirksvorstandes gegen die Opposition unterblieben, weshalb deren Mehrheit in der Partei bleiben wollte.⁶⁷

Die Einschätzungen Bauderts⁶⁸ und Paul Reißhaus⁶⁹ vom 18. April 1917 im Parteiausschuss der SPD, wonach die Anwesenden aus Thüringen auf dem Gründungsparteitag der USPD, anders als im offiziellen Bericht angegeben,⁷⁰ in ihrer Mehrheit von ihren Organisationen nicht delegiert worden waren, erscheinen vor diesem Hintergrund als zutreffend. Beider Hoffnungen jedoch, die Masse der Sozialdemokraten Thüringer würde in der SPD verbleiben, erwiesen sich als trügerisch. Deren Oppositionshaltung ließ sich nicht mehr mit der Politik des

64 Siehe ebenda.

65 Dies auch, weil der von der „Erfurter Tribüne“ am 27.3.1917 angekündigte Bericht über die Konferenz nicht erschien. Wer dort anwesend war, was besprochen und beschlossen wurde, konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Schulze erwähnt die Konferenz eben sowenig wie Ullrich Hess (siehe Ullrich Hess: Die sozialdemokratische Presse in Thüringen vom Ende des 19. Jh. bis zur Novemberrevolution 1918, in: Rudolstädter Heimathefte 9 [1963], S.88-101 und S.249-255). Ewald Buchsbaums Angaben zur Oppositionskonferenz sind ungenau (siehe Ewald Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920 unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920, Dissertation, Halle 1965, S.1917).

66 Siehe Erfurter Tribüne, 27.3.1917.

67 Siehe ebenda.

68 Siehe Erfurter Tribüne, 24.4.1917.

69 Siehe Erfurter Tribüne, 23.4.1917. Paul Reißhaus (1855-1921) war SPD-Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld. Eine geschlossene neuere Darstellung seiner Biographie existiert zur Zeit nicht. Reißhaus, von Beruf Schneidermeister, war 1881 unter dem Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen worden und kam nach Erfurt. Hier wurde er zur dominierenden Persönlichkeit der Vorkriegs-SPD (siehe hierzu insgesamt Hess, Geschichte Thüringens). Reißhaus hatte nach 1914 sowohl in der Reichstagsfraktion als auch im Parteiausschuß gegen den Ausschluß der Opposition gestimmt (siehe Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.152). Zu seiner Rolle in Erfurt während des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution kritisch aus Sicht der DDR-Geschichtsschreibung Willibald Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt während des 1. Imperialistischen Weltkrieges und der Novemberrevolution, Erfurt 1963.

70 Siehe Protokoll Gotha, S.38.

Parteivorstandes in Übereinstimmung bringen. Ihr Motiv hatte Wilhelm Bock zur Eröffnung des USPD-Gründungsparteitages ausgesprochen: „Die Wiedergeburt der Sozialdemokratie ist das hohe Ziel, das sich diese Konferenz gesteckt hat.“⁷¹

„In Anbetracht des Verhaltens des Parteivorstandes, das jeder Gerechtigkeit Hohn spricht und die alten bewährten Grundsätze und das Parteiprogramm außer Kraft setzt und die Interessen der großen Masse der Parteigenossen mit Füßen tritt“, beschloss die große Mehrheit der Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen Ende Mai 1917 ihren Übertritt zur USPD.⁷² So oder ähnlich lauteten im Frühsommer 1917 die Begründungen, mit denen sich die Mehrheit der Sozialdemokraten in Gotha, Reuß ä.L./Greiz, Reuß j.L./Gera, Schwarzburg-Sondershausen, Heiligenstadt-Worbis, Nordhausen, Mühlhausen-Langensalza, Jena und Eisenach der neuen Partei anschlossen.⁷³

71 Ebenda, S.9.

72 Siehe Erfurter Tribüne, 29.5.1917.

73 Siehe Schulze, Novemberrevolution, S.30.

Dokumentarisches

Der ADGB und der 1. Mai 1933

Ulla Plener

Der Aufruf des ADGB-Bundesvorstands (BV) vom 15. April zum 1. Mai und der Beschluss des ADGB-Bundesausschusses (BA) vom 19. April, an den von den Nazis dekretierten Feierlichkeiten am 1. Mai teilzunehmen, beide am 22. April 1933 in der „Gewerkschafts-Zeitung“ veröffentlicht, sind bis in die Gegenwart umstritten.¹ Mit unterschiedlicher Schärfe werden sie als Tiefpunkt des „Anpassungskurses“ der freien Gewerkschaften an das Nazi-Regime nach der am 30. Januar 1933 durch die damals wirtschaftlich und politisch Mächtigen erfolgten Machtübergabe an Hitler gewertet.

Seit Februar und verstärkt nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wütete in Deutschland der SA-Terror, im Besonderen gerade auch gegen die Gewerkschaften gerichtet.² Immer noch auf Legalitätskurs, gestützt auf „Verfassung und Recht“, wandten sich der BV und seine Vertreter mehrmals (am 10. und 15. März, am 5. April) an Hindenburg bzw. Reichsinnenminister Frick mit Protestschreiben gegen den Terror, der konkret aufgelistet wurde, und forderten, diesem Einhalt zu gebieten. Schließlich wandte sich der BV am 21. März mit einer Erklärung an Hitler, in der gefordert wurde, die Demokratie aufrechtzuerhalten, und die Bereitschaft ausgesprochen, nicht „auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken“ und nur „die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesen Gebieten dienlich zu sein“.³ Das war der Versuch

1 Siehe u.a. ver.di Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Zweiter Mai 1933-2003. Besetzt - verboten - verfolgt. Dokumentation einer Veranstaltung anlässlich der 70. Wiederkehr der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, Berlin 2003, darin die Beiträge von Hajo Bülow: Gewerkschaften und Faschismus - nationalistische Gewerkschafter in der Weimarer Republik (S.7-20) und von Karl Heinz Roth: Der 2. Mai 1933: Gab es Alternativen zur Selbstübergabe der Gewerkschaften? (S.21-28); Peter Nowak: „Einen Platz im NS-Staat gesucht.“ Umstrittenes Feld: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1933, in: Neues Deutschland, 7.7.2007.

2 Siehe dazu u.a. Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S.58-65. Schneider bewertet die Situation u.a. wie folgt, „die Gewerkschaften (hofften) praktisch bis zu ihrem Untergang, auch die nationalsozialistische Ordnung könne nicht auf sie verzichten – wenn sie sich nur anpassen. Der Prozeß der Anbiederung an die neuen Machthaber beschleunigte sich im April 1933. Für die Gewerkschaften war die Rettung der eigenen Organisationen die oberste Maxime des Handelns“ (ebenda, S. 88)

3 An Hitler übersandte Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB, 21. März 1933, in

der ADGB-Führung zur Anpassung an die gegebenen Umstände mit der Absicht, die Gewerkschaften als selbständige Organisation im „neuen Staat“ zu retten – und das mit „nationalen Einlagen“ im Text, die von nationalistischen Mitarbeitern des ADGB wie Lothar Erdmann, Franz-Josef Furtwängler, Walter Pahl u.a. stammen.⁴

Neben dem brutalen Terror war die Wirklichkeit von der tiefen Wirtschaftskrise und einer sozialpolitischen Situation gekennzeichnet, die die enorme Arbeitslosigkeit und damit die überaus hohe Unsicherheit der sozialen Existenz des überwiegenden Teils der Arbeiterschaft prägten.⁵ Die Folge waren nicht zuletzt „extreme soziale Segmentierung und Polarisierung“ (Roth) der Arbeiterklasse, die ihre Widerstandskraft und Mobilisierungsfähigkeit lähmten. Damit war zugleich eine weitgehende Schwächung der Gewerkschaften verbunden.

Am 5. April hieß es im BA des ADGB, es bestünde noch keine Klarheit über die künftige Rolle der Gewerkschaften. Am 13. April lehnten Leipart und Leuschner während eines von den Nazis einberufenen Treffens es ab, die Leitung des ADGB an sie zu übergeben; sie bestanden auf der Selbständigkeit der Gewerkschaften und der Wählbarkeit ihrer Funktionäre und verwiesen wieder auf den gegen sie wütenden Terror der SA.⁶ Die Führerkonferenz der NSDAP beschloss am 16. April dann endgültig, die Gewerkschaften zu zerschlagen und ihre Häuser am 2. Mai zu besetzen, was dann auch geschah. Zuvor sollten am 1. Mai gewaltige Kundgebungen inszeniert werden (am 10. April wurde der 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt) – zur Teilnahme daran wurden die Beschäftigten in den meisten Betrieben zwangsverpflichtet, bei Nichtteilnahme waren Repressalien zu befürchten.⁷

Das folgende Dokument stellt diese Vorgänge aus der Sicht eines damals aktiv Beteiligten zehn Jahre danach dar: Fritz Tarnow (1880-1951) war bis 1933 Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und Mitglied des BV des ADGB, danach emigrierte er über Holland und Dänemark nach Schweden und

Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten, 2. Halbband: Dokumente, S.461.

4 Siehe dazu Bülau, Gewerkschaften und Faschismus.

5 Siehe dazu Roth, Der 2. Mai: „Ein Drittel der lohnabhängig Beschäftigten wurde auf die Straße geworfen, ein weiteres Drittel musste Kurzarbeit u.a. ungesicherte Arbeitsverhältnisse in Kauf nehmen...“ 1930 waren allein in Berlin in 15.000 Metallbetrieben von 400.000 Metallarbeitern nur 184.000, also weniger als die Hälfte, in Lohn und Brot (nach: Metallarbeiter-Zeitung, 23.8.1930). Zweieinhalb Jahre später war die Lage nicht besser.

6 Dieses Treffen wird in der Literatur meistens verschwiegen, so auch von Bülau, Gewerkschaften und Faschismus, Anm. 1, oder sein Inhalt wird in das direkte Gegenteil verkehrt, so u.a. von Volker Ullrich: „Noch am 13. April, verhandelten NSBO und ADGB über eine künftige gemeinsame Organisationsform.“ (V. Ullrich: Anpassung um jeden Preis? In: Soziale Demokratie und sozialistische Theorie, Bremen o.J. (1997), S.251. Zeitgenössische Aktennotiz über das Treffen am 13.4.33 in: Plener, Leipart, 2. Halbbd., S.464-467.

7 Siehe Bülau, Gewerkschaften und Faschismus, S.14.

war dort 1938-1947 Leiter der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften. Mit Leipart, Leuschner u.a. gehörte er zu jenen in der ADGB-Führung, die nach dem 30. Januar aus begründeter Furcht vor einem Bürgerkrieg vor außerparlamentarischen Aktionen gewarnt hatten und angesichts des Nazi-Terrors im Februar-April die Mitgliedschaft vor dem Nazi-Terror zu schützen suchten.⁸ Dokumente wie das folgende sollten von Historikern nicht als bloße Rechtfertigung abgetan werden. Es geht darum, das von Humanität geleitete Agieren vieler der 1933 aktiven freien Gewerkschafter nicht nur zu be- und zu verurteilen, sondern auch zu verstehen.

Das Dokument ist dem Rundbrief Nr. 7 der Landesvertretung der deutschen Gewerkschaften, Landesgruppe Schweden, vom Juni 1943, S.3/4, entnommen, das uns freundlicherweise von Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung, Stockholm, in Kopie zur Verfügung gestellt wurde. Dafür danken wir Martin Grass, ebenda.

Der A.D.G.B.-Aufruf zum 1. Mai.

Am 1. Mai dieses Jahres waren zehn Jahre verflossen, seit die deutschen Arbeiter zum ersten Male zur Zwangsfeier des Nazistaates getrieben wurden. In die Erinnerung daran mischt sich auch gleich eine andere, nämlich an den ominösen Aufruf des A.D.G.B., in dem er selbst seine Mitglieder aufforderte, sich an der staatlichen Feier zu beteiligen. Es hat nicht an Verdächtigungen gegen die alte Gewerkschaftsleitung gefehlt, dass sie damals krampfhaft bemüht gewesen sei, sich „gleichzuschalten“, und dabei spielt gerade dieses Dokument die Hauptrolle. Aber auch viele, denen die A.D.G.B.-Leitung über den Verdacht eines erbärmlichen Verrats erhaben ist, können sich diesen Aufruf nicht anders erklären, als dass der Bundesvorstand in einem Augenblick der Verzweiflung plötzlich den Kopf verloren haben müsse.

Unter welchen Umständen der Aufruf zustande gekommen ist, darüber gibt eine aus dem Kreise der Beteiligten stammende Darstellung Kenntnis, die im Juli 1933 in den Pressemitteilungen des I.G.B. veröffentlicht wurde. Es erscheint auch heute noch nicht überflüssig, die sonst wenig bekannten Vorgänge klarzustellen. Man muss dabei selbstverständlich die verzweifelte Situation berücksichtigen, in die die Arbeiterbewegung gekommen war, nachdem am 30. Januar 1933 die Staatsmacht an die Nationalsozialisten gefallen war. Für die organisierte Arbeiterbewegung war damit die Partie vorläufig verloren, auch wenn diese Erkenntnis zunächst noch nicht in voller Klarheit ins Bewusstsein einging. Recht, Gesetz und polizeilicher Schutz gegen willkürliche Gewalttaten hörten auf, wo die braunen Terrorbanden erschienen. Ein offener Widerstand der wehrlosen Arbeiter war einfach unmöglich. In der Reichshauptstadt war es in den ersten

⁸ Siehe dazu auch Theodor Leipart: Die deutschen Gewerkschaften 1933. Manuskript aus dem Nachlass, Juni 1945, in: Plener, Leipart, 2. Halbbd., S.470-477.

Monaten noch verhältnismäßig ruhig. Hier waren die Augen der Weltöffentlichkeit. Aber aus der Provinz häuften sich schon im Februar und März die Berichte über grauenhafte Gewalttaten gegen „marxistische“ Arbeiter und ihre Organisationsfunktionäre. Zynisch versicherten die Terroristen, dass dies alles nur erst die Einleitung sei und dass die eigentliche „Nacht der langen Messer“ noch bevorstünde.

Das war die Situation, in der der Vorstand des A.D.G.B. Stellung zur bevorstehenden Maifeier und zu der Frage, welche Anweisung in Bezug auf die Beteiligung an der inzwischen angesetzten staatlichen Maifeier herausgegeben werden sollte, nehmen musste. Wie sollte die Parole lauten? Sollten die Arbeiter aufgefordert werden, mit einer eigenen Maifeier gegen die staatliche Veranstaltung zu demonstrieren? Ein schreckliches Blutbad für die Allertreuesten und Mutigsten, die vielleicht dieser Parole gefolgt wären, wäre das sichere Ergebnis gewesen. Ebenso unmöglich erschien die Parole für eine Beteiligung an der Nazifeier. Aus diesem Dilemma versuchte sich der Bundesvorstand mit einem Aufruf herauszuwinden, der ganz farblos war und in dem die Beteiligung an der offiziellen Veranstaltung einfach mit Stillschweigen umgangen wurde. Die Arbeiter wurden nur aufgefordert, den 1. Mai in einer der Bedeutung des Tages würdigen Form zu feiern.

Mit diesem Aufruf konnten die Mitgliedschaften nichts anfangen. Kaum war er publiziert, als auch schon aus allen Teilen des Reiches dringende Vorstellungen erhoben wurden, eine eindeutige und klare Stellung zur Frage der Beteiligung an der staatlichen Feier bekannt zu geben. Je näher der 1. Mai heranrückte, umso dringlicher wurden diese Vorstellungen, umso eindringlicher wurde aber auch darauf hingewiesen, dass auch den organisierten Arbeitern, wenn sie sich nicht totschlagen lassen wollten, gar keine andere Wahl bliebe, als an den offiziellen Veranstaltungen teilzunehmen. Für die der Bewegung treu Ergebenen war eine furchtbare Zwangslage entstanden. Nach den getroffenen Vorbereitungen war es klar, dass die Nazis durch Kontrolle in den Betrieben und Stempelstellen die Beteiligung genau überwachen und jeden Fehlenden feststellen würden. Für Nichtbeteiligung waren schwere Repressalien angedroht, das Mindeste war Verlust des Arbeitsplatzes oder der Arbeitslosenunterstützung. Wer aber an der offiziellen Feier teilnahm und mitmarschierte im Demonstrationzuge unterm Hakenkreuz, setzte er sich nicht dem Verdacht aus, zum Verräter an seiner alten Bewegung geworden zu sein? So war es kein Wunder, dass von der Leitung des A.D.G.B. immer eindeutiger gefordert wurde, sie solle die organisierten Arbeiter aus dieser Gewissensnot befreien und selbst die Anweisung zur Beteiligung herausgeben. Der Vorstand des A.D.G.B. hat sich dieser Forderung, die von unten her an ihn gestellt wurde, nicht einfach gefügt, sondern er berief den großen Bundesausschuss und überließ diesem die Entscheidung. Auch die Bezirkssekretäre des A.D.G.B. waren zugezogen, um Bericht über die Situation in der Provinz zu erstatten. Was sie über den Terror, über die furchtbaren Verfolgungen und Misshandlungen an den unserer Bewegung Ergebenen meldeten, war erschütternd und übertraf die schlimmsten Befürchtungen, die man in Berlin hatte.

Wohl den stärksten Eindruck auf dieser Sitzung machten die Ausführungen des Bergarbeiterführers Fritz Husemann, der später von den Nazis ermordet wurde. Die Verbandszentrale der Bergarbeiter war in Bochum und war von den braunen Banden bereits gestürmt worden. Husemann schilderte aus eigenem Erleben das bestialische Vorgehen der Terroristen, die im Industriegebiet ein Schreckensregime etabliert hatten, und mit großer Entschiedenheit schloss er sich den Bezirkssekretären des A.D.G.B. an, die im Namen der bedrohten Mitglieder gefordert hatten, dass der Bundesausschuss die Beteiligung an der offiziellen Feier beschließen solle. Wer Fritz Husemann gekannt hat, diesen aufrechten und gesinnungsfesten Westfalen, wird ganz bestimmt kein Gleichschaltungsbedürfnis hinter seiner Stellungnahme suchen.

Dass der so viel kritisierte Beschluss durch übermächtige Verhältnisse, gegen die es eine Abwehr mit anderen Mitteln nicht mehr gab, erzwungen worden ist, geht am deutlichsten aus dem Abstimmungsergebnis hervor. Diese dramatische Bundesausschusssitzung umfasste 70 bis 80 stimmberechtigte Teilnehmer, darunter etwa ein Dutzend, die als „radikale Linke“ bezeichnet werden konnten. Aber selbst der linke Flügel beugte sich diesmal dem unwiderstehlichen Zwang der Verhältnisse: Nur drei Stimmen wurden gegen die Entschließung abgegeben und darunter war die Stimme des einzigen aus diesem Kreise, der, soweit bekannt geworden war, bald darauf zu den Nazis überlief.

F. T. [Fritz Tarnow]

Biografisches

Max Sievers. Freidenker, Sozialist, Antifaschist (1887-1944)

Heiner Jestrabek

Am 1. Juli 1887 wurde Max Wilhelm Georg Sievers in Tempelhof bei Berlin geboren.¹ Er wuchs in einer typisch proletarischen und kinderreichen Familie in Rixdorf (dem späteren Berlin-Neukölln) auf, einem typischen Proletarierbezirk. 1901, nach Abschluss der Gemeindeschule, musste er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Er arbeitete als Gelegenheitsarbeiter, Glaser und Kutscher und besuchte nebenher eine Abendschule. Deren Abschluss ermöglichte ihm, 1907 kaufmännischer Angestellter bei den Zeitungsverlagen Scherl und Ullstein zu werden. 1910 trat er in die Autohandelsfirma und Karosseriefabrik Schebera ein, in der er ab 1911 als Prokurist arbeitete. In dieser Zeit hatte er unmittelbaren Kontakt mit sozialistischen Arbeitern, die ihn für die Gewerkschaft, die SPD sowie die freigeistige Bewegung und den Zentralverband der proletarischen Freidenker gewannen. Er beteiligte sich ab 1912 an der Kirchenaustrittsbewegung „Massenstreik gegen die Staatskirche“. 1913 heiratete Sievers seine erste Frau Marie. Sie starb schon 1916.

1 Biografische Daten siehe: Gernot Bandur: Max Sievers, in: Jan Bretschneider u. a. (Hrsg.): Lexikon freien Denkens, Neustadt am Rübenbergem, 4. Ergänzungslieferung 2004, 1-3 bis 3-3; Ders.: Max Sievers – eine politische Biographie, in: Freidenker (Köln), Spezial 3/2004, S.8-47; Ders./Wolfgang Fleischer: Ehrung für Max Sievers, in: Freidenker, 63 (2004), H. 1, S.35-38; Ausstellung „Aus der Chronik freigeistigen Lebens und Denkens“ des DFV Berlin (Sitz Dortmund), Archiv des DFV Berlin (CD zur Ausstellung wurde zur Verfügung gestellt von Pit Heiner); [Ausstellung:] Arbeiterbewegung, Freidenkertum und organisierte Religionskritik. Hrsg. von der Arbeitsgruppe Ausstellungsprojekt des DFV Berlin, in: Freidenker-Magazin, 1984, Nr. 1, S.4-54 (im Folgenden zit. als: Arbeiterbewegung, Freidenkertum); Jochen-Christoph Kaiser: Max Sievers in der Emigration 1933-1944, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 1980, H. 1, S.33-57; Klaus Westendorf: Aus dem Leben von Max Sievers, in: Redebeiträge vom Kolloquium am 17.1.2004 zum Gedenken und in Würdigung des Antifaschisten Max Sievers. Weiterführende Literatur und umfassendes Quellenmaterial zur Geschichte der Freidenkerbewegung siehe: Jochen-Christoph Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981; Horst Groschopp: Dissidenten. Freidenkerei und Kultur in Deutschland, Berlin 1997; Sebastian Prüfer: Sozialismus statt Religion. Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863-1890, Göttingen 2002; Hartmann Wunderer: Freidenkertum und Arbeiterbewegung, Ein Überblick, in: IWK, 1980, H. 1, S.1-33; Horst-Dieter Strüning: Die Geschichte der deutschen sozialistischen Freidenkerbewegung. Eine Skizze, in: Joachim Kahl/Erlich Werning (Hrsg.): Freidenker. Geschichte und Gegenwart, Köln 1981, S.9-71.

Weltkrieg und Revolution

Im Januar 1915 musste Sievers am Ersten Weltkrieg teilnehmen und wurde bald schwer verwundet (Unterleibschuss). Nach mehreren Operationen wurde er zuerst in Belgien, dann in Berlin zum Sanitätsdienst eingesetzt. In Belgien lernte er Denise Wauquier kennen, die 1921 seine zweite Ehefrau wurde. Der Gegner von Militarismus, Krieg und „Burgfriedenspolitik“ der rechten sozialdemokratischen Führer sympathisierte damals schon mit der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführten Spartakusgruppe. 1917 waren er und Adolph Hoffmann in Berlin maßgeblich daran beteiligt, dass sich viele linke Sozialdemokraten der USPD anschlossen. Während der Novemberrevolution 1918 nahm er an vielen Demonstrationen und bewaffneten Kämpfen teil, war aktiv im Arbeiter- und Soldatenrat Neukölln und Mitglied der linken USPD. Besonders verbunden war er mit Ernst Däumig, dem Mitglied des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und einem theoretischen Kopf der Berliner Freireligiösen und der USPD. Ab Januar 1919 war Sievers Stadtverordneter in Neukölln und vom Sommer 1919 bis zum Spätherbst 1920 verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Arbeiterrat“. Er unterstützte die Forderung: „Alle Macht den Räten“ und kritisierte die Mehrheitssozialdemokratie. Er vertrat die Ansicht, dass der Parlamentarismus auf Dauer jede sozialistische Partei korrumpieren müsse.²

Im „Arbeiterrat“ verteidigte er den Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat gegen die Angriffe der Reaktion: „Vor einigen Wochen konnte man in allen bürgerlichen Zeitungen wie auch in einem Teil der mehrheitssozialistischen Presse lesen, daß der in Neukölln amtierende kommunale Arbeiterrat, der fast durchweg aus Spartakisten bestehe, bestrebt sei, am Orte seiner Tätigkeit den Bolschewismus praktisch zur Durchführung zu bringen. Er beginne bereits, Häuser und Banken zu enteignen, setze den Magistrat ab, terrorisiere die gesamte Bürgerschaft und zwingt die Stadtkämmerer mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe von Summen [...] Niemand hat wohl über die albernen Erzählungen einer verlogenen Presse mehr den Kopf geschüttelt als wir, die wir als Mitglieder des Neuköllner Vollzugsausschusses diese Ungeheuer sein sollten [...] Es gilt nun die Frage aufzuwerfen, ob alle diese Umstände berechtigten, Mutlosigkeit zu haben oder gar die Aufgabe des Kampfes zu predigen. Diese Frage muß auf das schroffste verneint werden. Der Kampf muß geführt werden mit aller Energie unter Zusammenfassung des gesamten Proletariats, im Zusammenarbeiten aller sozialistischen Parteien. Wer sich dem Kampf um diese Arbeiterräte entgegenstemmt, wer mutlos die Kinderkrankheiten dieser Institution als dauernde Übel ansieht und deswegen die Hände in den Schoß legt, der schlägt der Arbeiterschaft die schärfste Waffe gegen die Bourgeoisie aus der Hand, der zersägt die Grundpfei-

2 Siehe Max Sievers. *Durch Demokratie zur Reaktion*, in: *Der Arbeiterrat. Organ der Arbeiterräte Deutschlands*, Jg. 2 (1920), Nr. 25., zit. nach: *Freidenker-Magazin*, 1984, Nr. 1, S.42.

ler, auf denen sich der sozialistische Staat aufbauen soll und aufbauen muß.“³ Sievers Tochter Margarete, verheiratete Krause, erinnerte sich: „Mein Vater hat sich an der November-Revolution beteiligt und mußte sich verstecken. Die Familie wohnte in der Lichtenrader Straße bei der Großmutter. Großmutter hatte uns Kinder eingeschärft, nicht sagen wo Papa ist. Er hat sich an den Straßendemonstrationen usw. beteiligt. Da war dann bei der Großmutter eine Hausdurchsuchung. Die Großmutter sagte zu meinem Vater, sieh zu Junge, daß Du Dich versteckst, die kriegen Dich noch. Ein Gastwirt hatte davon gehört und zu ihm gesagt, Du kommst rüber und versteckst Dich in meinem Schrank bis sich alles beruhigt hat. Das hat ja auch nicht lange gedauert, die ganze Atmosphäre. Großmutter war sehr krank, und wir Kinder mußten noch mal zur Apotheke, und da kamen wir nicht durch, wegen der Demonstrationen, weil alles belagert war. Das ganze hat vier oder fünf Wochen gedauert. Eines Tages kam mein Vater, der inzwischen im Rathaus arbeitete, und erzählte, daß er Stadtverordneter für die USPD geworden sein.“⁴

Parteifunktionär und Redakteur

Seit 1920 war Sievers Mitglied der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD), die durch den Zusammenschluss von KPD (Spartakusbund) mit der linken USPD entstand und deren beide Vorsitzende nunmehr Ernst Däumig und Paul Levi waren. Sievers wurde Sekretär der Zentrale und zeitweilig Redakteur der „Roten Fahne“. 1921, nach einer Kritik am „Putschismus“ der VKPD während der Märzaktionen, verließen zahlreiche Mitglieder die Partei. Die sogenannten „Liquidatoren“, darunter Paul Levi, Ernst Däumig, Max Sievers, Adolph Hoffmann und Bernd Menke, gründeten die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG). Die Mitgliederzahl der VKPD ging von da an bis 1924 von 359.000 auf 95.000 zurück. Sievers wurde besoldeter Geschäftsführer der KAG und Herausgeber des Mitteilungsblatts der KAG, seine Neuköllner Wohnung war deren Geschäftsstelle. Nach Differenzen mit Paul Levi kündigte Sievers 1922 bei der KAG. Nach dem Aufgehen der KAG in der USPD und deren Wiedervereinigung mit der SPD, fanden sich viele ehemalige USPD-, VKPD- und KAG-Genossen in der SPD auf deren linkem Flügel wieder, so auch Sievers. In den Jahren der Weimarer Republik gehörte Sievers zu denen, die die Errungenschaften der Novemberrevolution, insbesondere die demokratischen Freiheiten, einschließlich der Trennung von Staat und Kirche, verteidigten.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Am 1. Oktober 1922 wurde Sievers hauptamtlicher Sekretär des „Vereins der Freidenker für Feuerbestattung“ (VdFff). Er reorganisierte den 1905 in Berlin gegründeten Verein. Unter seiner maßgeblichen Führung gelang es, eigene, für

3 Max Sievers, in: Der Arbeiterrat, Jg. 1 (1919), Nr. 1, zit. nach: Arbeiterbewegung, Freidenkertum, S.42.

4 Ebenda, S.43.

die Bestattung notwendige Gewerke anzuschließen und den Verein nach und nach vom reinen Bestattungsverein zur politisch-weltanschaulichen Kultur- und Weltanschauungsorganisation zu verwandeln. Zu Sievers Anfängen als Freidenker-Sekretär in der Friedrichshainer Friedenstraße erinnerte sich seine Tochter: „Als Max Sievers 1932 zehn Jahre bei den Freidenkern war, gab es eine große Feier in einem Lokal. Banken haben Präsente geschickt, Bücher und Dokumente. Es war eine wunderbare große Feier. Er hat soviel Blumen bekommen, daß dann ein Pferdefuhrwerk gemietet werden mußte, um die Blumen nach Hause zu fahren. Sein bester Freund hat auf der Feier eine Rede gehalten und den Antritt von Max Sievers 1922 beschrieben. Anfangs haben alle einen Schreck bekommen. Sievers trug eine gestreifte Hose und einen Gehrock, und dann nach ein paar Tagen haben ihm die Angestellten nahe gelegt, so kann man hier nicht rumlaufen, du mußt dir was anderes anziehen. Sievers sagte, ich hab doch nichts anderes anzuziehen. Dann haben alle zusammengelegt und haben dann eine Art Papieranzug gekauft, das sah aus wie Stoff. Später hat er das Geld für den Anzug zurückerstattet [...] Mein Vater war absolut eigensinnig. Eigenwillig und eigensinnig. Es gab keine großen Diskussionen, seine Meinung stand fest. Ich habe oft Debatten mit ihm gehabt und dann hat er dann zu meiner Großmutter gesagt, ich hätte nie gedacht, daß eine Tochter mit 16 Jahren so unbequem sein kann. Im Betrieb nannte man meinen Vater S. M. Also nicht M. S. für Max Sievers, sondern S. M.: ‚Seine Majestät‘.“⁵

Allerdings hatte der Freidenkerverband auch einen energischen Sekretär nötig, der Organisationstalent beweisen musste. Die Mitgliederentwicklung war rasant: 1914: 738, 1918: 3.322, 1921: 138.704, 1923: 378.953.⁶ Die Mitglieder hatten bestimmte Erwartungen, die der Verband aber nicht einlösen konnte: Sievers erklärte 1924 im Tätigkeitsbericht der Geschäftsleitung: „Da versprochen wir nun: Wir schicken euch Werbematerial, wir schicken euch Referentenmaterial, wir sorgen dafür, daß ihr Geld bekommt, und wir kommen bald wieder, um neue Bezirkskonferenzen auf einer anderen Basis zusammenzubringen. Aber, Genossen, gehalten haben wir davon damals so gut wie gar nichts (sehr richtig! und Heiterkeit); denn dann kam die Inflation“.⁷ Große Teile des Verbandsvermögens waren wertlos und die Organisation stand vor dem Ende. Der Verbandsleitung um Sievers gelang es allerdings, die Finanzen zu konsolidieren. Eine starke ökonomische Basis konnte sich der Verband durch den Aufbau eigener Wirtschaftsbetriebe schaffen: ein Dampfsägewerk Wolfsmühle mit Sargtischlerei und Näherei für Leinentücher. Später kamen Automobile zum Leichentransport, ein leistungsstarker Verlag mit einem Literaturvertrieb sowie der Urania-Freidenker-Verlag in Jena dazu. Die Propagierung der Feuerbestattung bildete zunächst die Grundlage der Verbandstätigkeit. Hierzu erschien 1923 Sievers Schrift: „Warum Feuerbestattung?“

5 Ebenda, S.44.

6 Siehe Protokoll der Vereins-Generalversammlung am 19., 20. und 21.9.1924. Verein der Freidenker für Feuerbestattung, Berlin 1924, S.3.

7 Ebenda, S.33.

(2. Aufl. 1925). Den Mitgliedern wurde darin an Verbandsleistungen geboten: „Nach Absolvierung der kurzen Karenzzeit [...] völlig kostenlose Bestattung. Wir liefern den Sarg, besorgen durch eigenes Personal das Einsargen der Leichen und übernehmen den Transport nach dem Krematorium. Wir übernehmen den Transport, falls sich im Sterbeort kein Krematorium befinden sollte, per Automobil oder per Eisenbahn [...] bis zu dem, dem Sterbeort am nächsten gelegenen Krematorium. Wir übernehmen ferner auf unsere Kosten die Stellung eines Redners und eines Sangerquartetts für die Trauerfeier, die Ausschmückung der Halle, die Bezahlung des Organisten, die Gebühr für die Grabstelle, wie auch die Erledigung aller Formalitäten mit dem Krematorium und den Polizeibehörden.“⁶⁸ Sievers griff in dieser Broschüre zu drastischen Formulierungen: „Die Erdbestattung erzeugt, die Feuerbestattung verhindert Seuchenherde. Nehmen wir noch einmal jenen Friedhof als Beispiel, der mitten in einer Großstadt gelegen und rings von Häusern umgeben ist. Wir stellen fest, daß er etwa 5.000-6.000 Gräber enthält, die durchweg hier in den letzten 15 bis 20 Jahren geschaufelt und gefüllt wurden. Das bedeutet, daß unter der friedlich anmutenden und mit Blumen üppig geschmückten Erdoberfläche 5.000-6.000 Leichen ihren Verwesungsproe vollziehen. Wir kennen den Übelkeit erweckenden Geruch, den ein winziges Stück Fleisch, ein einziger Knochen um sich verbreiten, wenn die Fäulnis eingesetzt hat. Wir können uns somit – vielleicht – eine Vorstellung davon machen, welche fürchterliche Pest sich knapp zwei Meter unter unseren Füßen verbreitet. Giftige Gase entwickeln sich dort, dringen durch zur Erdoberfläche und vergiften die Luft. Millionen und aber Millionen von garstigem Gewürm führen dort unten ein Schmarotzerdasein und erfüllen dann ihre Mission als Bazillenverbreiter. Ratten durchwühlen die Erde, mästen sich an den Leichen, um dann in ihre – in den Wohnhäusern gelegenen – Schlupfwinkel zurückzukehren und dort ihren giftigen Inhalt zu entleeren. Noch nicht genug damit, wie viele von den Korpfern, die hier bestattet sind, mögen infolge ansteckender Krankheiten das Leben verloren haben. Mit den giftigen Bazillen im Körper sind sie hier versenkt worden, und niemand kann es verhüten, daß diese giftigen Bazillen von Ratten und Würmern, wieder an die Erdoberfläche geschleppt werden. – Wie viele giftige und schädliche Keime mögen hier ringsumher die Blumen und Gräser tragen, die diesem vergiftenden Stück Erde entsprossen, und wie leicht können harmlose Kinderchen, die ahnungslos ein Blümchen pflücken, dann diese Keime auf ihren Körper übertragen. Und ringsumher liegen die menschlichen Wohnstätten. Es dürfte überflüssig sein, nach dem, was wir soeben ohne Beschönigungen, aber auch ohne ubertreibung schilderten, noch auszumalen, welchen Gefahren die, die hier wohnen, durch die unheimliche Nachbarschaft ausgesetzt sind. Die Tragik dieser Gefahren wird noch erhöht durch den Zwang, unter welchem diese Menschen sich hier ansiedeln mußten. Freiwillig sucht sich niemand als Nachbarschaft einen Friedhof aus. – Noch niemals sah man, daß in

8 Max Sievers: Warum Feuerbestattung? 1. Auflage Berlin 1923, zit. nach: Nachdruck der 2. Auflage 1925, Neustadt 1998, S.66.

der Nähe eines Friedhofes eine Villa, ein Palais oder ein Jagdschloß erbaut wurde. Was die Menschen zwang, hier ihr Heim aufzuschlagen, das ist die soziale Not, der Mangel an Wohnräumen, das Gebot, nehmen zu müssen, was an Wohngelegenheiten für sie übrig blieb.“⁹

Für einen einbeitlichen Verband

Seit 1925 erschien die Zeitschrift „Der Freidenker“. Es kam zu einer Zusammenarbeit mit der seit 1922 existierenden Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände (RAG). 1924 trat der VdFFF der RAG bei, und von 1926 bis 1928 war Sievers Mitglied in dessen geschäftsführendem Ausschuss.

1927 vereinigte sich auf Initiative Sievers die Vereinigung der Freidenker für Feuerbestattung mit der Gemeinschaft Proletarischer Freidenker (GpF). Der GpF waren die finanziellen Probleme seit der Inflationszeit über den Kopf gewachsen, und die Vereinigung war eine ökonomische Notwendigkeit. Selbstbewusst hatte noch 1925 Theo Mayer, der Vorsitzende, die GpF so dargestellt: „Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker ist die jüngste, aber auch zugleich größte und einflußreichste Freidenkerorganisation nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt.“¹⁰

Die neue, mitgliederstarke Organisation, der Verband der Freidenker für Feuerbestattung, war Sektion der Internationale Proletarischer Freidenker mit Sitz in Wien (unter dem Vorsitz des österreichischen Sozialisten Prof. Theodor Hartwig). Mit der Vereinigung wurde Sievers zum Vorsitzenden des deutschen Verbandes gewählt, der sich 1930 in Deutscher Freidenker-Verband (DFV) umbenannte. Mit Gründung der Internationalen Freidenker-Union wurde er Präsidiumsmitglied und einer der Sekretäre, 1933/34 deren Generalsekretär.

Am 21. Juli 1931 gelang es Max Sievers, im Radio eine „freigeistige“ Rede zu platzieren. Die erste Fassung war zensiert worden und erst nach Kürzungen kam es zu einer Übertragung. Obwohl es, im Gegensatz zu früheren Sendungen, keine Proteste kirchlicher Zuhörer gegeben hatte, schaltete sich diesmal Reichsinnenminister Joseph Wirth (Zentrum) persönlich ein. Sievers Formulierung „Wir brauchen keinen Gott“ hätte die Grenze der notwendigen Zurückhaltung überschritten und die „religiösen Gefühle“ der Gläubigen verletzt. Wirth verfügte, alle Freidenkersendungen „bis auf weiteres“ aus dem Rundfunk zu nehmen.¹¹

Im Spannungsfeld der Parteivalitäten

Die Stellung des Freidenkerverbandes zwischen den konkurrierenden Parteien SPD und KPD war nicht unproblematisch. Sievers war SPD-Mitglied, hatte allerdings keine einflussreichen Funktionen oder Ämter inne. Konsequenterweise lehnte er die von der rechten SPD-Führung betriebene Politik der „Großen Koalition“ ab und wandte sich vor allem gegen deren Inkonsequenz in Religionsfragen. Der

⁹ Ebenda, S.33f.

¹⁰ Theo Mayer: Feiern und Feierstunden freidenkender Menschen, Leipzig 1925, S.95.

¹¹ Siehe Kaiser, Arbeiterbewegung, S.305f.

Verband der Freidenker für Feuerbestattung/DFV war mit seinen über 600.000 Mitgliedern eine starke sozialistische Kulturorganisation, in der alle Strömungen der stark zerstrittenen Arbeiterbewegung vertreten waren. So gab es etwa 1928 Wahlzettel zu den Verbandsgremien mit zwei Listen: „1. Liste Verbands-Aufbau“, des mehrheitlich sozialdemokratischen Vorstands, und „2. Liste der Opposition“, der kommunistischen Funktionäre. Das Jahr 1928 war geprägt von heftigsten Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD. Heftigster Antikommunismus der Regierungspartei einerseits und die „Sozialfaschismusthese“ andererseits, führten in den folgenden Jahren zur Spaltung von Gewerkschaften, Kulturverbänden, Arbeitersportverbänden und auch des Freidenkerverbandes. Sievers wurde, vor allem nach der Abspaltung der linken Opposition, zur Hauptzielscheibe der Kritik. Dabei ging es ihm in erster Linie um den Erhalt der Organisation. In einer drohenden Majorisierung durch die von KP-Funktionären angeleitete linke Opposition sah er den Bestand der gesamten Freidenkerorganisation in Gefahr. Es kam zu heftigen Differenzen und zur Abspaltung der Opposition, die 1929 einen von KPD-Funktionären geleiteten eigenen Verband gründete (zunächst Zentralstelle Proletarischer Freidenker, Umbenennung 1931 in Verband Proletarischer Freidenker, Verbot am 3. Mai 1932).

Die Spaltung der Freidenkerbewegung blieb nicht auf Deutschland beschränkt. Der ehemalige Sekretär des tschechoslowakischen Freidenkerverbandes und Mitglied der Exekutive der Freidenkerinternationale, Leopold Grünwald, wertete dies wie folgt: „Auf Weisung der Komintern sollten die Kommunisten den im März 1931 nach Bodenbach einberufenen Kongress der ‚Internationale Proletarischer Freidenker‘ (IPF), die unter sozialdemokratischer Führung stand, fraktionsmäßig majorisieren und unter KP-Führung bringen. Wir haben diese Weisungen sklavisch befolgt. Dabei steuerte gerade diese Organisation unter Führung des Linkssozialisten Prof. Theodor Hartwig einen scharfen Kurs gegen die drohende Gefahr des Faschismus und war dabei für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten sehr aufgeschlossen.“

Die Spaltung der Arbeiterbewegung schwächte diese entscheidend und erleichterte damit den Faschisten die Machtergreifung. Der KP-geführten Freidenkerinternationale IPF war auch nur ein kurzes Überleben vergönnt. Trotz Selbstkritik und Überwindung sektiererischer Fehler, wurde sie endgültig liquidiert – von der eigenen Führung. Leopold Grünwald: „Obwohl mit der Linie des VII. Weltkongresses nicht nur ein Abgehen von der bisherigen sektiererischen Kominternpolitik, das heißt das Verständnis der Sozialdemokratie als ‚linkem Flügel des Faschismus‘ und als Hauptgegner der Kommunisten, sondern auch ein Abgehen vom sektiererischen Antiklerikalismus und die Herstellung eines besseren Verhältnisses zu den christlichen Arbeitern und Bauern verbunden war, wurde dies von der stalinschen Bürokratie nicht zur Kenntnis genommen, die einen vernichtenden Schlag gegen die Gottlosenbewegung in der UdSSR selbst vorbereitete. Es ergab sich die paradoxe Lage, dass die kommunistische IPF unter Leitung von Hans Meins viele ihrer sektiererischen Ansichten revidierte [...] und sich gerade dadurch beim NKWD verdächtig machte. Nachdem Hans

Meins mit Hilfe von Willy Münzenberg im Straßburger Prométhée-Verlag ein Buch über den marxistisch-christlichen Dialog im Schatten der faschistischen und Kriegsgefahr herausgegeben hatte, wurde er zur Berichterstattung nach Moskau eingeladen. Er hatte – wie sich später herausstellte – eine Unterredung mit Dimitroff, die offenbar positiv verlaufen war, doch beim Verlassen des Kominterngebäudes wurde Meins vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und man hat seither niemals mehr etwas über sein Schicksal erfahren. Dieser Fall, mit dem die weitere Tätigkeit der IPF beendet war, muss auf dem Hintergrund der noch vor dem Zusammentritt des VII. Weltkongresses der Komintern von J. W. Stalin angeordneten Liquidierung der Gottlosenbewegung begriffen werden. Die Büros und Presse- sowie Verlagsorgane des Verbandes wurden geschlossen – mit Ausnahme des von der KPdSU weiter herausgegebenen „Atheist“. Zahlreiche Funktionäre mit dem Vorsitzenden Prof. Lukatschewskij an der Spitze wurden verhaftet und landeten im Gulag. Lukatschewskij ist dort offenbar zugrunde gegangen.“¹²

Emigration ¹³

Schon vor 1933 versuchten die Nazis, den DFV verbieten zu lassen. Am 13. Juni 1932 stellte die NSDAP-Fraktion des Preußischen Landtags einen Verbotsantrag. 1933, nach der Machtübergabe an die Faschisten am 30. Januar, versuchte Sievers zunächst, die Arbeit des DFV als Feuerbestattungsverein weiterzuführen. Der Verein wurde allerdings unter Zwangsverwaltung gestellt, also faktisch verboten. Max Sievers wurde nach dem Reichstagsbrand in „Schutzhaft“ genommen und schwer misshandelt. Am 17. März stürmten SA-Horden die Zentrale des DFV in Berlin-Kreuzberg, Gneisenaustraße 41. Die Verwaltung des geraubten Verbandsvermögens wurde unter Nazi-Treuhandschaft gestellt, die Mitarbeiter wurden entlassen. Ab dem 20. Juli wurde die Bestattungskasse als „Neue Deutsche Bestattungskasse“ weitergeführt.

Sievers kam im April wider Erwarten frei. Er nutzte dies zur sofortigen Emigration. Von Berlin aus flüchtete er in die Schweiz und dann weiter nach Belgien, wo er bei Mons an der französischen Grenze bei Verwandten seiner Frau Denise unterkam. Seinen Hauptwohnsitz wählte er zunächst aber in Saarbrücken.

Bereits mit der ersten Ausbürgerungsliste der Nazis vom 23. August 1933 wurde Sievers, zusammen mit anderen bekannten Persönlichkeiten wie Heinrich Mann, Wilhelm Pieck, Friedrich Stampfer, Otto Wels, ausgebürgert. Aus dem Saargebiet organisierte Sievers 1933 bis 1935 die Herausgabe des „Freidenker“ und dessen illegalen Vertrieb nach Deutschland. Die Herausgabe finanzierte er aus dem vor den Nazis geretteten Teil des DFV-Verbandsvermögens. Das Verbandsvermö-

12 Leopold Grünwald. Interview (23.10.1991), in: Heiner Jestrabek (Hrsg.): Zum deutsch-tschechischen Verhältnis. Dokumentation zum 60. Jahrestag des Münchener Diktates 1938. Mit Beiträgen zur Geschichte von Freidenkertum und Arbeiterbewegung, Heidenheim 1998, S.12-17.

13 Siehe dazu Kaiser, Max Sievers, S.33-57.

gen, das von den Nazis geraubt wurde, belief sich 1933 auf ca. 5,5 Millionen RM. Rund 700.000 RM konnte Sievers retten, die in der Schweiz und den USA angelegt wurden. Der Anschluss des Saargebiets ans „Reichsgebiet“ 1935 beendete die dortige Tätigkeit. Belgien, die Heimat seiner Frau, wurde für die folgenden Jahre Sievers Aufenthaltsort. In Brüssel bezogen beide eine Stadtwohnung. Max Sievers schrieb 1935 in „Der Freidenker“: „Durch diese Entwicklung gerät die Freidenkerbewegung in eine höchst gefährvolle Lage. Als organisatorisches Gebilde größtenteils recht schwach, muß sie schon in Zeiten eines ruhig dahin fließenden politischen Lebens gegen die unendlich starke Übermacht des kirchlichen Gegners ankämpfen. Ihre Lebenskräfte werden künstlich geschwächt, die der Kirche künstlich gesteigert. Die Kirche genießt durch die bürgerliche Gesetzgebung eine fast unbeschränkte Monopolstellung, ihr stehen ungeheure finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung, sie beherrscht sowohl die Erziehung in der Schule, wie sie stärksten Einfluß auf alle öffentlichen Beeinflussungsapparate auszuüben vermag. Sie ist solange ein unbezwinglicher Gegner, solange nicht ihrer politischen Macht im Staate Einhalt geboten werden kann [...]

Und hier liegt die Schwäche wie auch die Ursache der nicht wegzuleugnenden Stagnation in der Freidenkerbewegung [...] Man will nichts von Politik wissen, will nicht anstoßen, will neutral sein: Politik ist Privatsache. Als der Deutsche Freidenker Verband vom Nazismus gezwungen wurde, seine legale Existenz aufzugeben, erhielt die These, daß eine Freidenkerbewegung ‚unpolitisch‘ sein müsse, neue Nahrung. Es wurde die irrige Auffassung verbreitet, daß erst durch die Propagierung einer politischen Tendenz der Vorwand für reaktionäre Gewaltmaßnahmen geschaffen werden würde [...]

Der Nazismus hat in Deutschland auch den durchaus unpolitischen Monistenbund ausgelöscht und dazu noch Gebilde, die um ein Vielfaches harmloser waren. Sogar der Bund freireligiöser Gemeinden, der sich am Anfang willig gleichschalten ließ und in schamloser Weise unter Verleugnung seiner Vergangenheit Hitler huldigte, wurde in Preußen durch ein Dekret Görings aufgelöst. [...]

Es gilt daher zu erkennen. Die Methode der rein wissenschaftlichen Aufklärung birgt nicht mehr die Möglichkeit in sich, Massenwirkungen zu erzielen. Ohne die Möglichkeit breite Volksmassen für den antikirchlichen Kampf zu gewinnen, kann der politische Einfluß der Kirche nicht gebrochen werden. Auch die Zurückdrängung der klerikalen Machtpositionen durch die demokratischen staatlichen Einrichtungen ist nirgends mehr zu beobachten, eher kann gesagt werden, daß mit Hilfe der Kirche die bürgerliche Demokratie abgebaut wird. Die politische Entwicklung läßt nur noch die Perspektive zu: Faschistische Diktatur oder soziale Revolution.¹⁴

Die politischen Emigranten um Sievers nannten sich „Bewegung Freies Deutschland“ (Sievers-Gruppe), sie bestand vorwiegend aus SPD-Linken. Ihre publizistische Tätigkeit begann, zusammen mit Leo Friedmann, 1934 mit der

14 Der Freidenker. Brüssel, 1. Februar 1935, zit. nach: Kaiser, Max Sievers, S. 40.

Herausgabe der Informationsbriefe „Sicherheitskorrespondenz“ (SIKO).¹⁵ Die SIKO wurde nicht nur in Emigrantenkreisen, sondern auch illegal im Reichsgebiet vertrieben. Gleich die erste Nummer betonte, sie handle „weder im Auftrage noch mit Hilfe einer der bestehenden politischen Parteien“. Die gescheiterten Konzepte der Arbeiterparteien, angesichts der Niederlage von 1933, wurden einer gründlichen Kritik unterzogen. Schon 1914 seien falsche Entscheidungen getroffen worden, insbesondere der reformistische Kurs der SPD. Die Aufgabe der revolutionären Perspektive in der Theorie und eine Praxis, die allein auf reformistische Mittel bei der Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft setzte, habe endlich zum Fehlverhalten von 1933 geführt.¹⁶ Auch die KPD habe versagt. Nötig sei deshalb eine völlig neue proletarische Bewegung, die sich „grundsätzlich von der früheren Arbeiterbewegung unterscheide“, als Vorbedingung zur Durchsetzung der sozialen Revolution. Nur so könnte der Faschismus, als letzter Versuch des Kapitalismus, seinen Untergang zu hinauszuzögern, samt seinen Kriegsvorbereitungen verhindert werden. Darum sei der Sturz des Faschismus nur als antikapitalistische Revolution denkbar.¹⁷ Politisches Ziel für die Zeit nach dem Sturz des Faschismus sollte eine Räterepublik werden, anknüpfend an die Vorstellungen der Novemberrevolution 1918. Nur die Räte könnten die Verwaltung von Staat und Gesellschaft durch das Proletariat sichern und die Restauration der bürgerlichen Kräfte verhindern. Sievers sah die Räteidee als „strategischen Leitgedanken der Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse“ und den „einzigen realen Kristallisationspunkt aller revolutionären Einheitsbestrebungen.“¹⁸

Unterstützung der Volksfront

Am 20. Dezember 1935, ausgehend von den Treffen des Lutetiakreises (Pariser Hotel Lutetia), rief Heinrich Mann zur Bildung einer „deutschen Volksfront“ gegen den Faschismus auf. Der Aufruf wurde neben zahlreichen Schriftstellern und Vertretern der Exil-SPD, KPD und SAP auch von Max Sievers unterschrieben.¹⁹ Am 1. März 1936 veröffentlichte Sievers seinen programmatischen Aufruf „Nur ein Weg führt zum Ziel“.²⁰ Darin unterstützte er den Volksfrontgedanken für Deutschland, kritisierte jedoch die fehlende Perspektive für die Zeit nach dem Sturz des Regimes. Nach Sievers Auffassung wäre der Faschismus nur durch eine antikapitalistische Revolution im Reich zu stürzen. In den Diskussionsentwürfen von SPD und KPD fehlten ihm diese Aspekte. Er erkannte darin

15 Siehe Lieselotte Maas: *Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945*, Bd. 1, München 1976, S.228f., 296, 245-248.

16 Sicherheitskorrespondenz (SIKO), Nr. 2, undatiert [1934], zit. nach: Kaiser, Max Sievers, S.41.

17 Erlöse uns von dem Übel, in: SIKO, undatiert [1934?], zit. nach: ebenda.

18 SIKO, Nr. 9, undatiert [1934?], zit. nach: ebenda, S.42.

19 Siehe *Exil in Frankreich*, Frankfurt/Main 1981, S.92.

20 SIKO, Ausgabe: *Nur ein Weg führt zum Ziel*, 1.3.1936, zit. nach: Kaiser, Max Sievers, S.42.

opportunistische Zugeständnisse an die bürgerliche Emigration. Nach seiner Auffassung könne eine Volksfront nur „die bürgerliche Demokratie gegen den eindringenden Faschismus“ verteidigen. Den Faschismus an der Macht könne aber nur eine sozialistische Einheitsfront stürzen. Ziel sollte sein: „Sturz der nazistischen Diktatur – Überwindung des kapitalistischen Systems – Aufbau der sozialistischen deutschen Republik.“²¹

Kritik an der Exil-SPD

Dass es zu keiner einheitlichen sozialistischen deutschen Einheitsfront kam, lag an den politisch verhärteten Fronten zwischen SPD und KPD. Insbesondere die Exil-SPD (Sopade) in Prag unter dem Vorsitzenden Otto Wels beäugte Sievers äußerst misstrauisch. Sievers musste feststellen: „Seit 1918 stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterbewegung neue Wege gehen muß und dies nur revolutionäre Wege sein können.“ Seit 1928 habe er resigniert und dazu nichts mehr gesagt, aber die Ereignisse von 1933 hätten gezeigt, dass nur einem sozialistisch-revolutionären Konzept die Zukunft gehöre.²² Die Prager Sozialdemokraten seien nicht mehr als Repräsentanten der Arbeiterbewegung anzusehen, man müsse einen endgültigen Trennungsstrich ziehen und ohne die Sopade neue sozialistische Zielprojektionen entwickeln.²³

Freies Deutschland

Seit dem 14. Januar 1937 gab Sievers zunächst in Antwerpen/Belgien, dann in Paris die Wochenzeitung: „Das freie Deutschland“ heraus. Als Redakteure holte sich Sievers u. a. Leo Friedmann und den jungen Heinz Kühn, den späteren Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Die Tätigkeit von Sievers in der Emigration und den Vertrieb von „Das freie Deutschland“ beschrieb Karl Retzlau in seinen Erinnerungen: „Ich übernahm nun auch den Vertrieb der Wochenzeitung ‚Freies Deutschland‘, die Max Sievers in Brüssel herausgab, für Paris und Frankreich. Max Sievers war der frühere Vorsitzende des ‚Deutschen Freidenkerverbandes‘. Wir kannten uns flüchtig aus Berlin-Neukölln. In Paris hatten wir uns bei Berthold Jacob näher kennen gelernt und er hatte mich gleich beim ersten Treffen gebeten, den Vertrieb seiner Zeitung in Paris zu übernehmen. Ich konnte gern zusagen, denn das Programm Max Sievers und seines Kreises widersprach meinen Ansichten gar nicht. Sievers und sein Hauptmitarbeiter ‚Rudolf Lang‘, heute Professor an einer Technischen Hochschule, hatten eine Beteiligung an Münzenbergs ‚Einheitsfront‘ abgelehnt. Sievers befürchtete mit Recht, daß die ‚Einheitsfront‘ die nötige Klärung der künftigen politischen Aufgaben nur verhindern könnte, für deren Diskussion später, nach Beseitigung der Naziherrschaft keine Zeit sein werde. Max Sievers war für die Gründung einer neuen so-

21 Volksfront, in: SIKO. Ausgabe: Aber was denn sonst?, 1.6.1936.

22 Siehe Max Sievers an Wilhelm Sollmann, 10.7.1936, zit. nach: Kaiser, Max Sievers, S.47.

23 Siehe Max Sievers an Wilhelm Sollmann, 16.7.1936, zit. nach: ebenda.

zialistischen Partei, die eine Arbeiterpartei sein müsse [...] Der „Deutsche Freidenkerverband war in Deutschland [...] verboten worden. Es war Sievers möglich gewesen, einen Teil des Vermögens des Verbandes zu retten. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei war nicht so vorausschauend gewesen. Jetzt aber wollte er gern einen Teil des Geldes von Sievers haben. Obgleich Mitglied der Partei, lehnte Sievers das Ansinnen ab und gab mit dem Geld seine Zeitung ‚Freies Deutschland‘ heraus, die weit zielklarer und kämpferischer geschrieben war als der ‚Neue Vorwärts‘, der nach wie vor von Friedrich Stampfer geleitet wurde.

Die Wochenzeitung ‚Das Freie Deutschland‘ wurde in Brüssel gedruckt, zeitweilig aber auch, wenn Max Sievers in Brüssel Schwierigkeiten hatte, in Creil, nördlich von Paris. Wenn sie in Brüssel gedruckt wurde, holte ich sie immer direkt vom Zuge ab und brachte sie zu denjenigen Zeitungsständen, die sich bereit erklärt hatten, sie zum Verkauf auszuhängen. Es waren ungefähr 15 Kioske in ganz Paris [...] Der Absatz in Paris schwankte zwischen 200 bis 300 Exemplaren pro Ausgabe. Die Arbeit machte ich fast zwei Jahre lang, bis ich in der letzten Phase des Bürgerkrieges in Spanien von anderer Arbeit so in Anspruch genommen wurde, daß ich die Zeitungsarbeit an einen Freund abgab, der mich bereits öfters vertreten hatte. Als die Deutschen Belgien überfielen, war Sievers abgeschnitten. Nach dem Kriege erfuhr ich, daß er denunziert, nach Berlin-Plötzensee gebracht und dort hingerichtet worden sei. Das Programm seiner Zeitung und seiner Anhänger hat Max Sievers in einem Buch zusammengefaßt, das unter dem Titel ‚Unser Kampf gegen das Dritte Reich‘ 1939 in einem Stockholmer Verlag in deutscher Sprache erschienen ist.“²⁴

„Unser Kampf gegen das Dritte Reich“

Sievers wichtigste Publikation in der Emigration, „Unser Kampf gegen das Dritte Reich“,²⁵ fasste die bisher entwickelten Standpunkte zur Politik der Opposition gegen den Nazismus zusammen. Meiner Ansicht nach ist das die beste Schrift, die der deutsche antifaschistische Widerstand hervorbrachte. Es erfolgte zunächst eine exakte Analyse des deutschen faschistischen Imperialismus. Die herrschenden Schichten wurden analysiert und ihre spezifischen Interessen untersucht. Trotz ihrer Verschiedenheit, schrieb Sievers, seien diese „zusammengeschweißt, die drei Mächte, Partei, Armee und Kapital; sie müssen zusammen in den Krieg marschieren, der ihre letzte Chance ist. Ob sie sich hassen oder lieben, sie werden gemeinsam marschieren, solange ihnen die Revolution nicht den Weg versperrt.“²⁶ Der Weg der revolutionären Bewegung und die befreite Gesellschaft bildeten den weiteren Schwerpunkt und sollen deshalb hier ausführlicher

24 Karl Retzlau: Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. Frankfurt/Main 1976, S.356f.

25 Max Sievers: Unser Kampf gegen das Dritte Reich. Von der nazistischen Diktatur zur sozialistischen Demokratie, Stockholm 1939.

26 Ebenda, S.43.

dargestellt werden: „Der Weg von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft vollzieht sich in einem Prozeß, dessen erste und dessen letzte Stunde niemals genau festgestellt werden kann. Schon in der Abstiegsperiode des Kapitalismus nimmt er sozialistische Elemente in sich auf, noch im weit fortgeschrittenen Stadium der siegreichen sozialen Revolution werden sich kapitalistische Rückstände in ihm erhalten. So wenig die Revolution damit beginnen kann, daß sie jeden Händler und jeden Flickschuster ‚sozialisiert‘, so wenig kann sie den Sozialismus auf das Land tragen, wenn dort die menschlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind [...]

In den ersten Stadien der sozialen Revolution wird der Aufbau neuer ökonomischer Fundamente zum beherrschenden Faktor des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Nichts wäre falscher, als hier nur eine organisatorische Aufgabe zu sehen, denn von der Art ihrer Lösung wird entscheidend die politische und geistige Struktur des künftigen gesellschaftlichen Lebens bestimmt. Wo die Möglichkeiten eines sozialistischen Wirtschaftsaufbaues theoretisch diskutiert werden, kann man in der Hauptsache drei Strömungen feststellen.

Die eine sieht das Schwergewicht aller zu treffenden Maßnahmen im staatlichen Dekret. Eine Elite von Funktionären besetzt den Staatsapparat und lenkt in Form einer staatlichen Diktatur alles politische und wirtschaftliche Leben.

Eine zweite widerstrebt jedem staatlichen Zwang und sogar jedem Zentralismus. Es sind die Arbeiter eines Betriebes, die zu seinen Eigentümern und Lenkern werden, jeder Betrieb bildet für sich eine sozialistische Insel.

Die dritte Strömung ist dafür, daß die Betriebe gewissermaßen an Unternehmer verpachtet werden. Der Unternehmer genießt alle Bewegungsfreiheit als solcher, behält auch seine bevorzugte soziale Stellung. Durch staatliche Maßnahmen aber, und auch dadurch, daß die Arbeiter anteilmäßig am Betriebsertrag beteiligt sind, soll verhütet werden, daß der Unternehmer sein Kapital vermehren kann.

Wir distanzieren uns mit aller Entschiedenheit von den Tendenzen aller dieser Strömungen. Wir sehen weder das Heil in einer bürokratisierten Wirtschaft, noch glauben wir daran, daß im modernen Produktionsprozeß wirtschaftliche Inseln gebildet werden können. Wir sind auch nicht für faule Kompromisse, die mit Unternehmern abgeschlossen werden sollen. Für einen sozialistischen Wirtschaftsaufbau gelten nach unserer Auffassung drei Grundprinzipien:

1) Sozialistische Wirtschaft ist Planwirtschaft, sie hat den obersten Zweck dem Gemeinwohl zu dienen. Eine Planwirtschaft erfordert für alle Produktionszweige, für die industrielle wie die Agrarproduktion, bindende zentrale Richtlinien und eine hinter diesen Richtlinien stehende starke Zentralgewalt.

2) Sozialistische Wirtschaft hat eine höhere kulturelle Stufe zu erstreben, als sie von der kapitalistischen Wirtschaft eingenommen worden ist. In der Qualität ihrer Produkte, der Beschaffenheit aller Produktionseinrichtungen, der Verfeinerung ihrer Methoden, ihrer Anpassungsfähigkeit an alle Situationen des Bedarfs, soll sie beispielgebend und kulturfördernd wirken, sie kann und darf deshalb nicht bürokratisch geleitet sein.

3) Sozialistischer Wirtschaftsaufbau ist nur das Mittel zum Zweck der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur demokratisch fundiert sein. Sozialismus und Diktatur sind Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen. Im Sozialismus entwickelt sich die sozialistische Demokratie. Das ist die Demokratie einer Gesellschaft, in der es keine sozialen Privilegien mehr gibt.

Wenn diese Prinzipien durchgeführt werden sollen, und ohne dem können wir uns keinen sozialistischen Aufbau vorstellen, dann stehen die Erfordernisse dieses Aufbaus klar vor uns.

Die Planung erfordert eine feste Zentralgewalt, die kulturellen und materiellen Ansprüche an eine sozialistische Wirtschaftsführung können aber nur erfüllt werden, wenn die einzelnen Wirtschaftskörper auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaut sind, wenn schöpferische Initiative sich frei entfalten kann, wenn die Grenze nur dort gezogen wird, wo die Richtlinien der Planwirtschaft ihre strenge Beachtung finden müssen. Die Verbindung zwischen der Zentralgewalt und dem Volksganzen wird durch den demokratischen Aufbau von unten nach oben hergestellt, der sowohl der neuen Wirtschaftsform wie dem gesamten gesellschaftlichen Leben das charakteristische Gepräge geben soll.

Natürlich wird eine solche gewaltige Umstellung sich nicht reibungslos vollziehen, oftmals werden psychologische Faktoren sehr hemmend auftreten. Das aber spräche nicht gegen den Sozialismus, sondern ist nur das Schicksal aller Revolutionen, die gesellschaftliches Neuland beackern sollen, und von Menschen geführt werden, die noch in der Denkart der alten Welt erzogen worden sind. Darin liegt ja gerade das Merkmal einer Revolution, daß sich in ihr täglich der Zusammenstoß zwischen dem Alten und dem Neuen vollzieht, bis sich das Neue schließlich siegreich durchsetzt.

Aber es kann gar nicht geleugnet werden, daß in Deutschland für die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische Planwirtschaft die wichtigsten objektiven wie subjektiven Voraussetzungen gegeben sind: Eine lückenlos aufgebaute, qualitativ sehr hoch stehende Industrie, eine Armee von geschulten Arbeitern, Angestellten, Technikern, Ingenieuren, die nicht nur alle Regeln des modernen Wirtschaftslebens beherrschen, sondern auch diszipliniert und mit einem starken Verantwortlichkeitsgefühl ausgestattet sind. Dazu die große Begabung des Deutschen für organisatorische Dinge, dies alles sind entscheidende Faktoren für das Gelingen des Werkes.

Auf dem Wege zum letzten Ziel werden viele Übergangsetappen liegen. Sie werden nicht durch eine engstirnige Dogmatik überwunden werden können, sondern nur durch eine nüchterne Einschätzung des Zweckmäßigen und des Erreichbaren. Die einzige allerdings entscheidende Maßnahme, die kompromißlos am Anfange der großen Umwälzung zu stehen hat, ist die absolute wirtschaftliche wie politische Entmachtung des Großkapitals und des Großgrundbesitzes.

Zwischen dem Großkapital und der Klasse aller Werktätigen steht der gewerbliche Mittelstand. Er hat in Deutschland keine machtpolitische Bedeutung mehr und wird sie auch nicht mehr erlangen. Seine soziale Lebenshaltung unterschei-

det sich oft kaum von der des Proletariats, zudem ist er durch die Konkurrenz des Großkapitals und durch mancherlei Maßnahmen des nazistischen Regimes stark dezimiert worden.

Dieser Mittelstand hat von der sozialen Revolution nichts zu fürchten. Ob er sich in seinen jetzigen Positionen wird halten können, ob er noch stärker auf die abschüssige Bahn gerät, das ist keine Frage sozialistischer Programmatik, sondern ist abhängig von der Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens, die allerdings ungünstig für den Mittelstand verläuft.

Jedenfalls droht diesem Mittelstand in der sozialen Revolution nicht die Gefahr einer Enteignung, auch er wird als selbständiges Glied in die Planwirtschaft eingebaut, und auch er erhält in diesem Aufbau gemäß seiner Bedeutung eine Vertretung.²⁷

Die sich ankündigenden Kriegereignisse zwangen die Zeitung „Das freie Deutschland“, ihr Erscheinen einzustellen, die letzte Ausgabe erschien am 24. August 1939.

Zweiter Weltkrieg

1939/1940 hielt sich Sievers in den USA auf, um von dort aus die Zeitung „Das freie Deutschland“ weiterzuführen und das restliche Verbandsvermögen aus der Schweiz dorthin zu transferieren. Außerdem veröffentlichte er die Broschüre „Das antifaschistische Kriegsziel“. 1940 kehrte er nach Belgien zurück. Im Mai wurde Sievers verhaftet, konnte aber durch glückliche Umstände nach Frankreich fliehen und – nachdem ihm ein Einreisevisum für die Schweiz verweigert worden war – bis 1943 unbehelligt von den Besatzungsbehörden in Nordfrankreich untertauchen. Er lebte mit seiner Frau dort mit gefälschten Papieren, als „Denise und Henri Loth“, in Chéreng bei Lille. Die Tochter Margarethe berichtete: „1940 ist mein Vater aus dem Exil in den USA noch einmal nach Belgien zurückgekehrt. Seine Schwiegermutter lag im Sterben und seine Frau wollte sie noch einmal sehen. Und dann kamen sie nicht mehr zurück in die USA. Das war sein Schicksal. Dann marschierten die Deutschen in Belgien ein, da mußte er dann seine Wohnung räumen. Die Wohnung wurde von der Deutschen Feldpolizei beschlagnahmt. Mein Vater mußte nach Nordfrankreich fliehen. [...] Meine Stiefmutter hat politisch zum Vater gehalten. Das hat mir sogar die Gestapo bei einem Verhör erzählt. Mein Vater und meine Mutter haben sich wunderbar verstanden.“²⁸ Die beiden hielten sich mit landwirtschaftlichen Gelegenheitsarbeiten und Kaninchenzucht über Wasser. Über einen Verwandten versuchten sie Geld aus der Schweiz zu beschaffen. Doch der Bote wurde verhaftet und gezwungen, seine Auftraggeber preiszugeben. So wurde Sievers am 3. Juni 1943 enttarnt und verhaftet.

27 Ebenda, S.104-108.

28 Zit. nach: Arbeiterbewegung, Freidenkertum, S.45.

In den Händen der Faschisten

Er kam nach Berlin in das berüchtigte Gestapogefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße, später ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Plötzensee.

Die Tochter Margarethe: „Nach der Verhaftung meines Vaters bin ich hin zum Polizeirevier Alexanderplatz und hab mich da gemeldet und gesagt, ich bin die Tochter, ich hätte gerne mal meinen Vater gesehen. Man hat mir gesagt, mein Vater will mich nicht sehen. Er hat extra gesagt, wenn seine Tochter kommt, er möchte seine Tochter nicht sehen. Mein Onkel hat mir dann erzählt, mein Vater hätte der Gestapo gesagt, er hätte mit seinen Kindern Schluß gemacht. Die Kinder hätten den Vater nicht mehr verstanden und politisch andere Auffassungen gehabt. Das hat er gesagt, um uns zu schützen. Nach seiner Hinrichtung hab ich sein persönliches Eigentum erhalten, ein paar Nähnadeln, ein bißchen Garn, ein paar Knöpfe und was er sonst noch privat bei sich hatte, ganz belangloses Zeug. Dann stand in dem Begleitbrief, daß mein Vater am 17. Januar hingerichtet worden sei. Und die Prozeßkosten von 300,- Mark mußte ich tragen. Die 300,- Mark mußte ich mir von meinem Onkel borgen.“²⁹

Aus dem Zuchthaus schrieb Max Sievers am 22. September 1943 an eine Verwandte: „Liebe Grete, wenn auch meine Geburtstagsgratulation mit erheblicher Verspätung eintreffen wird, so ist sie darum nicht weniger herzlich gemeint. Möge Dir eine glückliche Zukunft alles das bringen, was diese Gegenwart so grausam versagt: Frieden, Ruhe, Glück und eine verminderte Sorgenlast.

Seit einem Monat bin ich nun in diesem Haus und leider von aller Welt abgeschieden. Von Euch habe ich nichts mehr gehört und auch von Denise liegt immer noch keine Nachricht vor. Ich klage zwar nicht, aber dieser Zustand stellt doch wirklich eine schwere seelische Belastungsprobe dar.

Wenn Ihr an mich schreiben wollt, so gilt dafür die oben von mir eingerahmte Adresse. Für den Fall, daß Du mich besuchen willst, habe ich einen Besuchschein für Dich erbeten. – Ich würde mich sehr freuen. Ich kann alle vier Wochen einmal Besuch haben. Besuchsdauer 15 Minuten. Lebensmittel und Rauchwaren dürfen nicht mitgebracht werden. Die Wäsche wird hier gewaschen. Das sind harte Bestimmungen, ebenso falle ich Euch wenigstens nicht zur Last. Schön wäre allerdings, wenn Ihr ein Stück Seife für mich auftreiben könntet. Falls Ihr noch einmal nach Denise Nachforschungen anstellen wollt, so käme dafür die nachstehende Adresse Ihres Neffen in Betracht: Mons. Leon Lété, rue de la Digue 195 Paturages/Nons Belgien. Briefe in deutscher Sprache würde er allerdings nicht lesen können. So das wäre alles was ich auf dem Herzen habe. Nun seid herzlich begrüßt, ebenso Robert, die Kinder und alle unsere Geschwister. Hoffentlich sind alle, trotz der Aufregungen dieser Zeit bei bester Gesundheit geblieben und hoffentlich bleiben sie es auch in Zukunft. Es wünscht Euch von Herzen Euer Max.“³⁰

29 Zit. nach: ebenda, S.47.

30 Zit. nach: ebenda, S.49.

Anfang 1944 wurde Sievers in das berüchtigte Zuchthaus Brandenburg-Görden verlegt. Dort traf er den katholischen Geistlichen Dr. Max Metzger wieder, den er im Gestapo-Keller Prinz-Albrecht-Straße kennengelernt hatte. Max Metzger sollte am 14. Mai 1944 von den Nazis hingerichtet werden. Ihm wurde die Ehre zuteil, in die beiden Bände „Deutsche Widerstandskämpfer“,³¹ herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, aufgenommen zu werden. Eine Ehre, die einem Max Sievers, nach der Auswahl der Herausgeber, nicht zukam. Metzger jedenfalls schrieb am 29. August 1943 in einem Brief über Sievers: „Wenn ich von meiner Umwelt spreche, so denke ich dabei nicht einmal zuerst an den Vorsitzenden des Deutschen Freidenker-Verbandes, der bis vor ein paar Tagen mein Zellennachbar war. Trotz der weltanschaulichen Kluft, die uns trennte, standen wir uns doch in gegenseitiger Achtung näher als andere. Ich fand in ihm den Charakter, der vornehm und gerecht urteilte und gute Kameradschaft pflegte. Ja, ich möchte irgendwie einen solchen Menschen mehr zur Gemeinde Christi rechnen als so viele Getaufte. Ich habe nicht das Recht, über das jenseitige Schicksal eines Menschen zu urteilen. Jedenfalls ist es mein Glaube, daß verloren im eigentlichen Sinne, zur Hölle bestimmt, nur ist, wer wider seine Gewissensüberzeugung stand. Wie viel Christen sind da freilich schlechter dran als die ‚Heiden‘.“³²

Am 17. November 1943 verurteilte der 1. Senat des Volksgerichtshofs unter Roland Freisler Max Sievers wegen „Vorbereitung zum Hochverrat mit Feindbegünstigung“ zum Tode: „Im Namen des Deutschen Volkes. In der Strafsache gegen den Emigranten und früheren Vorsitzenden des Deutschen Freidenkerverbandes Max Wilhelm Georg Sievers, zuletzt wohnhaft gewesen in Chéreng, Nordfrankreich, geboren am 11. Juli 1887 in Berlin, staatenlos, zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft, wegen Vorbereitung zum Hochverrat, hat der Volksgerichtshof, 1. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung vom 17. November 1943, an welcher teilgenommen haben als Richter: Präsident des Volksgerichtshofs Dr. Freisler, Vorsitzender, Landgerichtsdirektor Stier, NSKK-Obergruppenführer Offermann, SA-Gruppenführer Dr. von Helms, Ministerialrat im OKW Dr. Herzliet, als Vertreter des Oberreichsanwalts: Amtsgerichtsrat Stark, für Recht erkannt: Max Sievers, in der Systemzeit Leiter des Freidenkerverbandes, hat zunächst 700.000 RM Arbeiter Groschen zu seiner Verfügung ins Ausland verschoben, ist 1933 emigriert und hat dann jahrelang mit Hilfe dieser Arbeiter Groschen in eigenen Hetzschriften, Broschüren und Reden gegen unser deutsches Volk und Reich gehetzt, von der Sicherheit des Auslandes aus feige an einer Revolution der Illegalität und der Emigration gegen unsere nationalsozialistische Lebensführung als Volk gearbeitet, zur Zersetzung unserer Armeen aufgefordert, in vielen Veröffentlichungen Deutschland vor aller Welt als Kriegsschürer beschimpft und schließlich, im Kriege öffentlich in Europa und Amerika

31 Siehe Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe, Berlin 1970, Bd. 1, S.638-641.

32 Zit. nach: Arbeiterbewegung, Freidenkertum, S.49.

als Ziel die Niederlage unseres nationalsozialistischen Deutschland proklamiert, und die Meinung verbreitet, Deutschland werde von innen heraus zusammenbrechen“.³³

Am 17. Januar 1944 wurde Max Sievers im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil hingerichtet. Bis zum Schluss blieb er seiner sozialistischen Überzeugung treu, wie aus den faschistischen Prozessakten hervorgeht.

1946 ermittelten Verwandte und Bekannte, dass Sievers Urne noch im Brandenburger Krematorium stand. Im Februar konnten die sterblichen Überreste auf dem Urnenfriedhof in Berlin-Wedding, Gerichtsstraße, beigesetzt werden. Am 10. Februar 1952 wurde, in Gegenwart von Verwandten und vielen alten Kampfgefährten, in Berlin-Wedding, Gerichtsstraße, ein Denkmal eingeweiht. Seit dem 40. Todestag 1984 erinnert am letzten Sitz des DFV vor 1933, in der Gneisenaustraße 41 in Berlin-Kreuzberg, eine Gedenktafel an Max Sievers. Das Unrechtsurteil an Sievers wurde erst 1996 vom Landgericht Berlin förmlich aufgehoben (Az. 517 AR9/96-2P-Aufhebung 6/96).

Max Sievers in der antifaschistischen Geschichtsschreibung

Den antifaschistischen Kampf von Max Sievers und Genossen findet man erstaunlicherweise kaum dokumentiert. Antifaschistische Literatur und Geschichtswerke gibt es nicht wenig, aber Max Sievers sucht man nahezu vergebens. Weder in sozialdemokratischen Publikationen in der Bundesrepublik noch in den „realsozialistischen“ Darstellungen der DDR, und schon gar nicht in der „bürgerlichen“ Geschichtsschreibung, wurde der antifaschistische Kampf der Freidenker um Sievers gewürdigt (Ausnahmen siehe Fußnote 1). Dadurch könnte der Eindruck entstehen, es hätte gar keine Freidenker als antifaschistischen „Faktor“ gegeben. Gleichzeitig wird in diesen Geschichtswerken die Rolle der Kirchen im Faschismus verharmlost bzw. so mancher Täter und Komplize des Faschismus zum „Antifaschisten“ umgedeutet. Darüber hat Karlheinz Deschner reichlich Material veröffentlicht.³⁴ Die Tatsache, dass es einen christlich motivierten Widerstand gab und einzelne Kirchenvertreter sich antifaschistisch betätigten und Opfer wurden, bestreitet keiner. Im Verhältnis zum Widerstand aus der sozialistischen Arbeiterbewegung waren diese Erscheinungen allerdings marginal.

Dass die Arbeiterbewegung ihren Sievers „vergessen“ hat, kann nur erklärt werden durch das parteiamtliche Desinteresse von SPD und KPD/SED an der Freidenkerbewegung. Was nicht dem opportunistischen Tagesinteresse dient, wird historisch „vergessen gemacht“. Nach 1945 passte der SPD die freidenkerische Tradition nicht mehr ins Konzept. Festgelegt wurde dieser programmatische Kurswechsel der SPD im „Grundsatzprogramm, beschlossen vom außeror-

³³ Zit. nach: ebenda, S.47.

³⁴ Siehe Karlheinz Deschner: Mit Gott und dem Führer. Die Politik der Päpste zur Zeit des Nationalsozialismus, Köln 1988; Ders.: Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert, Reinbek 1991.

dentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13.-15. November 1959“. Die altbewährten Forderungen nach einer Trennung von Staat und Kirche sowie nach einer Weltlichkeit der Schule wurden hier gestrichen. Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer erklärte hierzu ausdrücklich, dass sich in dieser Frage die Meinung der Sozialdemokratie geändert hätte und es sich bei diesen neuen Formulierungen nicht nur um taktische handeln würde.³⁵ Heute ist diese Parteiführung bekanntlich Hauptrepräsentant einer unsozialen Politik. Von Freidenkertum sind da nicht mal mehr Rudimente auszumachen.

Im Gebiet der SBZ/DDR wurde den Freidenkern erst gar keine Erlaubnis zur Wiedergründung gegeben. Das Ansinnen auf Wiedergründung einer Freidenker-Organisation um Ernst Jeske wurde am 12. Juni 1946 vonseiten der SED untersagt. Auch in der SED gäbe es Geistliche verschiedener Konfessionen, und ein „Kulturkampf“ wäre beim „Neuaufbau der Heimat“ nicht erwünscht.³⁶ Mit sozialistischer deutscher Gründlichkeit wurde dann auch gleich die Geschichte „gesäubert“.³⁷

Ob den Sozialisten in Ost und West das Fehlen von freiem Denken genützt oder geschadet hat, bleibt der Diskussion überlassen. Ein Anknüpfen an eine Traditionslinie, wie sie im Wirken eines Max Sievers repräsentiert wird, halte ich für lohnend und fruchtbar.

35 Siehe dazu Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13. bis. 15. November 1959 in Bad Godesberg, Bonn 1960.

36 Antwortschreiben des Landesverbandes Berlin der SED an Ernst Jeske, in: Kein Jenseits ist kein Aufersteh'n. Freireligiöse in der Berliner Kulturgeschichte. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Prenzlauer Berg Museum, Berlin 1998, S. 213.

37 „Im Band 4 der achtbändigen ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ von 1966 wird viel auch über das Freidenkertum geschrieben (leider wurden die Namen damals auf Weisung des zentralen Autorenkollektivs alle gestrichen).“ Mitteilung in einem Brief von Gernot Bandur vom 27.12.2005 an den Herausgeber.

„Hitler treibt zum Krieg“: Albert Schreiner als Militärwissenschaftler im Exil¹

Mario Keßler

„Im April 1933 musste ich auf Anraten meiner politischen Freunde emigrieren; meine Familie folgte im Juli 1933.“² Mit diesen lakonischen Worten nahm Albert Schreiner 1947 in einem parteiinternen Lebenslauf auf die Zäsur bezug, die der Machtantritt der Nazis für den politisch aktiven Hitlergegner bedeuten musste. Es war nicht Schreiners Art, persönlichen Empfindungen in amtlichen oder in Privatbriefen Ausdruck zu geben. Vielmehr trat er als Militärschriftsteller dort hervor, wo es ihm um den Kampf gegen Hitler ging.

Doch wenn gegenwärtig vom deutschen kommunistischen Exil der Jahre 1933 bis 1945 die Rede ist, fällt der Name Albert Schreiner nur noch selten. Eine 2006 erschienene Arbeit vermerkt nicht einmal mehr, dass es dieser kommunistische Autor war, der das Pseudonym Dorothy Woodmann benutzte, um mit „Hitler treibt zum Krieg“ 1934 viel Beachtung zu finden.³ Auch Adam Tooze erwähnt in der Bibliographie seines Buches zur Nazi-Ökonomie Schreiners rüstungswirtschaftliche Arbeiten nicht.⁴ Die aus der DDR stammende Autorin Angelika Timm bezeichnet Schreiner irrigerweise als Juden.⁵ Nur in einer Biographie Henryk Grossmanns fand Albert Schreiner jüngst als der neben Gerhart Eisler „wichtigste deutsche Kommunist in den Vereinigten Staaten“ erneut Erwähnung.⁶

Dies war auch die weitverbreitete Ansicht unter deutschen Hitlergegnern in den USA gewesen.⁷ Doch galt Schreiner auch als Fachmann für militärische Fragen. Die vier Bücher, die er zwischen 1934 und 1939 veröffentlichte, waren in ihrer Detailtreue damals einzigartig. Doch ging niemand der Frage nach, auf welchem

1 Erweiterte Fassung des auf der Konferenz „Der 30. Januar im Spiegel deutscher Biographien“ am 26.1.2008 im politischen Bildungsverein „Helle Panke“, Berlin, gehaltenen Beitrages.

2 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (im Folgenden SAPMO-BArch), NY 4198/84, Bl. 112: Nachlass Albert Schreiner, masch.-schr. Lebenslauf vom 25.8.1947.

3 Siehe Othmar Plöckinger: Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“, München 2006, S.477.

4 Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

5 Siehe Angelika Timm: Jewish Claims Against East Germany. Moral Obligations and Pragmatic Policy, Budapest 1997, S.45.

6 Rick Kuhn: Henryk Grossmann and the Recovery of Marxism, Urbana 2007, S.203.

7 Siehe Joachim Radkau: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933-1945, Düsseldorf 1971, S.195.

Weg Schreiner zu seinen Informationen kam. Die folgenden Bemerkungen suchen diese Lücke, soweit möglich, zu schließen.

Biographische Angaben

Albert Schreiner wurde am 7. August 1892 in Aglasterhausen (Baden) in einer Arbeiterfamilie geboren.⁸ Nach der Schulzeit zumeist in Chemnitz erlernte er in Stuttgart den Beruf des Maschinenschlossers. Bereits früh engagierte er sich politisch: 1908 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend und 1910 der SPD bei. 1917 war er Mitbegründer der USPD. In der Novemberrevolution 1918 wurde er vom Württemberger Arbeiter- und Soldatenrat zum Kriegsminister berufen. Er übte die Funktion aber nur einen Tag aus.

Im Januar 1919 gehörte er zu den Mitbegründern der KPD in Württemberg. 1922 war er Delegierter des 4. Weltkongresses der Komintern, wo er auch Lenin kennen lernte. Im Jahre 1923 arbeitete er im Militärapparat der KPD. Als Militärpolitischer Leiter des Bezirks Wasserkante (und Mitarbeiter des späteren sowjetischen Generals Manfred Stern) war er am Hamburger Aufstand beteiligt.⁹ 1924 besuchte er die Militärfachschule in Moskau und wurde im gleichen Jahr einer der Führer des Roten Frontkämpferbundes (RFB) sowie Chefredakteur von dessen Organ „Rote Front“. Schreiner arbeitete auch als Journalist für „Die Rote Fahne“. 1929 schrieb er mit Paul Frölich die Kampfschrift „Die deutsche Sozialdemokratie. Vierzehn Jahre im Bunde mit dem Kapital“, weiterhin war er Mitautor der „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“ und Redakteur der Gesamtausgabe der Schriften Franz Mehrings.¹⁰

In der Korruptionsaffäre um Willy Leow, den zweiten Vorsitzenden des RFB, stand Schreiner auf Seiten der Kritiker. Im parteiinternen Machtkampf von Thälmann 1927 als „Rechter“ bezeichnet, verlor er alle Funktionen im RFB und

8 Siehe zu Schreiners Biographie Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln u.a. 2001, S.164-196, und bereits Joachim Petzold: Albert Schreiner (1892-1979), in: Heinz Heitzer u.a. (Hrsg.): Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989, S.280-299.

9 Siehe Walerij Brun-Zechowoj: Manfred Stern – General Kléber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs, Berlin 2000, S.119, 122; Ray W. Leonard: Secret Soldiers of the Revolution. Soviet Military Intelligence 1918-1933, Westport, CT 2000, S.29. Siehe bereits D. S. Davidovič: Revoljucionnyj krizis 1923g. v Germanii i gamburgskoe vosstanie [Die revolutionäre Krise 1923 in Deutschland und der Hamburger Aufstand], Moskau 1963, S.219f.

10 Paul Frölich/Albert Schreiner: Die deutsche Sozialdemokratie. Vierzehn Jahre im Bunde mit dem Kapital, Berlin 1929; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929. Am letztgenannten Buch arbeiteten u.a. auch die mit Schreiner aus der KPD ausgeschlossenen Paul Frölich, Fritz Rück und Jakob Walcher mit.

wurde 1929 aus der KPD ausgeschlossen.¹¹ Er trat der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (KPDO) um Heinrich Brandler und August Thalheimer bei und schrieb zahlreiche Artikel für das Parteiorgan „Gegen den Strom“, darunter eine frühe hellsichtige Analyse über Parolen und Schlagworte der Nazis.¹² Er war Mitglied sowohl der Berliner Bezirksleitung als auch der Reichsleitung der KPDO. Im Oktober 1932 trat Schreiner überraschend aus der KPDO aus, doch wenig später wieder ein. Brandler widersetzte sich seiner Wiederaufnahme, doch ohne Erfolg.¹³

Kurz vor seinem Tode schrieb Schreiner über diese Phase seines Lebens: „1932, unmittelbar nach dem Staatsstreich Papens, nahm ich erneut Verbindung mit der Partei auf. [...] Mein Bestreben war, zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, aber auch zur Wiedervereinigung mit der Partei beizutragen. In dieser Zeit hatte ich auch mit Gen. Kühne, dem damaligen Sekretär der Reichstagsfraktion, Fühlung aufgenommen. Der Versuch scheiterte; mit der Leitung der KPDO kam ich ob dieses auf eigene Faust getanen Schrittes und ihrer immer offensichtlicher werdenden antisowjetischen Haltung in nicht mehr überbrückbare Differenzen.“¹⁴ Ob Schreiner zu diesem Zeitpunkt tatsächlich als „U-Boot“ der KPD in der KPDO wirkte, mag dahingestellt bleiben. Doch waren die Beziehungen der KPDO-Mitglieder zu Schreiner nunmehr von Misstrauen bestimmt.

1933 musste Schreiner mit seiner Familie nach Frankreich flüchten. 1935 schloss er sich wieder der KPD an. Zwischen 1936 und 1938 nahm er als Offizier am Spanischen Bürgerkrieg teil. Es folgten die vielleicht härtesten Jahre: Von 1939 bis 1941 wurde Schreiner in verschiedenen Lagern in Frankreich und Marokko interniert. 1941 gelang ihm die Emigration in die USA. Dort spielte er eine wichtige politische Rolle, so war er 1942 Mitbegründer der German American Emergency Conference sowie 1944 des Council for a Democratic Germany. In New York arbeitete er als Metallarbeiter, fand aber die Energie zur Arbeit an einem weiteren Buch: „The Lesson of Germany“, das er zusammen mit Gerhart Eisler und Albert Norden schrieb.¹⁵

11 Siehe Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003, S.107: Brief Thälmanns an Stalin und Bucharin vom 1.12.1927.

12 Albert Schreiner: *Faschistische Parolen und Schlagworte*, in: *Gegen den Strom*, Nr. 3-8, 18.1.-22.2.1930.

13 Siehe Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“. *Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition*, 2. Aufl., Hamburg 2001, S.529.

14 Ein Exemplar dieses im Januar 1978 abgeschlossenen Lebenslaufes, das 21 Seiten umfasst, befindet sich in der MfS-Akte über Schreiner. Siehe Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin, MfS-Zentralarchiv (im Folgenden BStU, MfS-ZA), HA IX/11, Bd. 286, 20.

15 Gerhart Eisler/Albert Norden/Albert Schreiner: *The Lesson of Germany*, New York 1945. Von diesem Buch erschienen Jahre später ungarische und tschechische Übersetzungen.

Ende 1946 kehrte Schreiner nach Deutschland zurück und wurde zunächst Mitarbeiter der Zentralverwaltung für Volksbildung. 1947 wurde er an der Universität Leipzig Professor für Staatenkunde und leitete das gleichnamige Institut.¹⁶ Zwischen 1950 und 1952 arbeitete er am Marx-Engels-Lenin-Institut. 1953 wurde er in Halle mit einer ein Jahr zuvor veröffentlichten Studie über die Außenpolitik des deutschen Kaiserreiches promoviert.¹⁷ 1952 bis 1956 war er Abteilungsleiter am Museum für Deutsche Geschichte, danach Leiter der Abteilung „1918-45“ des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. 1960 trat er in den Ruhestand. 1953 wurde Schreiner mit dem Nationalpreis ausgezeichnet. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt er 1962 den Karl-Marx-Orden, die höchste Auszeichnung der DDR. Albert Schreiner starb am 4. August 1979 in Berlin. Ein Nachruf in der DDR-offiziellen „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ erwähnte seine Mitgliedschaft in der KPD-Opposition nicht.¹⁸

Militärexperte in Frankreich und Spanien

Im April 1933 gelang Albert Schreiner die Flucht nach Frankreich. Dort wurde er im November 1935 wieder in die KPD aufgenommen. Er wurde Sekretär des „Thälmann-Komitees“ (des Internationales Befreiungskomitee für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten) und in Paris Mitglied des Deutschen Volksfrontausschusses, somit zu einer Schlüsselfigur innerhalb des KPD-Netzwerkes.¹⁹ Die Wende in der Politik der Komintern gegenüber der Sozialdemokratie konnte Schreiner auch als eine Bestätigung seiner Auffassungen sehen. In den Jahren 1934 und 1935 suchten die Kommunisten die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen, liberalen und sogar konservativen Kräften. Der 7. Weltkongress der Komintern formulierte im Sommer 1935 die offiziellen Richtlinien dieser Politik. Sie fanden im Dezember ihren Ausdruck im „Aufruf an das deutsche Volk“, den die Programmkommission des Volksfrontausschusses in Paris formulierte.²⁰

gen: A német történelem tanulsága, Budapest 1960; Poučení z německých dějin, Prag 1962.

16 Die Antrittsvorlesung hielt Schreiner am 2.6.1948 zum Thema: Historisch-materialistische und biologische Staatslehre als Gegensatz und als Gegenwartsprobleme. Unter diesem Titel erschien der Text als Broschüre (Leipzig 1949).

17 Albert Schreiner: Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik, Bd. 1: Von der Reichsgründung bis zur Novemberrevolution, Berlin 1952. Ein zweiter Band erschien nicht.

18 D.L. [Dieter Lange]: Albert Schreiner zum Gedenken, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden ZfG), 1979, H. 12, S.1179f.

19 Siehe SAPMO-BArch, SgY 30/0850, Bl. 2: Albert Schreiner, Lebenslauf; Jan Foitzik: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986, S. 320f.

20 Siehe Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932-1935. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Bd. 2, Berlin 2005, S.535-541, 551-564.

Willy Münzenberg, bis zu seinem Bruch mit der KPD im März 1938 organisatorischer Kopf zahlreicher politischer Aktivitäten der deutschen Emigration, gründete in Paris mit den Editions du Carrefour das damals wichtigste Verlagshaus für deutsche antifaschistische Sachliteratur.²¹ Schreiner arbeitete an einer Reihe dort erschienener Bücher redaktionell mit, darunter am „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“.²² Vor allem jedoch veröffentlichte er in rascher Folge jene Aufsehen erregende Tetralogie zur deutschen Rüstung und Rüstungswirtschaft, die uns hier beschäftigt.²³

Dies sind die zum Teil auch ins Englische und Französische übersetzten Bände „Hitler treibt zum Krieg“ (1934),²⁴ „Hitlers Luftflotte startbereit“ (1935),²⁵ „Hitlers motorisierte Stoßarmee“ (1936)²⁶ und „Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers“. Der letztgenannte Band erschien 1939 in den Editions Prométhée.

In „Hitler treibt zum Krieg“ zeigten Schreiner und sein Mitarbeiter Rudolf Feistmann, was von Hitlers Friedensparolen zu halten war.²⁷ Aus konspirativen Gründen zeichnete die Sekretärin der englischen Union of Democratic Control, Dorothy Woodman, als Herausgeberin, das Buch wurde als Übersetzung aus dem Englischen ausgegeben.²⁸

Die Quellenbasis bildeten vor allem deutsche Zeitungsberichte und offizielle Memoranden der Nazibehörden. Hinzu kamen interne NS-Dokumente, „die

21 Siehe Babette Gross: Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S.250-252; Alfred Kantorowicz: Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München 1983, S.41f.

22 Deutsche Bibliothek, Deutsches Exilarchiv 1933-1945, Frankfurt a. M.: Nachlass Wilhelm Sternfeld, Mappe Albert Schreiner. Schreiner an Wilhelm Sternfeld, Brief vom 23.11.1965.

23 Im gleichen Verlagshaus publizierte auch Berthold Jacob, der jedoch der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) angehörte, eine wichtige Schrift über die deutsche Wiederaufrüstung. Siehe Berthold Jacob: Das neue deutsche Heer und seine Führer, Paris 1936.

24 Englische Ausgabe: Dorothy Woodman [A. Schreiner]: Hitler Rearms. An Exposure of Germany's war Plans, London 1934. Ein Nachdruck des deutschen Originals erschien in der Moskauer „Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter“ unter dem Titel: Der Faschismus treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Deutschlands Geheimrüstungen, Moskau 1935.

25 Französische Ausgabe: Dorothy Woodman, Les Avions d'Hitler, Paris 1935.

26 Englische Ausgabe: A. Müller [A. Schreiner]: Germany's War Machine, London 1936; französische Ausgabe: L'Armée motorisée allemande, Paris 1936.

27 Auf Feistmanns Mithilfe verwies Wolfgang Kießling: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S.268. Eine Biografie Feistmanns fehlt bisher.

28 Die 1914 gegründete und bis nach 1960 bestehende Union of Democratic Control suchte die britische Regierung zu einer verantwortungsbewussteren Außenpolitik zu bewegen. Ihre Gründer waren der liberale Unterhausabgeordnete Charles P. Trevelyan und der Vorsitzende der Labour Party J. Ramsay MacDonald.

zum Teil illegal Genossen in Deutschland besorgt und Kuriere nach Paris gebracht hatten“, wie es im Nachwort zur DDR-Neuausgabe hieß.²⁹

Ein streng vertrauliches Zirkular des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes gestand ein, dass das Buch „durch ungemein präzise Angaben [und] Berichte über deutsche Fabrikationen, Erfindungen, durch die listenmäßige Zusammenstellung aller Unternehmen, die sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial befassen sollen [überrascht] [...] In einer mühevollen Kleinarbeit, unter offensichtlicher Mithilfe von Spezialisten auf allen Gebieten, werden diese ganz sachlich gehaltenen Veröffentlichungen vorbereitet und planmäßig fortgeführt.“³⁰

Die Gestapo vermutete, dass die Informationen von einem hohen Reichswehroffizier stammten. Nach der Eroberung von Paris fiel ihr Schreiners Archiv in die Hände und gelangte 1945 in sowjetischen Besitz. Im Oktober 1957 erhielt Schreiner vom DDR-Innenministerium eine Mitteilung, ihn betreffende Archivadokumente in Empfang zu nehmen. Es waren seine Pariser Unterlagen.³¹

Nach Schreiners Tod wurden dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit von sowjetischer Seite weitere Materialien zugänglich gemacht: Eine MfS-Forschungsarbeit vom Dezember 1986 nennt Kontaktpersonen Schreiners. Dies waren die Angehörigen des AM-Apparates³² der KPD Wilhelm Thows und Gert Caden sowie der mit der KPD zusammen arbeitende Hans Ebeling.³³ Caden war von Beruf Maler. Seine Arbeit für die KPD zwang ihn 1938 zur Emigration nach Frankreich und 1942 über Marokko nach Kuba. Er kehrte 1948 nach Ostdeutschland zurück.³⁴

Ebeling war eine widersprüchliche politische Figur. In der späten Weimarer Republik war er Leiter des Düsseldorfer Vorkämpfer- (später Aufbruch-) Kreises und hatte sich in den Jahren 1930 bis 1931 den Nazis und möglicherweise auch der SA angeschlossen. Danach jedoch orientierte er seinen Kreis in Richtung „Nationalbolschewismus“ und nahm Kontakte zu Kommunisten auf.³⁵ Er sah in der Sowjetunion den einzigen ausländischen Bündnispartner, um den Versailler Vertrag zu überwinden. Auch theoretisch geriet er mit seiner Unterstützung der

29 Lothar Berthold/Dieter Lange: Nachwort zu: Albert Schreiner: Hitler treibt zum Krieg, Berlin 1978, S.510.

30 Deutsches Exilarchiv 1933-1945: Der Chef des Sicherheitshauptamtes, Leitheft. Emigrantenpresse und Schrifttum, o.O., März 1937, S.17f.

31 Siehe Lothar Berthold/Dieter Lange: Nachwort zu: Albert Schreiner: Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers, Berlin 1980, S. 279f.

32 Abkürzung für Abteilung Militärpolitik (damals Bezeichnung des KPD-Nachrichtendienstes).

33 BStU, MfS-ZA, HA IX/11, SV 1/81, Bd. 286: GVS MfS 014 – 460/86.

34 Caden starb 99-jährig im Jahre 1990 in Dresden.

35 Siehe Otto-Ernst Schüddekopf: Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933, Frankfurt a. M. 1973, S.406.

KPD-These vom Neuen deutschen Imperialismus in scharfen Gegensatz zur NSDAP.³⁶

1934 musste Ebeling in die Niederlande emigrieren. Dort leitete er eine nicht-kommunistische Nachrichtenorganisation, deren Mitglieder sich aus dem einstigen Aufbruch-Kreis und dem Jungnationalen Bund rekrutierten. Die Organisation hatte ihre Verbindungsleute in der SA, der SS und deren Sicherheitsdienst, in der Polizei, der Wehrmacht und in Rüstungsbetrieben. Ebeling leitete die gewonnenen Informationen an den französischen und tschechischen Nachrichtendienst weiter, militärisch wichtiges Material auch an den holländischen Generalstab. Empfänger seiner Nachrichten waren ebenso Funktionäre des AM-Apparates der KPD und über sie auch der sowjetische Geheimdienst, da Ebeling ein Zweckbündnis mit Kommunisten gegen die Nazis suchte.³⁷

Ebeling informierte die Untergrund-KPD nicht nur regelmäßig über wichtige Vorgänge in der NSDAP, sondern übersandte auch fast alle Befehle der Reichsleitung der SS.³⁸ Ein wichtiger Verbindungsmann Ebelings war Karl Tuttes. Dieser war eine Schlüsselfigur im BB-Ressort der KPD, dem die Betriebsspionage oblag.³⁹ Das BB-Ressort hatte eine Sonderstellung innerhalb des AM-Apparates und stand mit dem OMS, dem Nachrichtendienst der Komintern, in enger Verbindung, wobei es auch personelle „Überlappungen“ gab.⁴⁰ Da Rudolf Feistmann für das OMS arbeitete, gelangten die Informationen über die Kette Ebeling-Tuttes-Feistmann an Schreiner, der sie für seine Bücher nutzen konnte.

In „Hitler treibt zum Krieg“ behandelte Schreiner 1934 die hohe Staatsverschuldung, den Übergang zur Kriegswirtschaft, Hitlers Außenpolitik und die Auslandspropaganda der Nazis, die Strategie des Generalstabes, das deutsche Kriegspotential, die offene und geheime Waffenindustrie, die deutsche Giftgaskapazität, die Wehrerziehung und den Aufbau von Heer, Kriegsflotte und Luftwaffe sowie die Militarisierung des geistigen Lebens.

Das Buch enthielt eine Reihe damals nur schwer auffindbarer Informationen, so eine Liste deutscher Rüstungsbetriebe mit den Namen der betreffenden Firmen und Gesellschaften, den Orten, an denen Rüstungsproduktion betrieben wurde, Angaben über die Herstellung von Kriegsmaterial sowie über die Besitzverhältnisse der einzelnen Werke. Schreiner betonte und belegte, „dass die deutsche Kriegsindustrie von einigen großen Konzernen fast vollkommen beherrscht

36 Siehe ebenda, S.282, 361.

37 Siehe Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort – Funktionäre, Beamte, Spitzel, Spione, Berlin 2008, S.252.

38 Siehe <http://www.aufbruch.forein-city.de/topic,123,-aufbrucharbeitskreise-ein-rueckblick.html> (zuletzt gesehen am 15.1.2008).

39 Siehe Grundmann, Geheimapparat, S. 252, 256. BB-Ressort: Betriebsberichterstattungs-Ressort.

40 Siehe ebenda, S.38. OMS: Otdel međunarodnoj svjazi [Abteilung für Internationale Verbindungen – Verbindungsdienst des EKKI].

wird, die ihrerseits wieder ausgedehnte internationale Beziehungen haben.“⁴¹ Er gab unter anderem präzise Hinweise auf Lieferungen französischer und britischer Rüstungskonzerne, Schneider-Creuzot und Vickers-Armstrong, an Deutschland.⁴²

Die westlichen Staaten würden jedoch ihr eigenes Verderben heraufbeschwören, indem sie Hitler unterstützten oder auch nur tolerierten. Dient eine solche, „seit Sparta nicht mehr da gewesene Militarisation“ etwa nur friedlichen Zwecken? Solle man Hitlers Friedensreden Glauben schenken? „Wir glauben es, denn noch ist die Kriegsmaschine nicht ganz fertig. Aber morgen? Wenn die Maschine funktionsfähig ist und die ‚friedlichen Verhandlungen‘ um die Revision des Friedensvertrages und der Grenzen, um den polnischen Korridor, ukrainisches Siedlungsland, den österreichischen Anschluss, die deutschsprechenden Teile der Tschechoslowakei und um von England regierte Kolonien nicht die gewünschten Resultate ergeben – was dann? Wird man dann die mit solchen Kosten beschaffte, mit solchen Vorbereitungen geladene und mit solchem Aplomb auf den Verhandlungstisch gelegte Pistole bescheiden einstecken und den zum Kriege gedrillten Massenformationen Frieden predigen? Würde man es überhaupt können, selbst wenn man wollte, nachdem man eingehämmert hat, dass die Wehrhaftigkeit zum Aufstieg, zum Ende des Versailler Friedens führe und dass neue, weitere Grenzen zum Heil aus aller Not führen sollen?“⁴³ Die Kriegsrüstung ist für den Krieg bestimmt, mahnte Schreiner. Man treibt zum Krieg, „wenn man ein ganzes Volk zu einer riesigen Kriegsmaschine organisiert“, selbst wenn deren Organisatoren ein solches Argument als „primitive Logik“ abwehren. „Diese primitive Logik ist die innere Logik der Dinge“, beschloss Schreiner das Buch.⁴⁴

In „Hitlers Luftflotte startbereit“, das ebenfalls unter dem Namen von Dorothy Woodman erschien, widerlegte Schreiner 1935 die Nazi-Behauptung, wonach die gesamte deutsche Luftflotte „nur über 300 Flugzeuge, einschließlich der veralteten Typen“ verfüge.⁴⁵ Er bot genaue Angaben über deutsche Produktionsstätten im In- wie Ausland, darunter von Dornier in der Schweiz, Junkers in Schweden, Heinkel in Dänemark und Fieseler in Estland. Dazu vergaben Junkers und Dornier Lizenzen nach Japan.⁴⁶ Schreiner listete die verschiedenen, neu entwickelten und hergestellten Flugzeugtypen auf, so die neuen Aufklärungsflugzeuge und Jagdbomber von Heinkel und schwere Bomber, so von Dornier.⁴⁷ Entgegen den

41 Schreiner, Hitler treibt zum Krieg, S.168.

42 Siehe ebenda, S.181.

43 Ebenda, S.493.

44 Ebenda, S.494. Hervorhebung im Text

45 Dorothy Woodman [Albert Schreiner]: Hitlers Luftflotte startbereit. Enthüllungen über den tatsächlichen Stand der Hitlerschen Luftrüstungen, Paris 1935, S.11.

46 Siehe ebenda, S.49f.

47 Siehe ebenda, S.77-79.

offiziellen Angaben errechnete er „einen monatlichen Zugang von 416 Militärflugzeugen“ für Hitlers Luftwaffe.⁴⁸

Nur ein Jahr darauf, 1936, erschien unter dem Pseudonym A. Müller „Hitlers motorisierte Stoßarmee“. Darin behandelte Schreiner die Flottenrüstung, den Kraftfahrzeugbau und seine Nutzung für militärische Zwecke sowie die Entwicklung einer leistungsfähigen Panzerwaffe. Wiederum stützte sich Schreiner auf statistische Berichte, verstreute Informationen der Nazipresse und militärische Denkschriften. So errechnete er, dass der Bestand an Torpedobooten und Zerstörern Ende 1934 bereits 19.200 Tonnen statt der zugegebenen 9.600 Tonnen betrug. Mit den aufgelegten Neubauten würde der Bestand sogar 73.800 statt der im Washingtoner Flottenabkommen vorgegebenen 54.600 Tonnen betragen. Ein weiteres Produktionstempo diesen Ausmaßes würde bald jene im Londoner Abkommen Deutschland gesetzten Grenzen überschreiten.⁴⁹ Die Subventionierung der Kraftfahrzeugindustrie durch die Hitlerregierung verfolge den gleichen Zweck. Durch direkte finanzielle Zuwendungen, doch auch durch erhebliche Reduzierung der Kraftfahrzeugsteuer, die Übernahme des gesamten Rennwagenbaus durch den Staat sowie durch Zuschüsse für den Ankauf und Einbau von Generatoren in Kraftfahrzeuge habe Deutschland die schwere Krise auch in diesem Bereich überwinden können.⁵⁰

Besonders detailliert setzte sich Schreiner mit der Konzeption einer modernen Panzertruppe, wie sie damals in Deutschland Heinz Guderian entwickelte, auseinander. Dass der massierte Einsatz von Panzern wirksamer war als der vereinzelte Einsatz des Panzers als Unterstützungswaffe für unmotorisierte Fußtruppen, war zu dieser Zeit in den westlichen Ländern kein militärisches Gemeingut. Entsprechende Gedanken beispielsweise von Charles de Gaulle, damals ein „Generalstäbler wider den Strom“, fanden in der französischen Armee noch kaum Gehör.⁵¹ Gestützt auf ein umfangreiches statistisches Material zeigte Schreiner, dass in Deutschland die Planung zur Aufstellung spezieller Einheiten (den künftigen Panzerdivisionen) auf den Kampfpanzer als Hauptwaffe abzielte. Alle anderen Waffen in diesen Verbänden würden auf das Zusammenwirken mit Kampfpanzern abgestellt. Schreiner zeigte, wie auch die Projektierung der Autobahnen künftigen militärischen Erfordernissen entsprach.⁵²

Der Rezensent der Basler „National-Zeitung“ war auf der richtigen Spur, als er schrieb, „Hitlers motorisierte Stoßarmee“ erscheine „zur rechten Zeit. [...] Hinter dem Autor A. Müller, wohl einem Decknamen, verbirgt sich ein Fachmann, der

48 Ebenda, S.89.

49 Siehe A. Müller [Albert Schreiner]: *Hitlers motorisierte Stoßarmee*, Paris 1936, S.15.

50 Siehe ebenda, S.45f.

51 Günther Fuchs/Hans Henseke: *Charles de Gaulle. General und Präsident*, Berlin 1974, S.14.

52 Siehe Müller, *Hitlers motorisierte Stoßarmee*, S.118-136.

militärisch offenbar bis ins Letzte Bescheid weiß. Das Buch ist sachlich und keine Hetzschrift.⁵³

Schreiner sollte seine militärischen Kenntnisse bald an einer anderen Front einsetzen. Mit Beginn des Spanischen Bürgerkrieges schickte die KPD einige Funktionäre nach Barcelona, die dort, zusammen mit Hunderten von Freiwilligen, am 7. August 1936 eintrafen. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Beimler übernahm die politische Leitung der deutschen Kommunisten in Spanien und war zugleich Verbindungsmann zur spanischen KP. Albert Schreiner war für den militärischen Einsatz vorgesehen und wurde Offizier der „Centuria Thälmann“.⁵⁴ Unter dem Namen „Schindler“ kämpfte Schreiner zunächst bei Tardienta an der Aragon-Front, wurde Kommandeur der Centuria und nahm ab Dezember 1936 als Stabschef der XIII. Internationalen Brigade, der die Centuria Thälmann angehörte, an den Kämpfen bei Teruel teil. Dort lernte ihn Alfred Kantorowicz kennen, der ein einprägsames Porträt von Schreiner („Schindler“) zeichnete:

„Schindler ist ein stattlicher, breitschultriger Mann mit einem wohlgebildeten, regelmäßigen, großflächigen Gesicht und offener Stirn. Er ist nun Mitte vierzig. Man vermeint in seinen Augen bisweilen einen Schatten der Resignation und um seinen Mund einen Zug der Bitterkeit wahrzunehmen. Das macht das harte, entsagungsreiche Leben – er führt es zumindest seit 1914.“ In der Emigration, so Kantorowicz, werde Schindler „neu beginnen, sich das notdürftigste Leben mit schwerster körperlicher Arbeit zu verdienen, als Möbelträger, Hilfsarbeiter – das aber hätte den kräftigen, handfesten Mann gewiss nicht umgeworfen. Viel deprimierender waren die außerordentlichen zusätzlichen Schwierigkeiten, die mit solchen Versuchen, sich auf honette Weise im Exil durchzuschlagen, verbunden sind[...]“⁵⁵

Dies galt vor allem für die zermürbenden Kämpfe, die jedes Mal mit dem Erwerb einer Aufenthalts-, gar einer Arbeitserlaubnis verbunden waren, für die ständige Furcht vor der Fremdenpolizei, für die Angst um die in Deutschland verbliebenen Familienmitglieder, Verwandte und Freunde und nicht zuletzt für die deprimierenden Nachrichten über Hitlers innen- und außenpolitische Erfolge. Doch halfen Schreiner, wie Kantorowicz wusste, seine militärwissenschaftlichen Studien auch „materiell über die schwersten Zeiten hinweg.“⁵⁶

Im Sommer 1937 wurde Schreiner Operationschef der 45. Division, danach als Lehrer an der Offiziersschule beim Stab der Interbrigaden in Pozorubio bei

53 National-Zeitung (Basel), 17.3.1936, zit. nach dem Anhang zur Neuausgabe von Schreiner, Vom totalen Krieg, S.265.

54 Siehe Patrick von zur Mühlen: Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin-Bonn 1985, S.146; Jean-Michel Palmier: Weimar en exil. Le destin de l’émigration intellectuelle allemande antinazie en Europe et aux Etats-Unis, Paris 1990, S.521.

55 Alfred Kantorowicz: Spanisches Tagebuch, Berlin 1948, S.215f.

56 Ebenda, S.217.

Albacete eingesetzt und von dort an die Schule der KPD nach Benicasim geschickt. Schreiner empfand dies auch später noch als eine Degradierung und als Ausdruck des Misstrauens gegen einen Genossen, der jahrelang einer Oppositionsgruppe, der KPDO, angehört hatte.⁵⁷

Im Mai 1938 war Schreiner wieder in Paris. Dort betätigte er sich auf Beschluss der KPD im Volksfront-Ausschuss und gab dessen Organ sowie ein Memorandum über die deutsche Wiederaufrüstung heraus. Er arbeitete auch am illegalen Deutschen Freiheitssender mit. Der wichtigste Ertrag dieser Zeit war jedoch sein Buch „Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers“, das er im April 1939 fertig stellte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler mit scheinbar friedlichen Mitteln eine Reihe der Expansionsziele erreicht, die Schreiner fünf Jahre vorher aufgelistet hatte. Soeben war die Tschechoslowakei zerschlagen worden. „Wir stehen am Vorabend des fürchterlichsten und verheerendsten aller Kriege der Menschheitsgeschichte“, musste Schreiner nun feststellen. „Die faschistischen Mächte haben den Frieden gebrochen. Sie sind entschlossen, die letzten Dämme niederzureißen, hinter denen noch Völker in Frieden leben. Kein diplomatisches Zwischenspiel wird sie daran hindern. Kein neues Zugeständnis und kein Teilopfer sättigen den Machthunger der faschistischen Räuber. Totale Weltbeherrschung ist das Ziel ihres totalen Krieges.“⁵⁸

In einem historischen Abriss der preußisch-deutschen Politik seit dem 18. Jahrhundert zeigte Schreiner die Wurzeln der faschistischen Militärdoktrin des totalen Krieges. Diese Kriegführung ergab sich aus dem Weltherrschaftsstreben und aus der Angst der herrschenden Eliten vor einer erneuten Niederlage. Angst vor der Niederlage bedeutete Angst vor der sozialistischen Revolution. Die Novemberrevolution war eine Warnung: Ein erneuter Krieg musste die Niederlage ausschließen. In Umkehrung des Clausewitzschen Diktums müsse die Politik der Kriegführung dienen. Der Theoretiker des totalen Krieges, Erich Ludendorff, habe mit seiner Diktatur in den Jahren 1916 bis 1918 einen Vorgeschmack dessen gegeben, was die Nazis weit rigoroser praktizieren würden: Die militärische Exekutivgewalt, so Schreiner, werde „zum Selbstzweck.“⁵⁹

Die demokratischen Staaten des Westens wären selbstverständlich nicht imstande, ihren Völkern eine derart brutale Form der Militärdiktatur und der Kriegszwangswirtschaft aufzuerlegen. Dennoch seien sie den faschistischen Staaten überlegen, und zwar nicht nur durch ihr größeres Rohstoff- und Wirtschaftspotential, sondern auch durch ihre Kriegsmoral. „Sie haben [es] nicht nötig, einen

57 Siehe SAPMO-BArch, NY 4198/77, Bl. 5. Auch in der späteren Wahrnehmung der DDR blieb der ehemalige KPDO-Mann Schreiner stets im Schatten anderer Spanienkämpfer. Siehe Josie McLellan: *Antifascism and Memory in East Germany. Remembering the International Brigades 1945-1989*, Oxford 2004, S.102f.

58 Schreiner, *Vom totalen Krieg*, S.250.

59 Ebenda, S.60.

Staat anzugreifen und stehen vor ihren Völkern und der Welt da als Verteidiger gegen die faschistischen Friedensbrecher. Sie haben nicht die durch jahrelange harte Unterdrückung aufgestapelte Empörung der eigenen Völker zu fürchten, finden im Gegenteil Sympathien bei den Völkern der faschistischen Staaten, die die Demokratie als Erlösung empfinden würden.“⁶⁰

Noch optimistischer veranschlagte Schreiner das wirtschaftliche und moralische Potential der Sowjetunion in einem Krieg gegen Deutschland. Wo Überlegungen auftauchten, den Krieg der Politik überzuordnen, waren sie, laut Schreiner, „von feindlichen Mächten inspiriert (Trotzki-Tuchatschewski) und wurden entsprechend als gegen den Bestand der Sowjetunion gerichtete Staatsverbrechen geahndet.“⁶¹ Genau hier liegt die Grenze, die Schreiners Buch von der kritisch-marxistischen Literatur und Publizistik des Exils trennte.

Schreiner untersuchte die geistige Aufrüstung des deutschen Volkes durch die Nazi-propaganda, durch vormilitärischen und militärischen Drill, durch Heldenkult und rassistische Propaganda. Er analysierte die „militarisierte Arbeitskraft“, über die das Regime in einer Kriegszwangswirtschaft verfügen werde. Nicht zuletzt würden die Frauen im Kriegsfall rücksichtslos zur Dienstpflicht in der Rüstungsindustrie gezwungen.

Die rücksichtslose Expansionspolitik des Hitler-Regimes werde die westlichen Staaten und die Sowjetunion zum gemeinsamen Handeln zwingen. Das Nazi-Reich sei gegen eine solche Koalition sehr bald chancenlos. Dann aber würde sich der „durch Terror erzwungene Schein der Einheit des deutschen Volkes und seiner Bedrücker[...] als der stärkste Bluff erweisen. Die sozialen Spannungen, heute noch mit Knüppel und Beil niedergehalten, werden sich im Kriege mit elementarer Gewalt entladen.“ Die „Tarnkappe der nationalsozialistischen Propaganda“ werde ihre Wirkung verlieren.⁶² Spätestens dann, schrieb Schreiner zuversichtlich, würden die Deutschen die Hitler-Diktatur abschütteln und den Nazis den Garaus bereiten. Für den Nationalsozialismus werde es „keinen Schutz vor der Niederlage“ geben. „Das deutsche Volk selber wird Vollstreckerin dieser Niederlage werden, weil sie die Vorbedingung der Freiheit Deutschlands ist.“⁶³

Militärpublizistik und politische Netzwerke: Schreiner in den USA

Ende Mai 1939 verhandelte Schreiner mit einem französischen Verlag über eine Übersetzung seines soeben erschienenen Buches. Auf seine Frage, wann die

60 Ebenda, S.66.

61 Ebenda, S.67. Jahrzehnte später deutete Schreiner im Gespräch mit seinem Assistenten Joachim Petzold den Zwiespalt an, den er empfunden hatte, als er diese Zeilen, der KPD-Linie entsprechend, niederschrieb. Siehe Joachim Petzold: *Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, Potsdam 2000, S.104f.

62 Schreiner, *Vom totalen Krieg*, S.258.

63 Ebenda, S.264.

französische Ausgabe erscheinen könne, antwortete der Verlagsvertreter: Anfang September. Schreiners Antwort war: „Anfang September ist der Krieg da.“⁶⁴ Doch es war eine Sache, den Kriegsbeginn vorauszusagen, aber eine andere Sache, das eigene Überleben und das Überleben der Familie zu sichern. Die Emigranten waren den Maßnahmen der französischen Bürokratie ausgeliefert: Auch Albert Schreiner durchlief und durchlitt mehrere Internierungslager. Er selbst merkte hierzu nur lakonisch an: „Lagerleben, Flucht aus dem Lager, Verhaftung, Polizeigefängnis, Lager, wieder Flucht, erneut Verhaftung und so fort.“⁶⁵

Ende 1940 standen die Nazis in Nordfrankreich und die Lager im Süden boten kaum Sicherheit. Der Schriftsteller Rudolf Leonhard appellierte an Hubertus Prinz zu Löwenstein, den Präsidenten der American Guild for German Cultural Freedom, Schreiner zu einem amerikanischen Visum zu verhelfen: „Ein besonders dringender Fall ist der meines hier“ – im Lager Des Milles – „befindlichen Freundes Albert Schreiner. Sie kennen ihn als Militärschriftsteller, wissen, was er bedeutet und was ihn bedroht. Wenn nicht eilige Maßnahmen ergriffen werden, steht ihm eine Überführung bevor, die eine Wirkung der Angelegenheit sehr komplizieren würde. Lässt sie sich nicht telegraphisch regeln?“⁶⁶ Schreiner versuchte auch jetzt, Fäden des antifaschistischen Widerstandes zu knüpfen: Er berichtete von einem Genossen, der deshalb im Auftrag der Parteileitung nach Paris fuhr.⁶⁷ Im Februar 1941 gelangte Schreiner in das von Flüchtlingen überfüllte Marseille. Er wollte nach Mexiko, erhielt in den USA aber kein Transitvisum. Er konnte jedoch in den Vereinigten Staaten bleiben.

Im Mai 1941 nahm Schreiner in New York seine politische Arbeit wieder auf. Er wurde Mitglied der German American Emergency Conference und Mitarbeiter ihrer monatlich, später zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung „The German American“. Diese wurde in deutscher Sprache publiziert und erreichte eine Auflage bis zu 10.000.⁶⁸ Schreiner schrieb auch für die in Mexiko erscheinende Zeitschrift „Freies Deutschland“, für das KP-Organ „Daily Worker“ und unter Pseudonym für die „New Masses“ und für „Reader’s Scope“.⁶⁹ Nicht nur KPD-Mitglieder teilten Schreiners dort vertretene Auffassung, „eine vollständige Ausrottung jener wirtschaftlichen Faktoren und Gesellschaftskräfte“ sei nötig, „de-

64 Erinnerungen von Albert Schreiner aus dem Jahre 1956, abgedruckt in: ebenda, S.265-272, hier S.272.

65 Ebenda.

66 Deutsches Exilarchiv 1933-1945: American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil, Akte Rudolf Leonhard, Brief an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 17.12.1940. „Überführung“ bedeutete Auslieferung an die Nazis.

67 Siehe Erinnerungen von Albert Schreiner, S.272.

68 Siehe Palmier, Weimar en exile, S.800.

69 Siehe den von Schreiner ausgefüllten Fragebogen in: Deutsches Exilarchiv 1933-1945, Nachlass Wilhelm Sternfeld, Mappe Albert Schreiner.

ren imperialistische Eroberungsgelüste Deutschland zum Hauptkriegstreiber“ hatten werden lassen.⁷⁰

Auf Schreiners militärpolitische Aufsätze sei hingewiesen. Im Oktober 1942 las er „zwischen den Zeilen“ in der deutschen Presse erste Anzeichen einer Demoralisierung der deutschen Truppen, denen die Eroberung Leningrads nicht gelungen war. Welche Wirkung dabei die Luftangriffe der Alliierten zeigten, sei indes offen. „Flugzeuggroßangriffe auf die Lebenszentren eines Volkes erzeugen entweder Panik, völlige Lähmung des Willens, oder Aufpeitschung des Widerstands- und Vergeltungswillens bis zur Weißglut, Erwecken von Kräften und Leidenschaften, die sonst nicht wirksam geworden wären.“⁷¹ In Stalingrad entscheide sich das Schicksal Deutschlands, hielt Schreiner im November 1942 fest. Diese Schlacht werde, wie Verdun 1916, zur kriegsentscheidenden Wende des zweiten Weltkrieges, schrieb Schreiner, als der Ausgang des Kampfes in Stalingrad noch offen schien.⁷² Die entscheidende Niederlage Hitlers sei schon 1943 möglich, so Schreiner am Beginn dieses Jahres, doch sei die Errichtung einer zweiten Front in Europa dafür eine zwingende Voraussetzung.⁷³

Die KPD bemühte sich seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auch im amerikanischen Exil um möglichst enge Kooperation mit nichtkommunistischen Kräften im Sinne der Anti-Hitler-Koalition. Deutsche Kommunisten beteiligten sich intensiv an der Arbeit im überparteilichen Council for a Democratic Germany, dessen Gründung am 2. Mai 1944 erfolgte.⁷⁴ Die Grundsatzerklärung des Council nannte als Vorbedingung jeglicher Lösung der deutschen Problematik „die Besiegung des Nationalsozialismus, die Vernichtung seiner Träger und die Ausrottung seines Geistes in Deutschland und in jedem anderen Land.“⁷⁵ Das deutsche Volk wurde zur „Erhebung“ gegen das Hitler-Regime aufgerufen. Die Deutschen dürften nicht an der Entmachtung derjenigen gehindert werden, die für den Aufstieg Hitlers verantwortlich waren. „Das gilt in besonderem Maße für den Großgrundbesitz, die Großindustrie und die Militärkaste, deren Zusammenwirken das deutsche Schicksal wieder und wieder unheilvoll bestimmt hat.“ Gefordert wurden die Auflösung des Großgrundbesitzes und die

70 Michael Anders [Albert Schreiner]: What Will We Do With Germany?, in: New Masses, 17.8.1943, S.11; siehe zum Kontext Marjorie Lamberti: German Antifascist Refugees in America and the Public Debate on „What Should be Done with Germany After Hitler“, 1941-1945, in: Central European History, 2007, Nr. 2, S.279-305.

71 Albert H. Schreiner: Risse an der seelischen Front, in: The German American, October 1942.

72 Siehe ders.: Stalingrad und Verdun, in: ebenda, November 1942.

73 Siehe ders.: Hitlers Niederlage 1943?, in: ebenda, January 1943.

74 Siehe zur Geschichte des Council Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hrsg.): Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944-1945, Frankfurt a. M./New York 1995.

75 Die Erklärung ist abgedruckt in: ebenda, S.155-159. Hiernach dieses und die folgenden Zitate. Sie wurde zuerst veröffentlicht in: The German American, 15.5.1944.

Beseitigung des Militarismus sowie die Ausschaltung der diesen Gruppen dienenden Beamten, während für die Großindustrie – dies mag als Kompromisslösung begriffen werden⁷⁶ – eine Kontrolle (statt Sozialisierung) vorgesehen war.

Schreiner wurde einer der wichtigen Persönlichkeiten, geradezu der „Macher“, im Council. Bereits am 15. März 1944 hatte er dem Theologen Paul Tillich, der als Vorsitzender des Council vorgesehen war, Vorschläge für den Entwurf der Erklärung unterbreitet. Schreiner drängte unter anderem auf eine Passage im Text, wonach bei der Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen darauf zu achten sei, „dass die deutsche Produktivkraft nicht erneut zur Erringung einer politischen Vormachtstellung Deutschlands in Europa ausgenutzt werden kann und die Gefahr einer deutschen Wiederaufrüstung vermieden wird.“⁷⁷ Am 7. April 1944 konnte Schreiner an Tillich eine Liste prominenter Persönlichkeiten telegraphieren, die das Projekt des Council unterstützten: die Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Berthold Viertel sowie die Schauspieler Elisabeth Bergner, Paul Czinner, Alexander Granach, Leopold Jessner und Fritz Kortner.⁷⁸

Über die Mitwirkung Schreiners im Council kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Um den überparteilichen Charakter zu betonen, sollten KPD-Mitglieder erst nach Verabschiedung eines Programms zugelassen werden. Als der (damals noch nicht der KPD angehörende) Mediziner Felix Boenheim den mit ihm befreundeten Schreiner ausdrücklich als Mitglied des programmatischen Vorbereitungsausschusses nannte, traten die Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Hedwig Wachenheim aus diesem aus.⁷⁹

Die heftigste Attacke gegen Schreiner kam von der früheren KPD-Vorsitzenden Ruth Fischer. Sie warf ihm vor, er sei „sehr früh mit dem Geheimdienst der deutschen kommunistischen Partei verbunden [gewesen], der wiederum eng an die russischen Geheimdienste in Deutschland angebunden war.“ Sein Rang in der GPU entspreche dem eines Majors, „und er ist einer jener erbarmungslosen, brutalen Typen, denen eine ganz undurchsichtige Rolle im Nachkriegsdeutschland zugeacht ist.“⁸⁰

76 So verstand es Eike Middell. Siehe Eike Middell u.a.: *Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945*, Bd. 3, Leipzig 1979, S.189f.

77 Harvard University, School of Divinity, Cambridge, Massachusetts, BMS Ger 135, Paul Tillich Correspondence: Schreiner an Tillich, Brief vom 15.3.1944.

78 Siehe ebenda: Schreiner an Tillich, Brief vom 7.4.1944.

79 Siehe Claus-Dieter Krohn: *Der „Council for a Democratic Germany“*, in: Langkau-Alex/Ruprecht, *Deutschland, S.30*. Boenheim ging, wie Schreiner, nach dem Krieg an die Universität Leipzig. Siehe Thomas M. Ruprecht: *Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie*, Hildesheim u.a. 1992.

80 Hoover Institution Archives, Stanford, CA, Karl Frank Collection, Box No. 7, Folder ID: Ruth Fischer: „Free Germans“ in Moscow calling New York, in: *The Network*, 1944, Nr. 3, S.2. Zur Perzeption des Council durch das FBI siehe Heike Bungert: *Das National-*

In der Tat suchte Schreiner konzeptionell auf die KPD-Vorstellungen zur Gestaltung eines künftigen Deutschland einzuwirken. Gemeinsam mit Albert Norden und Gerhart Eisler verfasste er deshalb das Buch „The Lesson of Germany“.⁸¹ Die Schrift suchte „die Frage zu beantworten: Wie geschah es, dass ein Volk wie die Deutschen, mit solch einer alten Arbeiterbewegung, von seinen Imperialisten in die größte Schmach und Katastrophe seiner Geschichte geführt werden konnte? Das vorliegende Buch ist ein bescheidener Versuch, die jüngste Geschichte Deutschlands zu erläutern. Es wird dem Leser helfen, damit den zukünftigen Weg des deutschen Volkes besser zu gehen, die Zukunft im Augenschein der Vergangenheit zu meistern.“⁸² Wie in den Büchern von Paul Merker „Deutschland – Sein oder Nicht Sein?“ und von Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“ ging es auch hier um die Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus, um die langwierigen Folgen der staatlichen Zersplitterung, aber auch um den Einfluss der politischen Romantik und des Irrationalismus, um die Abwendung von der Aufklärung.

Im Dezember 1946 reiste Schreiner mit einem sowjetischen Schiff über Odessa und von dort im Zug über Moskau nach Berlin. Das amerikanische Federal Bureau of Investigation (FBI) registrierte penibel die Rückkehr des „Komintern-Agenten“ nach Deutschland, obwohl die Komintern bereits im Mai 1943 aufgelöst worden war.⁸³

In der Sowjetischen Besatzungszone war Albert Schreiner zunächst in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung tätig. Er beriet deren Präsidenten Paul Wandel bei den anstehenden Neuberufungen für ostdeutsche Universitäten. Ihm selbst schwebte indes ursprünglich keine akademische, sondern eine politische Tätigkeit vor. Doch das frühere Leitungsmitglied der KPDO wurde von den Schaltstellen der Macht ferngehalten. Ob er die Professur als Kompensation dafür empfand, muss offen bleiben.⁸⁴

Seine militärpolitischen Studien setzte Schreiner nicht fort. Er wusste wohl zu viel. Weder wollte noch konnte er dieses Wissen preisgeben. Doch erschöpften

komitee und der Westen. Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943-1948, Stuttgart 1997, S.141-150.

81 Schreiner schrieb den historischen Teil von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg sowie die Teile über Hitlers Eroberungspläne und über die Barbarei der Hitlerschen Kriegführung. Siehe Universitätsarchiv Leipzig, Nr. 271, Personalakte Albert Schreiner, Bl. 10: Publikationsverzeichnis.

82 Eisler/Norden/Schreiner, *The Lesson of Germany*, S.8.

83 Siehe Alexander Stephan: *Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste*, Berlin 1998, S.214.

84 Im kleinen Kreis sagte Schreiner bisweilen mit bitterem Unterton, die Partei verzeihe linke Abweichungen immer, rechte dagegen nie. Dies bezeugen Fritz Klein: *Drinne und draußen. Ein Historiker in der DDR*, Frankfurt a. M. 2000, S.161, und Petzold, *Partei-nahme*, S.170.

sich nach einem Leben voller Gefährdungen nun auch seine Kräfte. Die Arbeiten seiner späten Jahre, so das Buch zur Außenpolitik des deutschen Kaiserreiches, erreichten nicht den Rang seiner Exilschriften. Schreiner gehörte noch dem Redaktionskollegium der achtbändigen Darstellung zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ an. Dieses wichtigste Geschichtswerk der späten Ulbricht-Ära suchte differenzierter als vorher wenigstens einige Fragen der Parteilsgeschichte anzuschneiden.⁸⁵ Beachtenswert bleibt Schreiners Bemühen um eine angemessene Behandlung des Mordes an den Juden im DDR-Geschichtsunterricht. So mahnte er 1955, nie zu vergessen, „dass das deutsche Volk zu seinem eigenen Schaden der antisemitischen Verfolgung in einer Weise verfallen war, die ihm die Hemmungen nahm, der Nazibarbarei anderen Völkern gegenüber Widerstand entgegen zu setzen.“⁸⁶

85 Siehe zum Entstehungsprozess der 1966 veröffentlichten „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ Siegfried Lokatis: *Der Rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht*, Köln u.a. 2003.

86 Albert Schreiner: *Diskussionsbeitrag*, in: *ZfG*, 1955, H. 3, S.374-430 hier S.423; Siehe Kurt Pätzold: *Ihr wart die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende*, Leipzig 2000, S.162f.

Gelebt ist gelebt¹

Nina M. Muchorina

Ich heiße Nina Michajlovna Muchorina. Ich kam 1937 nach Archangelsk², aber geboren bin ich im Vologodsker Gebiet, im Dorf Novaja, Verchovažskij Rayon.³ Nach Archangelsk kam ich so:

In unser Dorf kam eines Tages die Anordnung, eine Flößerbrigade zusammenzustellen. In diese Brigade schrieb man nur Jugendliche ein, um die Erwachsenen nicht aus der Kolchosarbeit herausholen zu müssen. Der Kolchosvorsitzende wollte es sich einfach machen. Als die Leute aus dem Kreis die Arbeitskräfte abholen wollten, gingen sie von Haus zu Haus. Meine Mama war gerade im Wald, und einen Vater hatte ich nicht mehr, er war gestorben. So war ich allein zu Haus, als sie kamen. Sie fragten: Wer ist fürs Holzflößen vorgesehen? Ich sagte, dass ich vorgesehen war. „Du gehst doch noch in den Kindergarten“, sagten sie. Ich erklärte ihnen, dass in der Brigade alle so sind wie ich. Da liefen sie zum Vorsitzenden, um die Sache zu klären. Er war furchtbar sauer auf mich, weil ich zu viel geredet hatte. Schließlich musste keiner von uns zum Flößen, nur kräftige Männer wurden verpflichtet. So blieb ich, aber eigentlich wollte ich fort.

Ich fragte bei der Leitung an, ob sie mir eine Genehmigung zur Ausstellung eines Personalausweises geben.⁴ Lange gab der Vorsitzende des Dorfsowjets mir keine. Ich sagte ihm: „Du hast doch meiner Freundin eine Genehmigung für den Ausweis gegeben, jetzt will ich auch eine haben.“ Schließlich gab er mir den Schein. Ich erhielt einen Ausweis und im September verließ ich das Dorf.

Zuerst fuhr ich zu meiner Cousine nach Moskau, sie hatte mich zu sich eingeladen. Aber meine Freundin war nach Archangelsk gegangen, sie wohnte im Stadtteil Bakarica. Und ich wollte zu ihr. Ich fuhr also in diese Stadt, lief dann noch fünf Kilometer zu Fuß und suchte sie. Eine Woche habe ich dann bei ihr

1 Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Pomorskaja stolica. Archangel'skij oblastnoj žurnal“, sowie der Editoren übernehmen wir den Artikel von Jevgenij Jermolov/Inna Ksend: Pis'ma iz prošlovo [Briefe aus der Vergangenheit] aus Heft 9/2007, S.66-69. Die Regionalzeitschrift stellt gelegentlich Schicksale von Menschen der Region vor. Nach Auskunft der Verfasser geht der Text auf Gespräche mit N. M. Muchorina zurück. Die Fußnoten wurden für diese deutschsprachige Edition verfasst. Übersetzung aus dem Russischen - Elke Scherstjanoi.

2 Archangelsk liegt 1260 km nördlich von Moskau an der Mündung der Nördlichen Dwina ins Eismeer.

3 Das Vologodsker Gebiet grenzt südlich an das Archangelsker. Als administrative Einheit entstand es 1937. Zentren sind die Städte Vologda und Čerepovec. Das Gebiet ist vor allem von Russen besiedelt.

4 Die Landbevölkerung erhielt in der Sowjetunion bis in die Nachkriegszeit hinein keine Personalausweise und war somit nicht in der Lage, eigenständig zu verreisen oder gar den Wohnort zu wechseln. Der Umzug, etwa in eine Stadt, war genehmigungspflichtig.

gewohnt, schließlich suchte ich mir eine Stelle als Kindermädchen. Die Familie eines Arbeiters nahm mich auf, ich konnte bei ihnen wohnen.

Ehrlich gesagt, war es nicht gerade schön, in dieser Familie zu leben. Mädchen von der Straße kamen und Jungs auch, und alle schliefen da. Mein Gott! So etwas hatte ich noch nicht erlebt. Als eines Tages mein Onkel zu Besuch kam, heulte ich los: „Hier will ich nicht mehr bleiben!“ Er sagte: „Komm mit“, und wir gingen auf den Basar. Da kam so ein Mann auf uns zu, ein Seemann, und sagte: „Komm, Mädchen. Ich brauche eine Kinderfrau.“ Wir gingen mit. Der Junge war zwar schon fünf Jahre alt. So einen noch bemuttern?, dachte ich. Aber ich blieb ein Jahr dort. Und dann suchte ich mir eine richtige Arbeit. Schluss mit der Anstellung als Kindermädchen, sagte ich mir, besser eine Arbeit aufnehmen. Das war im Jahr 1939.

Ich nahm eine Stelle bei der Post an. Es war gar nicht so einfach, die Stelle zu kriegen, da wurde nicht jeder genommen. Aber ich kannte eine Frau dort. Sie schrieb mir eine Charakteristik und ging zum Chef der Post und legte ein gutes Wort für mich ein. Nachdem ich ein halbes Jahr gearbeitet hatte, bekam ich sogar einhundert Rubel als Prämie. Das war damals viel Geld. An diesem Abend gingen wir nach der Arbeit alle fünf aus der Brigade gemeinsam zur Straßenbahn, auch unsere Brigadeleiterin war dabei. Als die Bahn gerade auf die Uricki-Straße zu fuhr - sie bremste noch nicht einmal, da schubste mich die Brigadeleiterin aus der fahrenden Bahn. Einfach so, stieß mich einfach raus. Deshalb nämlich, weil man mir eine Prämie gegeben hatte und nicht ihr. Sie ist natürlich gleich entlassen worden. So ist es mir ergangen, aber im Großen und Ganzen verstanden wir uns gut und arbeiteten, ohne irgendwelchen Ärger zu machen. Wir tranken in den Pausen Tee zusammen, ruhten uns zusammen aus. Wir gingen auch zusammen tanzen, ins Stadion „Dynamo“. Da war eine Tanzfläche und Blasorchester spielten. Wir bei der Post hatten sogar unser eigenes Blasorchester. An Feiertagen und auf Demonstrationen marschierten wir mit unserem Blasorchester mit. Freilich, nicht zu jedem Feiertag konnten wir mit feiern, oft mussten wir arbeiten. Einmal fuhr ich zur Bahnstation am Linken Ufer und nahm die Post entgegen.

Ich lebte damals in einem Wohnheim in einem Holzhaus in der Ulica Tesnanova. Ein winziges Zimmerchen bewohnten wir zu fünft, und im Zimmer nebenan lebte der Nachbar, wir also beinahe wie zur Untermiete bei ihm. Möbel hatten wir fast keine. Fünf eiserne Bettgestelle, und ich hatte noch einen Küchentisch mitgebracht. Jeder von uns hatte einen kleinen Hocker - und Schluss. Mit Möbeln war nichts. Holz zum Heizen gab's auch keins, wir schleppten vom Fluss angeschwemmtes Bruchholz selber heran. Im Sommer wurde immer viel angeschwemmt. Wir zogen die Brocken raus, schlugen einen Nagel ein, banden einen Strick darum und zogen das Holz nach Hause. Dann sägten wir es klein und hatten etwas, um den Ofen zu heizen. Das Wasser schleppten wir auch selbst heran. Die Pumpe war recht weit entfernt. Für zwei Eimer Wasser bezahlten wir eine Kopeke. Und zum Waschen gingen wir in die Gemeindewaschanstalt. Das war eine gute Waschanstalt, in der Uspenskaja Ulica war die (heute Ulica Loginova).

Von den Verfolgungen der Bauern wusste ich, aber ich war ja in dieser Zeit nicht mehr auf dem Lande. Auch bei uns waren die Kulaken aus ihren Wohngegenden vertrieben worden. 1935, 1936, 1937. Wie das vor sich ging? Wer nicht arbeiten wollte und auf diese Weise arm blieb, der wurde nicht angerührt. Aber wer gut arbeitete, dem nahmen sie alles weg, den steckten sie ins Gefängnis, siedelten ihn um. Die Kinder blieben als Waisen zurück. In unserem Haus trieben sie die Kinder aus fünf Familien zusammen, nachdem die Väter und Mütter verhaftet worden waren. Die Kinder waren noch klein, Schulkinder. Aber in die Schule ließen sie sie nicht rein. Sie liefen durchs Dorf und bettelten. Wenn eine Familie unter die Entkulakisierung fiel, nahm man ihr alles weg. Auch die Kleidung. Die Sachen wurden direkt im selben Dorf verkauft. Und wer kaufte das Zeug? Die, die nicht arbeiten wollten. Wollten nicht arbeiten und lebten nur von fremdem Eigentum, von dem, was ihnen so zufiel.

Archangelsk war damals wie ein Verbannungsgebiet. Die „Entkulakisierten“ bekamen zehn Jahre aufgebrummt, und danach siedelten sie hier zwangsweise an. Eine ganze Siedlung entstand auf diese Weise, sie bauten ihre Häuser und lebten von nun an hier.

Mein Lohn reichte nie aus. Ich verdiente immer noch etwas dazu: ich wusch Wäsche für die Leute und putzte. Denn auf der Post lernte ich natürlich viele Menschen kennen, und da fanden sich welche, denen ich half. Der eine gab ein Stück Brot, der andere etwas anderes.

Nach der Reform⁵ gab es auf einmal Brot zum Handelspreis und zum staatlichen [gestützten] Preis. Der Handelspreis betrug zehn Rubel für ein Kastenbrot. Der staatliche Preis waren ein paar Kopeken für ein Pfund Brot, aber es war immer alle, bevor man in der Schlange vorgerückt war. Wir kauften immer das teure Brot zum Handelspreis. Wir gingen in den Laden, nahmen ein Dreiliterglas Mors⁶ mit ins Geschäft. Dann schnitten wir das Kastenbrot in fünf Teile, aßen es auf und tranken Mors dazu. Das war eine Mahlzeit für uns. Alles andere war viel zu teuer. Ein Kilo Kartoffeln kostete achtzig Rubel, aber mein Monatslohn betrug nur 340 Rubel, und – die Lohnsteuer abgezogen – 180 Rubel bekam ich im Monat raus. Davon konnte man gar nicht leben. Außerdem mussten wir noch für die staatliche Anleihe zeichnen, und zwar in der Höhe eines Monatslohns. Ich zeichnete den ganzen Bruttolohn von 340 Rubel. Neun Rubel zahlte jede von uns für das Zimmer, obwohl da überhaupt kein Komfort war. Und wir waren sogar froh, dass wir das Zimmer hatten.

Konsumgüter waren schwer zu kriegen. Um einen Kleiderstoff oder Stoff für einen Mantel zu bekommen, musste man sich schon am Abend zuvor in eine Schlange einreihen. Einmal ging ich am Abend mich anstellen, und dann stand ich bis zum Morgen. Aber ins Geschäft kam ich nicht mehr hinein. Ich kam nicht bis vor und musste unverrichteter Dinge zur Arbeit gehen.

⁵ Welche Reform gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

⁶ Mors – Erfrischungsgetränk aus leicht gegorenen Preisel- oder Moosbeeren.

Wenn wir tanzen gingen, zogen wir unsere Dienstkleidung an, einen Uniformrock und die Jacke dazu. Eine Bluse beschafften wir uns irgendwie oder nähten etwas. Die Abende verbrachten wir nicht, indem wir müßig umherzogen. Wir hatten immer zu tun, strickten etwas, stopften und bastelten. Hinzukam, dass es Strom auch nicht immer gab, so dass wir oft um die Kerosin-Lampe saßen und häkelten.

Bei uns gab es viele Ausländer. Solche schwarzen, wie heißen sie doch gleich? – ah, Neger. Die hatten wir hier. Sie liefen immer in solchen langen Turnhosen herum. In unserer Straße befand sich damals ein Geschäft, wo man verschiedenen Wein kaufen konnte. Dort kamen sie oft einkaufen. Und wir lehnten uns zum Fenster hinaus und lachten. Wir machten uns über sie lustig und hatten zugleich Angst. Sie hatten keinen Umgang mit uns. Eines unserer Mädchen war mit einem Ausländer befreundet, dafür sperrte man sie zehn Jahre ein. Wenn man mit einem Ausländer ein Gespräch beginnen wollte, war sofort ein Milizionär zur Stelle und stieß einen weg (damals waren viele Milizionäre auf Streife). Vor den Militärs fürchteten wir uns auch. Militärs gibt es auch solche und solche. Deshalb blieben wir, wenn wir tanzen gingen, immer zusammen und ließen keine allein zurück.

Dann begann der Krieg. Ich war bei der Luftabwehr und arbeitete als Telefonistin bei einem Vorgesetzten. Wir vom Telegrafenamt und der Post waren viele. Wir wurden auch zur Wache im Telegrafenamt eingesetzt. Tagsüber arbeiteten wir, nachts hielten wir Wache. Das ging bis 1943 so. Die vom Haus des Sowjets nebenan bewachten ihr Gebäude und wir eben die Hauptpost. Wir kletterten auf den Dachboden hoch und von dort aus auf das Dach. Mit Stricken banden wir uns fest. Wenn Bomben auf das Dach fielen, mussten wir sie an der Seite herunter werfen. Da brauchte man ganz schön Mut, um sich anzuleinen, auf dem Dach vorwärts zu kriechen und den Brandsatz herunter zu schmeißen. 1943 wurden wir dann neu formiert. Meine Freundin ging in die Armee. Sie schrieb immerzu: „Nina, bleib lieber auf Arbeit. Geh nicht in die Armee.“ Ich verstand, was sie mir sagen wollte.

Stalin hielt alle fest im Griff. Die Disziplin war gut. Für eine Verspätung um mehr als zwanzig Minuten wurdest du entlassen. Als Stalin starb, trauerten viele und weinten. Mir war seltsamerweise nicht nach Weinen zumute. Er war es doch, der die Liquidierung der Kulaken befohlen hatte. Und sein Georgien hatte er auch ausgeweitet. Ich war einmal dort in einem Kurort, überall demütigten die Georgier die russische Bevölkerung, gaben ihr keine Arbeit. Zu Hause demütigte uns keiner, der Lohn wurde rechtzeitig ausgezahlt. Nur verdienten wir eben wenig. Bei der Post erhielten wir 180 Rubel ausgezahlt, dann im Krieg gab's 340 Rubel.

Bis 1951 arbeitete ich im Postamt und lebte im Wohnheim. 1951 heiratete ich einen Invaliden, der zur Ausbildung nach Archangelsk gekommen war. Ich mochte ihn, aber er mochte mich leider nicht so sehr. Nach Abschluss der Ausbildung sagte er: „Lass uns ins Dorf umziehen.“ Aber ich wollte nicht. Auf dem Lande herrschte damals Hunger. Also blieb ich mit meiner Tochter hier. Es war schwer, mit dem Kind durchzukommen, aber was soll's, wir überlebten.

Dann ging ich nach Majmaks und begann eine Arbeit im 26. Holzwerk.⁷ Dort hatte man uns nämlich ein Zimmer versprochen. Man wies meinem Töchterchen und mir ein ganz kleines Zimmer zu, aber ich war's zufrieden. Wenigstens ein Zimmer für uns beide allein. Die Leute hatten mir sofort zugestimmt: „Nina, wenn du nach Majmaks gehst, kommst du durch. Dort kann man Kartoffeln anbauen. Im Wald kann man Pilze und Beeren sammeln.“ Und so war es auch. Kaum war ich hingezogen, kam ich mit den Menschen dort in Kontakt. Man gab mir ein Stückchen Acker und Saatgut. Wir bauten Kartoffeln an. Den Sommerurlaub nutzte ich, um Pilze und Beeren zu sammeln. Die Beeren verkaufte ich auf dem Basar. Aus dem Elend kamen wir raus.

Ich suchte im Werk Anstellung. Nach dem ersten Monat bekam ich 400 Rubel Avance ausgezahlt. Das war so viel Geld! Zweihundert Rubel nahm ich sofort an und zweihundert legte ich zurück. Am Lohntag bekam ich 900 Rubel ausgezahlt, alles in Zehnrubelscheinen. Ein Riesenpaket war das. Als ich nach Hause kam und das Geld auf den Tisch legte, sagte meine Tochter Lisa: „Oh, Mama, was für eine Menge Geld! Wie wär's, wenn wir jeden Tag ein Scheinchen ausgeben!“ Und immerzu fragte sie mich, ob wir auch genug sparen. Sie hatte früh lernen müssen zurückzulegen. Vom ersten Lohn kaufte ich für 450 Rubel ein Bett, vom zweiten Lohn eine gute Matratze mit Federn drin.

Früher standen in Majmaks überall Baracken. Man nannte sie Karkasse-Häuser. Sie waren eingeschossig und aus doppelten Holzplattenwänden mit einer Füllung aus Sägespänen. In einem solchen Haus bot man mir eine Wohnung an, aber ich lehnte ab. Ich wohnte in einem kleinen Haus zusammen mit zwei Mädchen. Die zogen später weg und ich blieb allein im Haus. Und weil ich mich allein fürchtete, bat ich um ein anderes Zimmer.

Unser Direktor des Holzwerkes hieß Awerkin. Seine Frau war einmal gestürzt und hatte sich die Wirbelsäule verletzt, so dass sie im Haus nichts mehr machen konnte. Sie rief mich eines Tages zu sich: „Nina, komm doch mal heute Abend zum Wischen vorbei.“ Ich schrubbte also die Fußböden und machte auch noch Ordnung im Haus. „Nina, kannst du nicht auch noch die Wäsche waschen?“, fragte sie dann. Und so kam es, dass ich im Haus des Werkdirektors einmal die Woche wusch und die Fußböden wischte. Aber ein neues Zimmer bekam ich dennoch nicht zugewiesen.

Einkäufe erledigten wir in der Stadt. Auf dem Basar dort war alles preiswerter. Sobald ich den Lohn in der Hand hatte, fuhr ich los und kaufte für einen halben Monat Lebensmittel ein. Ich kaufte Fleisch und Butter (freilich, meistens nahm ich Margarine). Kartoffeln hatte ich eigene, rund 400 Kilo gab ich im Kartoffellager ab. Pilze gab es in Massen, ich salzte sie ein. Wenn im Winter das Geld für Fleisch nicht reichte, kochte ich Kartoffeln mit Pilzen und wurde satt davon. Beeren hatten wir auch immer genug, manchmal verkaufte ich sogar welche.

7 Majmaks - ein ländlicher Vorort von Archangelsk, der mit dem Aufbau der Holzindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg den Charakter einer Arbeitersiedlung bekam.

Zum Waschen gingen wir ins Dampfbad eines älteren befreundeten Ehepaars. Sie hatten keine Töchter und nannten mich deshalb ihre Tochter. Ich half ihnen die Kuh zu melken, wenn sie im Sommer für lange Zeit zur Heumahd fuhren. In dieser Zeit konnten wir auch von „unserer“ Milch leben.

Im 26. Holzwerk arbeitete ich bis 1976. Schon 1975 wurde ich Rentnerin. Zweimal in meinem Arbeitsleben hatte ich einen Unfall. Das erste Mal, das war noch in der Stadt auf der Post, als ich Pakete ans Linke Ufer bringen musste. Das zweite Mal passierte es, als im Holzwerk eine Holzplatte von meinem Tisch herunter glitt. Ich lag zwei Monate im Krankenhaus in der Stadt.

Ich lebte mit meiner Tochter zusammen, heiraten wollte ich nicht mehr. Ich erinnere mich, wie einmal ein junger Mann aus meinem Dorf auftauchte (seine Mutter und sein Vater waren als Kulaken vertrieben worden). Wie er nach Archangelsk gekommen war, weiß ich nicht. Im Dorf hatte er gehört, dass ich im Majmaks lebte und dort erfuhr er auch meine Adresse. Ich war gerade auf Arbeit, als er ankam. Ich war auf dem Nachhauseweg, als die Nachbarin sagte: „Ein Bekannter ist zu Besuch gekommen.“ „Was für ein Bekannter?“ „Rogosin Kostja. Kennst du den?“ „Ja, was denn, lebt der noch?“ „Ja. So ein Hochrangiger.“ Sie malte ihn mir in den besten Farben.

Ja, wir trafen uns dann. Er wollte, dass ich mit ihm in den Fernen Osten fahre. Aber ich erwiderte, dass ich nirgendwohin fahren will. Später, als ich wieder einmal in meinem Dorf war, erfuhr ich, dass er dort im Fernen Osten gestorben ist. Zu uns kamen dann angeworbene Arbeitskräfte. Einmal fragte ich Grigorij Varmalovič, unseren Arbeitskräfte-Werber: „Bringst du mir auch irgendwann einmal einen Bräutigam?“ Aber er antwortete immer nur: „Nina, dir geht’s doch allein auch nicht schlecht. Wozu brauchst du einen Kerl? Die saufen doch alle bloß.“ Ja, so bin ich eben allein geblieben. Hab mich daran gewöhnt. Ich bin ja auch kaum aus dem Haus gekommen, hatte keine Zeit, mich umzuschauen.

Einmal luden mich die Frauen von der Wasser-Zeche ein, das Neue Jahr mit ihnen zu feiern. Ich sollte 25 Rubel zahlen. Aber ich trinke doch nicht. Warum sollte ich Geld für Bier zahlen? Da sagten sie, ich solle halt Piroggen backen und mitbringen. Aber ich hätte Lisa irgendwo unterbringen müssen. Ich entschied, sie bei den Großeltern zu lassen, aber die fragten mich, wo ich denn hin wolle. Ich sagte, ich wollte mit den Frauen Neujahr feiern. Da kletterte Vasilij Pavlovič von Ofen herunter und sagte streng: „Das ist keine Gesellschaft für dich. Die trinken Wein, und die Männer kommen zu ihnen. Da gehst du nicht hin!“ Damit entschied er alles, ich konnte nichts machen.

Ich kann nicht sagen, dass alles einfach war. Manchmal war es wirklich hart. Aber gelebt ist gelebt. Was soll man da noch viel reden.

„...und dann war es die Arbeiterjugend, die mich geformt hat“. Frauen aus der SAJ im Deutschen Bundestag

Gisela Notz

Im Rahmen eines Forschungsprojekts in der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn entstand das Buch „Frauen in der Mannschaft“.¹ Es enthält die Biografien von 26 SPD-Politikerinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag (1. und 2. Wahlperiode). Für die Erstellung wurde mit einem Methodenmix gearbeitet, das heißt, es wurden sowohl biografische, themenzentrierte Interviews mit den noch lebenden Abgeordneten und anderen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt als auch vorhandene Publikationen und Archivmaterial ausgewertet. Die Portraits der Frauen fokussieren ein Stück Zeitgeschichte. Es geht um Frauen, die in verschiedenen Politikbereichen Hervorragendes geleistet haben. Bei der Sichtung der Biografien fällt auf, dass unterschiedliche Gewichtungen und historische Ereignisse zum Tragen kommen. Dennoch schälen sich bestimmte Ereignisse heraus, die symptomatisch für SPD-Frauenpolitikerinnen der Nachkriegszeit sind: Sozialisation in der Arbeiterfamilie, meist auch in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), Benachteiligungen in der Bildung bei gleichzeitig unablässigem Bildungsdrang, Verfolgungen und Schikanen im Nationalsozialismus, kleine und größere Widerstandstätigkeiten, Inhaftierungen, Hunger, Verlust der Wohnung, Tod von geliebten Menschen, politische Niederlagen. Aufgrund struktureller Gemeinsamkeiten wurden bestimmte Ereignisse auch gruppenspezifisch erlebt. Die in die Untersuchung einbezogenen Parlamentarierinnen haben keine „normalen“ Lebenswege. Die Biografien dieser Politikerinnengeneration erscheinen voller Brüche und manchmal auch Widersprüche, und sie sind mehr als die jeder anderen Generation im 20. Jahrhundert von historischen Umbrüchen und „Wendezeiten“ geprägt.

Ich werde im folgenden Beitrag zunächst allgemein auf die politische Sozialisation der meisten Porträtierten, deren proletarische Herkunft und ihre Mitarbeit in der SAJ eingehen. Anschließend werde ich am Beispiel einer „exemplarischen Genossin“ aufzeigen, wie die Zugehörigkeit zur SAJ Leben und Arbeit der Parlamentarierinnen entscheidend geprägt hat.

1. Frühe politische Sozialisation

Die meisten der in die Forschungsarbeit einbezogenen Frauen stammen aus Arbeiterfamilien. Ihre Prägungen, Orientierungen und ersten Politikerfahrungen

¹ Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49-1957, Bonn 2003. Siehe dazu auch die Rezension in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2004, H. 2, S.207-210.

hatten mindestens 16 in der SAJ und eine in der belgischen Sozialistischen Jugend² gesammelt. Nur eine kam aus der Wandervogel-Bewegung. Einige waren ranghohe Funktionärinnen oder Gruppenleiterinnen innerhalb der SAJ.³ Es war die politische Überzeugung der meist aus dem Handwerkermilieu kommenden Väter, die den weiteren Lebensweg fast aller sehr stark beeinflusste. Er nahm sie zu Mai-Kundgebungen und zu Parteiveranstaltungen mit und verschaffte ihnen Zugang zu relevanter Literatur, während die Mütter (oft) eher auf einer traditionellen Mädchenerziehung bestanden. Fast alle durchliefen eine Berufsausbildung, wenn sie auch oft auf einen „typisch weiblichen“ Beruf vorbereitet wurden. Die Väter waren oft nicht nur Sozialisten, sondern auch Gewerkschafter, „Freie Turner“, Atheisten oder Freidenker. Oft wurden diese Politikerinnen später als „geborene Sozialistinnen“ bezeichnet.

Annemarie Renger (geb. 1919), Mitglied des Bundestages von 1953 bis 1990, ist eine solche geborene Sozialistin.⁴ Ihre späteren Erzählungen beschreiben das Bild einer sozialdemokratischen Musterfamilie, in der die Kinder ernst genommen wurden und an den Gesprächen der Erwachsenen partizipierten, einer Familie, die keine Strafen für Dummheiten oder Ungehorsam kannte, sondern in der Meinungsverschiedenheiten mit den Kindern diskutiert wurden. Es ist ein Lebenslauf, der exemplarisch für den vieler Kinder ist, die in der Weimarer Republik in einer sozialdemokratischen Familie aufgewachsen sind. Im Alter von fünf Jahren wurde Annemarie Renger Mitglied der „Kinderfreunde“ und entfaltete bei den „Roten Falken“ die ersten politischen Aktivitäten. Mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern teilte sie Flugblätter aus, klebte Plakate und führte schon in frühester Jugend heftige politische Diskussionen.⁵ Mit sieben Jahren trat sie in den Berliner Arbeiter-Schwimmverein ein. Wie viele sozialdemokratische Kinder kaufte sie im Konsum ein, verbrachte ihre Ferien mit ihrer Familie in Naturfreunde-Häusern⁶ und ging mit ihrem Vater zu den Kundgebungen am 1. Mai. Ihre Eltern waren Mitglied der Gewerkschaft, der Arbeiterwohlfahrt und des Arbeiter-Samariter-Bundes und hatten als bildungsbeflissene Sozialisten ein Abonnement bei der „Volksbühne“. Sie sangen, „der Mensch ist gut und all diese wunderbaren Gesänge“. Das waren für sie keine leeren Phrasen.

2 Das war Jeanette Wolff (1888-1976), in: Notz, Frauen, S.502-524.

3 Einige Beispiele: Lisa Albrecht (1896-1970) war die erste Mädchen- und Frauenreferentin der SAJ; Lucie Kurlbaum-Beyer (geb. 1914) war Gruppenleiterin der SAJ in Köln-Bayenthal; Käte Strobel (1907-1996) war bayerische SAJ-Landesvorsitzende und zwischen 1923 und 1933 im Reichsvorstand der Kinderfreunde; Margarete Rudoll (1906- 1979) war Vorsitzende der Kinderfreunde in Essen; Franziska Bennemann (1905-1985) ging von der SAJ zum Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) und war dort maßgebend in Widerstand und Exil tätig. Alle Biografien siehe Notz, Frauen.

4 Siehe Notz, Frauen, S.395-420.

5 Annemarie Renger: Warum bin ich Sozialdemokrat? Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn-Bad Godesberg, o.J., o.S.

6 Die Naturfreunde sind eine von sozialdemokratischen Arbeitern zur Pflege des Wanderns und der Touristik gegründete Vereinigung.

Sie wollten die kapitalistischen Verhältnisse ändern, am Aufbau einer sozialistischen Welt mitarbeiten, und diese sollte alles umfassen: „Bildung, Kultur, Menschenwürde“.⁷ Nach solchen Kindheitserfahrungen war es kein Wunder, dass Annemarie Renger bei der Aufnahmeprüfung für das Lyzeum auf die Frage, was sie einmal werden wolle, zur Antwort gab: Parteisekretärin. Und das ist sie schließlich auch geworden – und noch viel mehr. Sie war die erste Frau, die zur Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt wurde.

2. Basisnähe durch die Herkunft und die Mitarbeit in der SAJ

Die Sozialisation in Herkunftsfamilie und SAJ führte dazu, dass die Arbeiter-töchter unter den Politikerinnen später keinen so großen Abstand zum Alltag der „einfachen“ Menschen hatten wie viele ihrer Bundestagskollegen, aber auch ihrer -kolleginnen aus den konservativen Parteien. Auch wenn sie mehr oder weniger prominente Politikerinnen wurden, blieben sie den Menschen der Arbeiterschicht nahe. Käte Strobel, die erste sozialdemokratische Ministerin, ebenfalls während der Weimarer Republik in der SAJ und bei den Kinderfreunden tätig, ist dafür ein gutes Beispiel. Die Geringschätzung eher konservativer Kreise gegenüber dieser Basisnähe mag wohl der Grund dafür gewesen sein, dass sie „Volks-schülerin auf dem Ministersessel“ genannt wurde.⁸

Für sozialistische Parlamentarierinnen waren die Minderbewertung der Arbeit der unteren Schichten und die Missachtung des Wirkens von Frauen keine voneinander isolierten Probleme. Allerdings waren sie alle darum bemüht, einem Image als Blaustrumpf, Suffragette oder als Frauenrechtlerin entgegenzuwirken. Auch das haben sie in der SAJ gelernt, nämlich, dass „Veränderungen in der Gesellschaft nicht isoliert, allein von den Frauen durchgesetzt werden können“ (Renger). Sie wollten Schulter an Schulter oder Seit an Seit, wie sie es in ihrer Jugend besungen haben, mit den Genossen kämpfen und niemals gegen sie – auch wenn sie dabei oft einige Schritte hinter ihnen zurückblieben. Kein Wunder, dass sie mit Vertreterinnen der „neuen Frauenbewegung“ der 60er-Jahre (fast) alle Probleme bekamen.

Die Zugehörigkeit zur SAJ stellte für die meisten einen einzigartigen Sozialisationsfaktor dar. Dort erlebten sie nicht nur Gemeinschaft mit Gleichgesinnten und fanden Bestätigung für ihre sozialistische Überzeugung, sondern lernten soziale Kompetenzen und machten Erfahrungen von Egalität und gleichberechtigtem Umgang – auch zwischen den Geschlechtern –, die bis ins hohe Alter wirkten. Denn die Erziehung zur sozialistischen Gemeinschaft in der SAJ setzte die Gleichberechtigung der Geschlechter voraus.⁹ Allerdings hatten die meisten

⁷ Annemarie Renger im Interview mit der Autorin am 4.11.1999 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

⁸ Siehe Rosemarie Heckmann: Frauen der deutschen Geschichte, in: Frauenrat. Informationen für die Frau, 2001, H. 4, S.24.

⁹ Siehe auch Martina Naujoks: Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik, in: ergebnisse, 1984, H. 25, S.8-152, hier S.70ff.

Frauen schon in der Jugend erlebt, dass es, wenn man einer Gruppe von weniger Privilegierten zugehört, gleichzeitig bedeuten kann, von anderen Zusammenhängen ausgegrenzt zu sein. Dieses Gefühl der Nichtzugehörigkeit behielten einige Frauen auch während ihrer Bundestagsarbeit bei. Allerdings fühlten sich die Abgeordneten, die ebenfalls aus der SAJ kamen, einander sehr verbunden und versuchten, sich immer wieder gegenseitig zu unterstützen. Am ersten Tag der neuen Wahlperioden gab es oft rührende Szenen der Wiedererkennung.

Die im genannten Buch dargestellten Parlamentarierinnen, nicht nur diejenigen, die aus sozialistischen Familien stammten, hegten für den Nationalsozialismus nie Sympathien. Einige von ihnen haben während dieser Zeit nicht nur politisch Stellung bezogen, sondern auch Handlungsstrategien zum praktischen politischen Eingreifen entwickelt und sich am Widerstand beteiligt. Etliche haben unsägliche Demütigungen erlitten, waren in Konzentrations- und Todeslagern. Nach 1945 zählten sie zur Aufbaugeneration, die aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges eine neue demokratische und friedliche Gesellschaft errichten wollte.

Da ich in diesem Zusammenhang nicht alle 16 Biographien der Frauen, die aus der SAJ kamen, darstellen kann, und ich es auch nicht bei einer Aufzählung belassen will, habe ich mich entschieden, *eine* Biografie in den Mittelpunkt dieses Artikels zu stellen, gewissermaßen als „exemplarische Genossin“.

3. Marta Schanzenbach (1907-1997)

„... und dann war es die Arbeiterjugend, die mich geformt hat“, das ist der Anspruch von Marta Schanzenbach, geb. Lehmann, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1949 bis 1972.¹⁰ Sie war eine der prominentesten Vertreterinnen der SAJ. Zunächst war sie „ein ganz unzufriedenes Mädchen“, wie sie selber sagte,¹¹ denn sie musste, nachdem sie die Schule verlassen hatte, ihrer Mutter im Haushalt helfen und die jüngeren Geschwister versorgen, obwohl sie eigentlich Lehrerin werden wollte. Lehrerin, das war der einzige qualifizierte Beruf, der ihr als Frau offen gestanden hätte, wenn sie über die entsprechenden Geldmittel verfügt hätte. Später schilderte sie die zweijährige Mithilfe im Haushalt als eine der schwierigsten Zeiten ihres Lebens. Sie fiel in eine Sinnkrise, die Zukunft erschien ihr düster: „Ich habe jeden Tag natürlich gearbeitet, meine Mutter war froh, daß sie mich zu Hause hatte“.¹² Den Lebensaussichten, denen sie entgegen sah, mochte sie nichts Positives abgewinnen. Sie würde jetzt der Mutter helfen, dann einen Mann kennenlernen, heiraten, Kinder bekommen und ebenso leben wie ihre Mutter. Sie war deshalb sicher, ihren Wunsch, Lehrerin zu werden, nie verwirklichen zu können.

10 Siehe Notz, Frauen, S.435-459.

11 Zit. nach: Regine Marquardt: Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag 1949- 1961, Opladen 1999, S.187.

12 Ebenda.

Bevor Marta Lehmann endgültig verzweifelte, hatte sie ein Schlüsselerlebnis, das ihr den eigenen politischen Weg zeigte. Es war die Mutter einer Mitschülerin, die ihr nach einem kindlichen Streit mit der Tochter zurief: „Und das ist der Dank dafür, daß man dich nicht hat spüren lassen, daß du armer Leute Kind bist.“¹³ Das traf die junge Marta zutiefst. Nach Meinung dieser Frau hatte Marta sich in die bürgerliche Gesellschaft eingeschlichen. Das hatte man sie so lange nicht merken lassen, wie sie nach der Meinung der „Bessergestellten“ Wohlverhalten zeigte. Später relativierte sie dieses Erlebnis, indem sie den Grund für die Diskriminierung nicht mehr bei der Mutter der Mitschülerin, sondern in den gesellschaftlichen Verhältnissen sah.¹⁴ Fortan wollte sie ihre Wurzeln als Arbeiterkind nicht verleugnen. Sie fragte den Vater – einen der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in Gengenbach bei Offenburg, dem Geburtsort von Marta Lehmann –, ob es in der SPD einen Jugendverband gebe. Da er keine Auskunft geben konnte, machte Marta sich selbst auf die Suche. Sie hörte von der SAJ, die es in größeren Städten gab, und gründete im Alter von 16 Jahren mit anderen Jugendlichen ihre erste Organisation: die SAJ in Gengenbach. Sie wurde bald SAJ-Kreisvorsitzende. Mit den Mitgliedern der Gruppe ging sie auf Wanderschaft, führte dabei stundenlange Gespräche, lernte das Gitarrespiel und sang: „Wir sind die junge Garde des Proletariats“. Diese Jugendlichen wollten nicht einfach Wandervögel sein, sondern politisch arbeiten, „gegen Not und gegen Unfreiheit und gegen Diskriminierung“, wie sie später in einem Interview sagte.¹⁵ Marta Lehmann hatte in der Gruppe das Gefühl, neue Wurzeln zu schlagen, die sie ihr ganzes Leben lang tragen sollten.¹⁶ Später beschrieb sie ihre eigene politische Haltung zu dieser Zeit: „Ich träumte von einer sozialistischen Welt, von meinen Idealen, jedoch ohne Ahnung für eine realistische Politik.“¹⁷ Ihrem Vater schien ihr Engagement zu gefallen. Er unterstützte es, wo er konnte, nahm an ihren Wanderungen teil und fungierte als kompetenter Berater. Auch die Mutter beteiligte sich an den Gesprächen, wenn die Gruppenversammlungen zu Hause stattfanden und sich zu den eigenen Kindern zehn oder mehr junge Leute gesellten, um politische Diskussionen zu führen. Marta Schanzenbach erinnerte sich später: „Meine Eltern ließen uns gewähren. Vom Heuboden bis zur guten

13 Marta Schanzenbach im Gespräch mit Sabine Gieschler: Ein Kind der Arbeiterbewegung, in: C. Wolfgang Müller (Hrsg.): Erinnerungen für die Zukunft. Beiträge zum 75. Gründungstag der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt am Main 1994, S.31-49, hier S.34.

14 Sie sagte später: „Nach der Auffassung der früher das Leben in einer Gemeinde bestimmenden bürgerlichen Gesellschaftsschicht war die wirtschaftliche Armut ein persönliches Versagen, und die betreffenden Menschen wurden als minderwertig angesehen.“ Marquardt, Das Ja, S.183f.

15 Marta Schanzenbach: Das Glück helfen zu können, in: Renate Lepsius: Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen, Hamburg 1987, S.13-32, hier S.14.

16 Siehe Schanzenbach/Gieschler, Kind, S.35.

17 Offenburger Tagblatt, 11.2.1984.

Stube stellten sie uns das Haus zur Verfügung.“¹⁸ – Auch das war in vielen sozialistischen Elternhäusern selbstverständlich.

Wie alle in die Studie einbezogenen SAJ-Mitglieder trat Marta Lehmann frühzeitig in die SPD ein. Es war 1923, und sie war damals 16 Jahre alt. Lange dauerte es nicht, dann wurde sie zur Vorsitzenden der SPD in Gengenbach gewählt und hatte nun ihre zweite politische Funktion. Dabei blieb es freilich nicht. Sehr schnell wurde sie Kreisvorsitzende für den gesamten Schwarzwaldkreis und 1926 Mitglied im Landesvorstand der SPD.

Wie viele Arbeiterjugendliche in den 20er-Jahren erlebte Marta Lehmann in der sozialistischen Jugendorganisation die Solidarität und Geborgenheit der Genossinnen und Genossen untereinander und bekam geistige Anregung, die sie noch bis ins hohe Alter begleiteten: „Ich hatte den Eindruck, daß ich die Tür zu einer Welt, die mir böse, eng und verlogen vorkam, zugestoßen habe und in ein Leben hineingeschritten bin, in dem ich ein Streben nach Gerechtigkeit vorfand“, sagte sie später.¹⁹ Die Mitglieder der Gruppe fühlten sich nicht mehr als die Armen oder gar die minderwertigen Arbeiterkinder: „Wir sind durch die Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterjugend freie, sich ihres Wertes bewußte, frohe, junge Menschen geworden, die an eine bessere Zukunft glauben.“²⁰

Noch einmal stieß Marta Lehmann an die Klassenschranken, als ihre erste große Jugendliebe sie verließ. Obwohl Sohn eines SPD-Genossen, gab ihr der geliebte junge Mann zu verstehen, dass sie ihre Liebe beenden müssten, weil er als Ingenieurstudent an der Fachhochschule in Karlsruhe nach beendetem Studium einer anderen Schicht angehören würde und daher keine arme Arbeiterin zur Frau nehmen könne. Während dieser Zeit (1925-1928) arbeitete sie als Verkäuferin im Konsum-Verein in Gengenbach.²¹ Für einen angehenden Ingenieur war sie nicht „standesgemäß“. Ähnliches erfuhren damals auch andere Arbeitermädchen, was freilich kein Trost für sie war. Die Konsequenzen, die die junge Marta damals daraus zog, waren allerdings für diese Zeit ungewöhnlich. Fortan wollte sie nicht „irgendjemandes Freundin“ sein, sondern einen Beruf erlernen, von dem sie sich ernähren konnte. Marta Lehmann wollte selbst „etwas werden“ und möglichst ohne Männer leben.²² „Er hat mich sitzenlassen. Das sollte mir nie wieder passieren. Den Männern habe ich Rache geschworen. Ich will etwas lernen und nicht von ihnen abhängig sein.“, sagte sie später in einem Interview.²³ Auch ihre Tochter war der Meinung, dass es dieses Erlebnis war, das sie zu dem Entschluss

18 Marta Schanzenbach: Entscheidende Kindheitserlebnisse, in: Vorstand der SPD (Hrsg.): Frauen machen Politik, Bonn 1958, S.9-13, hier S.11.

19 Ebenda, S.18.

20 Ebenda, S.11.

21 Nach den Aussagen ihrer Tochter hatte das den Vorteil, dass sie abends nicht verkauftes Obst und Gemüse für die Familie mitnehmen konnte. Interview der Autorin mit Monika Böser am 23.5.2002 im Marta-Schanzenbach-Haus in Gengenbach.

22 Siehe Schanzenbach/Gieschler, Kind, S.37.

23 Schanzenbach, Glück, S.18.

brachte „jetzt zeig ich es mal der ganzen Welt“.²⁴ Journalisten verwiesen immer wieder darauf, dass sie zu dieser Zeit viel las und noch mehr lernte.²⁵ „Lebhafter Geist“, „notorischer Wissensdurst“, „Bildungshunger“, „unermüdliches Selbststudium“ wird fast allen „einfachen Arbeitertöchtern“ immer wieder zugeschrieben. Schließlich hatten sie die „Mängel“, die ihrer einfachen Volksschulbildung (angeblich) anhafteten, zu überwinden.²⁶ Von dem persönlichen Gewinn, denn die Arbeitertöchter daraus zogen, dass sie die Gelegenheit wahrnahmen, sich in einer Weise Kenntnisse anzueignen, wie es früher nur Töchtern der bürgerlichen Schichten möglich war, ist in Überlieferungen meist ebenso wenig die Rede wie von dem großen Erfahrungswissen, das sie aus ihrer Sozialisation einbrachten. Erfahrungswissen, das in dieser Art Angehörige der bürgerlichen Schichten nicht sammeln konnten.

Noch wusste Marta Lehmann nicht, welcher Beruf für sie in Frage kam. Als Verkäuferin hörte sie sich den Kummer der armen Leute an und ahnte vielleicht bereits, dass sie für die Fürsorgearbeit geschaffen war. Es war jedoch nicht alleine der Wunsch, anderen helfen zu wollen, der sie umtrieb. Sie wollte auch begreifen, wieso es in der Gesellschaft zu solcher himmelschreienden sozialen Ungerechtigkeit kam. Noch wusste sie nichts vom Beruf der Fürsorgerin. Einige theoretische und politische Vorkenntnisse hatte sie jedoch schon durch ihre Arbeit in der Sozialistischen Arbeiterjugend erworben. Im Kreisvorstand der SAJ hörte sie schließlich von der Existenz der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und von der Möglichkeit, eine Schule dieser Organisation zu besuchen, um den Beruf der Fürsorgerin zu erlernen. Nachdem sie außerdem erfuhr, dass die AWO Studien-darlehen vergab, bewarb sie sich für ein Studium. Sie war beseelt von dem Gedanken, mithelfen zu können, dass die Welt verändert werden würde, für Gleichberechtigung und Abbau von Diskriminierungen zu kämpfen und dafür zu arbeiten, dass zukünftig allen Kindern gleiche Berufschancen eröffnet werden.²⁷ Ihre Mutter unterstützte sie in ihrem Vorhaben, indem sie sagte: „Mach es. Wenn Du meinst, es ist richtig für Dich, dann mach’s“.²⁸

Marta Lehmann schrieb an die damalige SPD-Reichtagsabgeordnete, Gründerin und Vorsitzende der AWO, Marie Juchacz, persönlich, um sich für eine Ausbildung zur Fürsorgerin zu bewerben. Bald darauf erhielt sie eine Zusage für einen Studienplatz und für die Gewährung eines Darlehens. 1928 wurde sie Mitglied der Arbeiterwohlfahrt. Nachdem sie in Karlsruhe eine einjährige Ausbildung zur Kinderpflegerin absolviert hatte, ging sie 1929 nach Berlin und besuchte die

24 Interview der Autorin mit Monika Böser.

25 Z. B. Carl L. Goggomos: Frauen wissen manches besser. Marta Schanzenbach hält nichts von Theorien, in: Vorwärts, 23.8.1961.

26 Siehe z. B. die Biografien von Marie Ansorge und Franziska Bennemann, letztere ebenfalls SAJ, in Notz, Frauen, S.150-161 und S.162-175.

27 Siehe Gert Reiser: Die große Dame der Sozialdemokratie, in: Lehrer Zeitung, 11.2.1984.

28 Schanzenbach/Gieschler, Kind, S.35.

Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt, um eine Ausbildung als Jugendwohlfahrtspflegerin zu beginnen. Das Berlin der 20er-Jahre war eine andere Welt, als die, die sie bisher kannte. Sie erlebte diese Welt durchaus ambivalent: Glanz und Glitzer auf der einen Seite und Erwerbslose, Bettler und Kriegsversehrte aus dem Ersten Weltkrieg auf der anderen. Dennoch fand sie sich in der Welt der Gegensätze zurecht. Bis ins hohe Alter schwärmte sie von den Mitschülern und Mitschülerinnen; die meisten waren wie sie Funktionäre und Funktionärinnen der SAJ und kamen aus ganz Deutschland. Sie bewunderte die großartigen Lehrer und Lehrerinnen, zu denen die damalige Reichstagsabgeordnete Louise Schroeder,²⁹ der SPD-Stadtrat in Prenzlauer Berg Walter Friedländer, Hedwig Wachenheim, die Leiterin der Wohlfahrtsschule und preußische Landtagsabgeordnete, Reichstagspräsident Paul Löbe, der Freud-Schüler Siegfried Bernfeld und die AWO-Funktionärin Lotte Lemke gehörten. Durch die Lehrkräfte bekam sie Zugang zu Reichstagsitzungen, großen politischen Veranstaltungen und zu verbilligten Theaterplätzen. Umgekehrt bewunderten die Lehrenden die große Lernbegierde des „Schwarzwaldmädele“, das neben der Bewältigung der Anforderungen, die die Schule stellte, und neben dem Besuch von politischen Veranstaltungen noch Zeit fand, die geistigen und künstlerischen Angebote der Hauptstadt wahrzunehmen.³⁰ Marta Lehmann gehörte nun zu einer neuen Elite junger sozialdemokratischer gebildeter Frauen. Dank Darlehen und Platz in einem Wohnheim hatte sie keine wirtschaftlichen Sorgen. Begierig nahm sie die ihr bis dahin noch unbekanntem wissenschaftlichen und politischen Theorien in sich auf und brachte sie mit ihrer eigenen Praxis in Verbindung. Aus ihren Artikeln, die sie vor allem später, während ihrer Bundestagsarbeit, schrieb, wird die fundierte Ausbildung, die sie erhalten hatte deutlich. In ihrer zukünftigen Berufsarbeit sah sie bereits während des Studiums nicht nur eine soziale, sondern auch eine politische Aufgabe.³¹ Das mag auch der Anlass gewesen sein, dass sie zusätzlich zu ihrer Ausbildung Vorlesungen an der Hochschule für Politik besuchte.³² Ihre praktisch-politische Tätigkeit als Helferin bei den Kinderfreunden wollte sie trotz der hohen Arbeitsbelastung nicht aufgeben. Sie brauchte das Praxisfeld und wollte ihrerseits Erfahrungen an die jungen Sozialisten und Sozialistinnen weitergeben.

Ihrem Vorsatz, ohne Mann zu leben, wurde sie allerdings bald untreu. Sie verliebte sich noch während der Schulzeit in Albert Schanzenbach, einen Mitschüler und badischen Landsmann. Beide bestanden sie das Examen als Sozialfürsorger bzw. Sozialfürsorgerin mit der besten Note. Marta Lehmann bekam 1931 eine Stelle als Fürsorgerin im Jugendamt des Arbeiterviertels am Prenzlauer Berg in

29 Siehe Notz, *Frauen*, S.460-482.

30 Siehe Lotte Lemke: Marta Schanzenbach MdB 60 Jahre alt, in: *unsere arbeit*, Februar 1967, S.1. Lotte Lemke war 1967 Vorsitzende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt.

31 Siehe Schanzenbach, *Kindheitsergebnisse*, S.11.

32 Siehe ebenda.

Berlin, das Walter Friedländer, einer ihrer Lehrer, leitete. Elend, Hunger, Unterernährung und Ausweglosigkeit der Armen bestimmten nun ihre fürsorgerische Praxis. In Deutschland war die Zahl der Erwerbslosen bereits auf fünf Millionen gestiegen. Mit ihrem Lebensgefährten, der Fürsorger bei der Winterhilfe geworden war, bewohnte sie eine gemeinsame Wohnung. Verheiratet waren sie nicht, das mag für die damalige Zeit ungewöhnlich erscheinen. „Gefährtenehen“ waren während der Zeit der Weimarer Republik unter Sozialisten und Sozialistinnen jedoch nicht selten. Leider währte das Glück nicht lange.

Marta Lehmann wurde 1933 aus politischen Gründen, „wegen staatsfeindlicher Gesinnung“,³³ – schließlich war sie aktive Sozialdemokratin – aus ihrer Arbeitsstelle in Berlin entlassen. Gerade zwei Jahre war sie als Fürsorgerin tätig gewesen, bevor sie Berufsverbot erhielt. Obwohl ihre Arbeit oft sehr schwer war und die „Fälle“ von Not und Elend, die sie zu „behandeln“ hatte, ihr oft Sorgen und Schwierigkeiten bereiteten, war es doch ein schwerer Schock für sie, nun ohne Erwerbsarbeit zu sein. „Es war ein hoffnungsvolles, berufliches und politisches Beginnen, dem mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus ein Ende gesetzt wurde“,³⁴ sagte sie später. Albert Schanzenbach, der ebenfalls entlassen worden war, konnte wenigstens hin und wieder Aushilfsarbeiten übernehmen.

Marta Schanzenbach musste Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen, wurde wiederholt von der Gestapo verhört und stand unter deren Überwachung. Weil ein Treffen zwischen ihr und einem observierten Mann bekannt geworden war und gute Freunde bereits verhaftet waren, hatte sie schreckliche Angst, ebenfalls verhaftet zu werden. Sie litt entsetzlich, bekam Depressionen, denn sie hatte keine wirkliche Aufgabe und fühlte sich fortwährend verfolgt. Unter großen Entbehrungen überlebte sie in Gengenbach im Schwarzwald bei ihrer Mutter. „Für mich war Nacht über Deutschland; ich lebte im Dunkeln“, erinnerte sie sich, als endlich alles vorbei war.³⁵

1936 bekam Marta Schanzenbach ihr erstes Kind, den Sohn Bernhard. Nun hatte sie das Gefühl, endlich wieder eine Aufgabe zu haben. 1939 kam das zweite Kind, die Tochter Monika. In der Zwischenzeit hatte sie Albert Schanzenbach, geheiratet, mehr aus Vernunftgründen, wie Marta später betonte – schließlich war unter dem NS ein Zusammenleben ohne Trauschein gesetzlich nicht mehr zulässig. Seit dem Sommer 1944 galt ihr Mann als vermisst. Sie wartete viele Jahre auf seine Heimkehr, hatte aber auch Angst, dass er wieder zurückkommen könnte, weil sie ihre eigene Rolle dann hätte aufgeben müssen. Eine neue Bindung ist sie nie mehr eingegangen.

33 Ebenda, S.192. Der Seniorenrat der SPD schrieb: „Wegen politischer Unzuverlässigkeit“. Der Seniorenrat der SPD (Hrsg.): *Zeitgenossen, Frauen und Männer der ersten Stunde*, Mitglieder des Seniorenrats der SPD, Bonn, o.J., S.41. So auch die *Lahrer Zeitung*, 14.10.1972.

34 Schanzenbach, *Kindheitserlebnisse*, S.12.

35 Siehe ebenda.

Nach Kriegsende half Marta Schanzenbach, wie viele ihrer Genossinnen, sofort beim sozialen und politischen Wiederaufbau Deutschlands und der SPD. Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus, das waren auch ihre Parolen. Sie erhielt bald zahlreiche Ämter in der Partei und baute die Frauenarbeit mit auf. Vor langen, beschwerlichen Reisen schreckte sie nicht zurück. 1949 wurde sie für die SPD in den ersten deutschen Bundestag gewählt. 1958 wurde sie Nachfolgerin von Herta Gotthelf als Frauensekretärin. Damit war sie die ranghöchste Frauenpolitikerin der SPD und gehörte nun auch dem Parteivorstand an. Zu gleicher Zeit wurde sie die erste Frau im Parteipräsidium, dem geschäftsführenden Vorstand der SPD. Sie war eine der SPD-Parlamentarierinnen, die in der Parteiarbeit und im Deutschen Bundestag an die Erfahrungen, die sie während der Weimarer Zeit in der SAJ und der SPD gemacht hatte, anknüpfen konnte. Wie Lucie Kurlbaum-Beyer, früher selbst SAJ-Gruppenleiterin in Köln-Beyenthal³⁶ und ab 1953 im Deutschen Bundestag, 1999 in einem Interview berichtete, herrschte unter den „alten“ SAJ-Mitgliedern im Bundestag eine besonders Form von Solidarität, die über die Zugehörigkeit zum Bundestag hinausreichte. Auch Marta Schanzenbach erzählte, dass sie die anfängliche Hilflosigkeit, die die neue Aufgabe im Bundestag mit sich brachte, besser überwinden konnte, weil sie Menschen aus der Arbeiterjugend im Bundestag wiedertraf. Sie nannte Erwin Schoettle, Erich Ollenhauer, Louise Schroeder. In Bonn wohnte sie mit Frieda Nadig,³⁷ die ebenfalls aus der SAJ kam, in einer Zwei-Zimmer-Wohnung.

Wie die meisten weiblichen Abgeordneten brachte Marta Schanzenbach ihre Erfahrungen vor allem in die Jugend-, Sozial- und Familienpolitik ein. Sie setzte sich in der Nachkriegszeit für die Anerkennung von Lebensformen außerhalb der „Normalehe“ ein, für die Angleichung der Rechte für Kinder, die außerhalb einer staatlich oder kirchlich legitimierten Ehe geboren waren, an die Rechte ehelich geborener Kinder, für Frauenwohngemeinschaften, für bessere Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, für mehr und bessere Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten. Wenn sie später danach gefragt wurde, warum viele Frauen sich mit diesen „weichen“ Politikbereichen zufrieden gaben, gab sie zur Antwort: „Da wissen Frauen eben manches besser.“ Wer konnte eine bessere Expertin für Jugend-, Sozial- und Familienpolitik sein als die gelernte Sozialarbeiterin mit so vielfältigen Lebenserfahrungen. Es ist fast müßig, darauf hinzuweisen, dass sie sich auch außerhalb dieser Politikbereiche engagierte. Schließlich hielt sie ebenso Reden gegen die atomare Aufrüstung.

In einer Rede bedauerte Marta Schanzenbach sehr, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg keine funktionierende Jugendbewegung mehr gab und die Jugendlichen, statt in Feldern und Wiesen zu wandern, nun in Ruinen spielen mussten. Zwar wäre ohne die Frauen und Männer der „alten SAJ“ die Wiedergründung der SPD in vielen Teilen Deutschlands kaum möglich gewesen, aber die Welt

36 Siehe Notz, *Frauen*, S.324-338, sowie Lucie Kurlbaum-Beyer: *Krieg tötet Zukunft*, Bonn 2004.

37 Siehe Notz, *Frauen*, S.54-79.

und auch die Jugend hatte sich gründlich verändert. Während der Studentenunruhen der späten 60er-Jahre bekam sie – wie andere ehemalige SAJ-Funktionäre auch – Konflikte mit der „neuen Jugendbewegung“.³⁸ Bereits 1962 war auf ihre Veranlassung ein Studentenwohnheim mit Jazzkeller gebaut worden. 1968 musste sie dann erleben, dass Studenten und Studentinnen gegen sie demonstrierten, gegen sie, die sich dafür eingesetzt hatte, dass auch wenig Privilegierte Zugang zu den Hochschulen bekommen sollten. Die Studierenden wollten das Heim in Selbstverwaltung übernehmen. Das war ein Anliegen, das Marta Schanzenbach überhaupt nicht nachvollziehen konnte, zumal die Arbeiterwohlfahrt weiterhin die Kosten hätte übernehmen sollen. Die Demonstration, die aus diesem Anlass stattfand, hat sie bis an ihr Lebensende nicht vergessen.

Marta Schanzenbach starb 1997 im Alter von 90 Jahren in Offenburg. „Die große alte Dame der Baden-Württembergischen SPD“, wie Helmut Schmidt sie nannte, war tot.³⁹

38 Siehe hierzu auch: Weg und Leistung der deutschen Arbeiterjugendbewegung SAJ. Bericht vom Freundschaftstreffen der ehemaligen SAJ in Hamburg vom 12. bis 14.9. 1973, S.12.

39 Todesanzeige, in: Vorwärts (Baden-Württemberg), 1997, Nr. 7/8 (Juli).

Berichte

„Militarismus und Antimilitarismus“. Gegen den Krieg als Mittel der Politik. Konferenz in Leipzig anlässlich des 100. Jahrestages des Erscheinens von Karl Liebknechts Schrift

Rainer Holze

Vor 100 Jahren erschien in Leipzig Karl Liebknechts propagandistische Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“, die sofort großes Aufsehen erregt hatte. Mit seiner Schrift zog Karl Liebknecht den Hass der Reaktion auf sich, denn er hatte die imperialistische Herrschaft an ihrem empfindlichsten Nerv getroffen – dem Militarismus, der Armee. So war es auch nicht verwunderlich, dass sofort nach Erscheinen der Schrift ein Hochverratsprozess gegen Karl Liebknecht angestrengt wurde, der dann im Oktober 1907 in Leipzig vor dem Reichsgericht stattfand. Diese damaligen Ereignisse waren für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und die Bundestagsfraktion „Die Linke“ gewichtige Gründe, für den 19. und 20. Oktober 2007 zur VII. Leipziger Rosa-Luxemburg-Konferenz einzuladen, um die geschichtliche und die aktuelle Dimension der Liebknechtschen Schrift zu erörtern.

Zum ersten Konferenztag trafen sich die Teilnehmer – unter ihnen drei Nachkommen der Liebknecht-Familie: die Enkelinnen Maja und Marianne und die Urenkelin Mariella – an historischer Stätte, dem Sitzungssaal des damaligen Reichsgerichts (heute befindet sich hier der Große Sitzungssaal des Bundesverwaltungsgerichts). Er wurde vor allem durch den richtungweisenden Vortrag der international anerkannten Luxemburg-Forscherin und -Editorin *Annelies Laschützka* (Berlin) geprägt. Die Historikerin nutzte die Gelegenheit, dem erfahrenen Konferenzforum ihre neue biographische Arbeit „Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie“ vorzustellen. Sie habe ihre Biographie – beruhend auf neuesten Forschungsergebnissen, auf bisher unbekanntem oder nur einseitig ausgewerteten Quellen und auf aus langjährigem Austausch mit Angehörigen der Familie Liebknecht vermittelt bekommenen Einblicken in die Familiengeschichte und Lebensumstände – keineswegs nur allein wegen des obigen 100. Jahrestages geschrieben. Sie wolle vielmehr mit der von ihr gewählten Herangehensweise, Persönliches und Familiäres mit dem Politischen und Zeitgeschichtlichen zu verknüpfen, einen Beitrag dazu leisten, dass Karl Liebknecht – dieser Sozialist und Antimilitarist von internationalem Rang – aus dem Schatten Rosa Luxemburgs heraus geholt und seiner historischen Bedeutung gemäß neu ins Blickfeld gerückt wird. In ihrer Veröffentlichung ging es ihr auch darum, Liebknecht nicht zu einem Säulenheiligen erstarren zu lassen, sondern ihn so zeigen, dass er als ein charismatischer und liebenswürdiger Mensch mit all seinen Stärken, Schwächen,

Irrtümern und Konflikten, als ein ungestümer Kämpfer und umstrittener Querdenker in lebendiger Erinnerung bleibt. Bisherige einseitige Einschätzungen seines Lebens und Werkes waren in dieser oder jener Richtung zu korrigieren. Es sei letztendlich auch ihr Anliegen gewesen, aus seinem engagierten und mutigen Wirken Denkanstöße und Anregungen – keine ahistorischen Handlungskonzepte und Denkschablonen – für die Suche nach Alternativen zum gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Weltherrschaftssystem zu geben. In diesen Kontext sei auch die Bewertung seines antimilitaristischen Denkens und Handelns mit dem Schwerpunkt der „Entlarvung der Internationale der Rüstungsindustrie“ als Hauptkriegstreiber und der nationalen Demagogie für die Kriegsentfesselung einzuordnen.

Den Wert der gegen den Militarismus gerichteten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie nicht in Frage stellend und im Widerstreit gegen maßgebliche Kräfte in der SPD focht Karl Liebknecht für die Weiterentwicklung der antimilitaristischen Taktik, vor allem für die systematische antimilitaristische Agitation, Aufklärung und nicht zuletzt auch Erziehung der Jugend. In diesem Sinne nahm Annelies Laschitzka eine ausgewogene Einschätzung der Liebknechtschen Schrift sowie des Hochverratsprozesses vor. Sie wies konkret nach, wie sofort nach dem Erscheinen dieser Broschüre der imperialistische Repressionsapparat gezielt gegen Karl Liebknecht vorging und so die Gewaltenteilung im deutschen Kaiserreich ad absurdum führte. So schaltete sich der Kriegsminister, als er von der Broschüre erfuhr, sofort persönlich ein und wies den Oberreichsanwalt an, umgehend gegen Liebknecht die strafrechtliche Verfolgung zu veranlassen, was dieser prompt tat. Er beschuldigte Liebknecht, durch die Abfassung und Verbreitung seiner Schrift „die gewaltsame Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches, nämlich die Beseitigung des stehenden Heeres durch den Generalstreik“ vorbereitet zu haben. Kenntnisreich veranschaulichte die Referentin den Verlauf des Hochverratsprozesses, der mit einer Bestrafung Karl Liebknechts zu einer Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten endete. Besonders stellte sie die unerschrockene und geschickte Verteidigung Liebknechts – er entlarvte die Haltlosigkeit und Verlogenheit der Begründung der Anklage – heraus, die ihm zu großer Popularität und zu hohem Ansehen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung verhalf. Fortan setzte Liebknecht seinen konsequenten Kampf gegen Kriegspolitik, Rüstungswahn und Völkermorden mit noch größerer Wirksamkeit fort.

Matthias John und *Erhard Hexelschneider* (beide Leipzig) wandten sich speziellen Aspekten der vielgestaltigen Biographie Karl Liebknechts zu. John offerierte die unterschiedlichen Formen und Inhalte von Liebknechts Tätigkeit als Advokat, unter anderem als Verteidiger, Zeuge, Sachverständiger, Anzeigerstatter und Beschwerdeführer. Näher umriss er die Prozessvertretung für Deutsche Sozialdemokraten und gewichtete sie. Liebknecht habe nicht nur als Staranwalt agiert, sondern sich nicht zuletzt als Anwalt für die Armen, Entrechteten und Unterdrückten gesehen. John verwies auch auf die teilweise schwierige Quellenlage bei der Erforschung des gesamten Spektrums seines Wirkens als Rechtsanwalt (wie

zum Beispiel auf den unersetzbaren Verlust der Quellen des Anwaltsbüros der Gebrüder Liebknechts und der Liebknechtschen Handakten).

Auch Hexelschneider ging in seinem interessanten Beitrag „Karl Liebknecht und Russland“ auf Liebknechts Anwaltstätigkeit für russische Emigranten ein. Sein Anwaltsbüro gehörte seit 1903 zu den Anlaufpunkten für vor Verfolgung und Verbannung aus dem zaristischen Russland geflohene Revolutionäre, Bolschewiki und Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Parteilose und Studenten. Er verwies auch auf von Liebknecht unterstützte Solidaritätsinitiativen für seine russischen Klienten und zeigte, wie er die Kontakte zu den russischen Revolutionären pflegte, wie er sich immer intensiver mit der Lage der Arbeiterbewegung im zaristischen Russland beschäftigte und dabei sein Interesse am dort immer mehr in Gang kommenden Revolutionsprozess zusehends wuchs. Darüber hinaus entwickelte Hexelschneider neue Erkenntnisse über das Verhältnis Karl Liebknechts zur russischen Literatur und Musik.

Zum Militarismus und Antimilitarismus Wilhelm Liebknechts, des Vaters von Karl Liebknecht, sprachen *Jürgen Hofmann* (Berlin) und *Wolfgang Schröder* (Taucha). Hofmann verdeutlichte, dass der Kampf gegen Kriegsrüstung und Militarismus innerhalb und außerhalb des Parlaments bevorzugtes Thema Wilhelm Liebknechts blieb. Sein antimilitaristisches Credo „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ stehe sowohl für das sozialdemokratische Verhältnis zum Kapitalismus wie zur Militarisierung im deutschen Kaiserreich. In den antimilitaristischen Auffassungen Wilhelm und Karl Liebknechts habe eine grundsätzliche Übereinstimmung bestanden. Wilhelm Liebknechts antimilitaristisches Erbe sei von seinem Sohn im Bewusstsein seiner politischen, intellektuellen und familiären Tradition zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgenommen und auf höherer Stufenleiter – unter Berücksichtigung des sich noch stärker ausprägenden deutschen Militarismus – fortgeführt worden. Leider könne auf Grund der noch nicht genügend ausgewerteten Quellen der konkrete Anteil Wilhelm Liebknechts an der Einschätzung des Militarismus und der Entwicklung der antimilitaristischen Taktik der deutschen Sozialdemokratie oft noch nicht exakt bestimmt werden.

Auch Schröder belegte den prinzipiellen Gleichklang im antimilitaristischen Denken und Handeln von Wilhelm und Karl Liebknecht. Ausführlich schilderte er, dass schon 1872 – 35 Jahre vor dem Hochverratsprozess gegen Karl Liebknecht – sich sein Vater gemeinsam mit August Bebel und Adolf Heppner vor dem Reichsgericht in Leipzig wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ – sie hatten den deutsch-französischen Krieg 1870/71 kritisiert – zu verantworten hatten und sie trotz Widerlegung der Anklage zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt worden waren. Plastisch skizzierte er die historische Situation dieses Hochverratsprozesses, an dem er sichtbar machte, wie die revolutionären deutschen Sozialdemokraten wegen ihres unerschrockenen und offenen antimilitaristischen Auftretens – auch gerade in Höhepunkten patriotischen Taumels – von Anfang an verfolgt und gemaßregelt worden waren und stets eine aufrechte Haltung vor den Gerichten der Klassenjustiz gezeigt hatten.

Am zweiten Konferenztage in der historischen Börse am Naschmarkt wurden die Gefahren der erneuten Militarisierung der Politik im 21. Jahrhundert kritisch hinterfragt. *Wolfgang Gehrke* entwickelte seine Vorstellungen von einer globalen Gerechtigkeit, die gegen imperiale Machtansprüche durchgesetzt werden müsse, *Monika Knoche* setzte sich für eine frauenspezifische linke Friedenspolitik ein und *Norman Paech* (*alle drei MdB, Berlin*) verlangte vehement, dass gerade die Linke in allen außenpolitischen Fragen dem Völkerrecht den Vorrang zu geben habe. Außerdem sprachen *Ernst Woit* über den Söldnermilitarismus, *Wolfgang Scheler* (beide Dresden) über die Entmilitarisierung des politischen Denkens in der heutigen Welt, *Erhard Crome* (Berlin) über die fatalen Logiken des Wettrüstens und *Peter Strutynski* (Kassel) über das Scheitern des Militarismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die faktenreichen und argumentativen Beiträge und lebhaften Diskussionen förderten meist übereinstimmende Einschätzungen (unter anderem zur grundsätzlichen Ablehnung von ausländischen Militäreinsätzen der Bundeswehr), aber auch kontroverse Auffassungen (zum Beispiel zum Söldnermilitarismus und zur Frage Wehrpflicht oder Berufsarmee) zutage. Insgesamt erbrachte die Konferenz neue Forschungsergebnisse und wichtige Anregungen für die weitere Forschung. Denimpulse aus dem umfangreichen antimilitaristischen Erbe Karl und auch Wilhelm Liebknechts aufgreifend – hierbei schöpfte meines Erachtens die Tagung die Möglichkeiten nur teilweise aus –, wurden darüber hinaus grundsätzliche Fragen der Spezifik des gegenwärtigen Militarismus und des antimilitaristischen Kampfes der Linken zu Beginn des 21. Jahrhunderts diskutiert. Die Konferenzbeiträge werden in absehbarer Zeit veröffentlicht.

Was geblieben war: einander Briefe schreiben. Briefwechsel aus der Zeit der Naziherrschaft

Horst Helas

Paul Nette: „... daß mir weiter nichts fehlt als die Freiheit“. Eine Häftlingsbiographie in Briefen, hrsg. von Jutta Seidel, Berlin 2002

Paul Nette war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung im September 1934 als ein in Leipzig bekannter KPD-Funktionär im engeren Visier der Gestapo. Am 21. November 1935 wurde er in einem Gemeinschaftsprozess zusammen mit weiteren KPD-Funktionären vom 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu sieben Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust verurteilt. Bei der Urteilsverkündung war seine Frau zugegen. Zur Verbüßung seiner Strafe wurde er in das Zuchthaus Waldheim eingewiesen, von dort gelangte er ins Zuchthaus Coswig sowie zu verschiedenen Außenkommandos bei Coswig.

Ihr seid meine Hoffnung und der Quell der Kraft ... Ein Familienbriefwechsel 1933/1934 und 1945/1947, hrsg. von Annelies Voigtländer, Berlin 2005

Die Kommunisten Irma und Walter Clajus, die in ihrem Heimatort Glösa bei Chemnitz bekannt waren, wurden im August 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, er zu zehn, sie zu acht Monaten Gefängnis. Nach Verbüßung der Haft waren beide weiter illegal tätig. Im September 1935 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenburg gesteckt, kam Walter Clajus im Januar 1937 wieder frei – unter der Auflage strenger Polizeikontrolle.

Genia und Günter Nobel. Dokumentation ihres Briefwechsels 1936 bis 1939. Lesematerial, hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Berlin 2005¹

Genia und Günter Nobel wurden in der „Strafsache gegen Staedele und Andere“ am 1. Dezember 1937 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Bereits im Juli 1936 waren sie verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt worden. Genia Nobel verbüßte ihre Strafe nach der Untersuchungshaft im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin sowie in den Zuchthäusern Lübeck und Jauer. Günter Nobel wurde im Zuchthaus Brandenburg-Görden gefangen gehalten.

Allen drei Publikationen ist gemeinsam, dass Frauen und Männer sowie ihre Familienangehörigen vorgestellt werden, die ganz bewusst politischen Widerstand gegen das NS-Regime geleistet, die im Januar 1933 ihre Gesinnung nicht einfach

¹ Dieser Briefwechsel liegt als Lesemappe in der Dauerausstellung Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand aus.

gewechselt hatten. Und sie übten Familiensolidarität wie im Fall von Irma und Walter Clajus, indem sie Kindern inhaftierter Eltern ein zeitweiliges Zuhause gaben.

Bei der Korrespondenz hatten die Schreibenden zu berücksichtigen, dass Dritte mitlesen und alle Briefe argwöhnisch beäugten, bevor sie die Adressaten erreichten. Sklavensprache war angesagt, Schlüsselcodes waren zu verwenden, die nur die Briefpartner verstehen konnten. Die Dokumente zeugen zudem von Mitmenschlichkeit gegenüber dem vertrauten Partner, Besorgtheit und Fürsprache, davon, sich nicht kleinkriegen zu lassen, sich gegenseitig Mut zu machen. Zentrales Thema war die Hoffnung auf ein Wiedersehen in Freiheit. In allen drei Fällen, bei Charlotte und Paul Nette, Irma und Walter Clajus, Genia und Günter Nobel, hielt die Ehe. Der mit der Heirat geschlossene „Bund fürs Leben“ erwies sich als haltbar. Wie aus anderen Lebensläufen bekannt ist, war auch das keine Selbstverständlichkeit.

Alle drei Publikationen vermitteln ein Bild vom Leben unter extremen Bedingungen: hinter Kerkermauern, als Gefangene des deutschen Faschismus oder als Angehörige solcher Menschen. Die drei Dokumentationen sind auch deshalb eine interessante Lektüre, weil Gefangenen- und Familienerfahrungen vermittelt werden – in ihrer Ähnlichkeit, in ihrer Unterschiedlichkeit wie in ihrem Wandel im Verlaufe der Herrschaftsjahre des sogenannten Dritten Reiches.

Aus der Fülle der Alltagserfahrungen, wie sie in den Briefen zum Ausdruck kommen, seien einige genannt:

- Was ist besser: Einzelhaft, wo ich selbst bestimmen kann, wie ich mit meinem Eingesperrt-Sein umgehe? Oder die Gemeinschaftszelle mit Leidensgefährten, die einander Mut und Beistand geben konnten, aber häufig durch neue Mitgefangene ersetzt wurden, was wieder ein neues Aneinandergewöhnen erforderte. Und nicht immer kam man nur mit gleich gesinnten politischen Häftlingen zusammen. Jede Persönlichkeit (nicht nur im Kerker) war und ist anders strukturiert, hat Eigenheiten und Gewohnheiten, manchmal auch für Fremde ungewöhnliche Seiten.
- Der Rettungsanker Gefängnisbibliothek, wichtig für den Erhalt der geistigen Beweglichkeit und als Möglichkeit, sich weiterbilden zu können.
- Die innere Organisation einer Haftanstalt mit ihrer Palette von physischer und psychischer Willkür der Aufseher bis zum organisierten Widerstand auch unter diesen Ausnahmbedingungen. Beispielsweise blieb im Frauengefängnis Barnimstraße dank der Häftlingssolidarität der Absender eines für Genia Nobel bestimmten Kassibers unentdeckt.
- Der Wert der produktiven Arbeit, die (wenn man nicht arbeitslos gewesen war) aus dem früheren Leben „draußen“ selbstverständliche Gewohnheit war. Hinter Kerkermauern wurde versucht, jeder noch so eintönigen und stupiden Arbeit etwas Gutes abzugewinnen.
- Die Bedeutung von Naturerlebnissen, Pflanzen und etwas Sonne, „Freigang“ (was für ein Wort!) an der frischen Gefängnishofluft – und auch hier Erinnerungen an andere Zeiten, mit eigenem Garten und Familienausflügen.

- Die große Bedeutung der Erlaubnis, regelmäßig an die Verwandten schreiben zu dürfen.
- Die seltenen Verwandtenbesuche als Höhepunkte im Gefängnisalltag.
- Die Rolle von Paketen mit Nahrungsmitteln, Wäsche, Lektüre.
- Die ständige Sorge um die Familienangehörigen zu Hause: Wie werden sie den Alltag meistern? Wie kommen die Kinder zurecht, ohne Vater oder Mutter oder gar ohne beide Eltern?
- Wie hält man es aus, täglich die Freiheit zu ersehnen, dann aber mit der großen Enttäuschung souverän umzugehen, nicht in die Freiheit entlassen worden zu sein. Für Paul Nette war das eine Erfahrung bis zu seinem Lebensende 1944.

Nach der Verbüßung der Strafe verlief jeder der drei „Fälle“ unterschiedlich.

In den ersten Jahren der Hitlerdiktatur gab es manchmal noch vergleichsweise niedrige Strafen, zumal für Frauen und Männer, die nach Jugendstrafrecht abgeurteilt wurden. Auch bei einem Tatbestand wie Vorbereitung zum Hochverrat kamen Genia und Günter Nobel sowie Irma und Walter Clajus wieder frei.

Manche der erklärten politischen Gegner des herrschenden Systems wurden – trotz anhaltenden Misstrauens – gar in die Wehrmacht eingereiht. Dieses Schicksal traf den am 22. Juni 1898 geborenen *Walter Clajus*. Trotz amtlich bescheinigter „Wehrunwürdigkeit“ wurde er im April 1945 noch eingezogen. Nach vierwöchiger Ausbildung in Oschatz kam er nicht mehr zum Fronteinsatz. In amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde er angeschossen, ein Bein musste amputiert werden. Für den Mann, der gehofft hatte, alles überstanden zu haben, saß der Schock tief. Walter Clajus starb mit knapp 50 Jahren am 18. Februar 1948.

Die Kommunisten *Genia und Günter Nobel* waren zusätzlich sehr gefährdet, da sie aus jüdischen Familien stammten. Ihren Briefwechsel bestimmte am Ende ihres Gefangenendaseins die Frage: Welcher Fluchtweg aus Deutschland ist mittellosen Menschen jüdischer Herkunft Ende der dreißiger Jahre noch möglich? China, Shanghai galt als eines der wenigen aussichtsreichen Ziele. Sie haben es geschafft, sich auch dort unter komplizierten Bedingungen durchzuschlagen. Später wirkten sie in der DDR.

Paul Nette hatte ein besonders schweres Schicksal zu ertragen. Als er am 21. Mai 1942 seine Strafe verbüßt hatte, wurde er nicht entlassen, sondern der Gestapo in Leipzig „überstellt“. Schon im Juni 1942 ging es weiter, der neue Zielort war das KZ Sachsenhausen. Er hoffte auf bessere Gefangenenvhältnisse – das war ein großer Irrtum. Paul Nette war 1944 einer jener politischen Häftlinge verschiedener Konzentrationslager, die in der SS-Sondereinheit Dirlwanger an der Front als Kanonenfutter eingesetzt wurden. Nach längerer Debatte fiel unter den von der SS für das Sonderkommando ausgewählten Sachsenhausenern die Entscheidung, das perverse Angebot anzunehmen – in der festen Absicht, bei der ersten Gelegenheit zur Roten Armee überzulaufen. Paul Nettés Bataillon kam im November 1944 nahe der ungarisch-tschechischen Grenze an die Front. In dieser Militäreinheit waren ca. 170 Antifaschisten. 115 von ihnen gelang die Flucht auf die andere Seite, etwa ein Dutzend wurde vor solchem Gelingen exekutiert. Etwa

30 gerieten in das Feuer der kämpfenden Seiten. Auch Paul Nette und anderen Kameraden aus dem KZ Sachsenhausen gelang es nicht, ihr Fluchtvorhaben zu verwirklichen. Im Dezember 1944 ereilte ihn dabei der Tod; die näheren Umstände blieben ungeklärt.

Die von Annelies Voigtländer, der Tochter von Walter Clajus, edierten Briefe aus der Nachkriegszeit machen den Historiker noch aus einem einfachen Grund besonders neugierig: Was haben die Jahre 1945, 1946 und 1947 mit der Hitlerdiktatur zu tun? Hier handelt es sich um Briefe von Familienmitgliedern an den Vater ins Lazarett im bayrischen Wöllershof und seine Antworten an Frau und Kinder. Die Briefe seiner Verwandten versuchten, ihm Mut zu machen.

Die damals 17-jährige Annelies, seit der Gründung 1946 engagiertes Mitglied der Freien Deutschen Jugend, versicherte dem Vater in einem Brief: „Euer Weg war richtig.“ Später berichtete sie über ihre ersten Erfahrungen als Neulehrerin. Dem Vater wurden ins ferne Bayern auch Informationen über die umfangreichen politischen Aktivitäten seiner Frau Irma und von Freia Clajus, der Schwester von Annelies, übermittelt. Beide waren in Dresden tätig. Die drei Frauen versorgten ihn. Das Thema Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wurde zum Briefgegenstand. Der Vater schrieb über seine Lektüre, darüber, wie er die Tage verbrachte, wie im Brief vom 30. März 1946: „Ihr geht sicher in der Sonne spazieren. Und denkt an mich. Ja! Ich muß auch mich damit begnügen, daß ich dem Gezwitscher der Vögel lausche und mich mal auf den Stuhl setze und nach der lieben Sonne sehe, die jetzt am Nachmittage ihre Strahlen in mein Zimmer an die Wand wirft. Das ist mein ganzes Sonntagsvergnügen. Und wenn ich nicht mehr sitzen kann, liege ich wieder im Bett und lese.²

Angemerkt sei, dass der Nachkriegsbriefwechsel der Familie Clajus auch regionalgeschichtlich (für Sachsen) sehr interessant ist. Er dokumentiert schlaglichtartig die örtlichen Probleme um die Vereinigung von KPD und SPD zur einheitlichen Arbeiterpartei.

Nachdenklich stimmte mich folgender Satz, von Annelies Voigtländer wohl geschrieben im Rückblick auf ein Leben in der DDR, einem Land, das 1989 zum „Anschlussgebiet“ wurde: „Der unbedingte Vorrang der ‚großen Sache‘, das Zurückstellen der eigenen Person, ja selbst der Familie hat sich später bei vielen Funktionären zur Akzeptanz autoritärer Strukturen und weiter bis zur Persönlichkeitsnegation entwickelt und wurde so eine Ursache für das Scheitern sozialistischer Gesellschaften.“³ Das ist auch meine Erfahrung und gehört zu einer differenzierten Aufarbeitung von deutscher Nachkriegsgeschichte hinzu.

2 Siehe: Ihr seid meine Hoffnung, S.125.

3 Ebenda, S.97.

Buchbesprechungen

Karl Marx/Friedrich Engels. Gesamtausgabe (MEGA). Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Vierte Abteilung. Bd. 12: Exzerpte und Notizen September 1853 bis Januar 1855. Bearb. von Manfred Neuhaus u. Claudia Reichel. Unter Mitwirkung von Karl-Frieder Grube u.a., Akademie Verlag Berlin 2007, 1745 S.

Es ist etwas Eignes um Exzerpte. Sie sind kein fertiger Artikel, kein druckfertiges Buch-Manuskript; bleiben auch oft auf dem Weg dahin stecken. Das Denken ist hier noch nicht in feste Form geronnen, sondern in suchender, unsicherer, mitunter sogar nebensächliche Themen berührender Bewegung. Exzerpte sind das materielle, also greifbare, nachprüfbare Ergebnis des Tastens, der Materialsammlung, des Nachdenkens eines Wissenschaftlers über ein meist noch nicht genau eingegrenztes Themengebiet. Für alle, die nicht nach zitierfähigen Kernsätzen suchen, sondern nach der Denkmethode eines Autors sind sie daher mitunter wertvoller als veröffentlichte Texte. In seiner „Selbstbiographie“ (1831) schrieb Jacob Grimm über „Abschriften“ – wobei er natürlich nicht stumpfsinniges Kopieren meinte, sondern eine kritische, vergleichende Tätigkeit – die darauf „verwandte zeit ist aber keine verlorne, sondern eben sie führen auf genauem verständnis und heben das unsichere oder bedenkliche hervor.“

In den Zeiten des Internets und der bequemen Kopiertechniken ist das Sammeln großer Datenmengen derart mechanisch vereinfacht, das Hervorheben des „Unsicheren“ und „Bedenklichen“, d.h. das wirkliche Durchdenken der Quellen dagegen so sehr abgestorben, dass es angezeigt scheint, in Schulen und Universitäten Kurse für Exzerpieren einzuführen.

Die Wissenschaftsgeschichte weiß von vielen großen Denkern (so z.B. von Hegel), dass sie sich Wissen in der spezifischen Form von Exzerpten aneigneten, aber nur wenig davon ist überliefert, und noch weniger veröffentlicht. Es ist daher als ein einzigartiger Glücksfall zu begreifen, dass von Marx (in geringerem Maße auch von Engels) eine große Menge von Exzerpten aus nahezu allen Perioden ihres Schaffens überliefert ist. In der MEGA bilden sie die auf 32 Bde. konzipierte IV. Abteilung. Zusammen mit dem hier anzuzeigenden Bd. IV/12 liegen jedoch leider erst elf davon vor.

Auf die naheliegende Frage, welche Texte die MEGA denn (abgesehen von der besseren, weil historisch-kritischen Darbietung und Kommentierung) über die bisher schon bekannten hinaus bringen wird, ist zu antworten: In der I. Abteilung nur wenige, in der II. sind es die umfangreichen Entwürfe, die übrigens oft noch Spuren des Exzerpts tragen, in der III. Abteilung sind es nur die Briefe *an* Marx und Engels, in der IV. aber ist buchstäblich alles neu. Wäre dies allein schon ein Grund gewesen, beim Beginn der Edition vor etwa vier Jahrzehnten vorrangig die Exzerpte in Angriff zu nehmen, kommt noch hinzu, dass sich die Bde. der anderen Abteilungen weit besser bearbeiten lassen, wenn die chronologisch betreffenden Exzerpte gedruckt vorliegen – was bisher leider noch nie der Fall war. Auch beim vorliegenden Bd. IV/12 liegt der chronologisch weitgehend entsprechende Bd. I/13 seit 1985 vor. Hier konnten die Bearbeiter also in umgekehrter Folge das Wissen um die fertigen Arbeiten für die Bearbeitung der Exzerpte nutzen.

Über den Inhalt, der auf nicht weniger als 1007 Seiten des Text-Bands dargeboten und auf über 700 Seiten des Apparats erschlossen wird, lässt sich auf wenigen Zeilen naturgemäß nur wenig sagen. Marx befasste sich mit Büchern zur Geschichte der Diplomatie, zunächst besonders der russischen, dann überhaupt der europäi-

schen, vor allem in Bezug auf die Türkei (die sog. Orientalische Frage), und las sich schließlich, aus aktuellem Anlass, in der Geschichte Spaniens regelrecht fest. Engels befasste sich mit Militärgeschichte, speziell den Kämpfen der ungarischen Revolution von 1849.

Es ist eine Besonderheit des vorliegenden Bd., dass die Exzerpte hier nicht im weitesten Sinne den Vorarbeiten zum „Kapital“ dienten, sondern der aktuellen journalistischen Tätigkeit, der Vorbereitung von Artikeln für die „New-York Tribune“ (NYT). Über das quantitative Verhältnis liest man in der Einleitung (S.1039): „Für seinen Essay ‚Revolutionary Spain‘ und das ebenfalls für die NYT verfasste Porträt des schillernden Revolutionshelden Espartero, alles in allem 75 Druckseiten, hat Marx mehr als 550 Druckseiten aus offiziellen Dokumenten sowie aus Werken und Schriften von insgesamt 36 spanischen, französischen, britischen, US-amerikanischen und deutschen Autoren exzerpiert.“ Aber um 550 Seiten zu exzerpieren, hat er sicher weit mehr als die zehnfache Zahl gelesen. Außerdem lernte er nebenbei spanisch.

Marx war eben kein Journalist (obgleich er ein sehr guter Journalist war), sondern ein gesellschaftstheoretisch interessierter Historiker. Ihn interessierte an jedem Ereignis, wie es geworden war, um es wirklich zu begreifen. Als Mitte 1854 in Spanien erstmals wieder seit der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 eine revolutionäre Bewegung in Europa anzuheben schien, begann er – nach und bei fortgesetztem gründlichem Studium – die Artikelserie „Das revolutionäre Spanien“, die jedoch Ende 1854 in der Darstellung kaum bis zum Jahr 1820 gekommen war, als sie vom beginnenden Krimkrieg aus den Spalten der Zeitung verdrängt wurde. Es ist nicht überliefert, ob sich damals Abonnenten der NYT über die mangelnde Aktualität der Artikelserie beklagt haben, aber wir verdanken der Marx'schen Gründlichkeit die bleibende Erkenntnis,

dass jedes Land – vor allem aufgrund historischer Besonderheiten – auf seine eigene Weise zur bürgerlichen Gesellschaft kommt, dass also das Beispiel der Französischen Revolution von 1789 nicht einfach übertragbar war. Es ist im 20. Jh. leider nicht gründlich untersucht worden, wie weit diese Erkenntnis auf eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft zu übertragen gewesen wäre.

Der Bd. enthält auch Marx' Exzerpt, etwa 70 Seiten, zu Thierry's berühmten „Essai sur l'histoire de la formation et des progrès du Tiers État“ (Paris 1853). Er hat den um mehr als 20 Jahre Älteren, der übrigens mit seinem Thema auch in der Spätantike einsetzte, als den „père des Klassenkampfes in der französischen Geschichtsschreibung“ anerkannt (MEGA III/7, S.130) und dessen Erkenntnisse aus der französischen Geschichte auf seine gleichzeitigen Forschungen zur spanischen angewandt. Seine wichtigsten Erkenntnisse notierte er aber diesmal nicht im Exzerpt selbst, sondern in einem ausführlichen Brief an Engels vom 27. Juli 1854 – was wiederum auf die Einheit aller vier Abteilungen der MEGA verweist. In dem genannten Brief schrieb Marx an der Stelle, wo es um den Kampf der alten Kräfte gegen das neu aufkommende Stadtbürgertum im 12. Jh. geht: „Oft ist es komisch wie das Wort ‚communio‘ ganz in derselben Weise angeschimpft wird, wie der Communismus heut zu Tag“ (ebenda, S.132).

Martin Hundt

Grüß Gott! Da bin ich wieder! Karl Marx in der Karikatur. Gesammelt und hrsg. von Rolf Hecker/Hans Hübner und Shunichi Kubo, Eulenspiegel Verlag, Berlin 2008, 223 S.

Nachdem Karl Marx von den Sockeln der Denkmäler und aus den Bücherregalen mit dem „Kapital“ den Weg auf die Theaterbühnen – u. a. im Düsseldorfer Schauspielhaus und Schauspielhaus Zürich – genommen hat und dieses, sein Hauptwerk

unlängst gar in einer illustrierten Ausgabe präsentiert wurde,¹ liegt nun – gerade rechtzeitig zu seinem 125. Todestag am 14. März und seinem 190. Geburtstag am 5. Mai – eine Edition vor, die in ihrem Charakter einzigartig ist: ein Bd. mit annähernd 600 Karikaturen aus aller Welt. Weder gab es nach Aussage des Verlages je eine solch umfassende Sammlung zu einer Person, noch war Karl Marx Gegenstand eines solchen Unternehmens.

Zeugnisse in Bild und Text aus einem Zeitraum von über 150 Jahren behandeln sein wissenschaftlich-theoretisches und praktisch-politisches Wirken wie seine internationale Wirkung. Gegenstand sind seine und die mit Friedrich Engels geschaffenen Hauptwerke, unter denen „Das Kapital“ und das „Manifest der Kommunistischen Partei“ eine herausragende Stellung einnehmen, sowie sein journalistisches Schaffen, etwa an der „Rheinischen“ und der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Die Persönlichkeit Marx wird nicht ausgespart – seine Freundschaft mit Friedrich Engels, seine Familie – Karl Marx „privat“.

Die eines Abends im Kaminzimmer der Ausbildungsstätte einer japanischen Universität von Shunichi Kubo geborene Idee zu dieser Publikation konnte Wirklichkeit werden vor allem dank der umfangreichen Sammlung des Berliner Bibliothekars Hans Hübner sowie der gemeinsam mit Rolf Hecker vollbrachten unermüdlichen Arbeit beim Zusammentragen, der Auswahl und Kommentierung. Weitere Sammler stellten ihre Schätze zur Verfügung. Gezielte Recherchen in Archiven und Bibliotheken in Europa, neben Berlin in Kopenhagen, Amsterdam, Paris und Moskau, förderten Material zutage. Einbezogen wurden historische Darstellungen, Texte und Gedichte.

¹ Karl Marx: Das Kapital. Erster Bd. Mit einer Einführung v. Hans Schlar. Zwei Leinenbd. im Schmuckschuber mit Illustrationen v. Klaus Waschk, Leipzig 2007.

Bei dem dargebotenen Material handelt es sich zum überwiegenden Teil um Zeichnungen. Aber auch andere Kunstgattungen sind vertreten: Grafiken, Collagen, Fotomontagen, Lithografien, Radierungen, Linol- und Holzschnitte, Siebdruck, Aquarelle und Ölbilder; es finden sich des weiteren Acryl auf Aluplatten (S.193), die Abbildung einer Bronzeplastik (S.204) sowie eine Stickerei (S.66).

Sie stammen aus den verschiedensten Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und bezeugen die weltweite Verbreitung der Marxschen Ideen. Zu den Herkunftsländern zählen vorrangig Deutschland, insbesondere die DDR und die BRD, ferner Österreich, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, die Schweiz, Italien und die Niederlande. Es finden sich Russland und die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Jugoslawien, Palästina, ferner Japan, China, Nordkorea, Indien, Laos und Vietnam. Lateinamerika ist vertreten durch Kuba, Nicaragua, Mexiko und Peru, Afrika durch Kongo und Mozambique.

Breit ist die Palette der Verwendungszwecke. Sie reicht von Illustrationen innerhalb und auf Titelseiten von Zeitungen und Zeitschriften über Buchtitel, Comics, Postkarten, Plakate, Transparente und Schallplatten-Cover bis zu der skurrilen Vereinnahmung von Marx zu Werbezwecken (S.116/117), in jüngster Zeit für ein Werbeplakat der Deutschen Bahn AG (S.25). Der Rahmen der Karikatur im eigentlichen Sinne – einer, so der „Duden“, Zeichnung o.ä., die durch satirische Hervorhebung bestimmter charakteristischer Züge eine Person, eine Sache oder ein Geschehen der Lächerlichkeit preisgibt – wird gesprengt durch Themen wie „Marx in Kinderbüchern“ oder „Marx auf Briefmarken aus aller Welt“. Unter den Porträts finden sich unter anderen als ältestes ein Holzstich aus Frankreich von 1871 sowie eine Radierung von Heinrich Zille aus dem Jahre 1900 (S.191).

Nach einem aktuellen Geleitwort von Harald Kretzschmar werden in 85, meist nur wenige Seiten umfassenden Abschnitten die verschiedensten Themen behandelt. Das beginnt – wie könnte es bei diesen Hrsg. anders sein? – mit dem „Kapital“. Der Leser, oder besser: der Betrachter wird in ungeordneter Reihenfolge kreuz und quer durch die Jahrzehnte geführt, beginnend im 19. Jh. bis zur unmittelbaren Gegenwart. Einen Einblick in die deutsche Pressegeschichte bietet mit seinem reichen Material „Der wahre Jacob“, der von 1884 bis 1933 im Parteiverlag J.H.W. Dietz in Stuttgart erschien und mit seinen Karikaturen, politischen Allegorien und Bildgeschichten eine der auflagenstärksten deutschen Zeitschriften war. Einige Zeitabschnitte verdienen besondere Beachtung, etwa die Behandlung von Marx im Nachkriegsdeutschland, das Aufgreifen seiner Ideen und seine schließliche Verabschiedung durch die SPD, seine Rezeption durch CDU und Grüne, Marx in der „Wende“ 1989/90 (S.94/95). Von der weltweiten Verbreitung Marxscher Ideen zeugen die Abschnitte „Marx in Japan“ (S.168/169) und „Marx in Indien“ (S.170/171).

Interessante Aspekte werden durch die Zusammenstellung vermittelt. So werden Motive wieder aufgegriffen und modifiziert, etwa wenn Lenin 1920 und Marx 1995 den Erdball von Unrat reinigen (S.70/71). Marx im Leninschen Politbüro, Marxismus und Stalinismus erinnern in bedrückender Weise an vergangene Zeiten. Die nebeneinander platzierten Buchdeckel der 6. und 8. Auflage der Dietz-Ausgabe des „Kommunistischen Manifests“ machen den vollzogenen Wandel bewusst: 1951 Marx, 1953 Stalin im Vordergrund der abgebildeten vier „Klassiker“ (S.81). Auch Texte werden gegenübergestellt – die vollmundigen Worte Michail Gorbatschows 1988 über die Notwendigkeit der Umgestaltung und die ernüchternde Einschätzung Hans Modrows 2007 (S.89) –, sie bedürfen keines weiteren Kommentars.

Wahrhaft zum Schmunzeln verleiten heute die damals ernstgemeinten Zeugnisse der Karl-Marx-Ehrung in der DDR 1983: Karl Marx in der Schaufensterdekoration für Damenkleidung, für „Spitzen-Erzeugnisse der Planwirtschaft“ oder im Gemüseladen (S.82). Ernster dagegen der Umgang mit Marx' Erbe, mit seinen Denkmälern und den Denkmalstürmern. Dabei werden Stimmen von Freund und Feind zu Gehör gebracht. Schon 1887 hatte sich Johann Most über die ekelhafte Gestalt empört, die die Marxerei gleich einem Heilandskultus auf deutschem und amerikanischem Boden angenommen habe (S.140). In der Folge werden Marx und die Religion thematisiert, in Bezug auf den Islam und das Christentum.

Ein Vorzug des Bd. sind die am Ende gegebenen Verzeichnisse: ein Verzeichnis der in den Karikaturen abgebildeten oder in den Texten erwähnten Personen, ein Verzeichnis der Künstler, ein Verzeichnis der mit Textbeiträgen vertretenen Autoren sowie ein Literaturverzeichnis in Auswahl. Hervorzuheben ist die anspruchsvolle und übersichtliche Gestaltung, die Anordnung der Abbildungen und Texte. Einschränkend wäre nur zu bemerken, dass weiße Schrift auf gelbem Grund nicht gut lesbar ist. Auch haben sich bedauerlicherweise einige Druckfehler eingeschlichen (S.165, 184 und 205).

„Respektlos und verehrungsvoll zugleich“, wie Harald Kretzschmar unsere sarkastische Ironie beschreibt (S.11), kann die Publikation dazu beitragen, dass die Marxschen Ideen auch heute noch Hilfe zur Selbstbestimmung geben. Der angesichts der Ausstattung moderate Preis empfiehlt dieses „Buch der Ermunterung“ als originelles Geschenk.

Renate Merkel-Melis

Ulrike Eisenberg: Vom „Nervenplexus“ zur „Seelenkraft“. Werk und Schicksal des Berliner Neurologen Louis Jacobsohn-Lask (1863-1940). (Reihe „Berliner Beiträge zur Wissen-

schaftsgeschichte“, Bd. 10), Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main u. a. 2005, 513 S., Abb.

Die Neurochirurgin und Wissenschaftshistorikerin E. stellt in ihrer Biografie des Berliner Neurologen Louis Jacobsohn-Lask einen heute weitgehend in Vergessenheit geratenen Mediziner vor. Bisher fanden sich selbst in den einschlägigen Standard- und Nachschlagewerken zur Neurologie, Neuroanatomie oder zur allgemeinen Wissenschafts- und Medizingeschichte – wenn überhaupt – nur spärliche oder falsche Angaben zu dessen Person. Der Studie kommt das große Verdienst zu, diese Lücke geschlossen zu haben.

Die Biografie Jacobsohn-Lasks ist in mancherlei Hinsicht exemplarisch für die Lebenswege deutsch-jüdischer Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jh. Der junge Mediziner, der als Kind mit seinen Eltern aus der preußischen Provinz Posen nach Berlin kam, versuchte nach Promotion und kurzer Tätigkeit als praktischer Arzt zunächst, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Wie viele andere junge Wissenschaftler mit vergleichbarer Sozialisation lernte er das Privatdozenten-dasein mit all seinen Tiefen und nur wenigen Höhen kennen. Nicht zuletzt deshalb engagierte er sich viele Jahre für die Belange der Privatdozenten, allerdings ohne Erfolg. Jacobsohn-Lask hatte nach einer Erbschaft das Glück, seine Forschungen als Privatgelehrter in einem eigenen Labor betreiben zu können, so dass er nicht mehr auf staatliche oder andere Unterstützungen angewiesen war.

Ausführlich widmet sich E. dem wissenschaftlichen Ertrag der Arbeiten von Louis Jacobsohn-Lask. Sein Werk hat nur wenige Spuren in seinem Fach hinterlassen. Selbst das mit beträchtlichem Aufwand bis an sein Lebensende betriebene Lebenswerk, der nicht mehr vollendete „Photographische Atlas des Zentralnervensystems der Tiere und des Menschen“, blieb nahezu

unbeachtet. Die Gründe dafür lagen zum einen in der mangelnden Verankerung Jacobsohn-Lasks im akademisch-medizinischen Establishment und in der zunehmenden Randständigkeit seiner Forschungen. Während sich die neurologische Forschung zunehmend klinischen Themen zuwandte, beschäftigte sich Jacobsohn-Lask vor allem mit vergleichender Hirnforschung, Evolutionstheorien und Moralforschung, Themen, die nach und nach aus dem Zentrum des Forschungsinteresses gerückt waren. Ein anderer Grund dürfte zweifelsohne in der jahrzehntelangen Benachteiligung vor und der erzwungenen Emigration deutsch-jüdischer Wissenschaftler nach 1933 zu suchen sein, die an der Entwicklung der Neurologie und Neuroanatomie in Deutschland maßgeblich beteiligt gewesen waren. Auch Louis Jacobsohn-Lask sah sich 73-jährig gezwungen, Deutschland 1936 zu verlassen. Ohne je selbst politisch aktiv gewesen zu sein, emigrierte das eingetragene SPD-Mitglied in die Sowjetunion – ein Emigrationsland, das selbst unter politisch links eingestellten Wissenschaftlern keineswegs als vorrangiges Emigrationsziel galt. Diese Entscheidung verdankte sich nicht zuletzt dem Einfluss seiner Frau, der Kommunistin und Dichterin Berta Lask. Ihr zu Liebe hatte Jacobsohn sogar den Namenszusatz „Lask“ angenommen. Einfühlsam widmet sich Eisenbergs Studie Jacobsohn-Lasks letztem Lebensabschnitt in der Stalinschen Sowjetunion, der von teilweiser Anerkennung, aber auch von Schwierigkeiten und Gefährdungen wie der Verhaftung zweier Söhne geprägt war.

Die Darstellung, die auf der gründlichen Auswertung zum Teil neu erschlossener deutscher und russischer Archivbestände beruht, ist mehr als die Biografie eines verkannten Wissenschaftlers. E. bettet Jacobsohn-Lasks Leben sowohl in die Entwicklung der Neuroanatomie und Neurologie in Berlin als auch in die Sozialisationsgeschichte der Berliner Universi-

tätslehrer und Privatdozenten im ersten Drittel des 20. Jh.s ein. Ihre profunde Sachkenntnis ermöglicht es ihr, sein medizinisch-wissenschaftliches Werk auch in die zeitgenössischen Fachdiskurse einzuordnen. Die umfangreichen Kurzbiografien am Ende und eine Bibliografie der Werke von Jacobsohn-Lask machen das Buch nicht zuletzt zu einem Nachschlagewerk für alle diejenigen, die sich für die Entwicklung der Neurologie, Neuroanatomie und Hirnforschung, aber auch für Fragen der Wissenschafts- und Exilgeschichte im Allgemeinen, interessieren.

Jens Thiel

Robert Tressell: Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen, von Else Tonke besorgte, korrigierte und verbesserte TB-Ausgabe, Scheunen Verlag, Kückenshagen 2004, 766 S.

Zwei Jahre nach der deutschen Hardback-Ausgabe, die ich in dieser Zeitschrift in H. 2002/III, S.39-59, vorgestellt habe, hat Else Tonke eine deutsche Paperbackausgabe des berühmtesten Romans der englischen Arbeiterklasse veröffentlicht. Ihre deutsche Übersetzung entstand unabhängig von der von Lore Krüger angefertigten, die 1958 im Aufbau-Verlag Berlin-Weimar mit einem Nachwort von Günter Klotz erschien. Sie fußt aber wie diese auf dem 1946 wieder aufgefundenen handschriftlichen Originalmanuskript, das der damals der Kommunistischen Partei Großbritanniens nahestehende Verlag Lawrence & Wishart 1955 in einer ersten vollständigen Ausgabe herausgegeben hatte. Das stark beschädigte Manuskript war von Frederick C. Ball mühsam zusammengestellt worden. Durch verlorene Seiten entstandene Lücken wurden durch vom Verlag eingefügte Übergänge kenntlich gemacht. Tonkes deutsche Übersetzung ist diejenige der verschiedenen deutschen Fassungen des Werks, die dem Geist und der Sprache des Originals am nächsten kommt.

In der Taschenbuchausgabe wurden einige Überschriften verändert und einige Flüchtigkeitsfehler beseitigt. Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen sind der bedeutendste Roman der englischen Arbeiterklasse aus der Feder eines Schilder-malers irischer Herkunft, Robert Noonan, der sich Tressell nannte. Das Manuskript gelangte 1911 eher zufällig und durch gewaltige Kürzungen beschädigt auf den Büchermarkt und wurde zu dem von Arbeitern meist gelesenen Buch. Trotz der Kürzungen und inhaltlichen Veränderungen war die erste Ausgabe ein Bestseller. Zwischen 1914 und 1954 gab es insgesamt zwanzig Auflagen mit fast 140.000 Exemplaren und wesentlich mehr Leserinnen und Lesern, da die Exemplare unter den Arbeitern herumgereicht wurden. Seine Verbreitung verdankt das Buch aber vor allem der persönlichen Empfehlung vor allem unter den einfachen Angehörigen der englischen Arbeiterbewegung. So hat auch mir eine Kollegin in einer Fabrik in Manchester, in der Oberbekleidung hergestellt wurde, in der ich damals arbeitete, das Buch 1940 empfohlen.

Das Buch begeisterte bekannte englische Schriftsteller wie George Orwell und Alan Sillitoe. Letzterer berichtete, dass er es mit der Empfehlung erhalten habe, es sei das Buch, das den Wahlsieg der Labour Party von 1945 bewirkt habe. Über das Buch wurde von der Workers' Film und Photo League ein Werbefilm gedreht.

In dem Roman erklärt ein sozialistischer Arbeiter, Frank Owen, dass Geld die Ursache der Armut der Arbeiter sei. Mit Brotstückchen, die die natürlichen Rohstoffe repräsentieren, erläutert er seinen Kollegen das Wesen kapitalistischer Ausbeutung. Die Rohstoffe gehören der Klasse der Grundbesitzer und Kapitalisten, Der Arbeiter erhält von dem Kapitalisten ein Pfund die Woche, wenn er drei Pfund Warenwert dafür herstellt. Für sein Pfund Lohn muss er dann von der Kapitalistenklasse die von ihm hergestellten Waren zurückkaufen, um zu leben. „So war das

Nettoergebnis einer Wochenarbeit, dass der freundliche Kapitalist zwei Pfund des Wertes von den Dingen, die durch die Arbeit der anderen hergestellt worden waren, verbraucht hatte, und rechnete man die Würfel mit ihrem Marktwert von je einem Pfund, hatte er sein Kapital mehr als verdoppelt, denn er besaß noch die drei Pfund in Geld und dazu vier Pfundwerte in Gütern. Was die Arbeiter betrifft, so hatte jeder von ihnen die Pfundwerte für die lebensnotwendigen Dinge verbraucht, und sie befanden sich wieder genau in der gleichen Lage wie zu Beginn – sie besaßen nichts. Daher nennt Tressell die unaufgeklärten Arbeitskräfte, die auf ihre Rechte und ihren Anspruch auf ein anständiges Leben so leichtfertig verzichten, „Philanthropen“, die den Kapitalisten den Profit überlassen, der aus dem von ihnen geschaffenen Mehrwert stammt.

In der Taschenbuchausgabe berichtet Klaus Wondratschek über eine Reise nach Großbritannien, die er und die Übersetzerin 2002 „auf den Spuren Noonan-Tressells und des Romans, sowie der Geschichten die sich mittlerweile um beide spinnen“, machten. Die Reisenden führen „durch Industriebrachen, die uns an den Osten Deutschlands erinnern“.

Sie besuchten mit dem seither verstorbenen Wiederauffinder der Grabstätte Robert Tressells, John Nettleton, dessen Grab in Liverpool. „Auf Grund der Deindustrialisierung und des damit einhergehenden Verfalls der Arbeiterbewegung bekommt Tressell heute kaum noch Aufmerksamkeit in der gesellschaftlichen Diskussion“, erzählt man den deutschen Besuchern. In der Working-Class Movement Library in Salford, jener einmaligen von Ruth und Edward Frow geschaffenen Forschungsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung, treffen die beiden Gäste dagegen auf eine Diplomandin, die „Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen“ dagegen als das Buch bezeichnet, das „ihr Leben am meisten beeinflusst hat“.

Auch die Tatsache, dass eine repräsentative neue Ausgabe dieses Romans im Jahre 2005 im renommierten Verlag Oxford University Press erschien, gibt Anlass zur Vermutung, dass es in Großbritannien noch immer ein Publikum für das Buch unter links orientierten Intellektuellen gibt. Auch Peter Miles weist in seiner Einleitung zu dieser Ausgabe der Menschenfreunde darauf hin, dass Tressells Fragen an seine Leser, „Warum stehen Eure Löhne in keinem Verhältnis zum Wert Eurer Arbeit? Warum werden die Reichen immer reicher und Ihr nicht?“ noch immer so aktuell sind, wie sie zur Entstehungszeit des Werks waren. Damit dürfte er die objektive Situation korrekt erfasst haben. Miles Kritik an F. Balls zu unkritischer Identifikation mit dem Autor Tressell in seinen biographischen Schriften über diesen ändern, wie auch Miles erklärt, nichts an seinem Verdienst als Herausgeber des erstmals vollständigen Buchs.

Die Frage erhebt sich, warum das von Miles als intellektuell, aufklärerisch, erschütternd und unglaublich witzig charakterisierte Buch heute auch in Großbritannien nicht mehr und noch viel weniger in Deutschland von Arbeitern in Größenordnungen gelesen wird wie von ihren Vorfahren vor knapp hundert Jahren; warum in Großbritannien nur an sozialpolitischen Fragestellungen interessierte Intellektuelle und in Deutschland nicht einmal diese nach dem Buch greifen.

Der Siegeszug der Prekarisierung hat die Zusammensetzung und Lage der Arbeiterklasse stark verändert. Immer mehr Lohnempfänger werden gezwungen, schlecht bezahlte, befristete, prekäre Beschäftigungen anzunehmen. Immer mehr Vollbeschäftigte können aus ihren Einkünften nicht mehr ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien bestreiten und sind auf zusätzliche Alimentation durch den Staat angewiesen. Von Lohnrückerei betroffen sind auch qualifizierte und sogar hoch qualifizierte Arbeitsuchende, ihnen werden zunehmend prekäre Arbeitsstellen zuge-

mutet. In Leiharbeitsfirmen oder 1€-Jobs werden den Betroffenen viele der ihnen zustehenden Rechte vorenthalten. Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geht einher mit einer ungeheuren Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die den Global Players riesige Profite brachte und bringt.

Die sich von unqualifizierten ausländischen Arbeitskräften inzwischen bis in die Kreise der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz ausbreitende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen führt dazu, dass immer mehr arbeitsfähige Menschen in Arbeits- und Lebensverhältnissen existieren müssen, die denen ähneln, die Tressells Bauarbeiter im Jahre 1911 erlebten.

Inzwischen ist mit dem Ende des Realsozialismus auch die Ära der Bürgerrechtsbewegungen in Großbritannien und in Deutschland zu Ende gegangen. Zwar „stößt das globale System“, wie es in dem von Wondratschek zitierten Wildcat-Zirkular heißt, „in seiner Krise auf Grenzen“. Bisher hat das heterogene Prekariat und seine Intellektuellen noch nicht einmal den gescheiterten Versuch, eine „andere Welt zu errichten“, verarbeitet. Mehr als sporadischer Widerstand gegen die neuen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung hat sich noch nicht formiert. „Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen“ könnten bei der Organisation der Prekarisierten eine beträchtliche Hilfe sein.

Hanna Bebrand

Stefan Bollinger (Hrsg.): Lenin. Träumer und Realist (Edition „Linke Klassiker“), Promedia Verlag, Wien 2006, 176 S.

Sebastian Budgen/Stathis Kouvelakis/Slavoj Žižek (Hrsg.): Lenin Reloaded. Toward a Politics of Truth (SIC 7), Duke University Press, Durham-London 2007, 338 S.

„Good-bye, Lenin!“ – der Titel des großen Kinoerfolgs scheint auch Programm für die deutschsprachige Russlandhistoriografie zu sein. Dort ist es still geworden um

den russischen Revolutionär. Stellte Hermann Weber 1970 noch fest, dass die Literatur über Lenin und den Leninismus schier unübersehbare Ausmaße angenommen habe, so erklärte Dietrich Geyer im Oktober 2000 in der „Zeit“, dass die großen Kontroversen um die politisch-moralische Bewertung Lenins offensichtlich der Vergangenheit angehören würden. Trotz Öffnung der Archive ist in den vergangenen 15 Jahren nicht eine Lenin-Biografie aus der Feder deutschsprachiger Historiker erschienen. Die Sowjetunionforschung konzentriert sich vielmehr auf Stalin und den Stalinismus.

Umso bemerkenswerter ist, dass nun zwei neue Publikationen zu Leben und Werk Lenins erschienen sind. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, der Londoner Politologe Stathis Kouvelakis und der Redakteur der Zeitschrift „Historical Materialism“, Sebastian Budgen, haben gemeinsam einen englischsprachigen Sammelbd. zum Wirken des russischen Revolutionärs herausgebracht. Zudem hat Stefan Bollinger eine Sammlung von Texten Lenins veröffentlicht.

Beide Werke nähern sich Lenin nicht nur aus historischer Perspektive, sondern suchen auch nach dem praktischen Nutzwert seiner Theorien für die Gegenwart. B. konstatiert, dass „Lenin für den Zeitgeist eine Unperson“ sei (S.7). Dennoch fordert er, den marxistischen Theoretiker „neu zu lesen und zu verstehen“ (S.7). Denn: „Mit der Rückkehr von offenem Kapitalismus und Imperialismus sind Lenins Fragen wieder aktuell. Wie kann dieses System überwunden werden, wie radikal kann und muß dabei vorgegangen werden, wer ist durch seine soziale Lage berufen, Veränderungen voranzutreiben, wie formiert und befähigt sind diese Kräfte, welche Organisationsformen werden gebraucht, wieweit können demokratische Institutionen genutzt werden und wo hemmen sie die Systemüberwindung?“ (S.41).

Auch für den häufig von B. zitierten Ž. und seine Mithrsg. stellt sich die Frage

nach der Aktualität der leninschen Theorien. Sie betonen: „Für uns ist ‚Lenin‘ nicht der nostalgische Name einer alten dogmatischen Gewissheit. [...] Die Idee ist, dass es nicht ausreicht, zu Lenin zurückzukehren – wie etwa zu einem schon einmal betrachteten Gemälde oder einem Grabstein – sondern wir müssen ihn *zurückholen* oder *wieder beleben*. das bedeutet, dass wir den Impuls auf die heutige Situation übertragen müssen“ (S.3).

Der Rückgriff auf Lenin findet in den beiden Büchern jedoch sehr unterschiedlich statt. B. versteht sein Werk als Einführung in die Ideenwelt Lenins und präsentiert eine Auswahl hauptsächlich politökonomischer und politischer Schriften des sowjetischen Denkers. In der Einleitung, die etwa ein Viertel des Gesamtumfangs des Bd. ausmacht, stellt er ohne Anspruch auf Vollständigkeit den politischen Werdegang Lenins dar. Er beschreibt die Debatten unter den russischen marxistischen Intellektuellen am Ende des 19. Jh. und Lenins Eintreten für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei Russlands. Er zeigt die Rolle des aus dem Exil Zurückgekehrten am Vorabend der Oktoberrevolution 1917 und dessen Agieren als Staatslenker in den folgenden Jahren. Und er beschreibt Lenins Kampf gegen den Aufstieg des Bürokratismus in Staat und Partei in den frühen 1920er-Jahren.

Für B. war Lenin „der letzte große sozialistische Träumer. Obwohl Feind der Utopie, war er ein Visionär“ (S.38). Gleichzeitig sei er ein „praxisorientierter Theoretiker“ (S.11) mit einer ausgebildeten „Fähigkeit zur Realpolitik“ (S.10) gewesen. Diesem scheinbaren Antagonismus versucht B. sowohl mit dem Untertitel „Träumer und Realist“ wie auch mit der Auswahl der veröffentlichten Lenin-Schriften gerecht zu werden.

Diese sind in neun thematische Abschnitte untergliedert, die wiederum chronologisch angeordnet sind. So beginnt die Auswahl mit Lenins frühen Texten über die Entwicklung des Kapitalismus in Russland. Es

folgen die Schriften zu den Auseinandersetzungen über die Partei- und Organisationsstrategie. Anschließend leitet B. den Blick auf Lenins Imperialismustheorie, die davon ausgehende Kritik an der „Burgfriedenspolitik“ der Parteien der Zweiten Internationale und Lenins Positionen zur nationalen Selbstbestimmung. In den Abschnitten „Revolutionen für Russland und die Welt“ und „Staat und Revolution“ liefert B. relevante Texte zur Sozialismusvorstellung des russischen Revolutionärs. Die Kapitel 8 und 9 befassen sich abschließend mit den Problemen im jungen Sowjetstaat. Am Ende des Buches steht folgerichtig der als „Lenins Testament“ bekannt gewordene Brief an den XII. Parteitag (1922/23), in dem der todkranke Staatschef vorausschauend vor Stalin als Generalsekretär der Kommunistischen Partei warnte.

B. Auswahl kann – auch wenn sie kaum Überraschungen enthält – im Großen und Ganzen als gelungen bezeichnet werden. Zu bemängeln wäre vielleicht, dass der Autor häufig mehr Grundwissen der russischen und sowjetischen Geschichte voraussetzt, als es bei einem einführenden Werk angebracht wäre. Hinzu kommt, dass seine einleitende Argumentation nicht immer stringent verläuft, er zu Gedankensprüngen neigt und so dem unerfahrenen Lenin-Leser die Lektüre manchmal unnötig schwer macht. Von diesen Kritikpunkten abgesehen ist die Textauswahl aber gerade für Einsteiger empfehlenswert. B. liefert Auszüge aus nahezu allen Klassikern des sowjetischen Theoretikers und regt hoffentlich eine junge Generation von Historikern dazu an, Lenin „neu“ zu lesen. Ein anderes Konzept als Bollinger verfolgen die Hrsg. von „Lenin Reloaded“. Der Bd. enthält eine Vielzahl spezieller und thematisch tiefgehender Beiträge, die einiges Vorwissen – und gute englische Sprachkenntnisse – voraussetzen. Dafür ist es den Hrsg. aber gelungen, eine ganze Schar prominenter marxistischer Intellektueller als Autoren des vorliegenden Bd. zu

gewinnen: den italienischen Philosophen Antonio Negri, den britischen Literaturtheoretiker Terry Eagleton, den US-amerikanischen Politologen Kevin Anderson, den französischen Philosophen Daniel Bensaid und den britischen Politologen Alex Callinicos. Ein Teil der Beiträge geht auf eine bereits im Februar 2001 in Essen abgehaltene Konferenz („Toward a Politics of Truth: The Retrieval of Lenin“) zurück, andere, so von Žižek und Eagleton, sind extra für den Bd. verfasst worden.

Die Frage, was Lenin für sie heute bedeute, beantworten die einzelnen Autoren sehr unterschiedlich. Antonio Negri sieht etwa die Notwendigkeit, politische Strategien zu entwickeln, die sich zwar an Lenin orientieren, aber über ihn hinausgehen („Lenin beyond Lenin“, S.301). Eine im letzten Jahrhundert grundsätzlich sozio-ökonomisch veränderte Welt benötige einen weiter gefassten Analyserahmen.

Sehr nahe am russischen Revolutionär bewegt sich dagegen Alex Callinicos. Er sieht die Relevanz Lenins für die heutige Linke auf drei Feldern. Zunächst könne man von Lenin lernen, wie wichtig eine strategisch ausgerichtete Analyse des Kapitalismus sei. Die Linke müsse „über die berechtigte Kritik an den apologetischen Globalisierungstheorien der bekennenden Neoliberalen und ihrer sozialdemokratischen Alliierten hinausgehen“ (S.37). Des Weiteren betont Callinicos die „Zentralität der Politik“. Sich auf Lenin beziehend, wonach Politik konzentrierte Ökonomie sei, schlussfolgert er, politische Agitation und Propaganda seien für die Linke unerlässlich. Außerdem betont er – auf Lenins Konzept der revolutionären Partei zurückgreifend – die Notwendigkeit der politischen Organisation. Ohne sie sei es schwierig, der zentralisierten Macht des Kapitals effektiv entgegenzuwirken: „Die Frage der Partei – einer sozialistischen politischen Organisation, die verallgemeinert und auf die unzähligen durch den Kapitalismus hervorgerufenen Missstände

fokussiert – ist ein unabdingbarer Bestandteil seines [Lenins] Erbes für die gegenwärtige Linke.“ (S.38) In eine ähnlichen Richtung argumentiert auch Daniel Bensaid: „Politik ohne Parteien (wie immer man sie auch nennen mag: Bewegung, Organisation, Liga, Partei) endet in den meisten Fällen als Politik ohne Politik“ (S.162).

Die Themen von „Lenin Reloaded“ weisen eine enorme inhaltliche Breite auf. Dies reicht etwa von einem Text, der den Einfluss Hegels auf die Schriften des russischen Sozialisten untersucht, über einen weiteren zu Lenin im postmodernen Zeitalter, bis hin zu jenem, der sich mit „Lenin and *Herrenvolk* Democracy“ beschäftigt. Zudem liefern die Autoren unterschiedliche und nicht selten sich widersprechende Antworten auf die Leitfrage nach Lenins Aktualität. Dies stellt zugleich die große Schwäche des Buches dar. Abgesehen von Callinicos, der sich gelegentlich auf Žižek bezieht, bemüht sich keiner der Wissenschaftler, in Interaktion mit seinen Kollegen zu treten. So wirken letztlich sowohl die Auswahl der Beiträge als auch die gegebenen Antworten beliebig. Eine wirkliche Strategiediskussion findet nicht statt.

Ein Artikel des Sammelbd. soll hier hervorgehoben werden, weil er exemplarisch zeigt, dass es sich lohnt, Lenin „neu“ zu lesen: Lars T. Lih präsentiert in seinem Aufsatz „Lenin and the Great Awakening“ Thesen seines 2006 erschienenen Werks „Lenin Rediscovered. ‚What is to be Done?‘ in Context“, das in Deutschland bisher gänzlich unbeachtet geblieben ist. Er räumt mit wesentlichen Mythen über Lenins Frühschrift „Was tun?“ (1902) auf – Mythen, die im Übrigen auch zum Teil von Bollinger vertreten werden.

In der Geschichtsschreibung bestand bisher nahezu Konsens darüber, dass Lenin in dem Werk seine Ansichten über Parteiorganisation und politische Strategie und Taktik niedergelegt habe, denen er sein ganzes Leben lang treu blieb. Lih

kommt jedoch zu fundamental anderen Ergebnissen. Die Schrift sei „kein bahnbrechendes Dokument, nicht das Gründungsdokument des Bolschewismus, kein Beispiel für Lenins heimlichen Revisionsismus, nicht die Erfindung der Avantgardepartei“ (S.292). Vielmehr würde Lenin in „Was tun?“ das Konzept für eine Partei unter sehr spezifischen historischen Bedingungen darlegen.

Verwunderlich sind diese Ergebnisse im Prinzip nicht. Lenin selbst warnte schon früh vor einer Überbewertung seiner Schrift. Bereits 1907 erklärte er: „Der Grundfehler jener, die heute gegen ‚Was tun?‘ polemisieren, ist der, daß sie dieses Werk völlig aus dem Zusammenhang einer bestimmten historischen Situation, einer bestimmten, jetzt schon längst vergangenen Entwicklungsperiode unserer Partei herausreißen. [...] ‚Was tun?‘ ist eine Bilanz der Taktik, der Organisationspolitik der ‚Iskra‘ in den Jahren 1901 und 1902. Eine ‚Bilanz‘, nicht mehr und nicht weniger“.¹ Dass Lih's Beitrag dennoch vermeintlich Neues liefert, ist ein Ausdruck der Lenin-Historiografie der Vergangenheit. Kaum ein Wissenschaftsbereich war so direkt von den ideologischen Verstrickungen des „Kalten Krieges“ betroffen. Dieser nahm bis 1989/90 in unterschiedlichen Ausprägungen entscheidenden Einfluss auf das Schaffen eines Großteils der Osteuropahistoriker und verstellte in Ost und West einen unvoreingenommenen Blick auf Lenin.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation sollte diese Problematik Geschichte sein. Auf der einen Seite hat das Feindbild „Kommunismus“ an Bedeutung verloren und auf der anderen Seite ist der ideologische Einfluss des Stalinismus deutlich zurückgegangen. Die Öffnung der osteuropäischen Archive bietet zudem neue Forschungsmöglichkeiten. Die Grundla-

gen sind somit geschaffen, eine vom ideologischen Ballast des „Kalten Krieges“ befreite Lenin-Historiografie zu etablieren. Die Untersuchung von Lih zu „Was tun?“ zeigt das Potenzial, das eine solche zu bieten hätte.

Beide vorliegende Bd. stellen konstruktive Schritte auf dem Weg, Lenin „neu“ zu lesen, dar. Es bleibt zu hoffen, dass ihre Autoren – vor allem im deutschsprachigen Raum – Nachahmer unter ihren Kollegen finden. *Marvel Bois*

Svetlana Jebrak: Mit dem Blick nach Russland. Lydia Cederbaum (1878-1963). Eine jüdische Sozialdemokratin im lebenslangen Exil, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2006, 296 S.

Die revolutionäre Bewegung in Russland brachte eine ganze Reihe hervorragender Frauengestalten hervor. Erinnert sei an Vera Figner (1852-1942) und Vera Zasulic (1849-1919) oder, etwa zwei Jahrzehnte jünger, Angelika Balabanova (1877-1965), Eva Brojdo (1876-1941), Aleksandra Kollontaj (1872-1952) und Nadežda Krupskaja (1869-1939). Lydia Cederbaum-Dan gehörte dieser zweiten Generation an. Sie kann nicht auf eine Stufe mit ihren berühmten Zeitgenossinnen gestellt werden, ist aber aus einer ganzen Reihe von Gründen durchaus „biographiewürdig“. Zwar entwickelte sie nur wenig Ehrgeiz, sich als „Politikerin“ gegenüber den Männern in ihrem Umfeld zu profilieren. Erst im Exil der 20er- und 30er-Jahre übernahm sie als Delegierte in der Sozialistischen Fraueninternationale politisch verantwortliche Funktionen. Als Schwester von Julij Martov, Sergej Ežov und Vladimir Levickij sowie Ehefrau von Fedor Dan stand sie jedoch auch ohne Parteiamt vier Jahrzehnte im Zentrum der russischen sozialdemokratischen Bewegung. Sie arbeitete in den Redaktionssekretariaten der „Iskra“, des „Načalo“, der „Golos socialdemokrata“ und des „Socialističeskij vestnik“. Als „grande dame“ des Men-

1 W. I. Lenin: Vorwort zum Sammelband „12 Jahre“, in: Ders.: Werke, Bd. 13, S.86-105, hier S.93f.

schewismus mit einem Hauch von „femme fatale“ prägte sie die Atmosphäre im „Cederbaum-Clan“, dessen Quartier 1905/06 wie 1917 das intellektuelle wie organisatorische Zentrum der Menschewiki im revolutionären Russland war. Diese Rolle versuchte sie auch im Exil – zunächst in Berlin, dann in Paris – trotz des zunehmenden Streits unter den Emigranten auszufüllen. Enge Freundschaften verbanden sie mit so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie dem georgischen Sozialdemokraten Irakli Cereteli oder dem Sozialrevolutionär und Terroristen Boris Savinkov. Otto Bauer verdankte ihrer Intervention bei der Provisorischen Regierung die vorzeitige Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft. Friedrich Adler, der Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale, schätzte sie ebenso wie der französische Sozialist Léon Blum.

Die Lebensgeschichte von Lydia Dan ist mithin nicht in erster Linie als „politische Biographie“ von Interesse. Aus der Sicht der „Frau an ihrer Seite“ lässt sie jedoch einen facettenreichen Blick auf das „Phänomen Menschewismus“ vom späten Zarenreich bis zur Stabilisierung der Sowjetmacht 1921/22 und als „Emigration in der Emigration“ (A. Liebich) in den Jahrzehnten des nachfolgenden Exils zu. Die Heidelberger Historikerin J. hat die Strapazen der Quellensuche in den von Moskau und St. Petersburg über Berlin, Amsterdam, Stanford und New York verstreuten Archiven auf sich genommen und sich auf die Risiken des biographischen Genres für eine Promotionsschrift eingelassen. Das Ergebnis liegt seit Ende 2006 in einem knapp 300-seitigen, gut illustrierten Bd. vor. Das Buch wurde, wie die Einleitung betont, als politische und „Gesellschaftsbiographie“ angelegt. Da viele persönliche Dokumente der Dans in den Wirren der Zeit verloren gingen und es keinen größeren literarischen Nachlass gibt, ist dieser Kompromiss nachvollziehbar. Was den ersten Aspekt betrifft, so ergänzt die Arbeit das Bild von Akteuren

des kleinen Führungszirkels der Menschewiki um Dan und Martov, erschließt neue Einblicke in die von der deutschsprachigen Literatur wenig thematisierte Geschichte ihres nachrevolutionären Exils.

Der eigentliche Wert der Untersuchung liegt jedoch dort, wo J. die Person Lydia Dans selbst in den Mittelpunkt stellt, den Weg der Tochter eines gebildeten und wohlhabenden jüdischen Elternhauses in die russische Sozialdemokratie schildert, das Funktionieren des familiären menschewistischen Führungszirkels um Martov und Dan kommentiert, dabei auch soziale und kulturelle Alltäglichkeiten von materiellen Sorgen, Krankheit und Tod über Eitelkeiten, Affären und persönlichen Zwist nicht auslässt. Hier wird entheroisiert, werden Lebensläufe in ihrer Vielschichtigkeit verstehbar, liest sich die Arbeit spannend. Mit dem Versuch, in Lydia Dan den Typus der Ehefrau im menschewistischen Exilmilieu zu thematisieren, wird an neue Ansätze von Genderforschung in der Literatur zur russischen revolutionären Bewegung angeknüpft. Schade, dass nicht auch andere Zugänge aufgenommen werden. Das interdisziplinäre „Jahrbuch Exilforschung“ etwa behandelt seit 1983 Themen wie Frauen im Exil, Exilalltag, Adaption und Fremdheit.

Stattdessen ordnet J. ihre Studie schon im Titel in einen Kontext ein, der sich als problematisch herausstellt. Zunächst befremdet, dass sie konsequent den Mädchennamen Cederbaum gebraucht, fällt doch der wesentliche Teil ihrer Biografie in die vier Jahrzehnte des Zusammenlebens – erst in außerehelicher Beziehung, dann als Ehefrau – mit Fedor Dan. Als Lydia Dan war sie in internationalen Organisationen aktiv, als seine Witwe sorgte sie sich um seinen literarischen Nachlass und das politische Erbe des Menschewismus. Durch die Wahl des Namens konstruiert J. eine Eigenständigkeit ihrer Persönlichkeit, die es in diesen Jahren so nicht gab. Logisch ist Cederbaum aus der Absicht, sie als „jüdische Sozialdemokra-

tin“ (Untertitel) und Vertreterin der „ost-jüdischen Lebenswelt“ (S.16) darzustellen. Dass dieser Ansatz nicht weit trägt, beweist J. allerdings selbst. Lydia Dan definierte sich – wie Martov und ihr gleichfalls aus einem assimilierten jüdischen Elternhaus stammender Mann – über alle Zäsuren hinweg als russische Sozialdemokratin: „Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie sollte ihr Vermächtnis bleiben“ (S.272), „seelisch in der Heimat, körperlich in New York“ (S.258), so lauten zwei zutreffende Befunde der Arbeit. Die jüdische Kultur blieb ihr, wie J. zeigt, fremd (S.254ff.), und sie reflektierte stets die Prägekraft des „alt-russischen intellektuellen Milieus“. Die engen Kontakte zur jüdischen sozialistischen und Gewerkschaftsbewegung in den USA hatten viele Gründe. Langjährige Freundschaften, materielle Zwänge, die Isolation Dans wegen seines prosovjetsch gedeuteten Festhaltens an einem „integralen Sozialismus“ in der Tradition Bauers und Martovs spielten eine größere Rolle als jüdische Wurzeln. Die Spaltung in der menschenwütischen Kolonie in New York war eine politische, keine kulturelle. Sicher, Lydia Dan setzte sich immer wieder mit ihrer jüdischen Herkunft auseinander. Dies zeichnet J. sensibel nach. Ob daraus ein „Spannungsverhältnis“ zwischen konkurrierenden Lebenswelten (S.276) abgeleitet werden muss, bleibt aber fraglich.

Hartmut Rüdiger Peter

Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Aufbau Verlagsgruppe, Berlin 2007, 511 S.

Ein jahrelang verfolgtes Ziel ist erreicht. L. hat ihrer 1996 erschienenen Rosa-Luxemburg-Biografie eine opulente Biografie Karl Liebknechts an die Seite gestellt.

Lange Zeit und namentlich in der Geschichtsschreibung der DDR erschienen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wie ein „Paar“, aber arbeitsteilig in der Ent-

wicklung der linken sozialdemokratischen Strömung: Rosa Luxemburg – das theoretische Haupt, eben deshalb auch problematisch, Karl Liebknecht – der große revolutionäre Praktiker im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus, gegen den Imperialismus und für das Vordringen der deutschen Revolution 1918/1919. Rosa Luxemburg stand mehr in der Zeit, Karl Liebknecht mehr auf einem Podest. Während Rosa Luxemburg nach wie vor Thema strittiger Debatten ist, war es um Karl Liebknecht vergleichsweise still geworden, in der Literatur häufig verschwiegen, und wenn er erwähnt wurde, dann eher kurz oder entstellt.¹

Das neue quellengesättigte Werk von L. durchbricht aber nicht nur die Stille in der Liebknecht-Forschung und es ist weit mehr als „nur“ eine Lebensbeschreibung. Die Vf. verwirklicht ihre erklärte Absicht, in „einer Komposition, die Persönliches, Familiäres sowie Politisches und Zeitgeschichtliches zusammenfügt“ (S.8), Karl Liebknecht aus dem Schatten Rosa Luxemburgs heraustreten zu lassen und gegen seine Versteinerung als linker Säulenheiliger anzugehen. Deshalb wird Karl Liebknechts ungestümes revolutionäres Leben in seinen Traditionen und Brüchen, in der politischen und privaten Sphäre des legendären Vaters Wilhelm Liebknecht und seiner Familie, in der dramatischen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jh. untersucht und facettenreich dargestellt.

¹ Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt am Main 1997, z. B. schreibt, die SPD habe zwar in ihrer öffentlichen Rhetorik unermüdlich vor Militarismus und Wettrüsten gewarnt, doch Bebel sei von der preußischen Militärmaschine fasziniert gewesen und tatsächlich habe nicht nur die sozialdemokratische Organisationsdisziplin, sondern auch ihre Zukunftsutopie Züge des wilhelminischen Kasernenhofs getragen (S.403). Der Name Karl Liebknecht fällt nicht.

Die Vf. grenzt sich deutlich gegen Helmut Trotnow ab, insoweit er Vorstellungswelt und Verhaltensweisen von Wilhelm und Karl Liebknecht als identisch betrachtet und Humanismus und Marxismus einander entgegensetzt. Sie richtet sich zugleich gegen Heinz Wohlgemuths stereotypes Bewerten der Leistungen Karl Liebknechts an der Messlatte des Leninismus sowie gegen die einseitige Konzentration beider Biographen auf den Politiker Liebknecht im Traditionsverständnis der SPD bzw. SED. Zugleich bekennt sie sich dazu, „eigene Fehler und Schwächen zu korrigieren, die sich vor allem aus einer dogmatischen Überhöhung der marxistisch-leninistischen Klassiker und der Vernachlässigung des Individuellen ergeben haben“ (S.11). Sie verzichtet im Einzelnen auf jede Polemik in der Darstellung selbst. Dabei bleibt sie sich in allen Überzeugungen treu, die ihrer eigenen kritischen Prüfung standhalten.

Freilich, wer Trotnow, Wohlgemuth und die „Frühwerke“ der Vf. nicht kennt, hat es dadurch schwerer, den Erkenntnisfortschritt zu entschlüsseln. Der Verzicht auf diskursive Partien entlastet gewiss den Umfang des Buches, der sicher leicht 800 Seiten hätte erreichen können. Das „neue Karl-Liebknecht-Porträt“ (S.11) steht so weitgehend neben den Vorgängern. Wenigstens in den Anmerkungen wünschte man sich diskursive Hinweise, aber die Fußnoten sind auf die notwendigsten Quellen- und Literaturbelege reduziert. Man kann sich schwer vorstellen, dass diese zu bedauernde Tatsache ebenso wie das Fehlen eines Quellen- und Literaturverzeichnisses, der Verzicht auf ein Ortsregister und das ohne biographische Daten belassene Personenverzeichnis im Sinne der Vf. lag als vielmehr im Interesse der Verlagskalkulation.

In 20 Kapiteln mit unkonventionellen Überschriften entrollt die Vf. den Lebensweg Karl Liebknechts in Familie und Politik. Sie folgt dem chronologischen Ablauf. Nur im Falle der Darstellung des

Rechtsanwalts und des Parlamentariers Liebknecht wird zu Recht von diesem Prinzip abgewichen. Kindheit, Schulzeit, Familienleben in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes, die Studienzeit in Leipzig und Berlin (1890-1893), das Referendariat in Arnshagen und Paderborn (1894-1899) einschließlich Promotion (1897), große Staatsprüfung, Vereidigung als Advokat und Niederlassung als Rechtsanwalt in der Kanzlei seines Bruders Theodor (1899) passieren höchst faktenreich Revue, ehe Liebknechts „Aufbruch in die Politik“ erfolgt und er, für einen Sohn Wilhelm Liebknechts recht spät, mit 29 Jahren Mitglied der SPD wird: Rechtsanwalt und Politiker, zwei Professionen, zumeist in Symbiose, aber häufig genug ein Spannungsfeld.

Neben der Anwaltstätigkeit, in der besonders die Liebknechtsche juristische und politische Hilfe für die russische Emigration in Deutschland beleuchtet wird, tritt seine Rolle für die Entstehung einer selbstständigen sozialistischen Jugendbewegung hervor. Mit besonderer Ausführlichkeit schildert die Vf. Liebknechts überaus mutigen, ideenreichen und unversöhnlichen Kampf gegen den Militarismus und die international agierenden Rüstungskonzerne. Alle Repressalien, denen er unterworfen wurde und die seine Familie belasteten, von der Festung Glatz (1907-1909) über seine Schikanierung als Armierungssoldat (1915/16) bis zum Hochverratsprozess mit anschließender Zuchthaushaft in Luckau (1916-1918) hängen mit dieser nachhaltigen politischen Leistung zusammen, welche die Vf. überzeugend als den wesentlichsten Teil seines Vermächtnisses herausarbeitet. Besonders lebendig wirkt daher auch die Darstellung des Lebens von Karl Liebknecht in den Jahren des ersten Weltkrieges, denen zu Recht mehr als ein Drittel des Textes gewidmet ist. Dennoch konnte nicht alles Erwähnenswerte formuliert werden, z.B. einige Sätze über das Liebknecht so plastisch charakterisierende Verhör an der Ostfront wegen seiner

Beteiligung am Protestbrief der Parteiopposition vom 9. Juni 1915 oder über die Frage nach einer für den 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz vorbereiteten Rede.

Für viele Leser ist sicher der neuartige Versuch hoch interessant, eine Führungsgestalt der Arbeiterbewegung in ihrer Beziehung zu Ehefrau und Kindern darzustellen. Ein absolutes Novum ist darüber hinaus, dass eine einfühlsam erzählte Liebesgeschichte einen nicht unbeträchtlichen Raum in der wissenschaftlichen Biografie eines Revolutionärs einnimmt. Da eine Biografie von der Ungleichmäßigkeit des Quellenflusses geprägt wird, erfährt man wenig über Liebknichts erste Frau Julia Paradies, die Mutter seiner Kinder, viel mehr dagegen über Sophie Ryss (Sonja), seine große Liebe und zweite Frau nach Julias Tod. So bleibt die Frage offen, warum Liebknecht seine Frau Julia und die ganze Familie mit seiner Liebe zu Sonja belastete, weshalb er von Julia wegstrebte und für seine Kinder eine andere Mutter für wünschenswert hielt. War da nur die „Macht der Liebe“ im Spiel oder nicht auch für damalige Sozialisten gar nicht ungewöhnliche, mit heutigem fortschrittlichem Denken schwer vergleichbare Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis? Dass Liebknecht von seiner Frau Verzicht zugunsten seiner politischen Aufgabe verlangte, macht die Vf. sehr deutlich, so dass die Sympathien für Liebknicht unter kämpferischen Feministinnen sicher nicht wachsen werden.

Sonja Liebknicht hat ihren Mann hervorragend unterstützt, schwere Opfer auf sich genommen und sie hat ihren eigenen Platz in der „politischen Familie“ der Linken. Ihre Würdigung im vorliegenden Buch kann vertieft werden, wenn weiteren Spuren ihres Lebens nachgegangen wird. Ihr Haus war offensichtlich Begegnungsstätte vieler linker Sozialdemokraten. Dies betrifft z.B. den Kontakt zu Frida Winckelmann, Leiterin des reformpädagogischen Landschulheims Birkenwerder, wo sich die Kinder Liebknichts 1911 nach

dem Tod ihrer Mutter aufhielten, oder die Beziehungen mit Gabriele Kaetzler in Riederau am Ammersee, bei der auch Liebknichts Sohn Wilhelm im Sommer 1918 weilte, oder mit Rosa Leviné, die 1917 bei Sophie Liebknicht Ernst Meyer kennen lernte, den sie später, nach der Ermordung ihres Mannes Eugen Leviné 1919, in den 20er-Jahren heiratete.

Zwei durch das Buch vermittelte Denkanstöße seien schließlich noch hervorgehoben. Erstens: Die Kapitel „Auf nach Amerika!“ und „Impulse für Europa“ zeigen sehr anschaulich historische Wurzeln und Vorläufer einer internationalen linken Politik im Zeichen von Globalisierung und Europäisierung der linken Bewegungen gegen Kriegsgefahr und Rüstungspolitik sowie für sozialen Fortschritt, Prozesse, die durchaus nicht erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jh. aktuell wurden. Zweitens: Die Vf. liefert interessante Gesichtspunkte für eine komparatistische Darstellung der Entwicklung und historischen Rolle von Rosa Luxemburg und Karl Liebknicht, die sich aus vielerlei Gründen erst im Antikriegskampf nach dem 4. August 1914 näher kamen und auf sehr verschiedenen Wegen und Tätigkeitsfeldern zu Gründern der KPD wurden. Dieses Thema wäre eine spezielle Studie wert, die aber wohl der Kooperation mit Philosophen und Ökonomen bedürfte. Zusammenarbeit mit der Spezialdisziplin Philosophiegeschichte mahnt vor allem der Vergleich der Theoriesysteme beider Protagonisten an. Dies wird im vorliegenden Buch an dem Kapitel deutlich, das nach Liebknichts fragmentarischem philosophischem Werk „Die Bewegungsgesetze“ betitelt ist, das einzige Kapitel, das den Leser unbefriedigt zurücklässt. Die Vf. versucht im Unterschied zur Historiografie der DDR verdienstvoll, diese theoretische Arbeit Liebknichts in die Darstellung seines Lebens zu integrieren. Die Informationen über den Inhalt dieser im Wesentlichen unter Haftbedingungen entstandenen Ausarbeitungen, ihre Rezeptiv-

onsgeschichte und den von Thomas Schulze repräsentierten Forschungsstand sind wertvoll, aber ein Urteil wird nicht bzw. kann ohne eine gründliche philosophische Analyse nicht überzeugend deutlich werden.

Überzeugend deutlich – und dies ist das Wesentliche – wird der Mensch Karl Liebknecht porträtiert, ein Kämpfer für Frieden und gesellschaftliche Veränderung mit einem widersprüchlichen Charakter, wie er wohl allen Menschen eigen ist. Da wechseln Bescheidenheit und Eitelkeit; es mischen sich „Genialität und Kindlichkeit“ (Heinrich Ströbel), Optimismus und zeitweilige Verzweiflung. Da ist bewundernswerte Prinzipienfestigkeit, die aber auch zum „Alles oder nichts“ führen konnte und bei fehlerhafter Beurteilung der Situation zu sektiererischen Neigungen. Der Leser erlebt mit wachsender Erschütterung das ungestüme Voranpreschen Liebknechts in der Revolution und sein tragisches Ende.

Das Buch ist beides: eine lebensvolle kritische Biografie und ein Kompendium fast aller Quintessenzen und Kernsätze aus Liebknechts überlieferten Reden, Schriften und Briefen. Wer links ist oder sich dafür hält und die Geschichte der Arbeiterbewegung als ein unverlierbares und kritisch anzueignendes Erbe linker Bewegungen und Politik betrachtet, sollte sich das Buch als Pflichtlektüre verordnen, es nicht nur lesen, sondern aneignen. *Gerhard Engel*

Narihiko Ito u.a. (Hrsg.): China entdeckt Rosa Luxemburg. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Guangzhou am 21./22. November 2004, Karl Dietz Verlag, Berlin 2007, 158 S.

Narihiko Ito: Wegweiser zum Gedenken Rosa Luxemburgs. Guide to the Thought of Rosa Luxemburg, (mit Beiträgen in Deutsch und Englisch), Tokyo 2007, 264 S.

Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Argument Sonder-

band, Neue Folge 300, Hamburg 2007, 234 S.

Forschungsberichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Hefte 1-5, GNN Verlag Sachsen, Berlin-Schkeuditz 2007

Der erste hier zu besprechende Bd. enthält 16 ausgewählte Beiträge von der Tagung in Guangzhou: sechs Referenten aus China, drei aus Deutschland, zwei aus Indien und je ein Referat von Luxemburgforschern aus Japan, Norwegen, Österreich, Russland und den USA. Das Interesse der chinesischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist auf eine undogmatische, kritische Marxismusrezeption Rosa Luxemburgs gerichtet. Angesichts der komplizierten Entwicklungsprozesse Chinas im Rahmen zunehmender weltumspannender Globalisierung stehen Anregungen für Problemlösungen parteipolitischer Erneuerungskonzepte, von Massenregulierungsmechanismen und innenpolitischer Demokratiegarantien im Mittelpunkt der chinesischen Beiträge. Noch überwiegen dabei Tendenzen der Selbstverständigung und der Begriffsinterpretation über Rosa Luxemburgs Äußerungen zu Freiheit und Demokratie, Zentralismus, Disziplin und Terror sowie über das Verhältnis von Partei, Staat und Ökonomie. Folgerungen für eine konstruktive Beantwortung aktueller Fragen aus dem Geschehen in der vielschichtigen Gesellschaft der Volksrepublik China werden wenig bzw. nur indirekt angedeutet. Eine Ausnahme stellen die Erörterungen von Zhang Wenhong über Rosa Luxemburgs Konzept der innerparteilichen Demokratie für China dar (S.28ff.). Theodor Bergmann verspricht sich dagegen vom Generationswechsel in der politischen Führung der VR China den Beginn einer neuen Entwicklungsphase (S.147ff.). Fritz Weber belebt die Diskussion durch seine Frage „Chinarenaissance oder Ende des Weltkapitalismus? und was Rosa Luxemburg damit zu tun haben könnte“ (S.126ff.).

Neben Rosa Luxemburg als wichtigster Vordenkerin eines „autonomen Sozialismus“ werden von Zhang Guangming auch weitere Marxisten wie Pannekoek, Chen Du-Xiu und Trotzki in Augenschein genommen (S.61f.). Durch vergleichende Betrachtungen zu Rosa Luxemburg, Marx und Lenin, Gramsci und Lukács von Sobhanlal Datta Gupta (S.33ff.), zu Nikolai Bucharin durch Alexander Vatlin (S.48ff.) sowie zu Hannah Arendt durch Tanja Storlokken (S.111ff.) wird die Bedeutung von Rosa Luxemburg für die Vorstellungen vom Sozialismus im 21. Jh. mit einigen neuen Akzenten unterstrichen und abermals die Notwendigkeit der Abrechnung mit dem Stalinismus bekräftigt.

Schließlich macht Narihiko Ito mit einem neuen Dokument über die „Sklaverei“ im Altertum aus Rosa Luxemburgs Vortrag in der Parteschule bekannt (S.96ff.), dessen Erstveröffentlichung im „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung“, Berlin 2002, S.166-178 erfolgt ist.

Ito überreichte seine Publikation den Teilnehmern der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Tokyo im April 2007, bei deren Vorbereitung er zu der Meinung kam, dass eine neue Epoche in der Rosa-Luxemburg-Forschung beginnen müsse, um im 21. Jh. „den globalisierten Kapitalismus und Imperialismus endgültig zu überwinden“ (S.4). In der erstmaligen Zusammenfassung sämtlicher Schriften Itos über Rosa Luxemburg seit 1979 widerspiegelt sich anschaulich die Geschichte der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Sie enthält alle wichtigen Anregungen, die von ihm als Gründer und Vorsitzenden für alle Interessenten und Bewegungen in Europa, Asien und Amerika immer wieder aufs Neue ausgingen. Besonders beeindruckt die persönliche Zwischenbilanz des Autors, die er anlässlich seines 75. Geburtstages am 24. Oktober 2006 gezogen haben mag, zumal er sich mit dem Engagement für die erste vollständige Werkausgabe Rosa Luxem-

burgs in japanischer Sprache noch außerordentlich viel vorgenommen hat (vgl. S.108ff.).

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Jeweils am Beginn der beiden Teile und auf den Umschlagseiten der Publikation befinden sich zwei Porträtskizzen von Rosa Luxemburg, die vom zeichnerischen Talent des Vf. zeugen.

Der 1. Teil umfasst seine Vorträge auf den Tagungen nach dem Kalten Krieg und den Zusammenbrüchen des Sozialismus, d. h. vom Rosa-Luxemburg-Symposium am 5./6. März 1991 in Berlin und der 6. Internationalen Rosa-Luxemburg-Tagung vom 1.-3. November 1991 in Tokyo bis zur Internationalen Konferenz über Rosa Luxemburg in Wuhan am 21./22. März 2006. In den 20 Beiträgen dieses Teils sind sämtliche Eröffnungsreden von der 6. bis zur 14. Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und auch von anderen Luxemburg-Tagungen mit entsprechenden aktuellen Bemerkungen zur Weltlage und mit Bezügen zur jeweiligen Stadt (Tokyo, Beijing, Warschau, Chicago, Tampere, Berlin, Sevilla, Zürich, Pretoria, Bochum, Moskau, Guangzhou, Wuhan) enthalten. Es finden sich darin I. Ansichten zum gegenwärtigen Weltgeschehen und zu Erfordernissen für gesicherte Perspektiven der Menschheitsgeschichte, insbesondere in Bezug auf die Garantien für Frieden und Demokratie sowie hinsichtlich der Gewichtung nationaler, regionaler, staatlicher und nicht zuletzt menschlicher Probleme bei weltweit um sich greifender kapitalistischer Globalisierung.

Da die meisten der Beiträge schon einmal in anderen Publikationen veröffentlicht worden sind, braucht hier nur auf einige verwiesen werden, und zwar auf Nr. 2, „Rosa Luxemburg – Denkerin für die Zukunft der Demokratie“ (S.18ff.), in der I. sein wissenschaftliches und politisches Anliegen prägnant vermittelt, auf Nr. 10, „Meine Beziehung zu Rosa Luxemburg“, in der er eindrucksvoll seinen Weg zu Rosa

Luxemburg und deren Einflüsse auf ihn beschreibt (S.74ff.), sowie auf Nr. 12 (S.86ff), in der er die Entstehung und die Entwicklung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft schildert.

Im 2. Teil (S.141ff.) sind sieben Schriften aus den 70er- und 80er-Jahren vereint. Sie widerspiegeln seinen Standpunkt zu Rosa Luxemburg, in dem er von Anfang an über Freiheit und Demokratie, Reform und Revolution, russische Revolution 1917, demokratischen Sozialismus, Organisationsfrage und Zentralismus, Akkumulation des Kapitals, imperialistischen Kolonialismus, Unterschiede zwischen nationaler Frage und Nationalismus reflektiert hat. Für den weiteren internationalen Rosa-Luxemburg-Disput im Kampf für eine friedliche und humanistische Welt aller Völker der Erde wird sich diese persönlich anspruchsvolle Publikation als sehr wertvoll erweisen.

F. Haug hat frühere Studien nicht nur zusammengefasst, sondern bietet sie in weitgehend überarbeiteter, aktualisierter und selbstkritisch revidierter Form dar. Der Bd. ist in sechs Kapitel unterteilt, zu denen sie im Vorwort Hinweise über den Ursprung ihrer Problemsicht und zu wesentlichen Zusammenhängen gibt und die wichtigsten Veränderungen begründet (S.14ff.). Aus den Kapitelüberschriften sind die Schwerpunkte ihrer Anliegen erkennbar: 1. Politik der Frauen, 2. Revolutionäre Realpolitik, 3. Fehleranalyse und Irrtumskritik als Kunst der Politik, 4. Zum Spannungsverhältnis von Theorie und Empirie, 5. Die Linie Luxemburg-Gramsci, 6. Entführung aus der Kommune. Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg. Im Anhang befinden sich Erörterungen über „Ein Denkmal für Rosa Luxemburg“ und das Vorwort zur deutschen Ausgabe von Raya Dunayevskaya: Rosa Luxemburg und die Revolution. Der Bd. enthält ein Literaturverzeichnis, ein Sach- und Personenregister und eine Aufstellung der Veröffentlichungen der Autorin bei Argument.

Rosa Luxemburg „soll in diesem Buch, das ich für mich und andere, die die Welt verändern wollen, schreibe, nachgespürt werden. Es geht weder um eine Biografie noch um eine Geschichte von Luxemburgs Wirken in der Arbeiterbewegung“. Ziel sei es, „die Leitgedanken zur Kunst des Politischen herauszuholen und sie für uns aufzuheben“ (S.9). Sie schlage daher vor, „nicht ergebnisorientiert zu suchen und zu lesen, sondern ihr Vorgehen herauszuarbeiten, von Rosa Luxemburg zu lernen, wie sie die Weltereignisse studiert, wie sie über sie berichtet, mit welchen Methoden sie die Geschehnisse zerlegt, wie sie die Lehren mit den gewöhnlichen Gedanken in der Bevölkerung verbindet und so zum kritischen Selberdenken ermutigt. Zu analysieren ist also ihre Methode der Darstellung, der Volksbildung und der Agitation“ (S.10).

Ohne auch nur annähernd den Gedankenreichtum und Widerspruchsgeist wiedergeben oder die Wurzeln und Einflussfaktoren für die Entwicklung der Autorin benennen zu können, empfehle ich das Buch als eine sehr anregende Bilanz der sozialistischen Feministin und kreativ kritischen Marxistin H. über ihre Annäherung an und über die Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg, das obendrein durch eigenwillige autobiografische Passagen beeindruckt.

Gestützt auf eigene Erlebnisse und Erfahrungen vermittelt die Autorin darüber hinaus konkreten Einblick in die unterschiedlichen Entwicklungsetappen des Feminismus und beschreibt den Platz, den Rosa Luxemburg dabei allgemein und für sie persönlich eingenommen hat. Die Sicht auf Rosa Luxemburg mit Erörterungen über die Entwicklung des Marxismus und dessen Strömungen, die im Buch dominiert, fasziniert vor allem durch ideenreiche Text- und Assoziationsvergleiche mit Marx, Engels, Gramsci, Lukács, Weiss und Brecht, die in fast allen Kapiteln anzutreffen sind und zu Grundproblemen der emanzipatorischen Bewegungen angestellt

werden. Dem Persönlichkeitsbild von Rosa Luxemburg als Frau, Politikerin und Theoretikerin fügt H. einige interessante neue Konturen hinzu, über manche Begriffsinterpretation, z.B. über Rosa Luxemburgs Rollenverständnis von Intellektuellen, wird noch zu streiten sein. Außerdem will die Autorin das Buch als Plädoyer verstanden wissen, „sowohl Luxemburg genau zu studieren und von ihr zu lernen, als auch als Auftrag, im Anschluss sich Gramsci anzueignen“. Für die Erneuerung des Marxismus im Politischen gibt es nach H. „keinen Besseren. Er formt die analytischen Begriffe für Luxemburgs Versuche im Politischen: Hegemonie, Zivilgesellschaft, integraler Staat, historischer Block und historisches Milieu, Politik des Kulturellen – und das Plädoyer an die politischen Subjekte, in ihrer Verhaftetheit in gegensätzlichen und widersprüchlichen Traditionen, Sitten, Kulturen sich kohärent zu arbeiten durch Teilhabe an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Insofern lässt sich auch Gramsci als ‚Luxemburgist‘ lesen. [...] Beide in Wechselwirkung zu studieren hat einen großen Synergieeffekt, der politische Hoffnung und damit Handlungsfähigkeit stärkt“ (S.180). Daraus erklärt sich nicht zuletzt, warum sich H. als „organische Intellektuelle“ im Sinne Antonio Gramscis versteht, die nicht nur in der Kultur, sondern in der Gesellschaft überhaupt organisierende Funktion haben und für eine neue „intellektuelle und moralische Ordnung“ auftreten können und müssen (S.170). Indem sie selbst immer wieder neu studiert und kritisch weiterdenkt, vermag sie mit Büchern wie diesem neue Diskussionen über scheinbar ausdebattierte Probleme anzufachen, bei denen theoretische, historische und biografische Aspekte jedoch stets gleichermaßen berücksichtigt werden sollten.

Als Forschungsberichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. sind im GNN Verlag Sachsen/Berlin, Schkeuditz 2007, die Hefte 1-5 in ansprechend neuer Ge-

staltung unter Verwendung der Bronzebüste Rosa Luxemburgs von Hanna Studnitzka (Foto: Gerhard Märker) erschienen. Heft 1, (55 S.), ist die 2. korrigierte Auflage der 2001 von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus herausgegebenen „Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs“.

Heft 2, (123 S.), ist ebenfalls die 2. korrigierte Auflage, aus dem gleichen Jahr und den gleichen Herausgebern, der „Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe“.

Heft 3, (230 S.), ist die 2. unveränderte Auflage der von Klaus Kinner herausgegebenen Schrift von Erhard Hexelschneider „Rosa Luxemburg und die Künste“.

Heft 4, (132 S.), ist eine Erstveröffentlichung von Erhard Hexelschneider, ebenfalls herausgegeben von Klaus Kinner, zum Thema „Rosa Luxemburg und Leipzig“.

Heft 5, (111 S.), ist die 2. unveränderte Auflage der Schrift von Annelies Laschitzka aus dem Jahre 1998 „Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs“.

Die Erstveröffentlichung „Rosa Luxemburg und Leipzig“ von Erhard Hexelschneider verdient aus mehreren Gründen besondere Beachtung. Als originell erweist sich bereits der Einstieg über Rosa Luxemburgs Verhältnis zu Großstädten wie Warschau, Zürich, Genf, Paris, Berlin, Amsterdam, St. Petersburg, London, Kopenhagen, Basel, Brüssel. Hauptsächlich aber handelt es sich bei diesem Heft 4 der Forschungsberichte um eine seriöse Spezialstudie zum Leben und Schaffen Rosa Luxemburgs unter dem Blickwinkel des biografischen Moments der Beziehungen Rosa Luxemburgs zu Leipzig. Gestützt auf die Werke und Briefe Rosa Luxemburgs und die bisherige, z. T. zu wenig beachtete Literatur über die „Leipziger Volkszeitung“ und die sozialdemokratische Bewegung in Leipzig, wird Rosa Luxemburg als Rednerin und vor allem als Journalistin mit vielen ihren Eigenheiten dargestellt. Dabei wird auf das freund-

schaftliche Verhältnis zu Bruno und Auguste Schoenlank ebenso eingegangen wie auf die Beziehungen zu Franz Mehring während der gemeinsamen Tätigkeit bei der „LVZ“. Neue Fakten bzw. Details über Versammlungen mit Rosa Luxemburg und über Presseveröffentlichungen von ihr und über sie gehören zum beachtenswerten Ergebnis intensiver Recherchen in der Presse wie in den Archivalien der Stadt oder Polizei. Konflikte und Querelen um die Leitung, um redaktionelle Gepflogenheiten und personelle Gegebenheiten bei der „LVZ“ werden nicht ausgespart. Infolgedessen unterbreitet der Autor einige differenziertere Einschätzungen über das Wirken Rosa Luxemburgs.

Darüber hinaus vermittelt das Heft Aufschlüsse darüber, wie sich die Stadt Leipzig und die Leipziger Öffentlichkeit, einschließlich einzelner Künstlerinnen und Künstler, zu Rosa Luxemburg verhalten haben. Dabei wird die Aufmerksamkeit auf die Zeit unmittelbar nach der Ermordung, nach 1945 und nach 1989/90 konzentriert. Schließlich werden mit der Forderung nach gründlicherer und umfassenderer Aufarbeitung der Luxemburg-Rezeption und nach einer genaueren Untersuchung des Wirkens von Rosa Luxemburg auf die Künstler aller Sparten in den unterschiedlichen Phasen der deutschen Geschichte Forschungsdesiderate benannt. Bleibt mir nur noch zu wünschen, dass diese keineswegs nur lokalgeschichtlich gelungene Publikation über Rosa Luxemburg in Leipzig selbst und weit darüber hinaus Beachtung finden möge. Abschließend sei noch darauf verwiesen, dass die Teilnehmer der Konferenz in Tokyo 2007 von Masao Nishikawa die ergänzte und erweiterte Fassung von „Rosa Luxemburg: Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über sie 1945 - 2003“ erhielten, die in „Studies in the Humanities, a Journal of Senshu University, Tokyo/Kanagawa, Japan, No. 74 (March 2004)“ veröffentlicht worden ist. *Annelies Laschitzka*

Wladislaw Hedeler: Nikolaj Ivanovič Bucharin. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen 1912-1938. Mit einem Anhang: Bucharins Karikaturen und Bucharin in der Karikatur, Akademie Verlag, Berlin 2005, 560 S.

In diesem umfangreichen Bd. widerspiegelt sich die weit gefächerte und gründliche Erfassungs- und Forschungsarbeit, die H. in den Jahren nach seiner 1993 im Mainzer Decaton-Verlag erschienenen Bucharin-Bibliografie weiterhin auf diesem Gebiet geleistet hat. War diese erste Auflage, die er bereits Anfang der 1980er-Jahre auf der Grundlage seiner Doktordissertation begonnen hatte, auch nach der offiziellen Rehabilitierung Bucharins noch durch den komplizierten und weiter eingeschränkten Zugang zu seinem überlieferten Schrifttum gezeichnet, so bildete sie doch die wesentliche Voraussetzung für die weitere rezeptions- und wirkungsgeschichtliche Forschung und die Fortsetzung der Arbeit an einer wissenschaftlichen Gesamtbibliografie, die nun nach der Öffnung und Erschließung der russischen Archive vorliegt. Im Hauptteil dieser Ausgabe, im eigentlichen bibliographischen Abschnitt, wurde in fünf Kapiteln das nachgelassene Werk Bucharins auf 414 Seiten übersichtlich dargestellt (Reden, Beiträge und Monografien, nach Adressaten und Absendern angeordnete Briefe von und an Bucharin, Werkausgaben und Publikationen über Leben und Werk von Bucharin 1988-2005 sowie ein Verzeichnis des Bucharin-Bestandes im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte). Lücken in den bisher bekannten Angaben wurden geschlossen, Zuordnungen und Übersetzungen von Titeln präzisiert.

Enthielt die Auflage von 1993 insgesamt 1.813 Einträge (davon 1.715 chronologisch aufgeführte und durchnummerierte von 1912 bis 1937 sowie einen Nachtrag mit weiteren 98 erst nach Fertigstellung des Manuskripts einsehbaren Einträgen von 1913 bis 1938), so werden in dem jetzt

vorliegenden Bd. 2.726 Einträge zu Bucharin-Titeln aus seinem direkten nachweisbaren Nachlass erschlossen. Davon beziehen sich 2.072 auf Bucharins Werk und 654 auf seinen Briefwechsel. Es wurden neue Informationen zu Werkausgaben, Nachauflagen, Rezensionen und Übersetzungen von Reden, Schriften und Briefwechsel Bucharins sowie zum Erscheinen seiner früher unveröffentlichten Gefängnisschriften, seines autobiographischen Romans „Zeiten“, der „Philosophischen Arabesken“ und der Schrift „Der Sozialismus und seine Kultur“ ergänzt.

Zu den besonderen Verdiensten dieses Abschnitts (S.358-404) gehört, dass hier erstmals ein schon längst fälliger nach Erscheinungsjahren geordneter Gesamtüberblick über die seit Bucharins Rehabilitation erschienenen monografischen Forschungsarbeiten, Artikel, Würdigungen und Gedenkpublikationen in Büchern, Zeitungen und Zeitschriften gegeben wird. Die von namhaften russischen und internationalen Autoren stammenden Arbeiten, die in russischer, englischer, ungarischer, norwegischer, dänischer, deutscher u.a. Sprachen im Original bzw. in Übersetzungen zu Bucharins Leben und Werk publiziert wurden, werden in den Originalsprachen der jeweiligen Veröffentlichungen, transliteriert und ins Deutsche übersetzt mit Angabe der Quellen der Veröffentlichungen vorgestellt. Hier ist eine Vielfalt von Themen vertreten: Bucharins Tätigkeit innerhalb der Führung der Partei und an der Spitze der Kommunistischen Internationale, als Chefredakteur der führenden Presseorgane von Partei und Regierung „Pravda“ und „Isvestija“, sein Beitrag als Partei- und Staatstheoretiker, seine wissenschaftlichen und politischen Ansichten zu Fragen der Theorie und Praxis des Sozialismus, zur Theorie des historischen Materialismus, zu Geschichte und Organisation von Wissenschaft und Technik, zu Imperialismus und Kommunismus, zur Neuen Ökonomischen Politik, über den innerparteilichen Kampf in den 1920er-Jahren,

über Möglichkeiten und Grenzen einer Alternative zu Stalins Kurs 1932, Berichte über die Moskauer Schauprozesse sowie über die Hinrichtung und Rehabilitation Bucharins, zu Publikationen von und über Bucharins dritte Frau Anna Larina und seine Tochter aus zweiter Ehe Svetlana Gurvič-Bucharina, Biografien und Episoden aus seiner politischen Entwicklung, über Ausstellungen und Veröffentlichungen anlässlich seines 100. Geburtstages u. a.

Diese Einträge vermitteln nicht nur ein allgemeines Gesamtbild der Bucharin-Forschung nach dessen Rehabilitation, sie zeigen zugleich auch, welche Probleme seines Schaffens in den letzten Jahren unter aktuellen Gesichtspunkten besondere Beachtung gefunden haben und welchen bisher ungenügendes Augenmerk zufiel. In diesem Zusammenhang verweist H. in seiner Einleitung auf die Tatsache, dass selbst nach der Rehabilitation Bucharins die Veröffentlichung seiner Werke in Russland noch immer sehr zögerlich voranschritt und mit Aussparungen seiner wissenschaftlichen Leistungen vor allem in den Jahren 1930-1937 behaftet war, während in Westeuropa zu diesem Zeitpunkt das Erbe Bucharins bereits im Blickwinkel nicht nur der Ehrung zu seinem 100. Geburtstag und 50. Todestags, sondern auch der bereits begonnenen Gesamtschließung stand. Hier wird auch deutlich, dass die Auswertung der etwa 200 Titel Bucharins aus den Jahren des Exils (1910-1917) kaum in der russischen Publikation und Rezeption Beachtung fand.

Diese hier erstmals zusammengefassten Informationen sowie der in einem extra Kapitel (S.405-414) dargestellte Abdruck der beiden Listen des Verzeichnisses des Bucharin-Bestandes (des sogenannten Findbuchs zu Fonds 329) im RGASPI werden die weitere Bucharin-Forschung zweifellos inspirieren.

Zu dem letztgenannten gesonderten Bucharin-Bestand schrieb Larisa Rogovaja auf den Seiten XIV-XVI der Bibliografie

einen leider nur in russischer Sprache abgedruckten Überblick, in dem die 43 in Liste 1 und die 27 in Liste 2 enthaltenen Akteneinheiten näher erklärt und die Entstehung und Vervollkommnung dieses Fonds in den Jahren 1955 bis 1984 erläutert wird. Während es sich bei den in Liste 1 enthaltenen Akten um Dokumente handelt, die aus anderen Fonds ausgliedert worden waren und vorwiegend Fragen der Tätigkeit Bucharins in der Partei und der KI betrafen (so z.B. die Entwürfe zu Tagesordnung, Teilnehmerliste und Plattform des I. Kongresses der KI, Reden auf dem EKKI-Plenum im August 1926, Gruppenfotos mit Bucharin von 1926, theoretische Ausarbeitungen, Briefe, Artikel, Vorlesungen, Stellungnahmen u. a.), stellt Liste 2 das eigentliche Archiv Bucharins dar, das sich nach seiner Verhaftung im Archiv des Politbüros des ZK der KPdSU(B) befand. Darin sind Briefe einzelner Personen an Bucharin in russischer und in anderen Sprachen enthalten, Korrespondenzen Bucharins mit Schriftstellern, Briefe an leitende Parteiorgane, an seine erste Ehefrau Nadežda Lukina, Redestexte, Grußschreiben, Vorlesungen, Erklärungen und andere Dokumente von Trockij, Kamenev, Radek, Zinov'ev und weiteren leitenden Partei- und Staatsfunktionären sowie Material des NKVD (z.B. Protokolle von Vernehmungen, Flugblätter, verschiedene Korrespondenzen aus der Zeit des Fraktionskampfes innerhalb der Partei). Diese beiden Listen des Bucharin-Bestands im RGASPI sind, wie Rogovaja berichtet, in dem Findbuch des Archivs mit den wichtigsten Hinweisen zu ihrer Herkunft und kurzen Annotationen zum Inhalt der einzelnen Akteneinheiten und zu den darin genannten Personen versehen. In seiner Einleitung zur Bibliografie verweist H. zusätzlich auf weitere Fonds des RGASPI, in denen ebenfalls Dokumente über Leben und Werk Bucharins zu finden sind.

Ein kaum bekanntes Informationsfeld zu Bucharins Wirken wird im Anhang der

Bibliografie vorgestellt: Bucharins Karikaturen und Bucharin in der Karikatur. Als 1995 aus dem Archiv des Präsidenten die Akten von Kliment Vorošilov an das jetzige RGASPI übergeben wurden, befanden sich darunter auch drei Mappen mit Karikaturen. Sie waren von Mitgliedern der Partei- und Staatsführung selbst angefertigt worden, ein Großteil von Bucharin und Valerij Mežlauk. Letzterer war ZK-Mitglied, hatte hohe Wirtschaftsfunktionen inne, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und Volkskommissar für Schwerindustrie. Seine Sympathie für den fünf Jahre älteren Bucharin wurde ihm selbst zum Verhängnis. Er wurde 1938 hingerichtet. Die insgesamt 532 aufgefundenen Karikaturen sind nicht nur und teilweise sogar unter keinen Umständen als persiflierte Darstellungen zu allgemeiner Erheiterung von Bedeutung. Sie waren vorwiegend während der Politbürositzungen entstanden und widerspiegelten die persönlichen Gedanken zum Inhalt der oft heftigen Diskussionen, die sich hinter verschlossenen Türen vollzogen. Die meist auf Notizblockblättern verewigten Zeichnungen machten vielfach während der Sitzungen die Runde und wurden von einzelnen Anwesenden ergänzt und mit Randbemerkungen versehen. An ihrer inhaltlichen Erschließung wird im Archiv noch immer gearbeitet, um die vielfach unbekanntem, da früher streng geheim gehaltenen, Hintergründe ihrer Entstehung weiter zu erhellen.

Auf den Seiten 418-425 sind 48 unveröffentlichte und auch bereits publizierte Karikaturen aus den 20er- und 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgelistet und beschrieben, die der Person Bucharins gewidmet sind. Sie sind mit K1-K48 gekennzeichnet und werden hinsichtlich ihrer Urheberchaft, ihres Inhalts, der darauf abgebildeten Personen, der Archivsignatur und der Quellen ihrer Veröffentlichung erläutert. Es handelt sich hierbei um Karikaturen unterschiedlicher Autoren,

darunter von Bucharin selbst gefertigte, als auch solche, die ihn in der Karikatur Anderer zeigten: Bildnisse und Selbstbildnisse, Parodien, Einblicke in Diskussions-themen der leitenden Gremien, Interpretationen von Beschlüssen und politischen Losungen sowie Reaktionen auf diese, innerparteiliche Auseinandersetzungen u.a. sowie das Auftreten von Personen des Führungskreises in bestimmten Situationen: z.B. von Dzierzynski, Kalinin, Kame-nev, Krupskaja, Lenin, Mikojan, Ordžonikidze, Radek, Rykov, Solz, Stalin, Vorošilov, Zetkin und Zinov'ev. 20 dieser Zeichnungen sind auf den Seiten 427-446 abgebildet, 3 davon sind Erstveröffentlichungen. Sie sind mit Abb. 1-Abb. 20 bezeichnet. Die Zuordnung zu den 46 Beschreibungen in dem davor abgedruckten umfassenderen Verzeichnis wird durch den in runde Klammern gesetzten Buchstaben „K“ und die jeweils dahinter stehende Zahl in der Titelzeile erleichtert.

Aleksandr Vatlin erschließt diese Karikaturen, ihre Geschichte und Hintergründe in einem fundierten, ebenfalls nur in russischer Sprache abgedruckten Artikel „Bucharin in Zeichnungen seiner Freunde und Widersacher“, wobei er den Übergang von den zunächst freundschaftlichen Darstellungen zu gehässigen, ja direkt feindlichen Interpretationen der politischen Standpunkte einzelner führender Funktionäre bis hin zu Verleumdung und Aburteilung nachzeichnet.

Der vorliegende Bd. enthält ein Abkürzungsverzeichnis, ein Verzeichnis der Presseorgane, ein Verzeichnis der Schriften, ein Verzeichnis von Vorträgen und Artikeln sowie ein Namenverzeichnis.

Angesichts der heute geringer gewordenen russischen Sprachkenntnisse wäre es sicher von Vorteil, wenn der wertvolle Inhalt der beiden russischsprachigen Artikel in einer Nachauflage auch in deutscher Übersetzung vertreten wäre.

Ruth Stoljarova

Theresienstadt 1941 – 1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, von Hans Günther Adler. Reprint der zweiten Auflage von 1960 (erste Fassung 1955, Tübingen, Mohr Siebeck), mit einem Nachwort von Jeremy Adler, Wallstein Verlag, Göttingen 2005, 986 S.

Das Buch gilt als Standardwerk der Geschichte Terezíns. Sein Verfasser – Hans Günther Adler (1910–1988) – er- und überlebte das Ghetto. Nachdem das Buch lange Zeit vergriffen war, liegt hiermit ein Neudruck der zweiten Auflage von 1960 vor. Das Werk verfügt über einen Anhang verschiedener Dokumente des Lagers, Tagesbefehle, Appelle und Rundschreiben, Konfidentenberichte und dergleichen mehr.

Theresienstadt – Terezín – eine tschechische Kleinstadt, sollte – nach Angaben der Nationalsozialisten – zu einem jüdischen ‚Altersheim‘ werden. Es diente vor der internationalen Öffentlichkeit aber auch als Vorzeigeghetto. In der geplanten Judenvernichtung nahm Terezín eine Sonderstellung ein: Eine jüdische Kleinstadt, selbstverwaltet. Berühmte Jüdinnen und Juden zogen offiziell nach Theresienstadt um. Grund dafür war, dass „man einen Ort brauchte, in den man Juden mit weitreichenden Beziehungen oder internationalem Namen schaffen konnte, und wo sie wenigstens zunächst nicht gleich ‚verschwandern‘, sondern erreichbar und notfalls auch vorweisbar blieben“ (S.22). Allerdings konnte all dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Jüdinnen und Juden dieses Ghettos keinen Deut sicherer vor der Deportation und Vernichtung in Auschwitz waren. Die Diskussion über Theresienstadt hat sich dahingehend entwickelt, dass es heute nicht mehr – so wie es Adler 1955 und 1960 tat – als Konzentrationslager bezeichnet wird. Aktuell ist die Betrachtung, dass Terezín ein Ghetto war. Es hebt sich in der Zusammensetzung der Gefangenen sehr von anderen KZ. ab. Seine Insassen waren

nicht nach Geschlecht getrennt, alle Altersgruppen lebten zusammen. Offiziell bestand kein Arbeitszwang. Die SS hielt sich von den Juden vergleichsweise fern und überließ es den Selbstverwaltungsorganen, Druck auf die Häftlinge auszuüben. Gegliedert ist die Monografie in drei Teile: Die (Vor-)Geschichte, der Verwaltungsaufbau des Ghettos und die Psychologie der Menschen, die in Terezín gefangen waren. Vorangestellt ist ein umfangreiches Wörterverzeichnis, das die Wendungen der Lagersprache, auf die Adler bei seiner Schilderung nicht komplett verzichten konnte, wieder- und damit auch einen ersten Eindruck der Gefangenenzusammensetzung gibt.

Der erste Teil beginnt bei der Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren ab 1939. Adler schildert die Planung des Ghettos Theresienstadt durch die Nationalsozialisten auf politischer administrativer und seine Entstehung auf praktischer Ebene. Von der gesetzlichen Diskriminierung und Verfolgung über die ersten Transporte nach Theresienstadt und eingehender Beschreibung ihres technischen Ablaufs geht die Schilderung über zu den drei Phasen, welche das Ghetto in den knapp vier Jahren, die es bestand, durchlief. Adler unterlegt seine Darstellungen mit Tabellen, Listen, Kalkulationen über die Anteile der verschiedenen Nationalitäten an der Gesamtzahl der Insassen. Dass es sich bei diesen Kalkulationen um Schätzungen handeln muss, ergibt sich aus der Tatsache, dass die SS-Akten nicht erhalten geblieben sind. Dass seine Kalkulationen aber fast mit Sicherheit die Tatsachen widerspiegeln, ist dem Umstand geschuldet, dass Adler sich später als Angestellter des Prager Jüdischen Museums um die Rettung vieler Dokumente aus der Theresienstädter Selbstverwaltung kümmern konnte, die er zur Basis seiner Überlegungen machte.

Der innere Aufbau und die damit verbundene Organisation des Lagers, sein Alltag, sind genauso akribisch und mit vielen

Dokumenten gezeigt, wie der äußere Aufbau. Der Leser erhält Einblick in die Lagerinstanzen und ihre Kompetenzen, erfährt etwas über die leitenden Männer aus der Masse der Gefangenen und ihre Handlungsspielräume und die moralische Einschätzung ihres Tuns durch den Vf. Adler vergisst nicht, die Anordnungen der SS, die das Lager letztlich beherrschte, zu benennen. So zeichnet er ein Bild, das die Dynamik der sich wandelnden historischen Lage in- und außerhalb Terezíns berücksichtigt. Dabei nimmt er immer wieder Bezug auf die Perfidie, die sich in der „Selbstverwaltung“ ausdrückte. Theresienstadt, betont er, war kein „normales“ Konzentrationslager. Die Selbstverwaltung, die durch die Ansprüche der SS bestimmt wurde und natürlich nicht auf autonomen und freien Entscheidungen der Juden beruhte, setzte die Gefangenen unter unglaublichen Druck, eine unlösbare Aufgabe zu bewältigen. Die SS arbeitete mit Täuschung und Lügen. Auf diesen Umstand kommt Adler vom ersten Kapitel an immer wieder zurück. Er zeigt damit die Schwierigkeiten der Gefangenen, die Situation, in der sie sich befanden, und den Verlauf der Ereignisse, der sich aus ihr ergeben wird, richtig einzuschätzen.

Ein für Terezín wesentlicher Aspekt war, dass es durch die Selbstverwaltung zu einer ausgefeilten Hierarchie zwischen den Gefangenen kam. Es entstand eine „bevorzugte Klasse“ mit Sonderrechten. An der Spitze dieser Klasse stand der Judenälteste. „Er war viel mehr als Bürgermeister oder Präsident, er war unbeschränkter Herrscher – soweit ihn die SS nicht einschränkte. Fast alles im „Ghetto“ geschah in seinem Namen. In seinem Namen wurde Recht gesprochen und begnadigt. Er bestimmte die Politik der Gemeinschaft und er allein war der SS für alles verantwortlich. Dem Lager gegenüber musste er sich theoretisch nicht verantworten, für seine Maßnahmen musste er den Gefangenen nicht Rede stehen“ (S.244). Das Machtgefälle ließ Korruption unter den

Gefangenen entstehen, die Adler durchgehend scharf verurteilt. Aber er stellt dem auch immer wieder die Tatsache entgegen, dass „die jüdische Leitung ... es unsagbar schwer“ hatte (ebenda). Besonders das Kapitel zur Soziologie ist eine intensive Auseinandersetzung mit der Gratwanderung zwischen den Zwängen und Freiheiten der jüdischen Selbstverwaltung. Dabei erwähnt Adler auch ein einzigartiges Phänomen in der Geschichte der Konzentrationslager: den jüdischen Sicherheitsdienst. Der Leiter des Sicherheitsdienstes war ein unerbittlicher Kämpfer gegen die Korruption innerhalb des Lagers. Aus Adlers Sicht war der Zusammenbruch des Dienstes durch die Absetzung seines Leiters schädlich für die Gefangenen.

Diese Monografie ist der erste Gesamtüberblick in der Erforschung des Lagers Theresienstadt und deckt viele Aspekte der Lagergeschichte ab. Was Adler bewusst nicht tut, ist eine Auseinandersetzung mit der SS und der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Böhmen und Mähren“ – und damit den Tätern. Auf diese bezieht er sich nur, wenn es für die Darstellung des Lagerlebens notwendig ist. Wie wichtig Adler als Literat und auch seine historische Monografie nach wie vor für die Forschung über Terezín sind, zeigt sich unter anderem darin, dass Forscher immer wieder auf dieses Buch zurückkommen, teils, um es zu ergänzen, teils, weil sie sich kritisch mit Adlers Einschätzung der Handlungen des Judenrates auseinandersetzen.

Der Ghettoalltag, von Adler als erstem beschrieben, wird seit Jahren intensiv vom Institut Theresienstädter Initiative in Prag erforscht. Jährlich erscheint ein Band „Theresienstädter Studien und Dokumente“, in dem Forscherinnen und Forscher verschiedener Nationalitäten zu Wort kommen.

Vera Dost

Elke Scherstjanoi: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949-1953. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 70), Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2007, 648 S., 1 CD-ROM

In ihrer umfangreichen Monografie untersucht die Autorin bisher kaum bekannte Aspekte der ostdeutschen Landwirtschaftsentwicklung in der Nachkriegszeit: Die Einflussnahme der Besatzungsmacht auf agrarpolitische Entscheidungen der SED-Führung. Möglich wurde das durch die erstmalige Auswertung der Akten der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK). Die breitere Quellengrundlage gestattete eine differenzierte Sicht auf die Entscheidungsfindung in jenen Jahren, die für die gesellschaftliche Umgestaltung auf dem Lande von besonderer Bedeutung waren. Die Autorin verdeutlicht an Beispielen, dass das Zusammenwirken von Vertretern der Besatzungsmacht und der SED-Führung bzw. der Landwirtschaftsverwaltung trotz Übereinstimmung in strategischen Fragen im Einzelnen nicht immer widerspruchsfrei war und nicht selten auf ein gegenseitiges Aushandeln hinauslief.

S. gliedert ihre Untersuchung in vier Kapitel. Im ersten schildert sie in einem historischen Rückgriff den bestimmenden Einfluss der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) auf Inhalt und Verlauf der Bodenreform sowie auf die Gründung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). Interessant sind ihre Überlegungen zur Neuzulassung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, wo sie Parallelen zu den sowjetischen Genossenschaften in den Jahren der NÖP herstellt. Allerdings habe die SED-Führung ab Mitte 1948 eine Umgestaltung und Zentralisierung des Genossenschaftswesens in die Wege geleitet, um Großbauern aus den Leitungsebenen zu entfernen. Nach anfänglichem moderatem Vorgehen sei die Verschmelzung von VdgB und landwirtschaftlichen Genossenschaften ad-

ministrativ, gegen den Willen der Bauern, aber ohne sowjetische Initiative durchgesetzt worden. Die Reorganisation des Genossenschaftswesens bezeichnet S. als „den bedeutsamsten strukturellen Eingriff im Rahmen der Option Familienbetrieb“ (S.423).

Das zweite Kapitel ist dem Moskauer Spitzentreffen vom Dezember 1948 und seinen unmittelbaren Auswirkungen gewidmet. Stalin habe allen Vorstellungen der SED-Führung, auch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) den volksdemokratischen Weg einzuschlagen, eine Abfuhr erteilt, ihn jedoch für spätere Zeit nicht ausgeschlossen. Deutschlandpolitische Gesichtspunkte seien für diesen „Zick-Zack-Kurs“ zum Sozialismus ausschlaggebend gewesen. Für die Landwirtschaft habe das bedeutet, an der Mehrsektorenwirtschaft festzuhalten, jedoch den politischen Einfluss von Großbauern zurückzudrängen.

In der Folgezeit habe die SED-Führung, geleitet und unterstützt von der SMAD, die Stalinschen Vorgaben umgesetzt. Hauptziel sei die Produktionssteigerung durch Förderung von Klein- und Mittelbauern bei steigender Pflichtablieferung gewesen. In komplizierten Verhandlungen habe die SMAD/SKK auf höhere Normen für größere Betriebe gedrängt. Die 1949 eingeführte Hektarveranlagung für tierische Erzeugnisse sei aber kein „Klassenkampf gegen Großbauern“ gewesen (S.117). Hier beachtet die Autorin nicht, dass die Abgabenhöhe letztlich von der Willkür örtlicher Differenzierungskommissionen abhing, gegen deren Entscheidung es keine Einspruchsmöglichkeit gab.

Zu längeren Auseinandersetzungen zwischen SMAD und SED-Führung kam es um das Landarbeiterschutzgesetz. Dabei stand sich die kategorische Forderung der Besatzungsmacht nach Einschränkung der Ausbeutung und bündnispolitische Rücksichtnahmen der SED gegenüber. „Die SED wehrte eine unbedachte Übernahme

sowjetischer Erfahrungen ab“ (S.152) lautet das Fazit der Autorin.

Im dritten Kapitel behandelt S. die Fortsetzung bisheriger Entwicklungslinien in den Jahren 1949 bis 1952. In Abkehr von der üblichen Periodisierung bezieht sie die 2. Parteikonferenz der SED ebenfalls in die Festigung der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ ein. Der Beschluss, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen, sei keine strategische Wende gewesen (S.382), da die Mehrsektorenwirtschaft erhalten blieb und eine umfassende Kollektivierung nicht vorgesehen war. Damit sei die SED-Führung Stalins Auffassung gefolgt, die LPG – neben MAS und VEG – nur als einen weiteren Schritt zum Sozialismus zu sehen und ihr Vorbild nicht im sowjetischen Modell, sondern in der Volksrepublik zu suchen.

Ausführlich stellt die Autorin die Einflussnahme der SKK auf den Ausbau der Elemente des Sozialismus dar. Insbesondere die MAS/MTS und VEG übernahmen sowjetische Betriebsstrukturen. Sowohl hier als auch beim Musterstatut der LPG Typ I wurden nationale Besonderheiten berücksichtigt. Den in diesem Zeitraum wachsenden ökonomischen Problemen der Landwirtschaft, ein Ergebnis unrealer Zielstellungen des 1. Fünfjahresplans, widmet S. besondere Aufmerksamkeit. Mehrmalige Normenerhöhungen hätten die Leistungskraft der Bauern – bei ungenügenden Investitionen in die Landwirtschaft – überfordert. Die SKK habe diese Politik, die zu Landaufgaben, „Republikflucht“ und schlecht bewirtschafteten Flächen führte, mitgetragen. Lediglich die Frage, wer die freien Flächen bewirtschaften solle, habe zu Dissens zwischen deutschen und sowjetischen Landwirtschaftsexperten geführt.

Das letzte Kapitel ist dem mit dem 10. Plenum des Zentralkomitees der SED vollzogenen agrarischen Strategiewechsel gewidmet. Für die Entscheidung der SED-Führung, die Mehrsektoren-Agrarwirtschaft aufzuheben und die umfassende

Kollektivierung einzuleiten, gäbe es keine sowjetischen Vorgaben. Allerdings verschärfte die Besatzungsmacht mit ihrer Forderung nach höheren Rüstungsausgaben und der Einführung eines Sparsamkeitsregimes die Lage. Die von der SKK nach stalinistischem Leitbild ausgehende großbauernfeindliche Politik, der harte Zugriff auf bäuerliches Eigentum, Kollektivierungsdruck sowie als Folge die zunehmende Fluchtbewegung stürzten die SED in eine tiefe Herrschaftskrise. Anfang Juni leitete die Moskauer Führung mit dem „Gesundungsbeschluss“ einen neuen Kurs ein, der den Strategiewechsel vom November 1952 korrigierte. Einzelbauern erhielten wieder staatliche Förderung, der Kollektivierungsdruck wurde vorläufig beendet. Trotzdem blieb das soziale Klima im Dorf nach den Erschütterungen des Jahres 1953 konfliktgeladen.

Mit ihrer Monografie gebührt S. das Verdienst, die Genesis strukturbestimmender agrarpolitischer Entscheidungen sowie deren Auswirkungen auf die ländliche Gesellschaft auf der Basis umfangreichen empirischen Materials detailgetreu nachzeichnet zu haben. Es wird deutlich, dass die SKK Anfang der 1950er-Jahre der SED-Führung zwar nicht linear, aber in bestimmten Bereichen eine größere Eigenständigkeit zugestand. Auch seien die Hinweise z.T. widersprüchlich, in Abhängigkeit von der Interessenlage der einzelnen Abteilungen erfolgt.

In diesem Zusammenhang beantwortet die Autorin die oft diskutierten Fragen: Kann man in der SBZ/DDR von Sowjetisierung sprechen? Wurde das sowjetische Modell übernommen? S. ist zuzustimmen, wenn sie beides im Grundsatz verneint, von der Übernahme sowjetischer Erfahrungen – z.B. mit der Mangelwirtschaft oder nach sowjetischem Vorbild aufgebauten Staatsbetrieben (MTS, VEG) spricht. Annäherungen an das sowjetische Modell habe es zwar Ende 1952 gegeben, doch bestünden größere Parallelen zu den agrarischen Umgestaltungen in den Volksrepubliken,

insbesondere der ČSR. Das ist ein wichtiger Diskussionsansatz.

Die mit wissenschaftlicher Akribie angefertigte Monografie bereichert unsere Kenntnis über einen wichtigen Abschnitt der ostdeutschen Nachkriegsgeschichte. Sie ist einem breiten Leserkreis zu empfehlen.
Christel Nebrig

Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Ch. Links Verlag, Berlin 2007, 326 S., Abb.

Dieser Sammelbd. entspringt einer Vorlesungsreihe an der Viadrina in Frankfurt (Oder) und wird vom Verlag als Ergebnis größerer Gelassenheit und von mehr Objektivität im Umgang mit der DDR-Geschichte angepriesen. Dies trifft auf die einzelnen Autoren allerdings in unterschiedlichem Maße zu.

Die Hrsg. fragen in ihrer Einleitung, was die DDR war und was von ihr bleibt. Sie suchen die Antwort mit Hilfe der Totalitarismustheorie, die sie mit Relativierungen anwenden. Das führt sie zu einer Fülle teils treffender, teils bedenkenswerter, nicht selten aber fragwürdiger oder abwegiger Erklärungen, denen hier nicht im Einzelnen nachgegangen werden kann. Im Grunde untersuchen sie ein zeitloses Konstrukt DDR, nicht einen Staat und eine Gesellschaft, die unter unverwechselbaren historischen Voraussetzungen entstanden sind, sich unter wandelnden inneren und äußeren Bedingungen entwickelt haben, oft mehr reagierend als agierend, mit begrenzten Handlungsspielräumen. So stellt sich ihnen auch nicht die Frage, ob der Realsozialismus oder Staatssozialismus tatsächlich vorrangig in und an der DDR gescheitert ist, oder ob die Ursachen seines Scheiterns nicht vor allem in seinem Ursprungsland, in der Führungs- und Schutzmacht des sozialistischen Lagers, in der UdSSR, zu suchen sind, wie überhaupt im gesamten Bd. internationale und

deutsch-deutsche Bezüge und Wechselwirkungen selten zu finden sind.

Martin Sabrow behandelt Macht und Herrschaft in der DDR, beginnend mit Machtdemonstration und Repression zu ihren Gipfelpunkten 1953, 1961, 1968, 1989, um anschließend Quellen und Formen der Herrschaftslegitimation und -akzeptanz aufzudecken, von denen ein unterschiedliche Farben aufweisendes Bild entworfen wird. Gelassenheit und Objektivität hätten sich wohl überzeugender demonstrieren lassen, wenn der Autor die Normalität der DDR und nicht zeitlich begrenzte Zuspitzungen der Auseinandersetzungen als Ausgangspunkt und dominantes Kriterium gewählt hätte.

Dass konkrete Untersuchungen zu Einschätzungen führen, die den kursierenden Pauschalurteilen entgegenstehen, beweist Detlef Pollack mit seinem Beitrag über die evangelischen Kirchen in der DDR. Er verdeutlicht unterschiedliche Phasen im Staat-Kirche-Verhältnis – sowohl im Umgang von Staat und Partei mit Kirchen und Religion als auch in der Haltung der Kirchen zum Staat. Übergangen wird dabei allerdings der dieses Verhältnis arg belastende Militärseelsorgevertrag. Der Autor räumt ein, dass es auch andere Ursachen schwindenden Einflusses der Kirchen gibt als Druck von oben oder außen. Offen bleibt die Frage, wieso trotz vielfältiger Bemühungen in den Jahren der Transformation und Restauration keine den Erwartungen entsprechende Rechristianisierung erfolgt ist.

Stefan Wolle hat seinen Beitrag „Leben mit der Stasi. Das Ministerium für Staatssicherheit im Alltag“ überschrieben. Er untersucht die Allgegenwart staatlicher Überwachung, die in der Tat maßlos und erdrückend war und an der es nichts zu beschönigen gibt, die aber dennoch – wie er selbst einräumt – für viele weit weg war. Hingegen erfährt man kaum etwas, wie diese Behörden mit dem aus Berichten informeller Mitarbeiter und Bespitzelungen gewonnenen Wissen umgegangen

sind, ob es nur der Disziplinierung der Bevölkerung oder auch der Beseitigung von Missständen gedient hat.

Selbstverständlich finden wir auch den Unrechtsstaat DDR thematisiert – mit der erstaunlichen Behauptung, dass der Begriff Unrechtsstaat der Versachlichung der Diskussion diene. In einer ziemlich abstrakten Untersuchung arbeitet Chris Mögelin die Unterschiede zwischen Rechtsverständnis und Rechtssystem von BRD und DDR heraus, die grundsätzlicher Natur waren. Aus der Aufhebung der Gewaltenteilung in der DDR resultierten ohne Zweifel Strukturen, die Unrecht oder Rechtsmissbrauch begünstigten. Wenn aber Zivilrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht, Konflikt- und Schiedskommissionen nicht einmal als Stichworte auftauchen, stellt sich die Frage, ob hier eine empirisch gewonnene Erkenntnis geboten oder lediglich die definitorische Unterersetzung eines vorgegebenen Verdiktes vorgetragen wird.

Dem überwiegend repressiven Erscheinungen der DDR gewidmeten Abschnitt Politik folgt der Abschnitt Wirtschaft, in dem die Autoren stärker historischen Abläufen folgen und somit auch zu größerer Ausgewogenheit gelangen.

Hans-Jürgen Wagener untersucht die Handicaps der DDR-Wirtschaft und fragt, wann hier der Anschluss an das Niveau des Westens verpasst worden ist, wobei auch internationale Abhängigkeiten und Einwirkungen in die Betrachtung einbezogen werden. In vielem entsprechen oder ähneln seine Befunde der Ursachenforschung, wie sie nach 1989 auch von Ökonomen und Wirtschaftshistorikern der DDR betrieben worden ist. Alternativen hätte es aber nur in begrenztem Umfang gegeben. Allerdings stellt er heraus, dass das Beispiel China die Vereinbarkeit von Marktwirtschaft und kommunistischer Herrschaft beweise. Inzwischen steht jedoch das von Wagener ignorierte Problem, ob nicht der Westen wie der Osten verpasst haben, den Pfad des ungestümen

Wirtschaftswachstums zu verlassen und eine umweltverträgliche Ökonomie und Lebensweise anzusteuern.

Die Entwicklung der Planwirtschaft der DDR, die ihr zu Grunde liegenden Motive und Überlegungen, den Wandel ihrer Ausgestaltung, gewollte und tatsächliche Wirkungen wie die Resultate und Grenzen geplanten Wirtschaftens beschreibt André Steiner. Für ihn sind begrenzte Fähigkeiten zu wirtschaftlichem Wandel, zu technischer Innovation und zu Effizienz systemimmanent. Können uns nicht dennoch eine dramatische Verknappung der Ressourcen, vorhersehbare ökologische Katastrophen, schreiende Unterschiede zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, zwischen Reichen und Armen zwingen, erneut und auf neue Weise über ein geplantes Wirtschaften nachzudenken, wofür der heutige Stand der Datenverarbeitung auch weitaus verlässlichere Instrumente bereithält?

Jörg Roesler behandelt fünf Wirtschaftskrisen der DDR (1952/53; 1961/62, 1970/71, 1981/82 und die Endkrise), die seiner Meinung nach wesentlich durch politische Entscheidungen verursacht wurden und nicht als Beleg für die absolute Untauglichkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems angeführt werden können. Einen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft habe es nicht gegeben, solange DDR-Institutionen die Verantwortung trugen. Erst nach Aufgabe der Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet vollzog sich der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft. Damit setzt er sich in Widerspruch zu jenen Interpreten, die DDR-Geschichte absichtsvoll von deren Ende her betreiben und einen „Untergang auf Raten“ als determiniert ansehen.

Einem speziellen Aspekt, dem Verkehrswesen, ist der Beitrag von Uwe Müller gewidmet, auf den hier nicht eingegangen werden soll.

Gesellschaft lautet die Überschrift des nächsten Abschnitts, der mit einem Beitrag

von Arnd Bauerkämper über Strukturwandel und Alltagsleben in der Landwirtschaft eröffnet wird. Alltagsleben interessiert den Autor aber nur insofern, als es sich als Widerstand oder Abwehr der Agrarpolitik der DDR ins Spiel bringen lässt, die als ein fortwährendes Desaster dargestellt wird. Allerdings kommt der Autor am Schluss nicht umhin, festzustellen, dass heute in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer Nachfolger der LPG vorherrschen. Das ist für ihn eine Ironie der Geschichte. Dass dies etwas mit Akzeptanz der Umgestaltung der Agrarverhältnisse zu tun haben könnte – dieser Gedanke ist ihm offenbar nicht gekommen.

Helga Schultz zieht einen sehr interessanten Vergleich zwischen der Lage und der Befindlichkeit von Arbeitern in der DDR und in Polen, vor allem auf Grund von Befragungen von Werktätigen des EKO Eisenhüttenstadt und des Landmaschinenwerkes Ursus in Gorzów. Die Befunde weisen neben Unterschieden (wie z.B. Verbundenheit mit Kirche und Religion, Erfahrungen der Solidarność) viele Parallelen aus und stützen die These von den „arbeiterlichen“ Gesellschaften. Arbeiter, die zu den „Nutznießern der sozialistischen Industrialisierung“ gehörten, waren „beiderseits der Oder Verlierer der Transformation“ (S.241).

Eine überwiegend positive Entwicklung mit Langzeitfolgen beschreibt Heike Trappe in ihrem Beitrag über die Gleichstellungspolitik in der DDR, die den Frauen rechtliche Eigenständigkeit, gleichzeitige Bewältigung von Beruf und Familie sowie ökonomische Unabhängigkeit vom Partner ermöglicht hat, sich aber deutlich von feministischen Bestrebungen unterscheidet. Dies war vorwiegend Ergebnis einer Politik von oben, die damit auch ökonomischen Erfordernissen Rechnung trug, und sie war nicht mit vergleichbaren Anforderungen an eine neue Männerrolle verbunden. Gleichwohl hat sie zu einer Identität ostdeutscher Frauen geführt, die

deutlich von der westdeutscher Frauen abweicht.

Wie meist in Sammelbd. ist die Kultur am Ende platziert. Über die bildende Kunst der DDR sinnt Heinz D. Kittsteiner nach. Seine ästhetischen Ansichten sind seine Sache. Ob seine Ausflüge in die Philosophie für ein Verstehen der DDR-Kunst hilfreich sind, darf bezweifelt werden.

Anders geht Dietrich Mühlberg vor, der in seinem gut gebilderten Beitrag den Werdegang des Genres Arbeiterbild untersucht, verortet in der realen Arbeitswelt, tradierte Vorprägungen berücksichtigend und Einflüsse der Kulturpolitik aufdeckend. Zu keiner Zeit hat in Deutschland der arbeitende Mensch so im Mittelpunkt der bildenden Kunst wie der Kunst überhaupt gestanden, wie dies in der DDR der Fall war, mag dies nun in idealisierten oder realistischen Formen und Stilen oder mit Rückgriffen auf die klassische Moderne geschehen sein. Dass solche Wandlungen aus den gegebenen gesellschaftspolitischen Verhältnissen heraus erklärt werden, ist ein Vorzug dieses Artikels.

Nach Wirkungspotenzen von DDR-Literatur fragt Simone Barck unter der bescheidenen Überschrift „Fragmentarisches zur Literatur“. Das Fragmentarische liest sich sehr anregend und ist durchdacht. Die Autorin bevorzugt den Ausdruck Literatur in der DDR, weshalb sie zunächst Buchproduktion (im Weltmaßstab weit vorn stehend), Bibliotheken, Lesegeohnheiten, die Schriftsteller und ihr Publikum u.ä. aussagefähige Aspekte interessieren. Im zweiten Teil erinnert sie an das Gefolge der Schriftstellergenerationen und an die von der politischen Führung ausgelösten Konflikte zwischen Macht und Geist. Was bleibt, sind ihrer Meinung nach eine Fülle „lesenswerter“ Texten, die Auskunft über ein vergangenes Land geben... Bücher deren Gehalt und deren buchkünstlerische Ausstattung von einer großen Kulturanstrengung zeugen, die für alle gedacht war“ (S.321).

Selbst wenn es kein Autorenverzeichnis gäbe, ließe sich aus den Beiträgen ablesen, wer von den Vf. eine ost- und wer eine westdeutsche Sozialisation erfahren hat. Vornehmlich letztere neigen dazu, alles und alle an Maßstäben zu messen, die von den Kernstaaten der EU gesetzt sind. Vom historischen Standpunkt ist dies eine Warte, die zwar den Blick zurück, kaum aber den Blick nach vorn ermöglicht, von der die Widersprüchlichkeit des Geschehens im hinter uns liegenden Jahrhundert nicht zu erfassen ist. Insoweit in diesem Bd. den Ostdeutschen suggeriert wird, aus einem falschen System kommend nun endlich im richtigen System angelangt zu sein, sind diese besser beraten, wenn sie sich auf ihre eigenen Erfahrungen mit und in beiden Systemen verlassen.

Günter Benser

Eva Schäfer u.a. (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende, Münster 2005, 252 S.

Ulrike Hänsch: „Jetzt ist eine andere Zeit“. Ostdeutsche Frauen erzählen. Unter Mitarbeit von Eva Schäfer, mit Fotos von Barbara Dietl, Königstein/Taunus 2005, 200 S.

In den alten Bundesländern ertönt gegenwärtig aus den verschiedensten Ecken der Ruf nach neuen frauenpolitischen Aktivitäten. Doch zeitgleich registrieren Feministinnen der ersten Stunde wie etwa M. Mitscherlich mit Bedauern ein großes Desinteresse nachwachsender Frauengenerationen an entsprechenden Fragestellungen. Andererseits zeigt sich, dass selbst im konservativen Lager am Hausfrauenideal orientierte Frauenbilder nicht mehr allenthalben konsensfähig sind. Es könnte daher von Belang sein, nach ostdeutschen Geschlechterpraktiken und Geschlechterarrangements zu fragen.

Der Band „Irritation Ostdeutschland“ offeriert hierzu die Ergebnisse einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum

Thema „Transformationen in Ost und West aus der Geschlechterperspektive“, die unter Beteiligung ost- und westdeutscher, aber auch österreichischer, bulgarischer und amerikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler 2003 stattfand. Dieses Datum ist insofern von Bedeutung, weil zu diesem Zeitpunkt mögliche Geschlechterneuordnungen durch Umsetzung und Konsequenzen der Hartz-IV-Gesetze wissenschaftlich noch nicht zu erfassen waren, gleichwohl wurden diese aber vorausschauend als weiterer Beitrag zur sozialen Polarisierung gewertet (S.236). Drei große Problemkreise standen zur Diskussion: 1. Transformation moderner Gesellschaften, 2. Identitätskonstruktionen und 3. Geschlechterpolitiken. Leider kann die Vielfalt der in dieser Publikation aufgeworfenen Fragen hier nicht annähernd verdeutlicht werden. Sie besticht vor allem dadurch, dass sie zwar ostdeutsche Geschlechterverhältnisse, deutsch-deutsche Differenzen und internationale Diskurse analysiert, diese aber in die gegenwärtig ablaufenden, noch unabgeschlossenen Transformationsprozesse moderner Gesellschaften insgesamt einordnet. Folgerichtig fasst sich z.B. die dienstälteste ostdeutsche Frauenforscherin Irene Döling in ihrem auf die Thematik einstimmenen Beitrag mit „ostdeutschen Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus“ (S.16-35), eines Umbaus, der nach ihrer Auffassung so „durchgreifend“ sein wird, „wie es die Herausbildung der industriegesellschaftlichen und sozialstaatlichen Institutionen“ und der „korrespondierenden sozialen Wertvorstellungen im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert war“. Ökonomisierung des Sozialen, Erosion der Normalarbeitsverhältnisse sowie individualisiertes Leistungsdenken und Privatisierung von Risiken (siehe auch den Beitrag von R. Lutz und P. Drauschke über die Individualisierung von Risiken am Beispiel allein erziehender Frauen, S.179-194) sieht sie als neoliberale Haupttrends.

Ihre Frage, „inwieweit die geschlechtsgebundenen Habitus“ der Ostdeutschen „in diesen Umbauprozessen eine ‚irritierende‘ oder ‚passende‘ Ressource (oder beides gleichermaßen) sind oder sein können“ (S.18), bezeichnet E. Schäfer in ihrer Einleitung zu Recht als eine der zentralen Fragen des Buches (S.8). Drauschkes Schlussfolgerung, dass sich ostdeutsche Frauen und Männer den Weg zur Ausbildung alternativer Lebensformen jenseits der „Arbeitsgesellschaft“ verbauen, wenn sie trotz Massenarbeitslosigkeit, Flexibilisierung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen am Ideal der Vollerwerbstätigkeit festhalten (S.31), fand Widerspruch. So argumentierte I. Peinl, man solle dieses erwerbsbezogene Interesse als „irritierenden Zwischenruf in den Strukturumbau ernst nehmen“, weil es sozialintegrativer sei und als Ausgangspunkt für die notwendigen Diskussionen um Gewährleistung und Sicherung der je individuellen Existenz dienen könne (S.38), eine durchaus bedenkenswerte Sicht. Allerdings verweist auch D. auf die ambivalenten Wirkungen der biographischen Ressourcen ostdeutscher Frauen und Männer, verschweigt aber ihre Zweifel (in Auseinandersetzung mit Wolfgang Englers These von den Ostdeutschen als Avantgarde) am gesellschaftsalternativen Potenzial ostdeutscher Lebensformen nicht. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen S. Völkers im Schlussbeitrag des Bd. über den Nutzen der „Irritation“ (S.235-248), in denen diese feststellt, dass Frauen in ihrer „hybriden Praxis“ einerseits am „biographisch verankerten Anspruch auf gleichberechtigte Erwerbsteilhabe“ festhalten und in Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes Anpassungsleistungen erbringen, aber sich andererseits „der betrieblich geforderten umfassenden Vereinnahmung ihrer gesamten Person und ihres ‚privaten‘ Lebens verweigern“ (S.245). Gegenwärtig hat der „Anspruch auf gleichberechtigte Erwerbsteilhabe“ viele junge ostdeutsche Frauen bewogen,

ihre Heimatregionen zu verlassen, um in westlichen Gefilden Mittel zum Erhalt ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit zu verdienen, eine Irritation und Anpassung gleichermaßen widerspiegelnde Entwicklung, welche immerhin eine gewisse Unruhe in politisch verantwortlichen Kreisen auszulösen vermochte. Die speziell der Transformationsgeschichte gewidmeten Aufsätze unterstützen eher die Zweifel Ds. Sie kommen hinsichtlich Ostdeutschlands (M. Thomas) zu dem nicht überraschenden Ergebnis, dass dieses eben nicht als privilegierter Sonderfall anzusehen sei, dem durch West-Ost-Transfer aller Art (Institutionen, Rechts- und Regelordnung, Finanzen und Personal) die Wege geebnet worden wären. Dagegen würden trotz mancher Vorteile negative Wirkungen überwiegen, denn die Entwicklung eigenständiger Innovationen sowie die kreative Suche nach eigenen Problemlösungen wären abgebremst oder gar verhindert worden. Ostdeutschland sei so in einen „Stagnationszirkel“ geraten und würde daher noch lange Transfergesellschaft bleiben. Die Darlegungen über Transformation und Geschlechterordnung im postsozialistischen Bulgarien (A. Luleva) konstatieren vor allem ein weitaus drastischeres Absinken des allgemeinen Lebensstandards. Im Hinblick auf die Geschlechterrollen wird festgestellt, dass paradoxerweise die Rückkehr der Frauen an den Herd und die patriarchale Aufwertung der Mutterschaft als „moderner und europäischer Schritt“ verstanden werden (S.69) – auch von bulgarischen Frauen. Dass diese andererseits dennoch nicht mit der Revitalisierung der traditionellen Geschlechterordnung zufrieden sind, lässt die Autorin optimistisch schlussfolgern, die nachwachsenden Generationen würden die Geschlechterpraktiken ihrer Eltern nicht widerspruchlos übernehmen. An der von E. M. Hinterhuber aus der Geschlechterperspektive angestellten Analyse russlandspezifischer Transformationsprozesse ist hervorhebenswert, dass

sich vornehmlich Frauen in Nichtregierungsorganisationen (NGO) engagieren oder diese leiten, um sozial-karitative Arbeit zu leisten, aber auch um ihrerseits der durch den Systemwechsel bedingten weitgehenden Abwesenheit von Frauen in der institutionalisierten Politik, ihrer Verdrängung aus der Erwerbsarbeit und der zunehmenden Gewalt gegen sie entgegenzuwirken.

Die Ethnologin I. Dietsch befasst sich mit den Identitätskonstruktionen der Ostdeutschen, wobei sie ausgehend von historischen Ost-West-Differenzen (hochentwickelter Westen versus barbarischer Osten) die nach 1990 einsetzenden Auseinandersetzungen um Deutungshegemonie und Abwertung ostdeutscher Erfahrungen thematisiert, aber zugleich herausarbeitet, auf welche Weise sich unterschiedliche soziale Gruppen von westdeutsch dominierten Zuschreibungen trotz Weiterbestehens der Hierarchie zwischen West und Ost unabhängig machten und machen.

Eine Reihe informationsreicher Aufsätze (S. Scholz: „Der Mann, der große Ernährer der Familie, das ist in den Köpfen nicht so drin“ – Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer S.135-147; M. Meuser: Männlichkeitsansprüche ohne Hegemonieansprüche? Gemeinsamkeiten und Differenzen ost- und westdeutscher Männlichkeiten, S.147-153; M. Hofmann: Neue Männer aus dem Osten? Zum Wandel von Geschlechterarrangements in drei ostdeutschen Männergenerationen, S.153-163) befasst sich mit Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer bzw. ost-westdeutschen Männlichkeitskonstruktionen sowie symbolischen Geschlechterordnungen und leistet damit einen Beitrag zur weiteren Erhellung einer lange vernachlässigten Forschungsrichtung. In Auseinandersetzung mit der unhaltbaren These des westdeutschen Männerforschers Werner Hollstein, der meinte, die ostdeutschen Männer würden sich noch im „chauvinistischen Zeitgeist der fünfziger Jahre“ bewegen, belegen empirische Forschungen den

geringeren Stellenwert von Geschlechtsunterschieden in der DDR (S. Scholz, S.135). Im Großen und Ganzen dokumentieren die im Buch vorgestellten Untersuchungsergebnisse sogar einen gewissen Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Männer, die sich zwar wie üblich vorrangig über Berufsarbeit definierten, aber mehrheitlich dennoch nicht als Familiernährer verstanden. In Maßen beteiligten sie sich wohl auch an der Familienarbeit, stellten diese aber öffentlich nicht als identitätsrelevant heraus. Im Zentrum männlicher Lebenserzählungen standen Beruf, eigene Qualifikation und subjektive Möglichkeiten sozialer Gestaltung. Frau und Familie wurden oft nur erwähnt, wenn sie die berufliche Entwicklung des Mannes zeitweilig behinderten. Andererseits wurde die qualifizierte Berufstätigkeit etwa der eigenen Ehefrau außerordentlich positiv bewertet. Männer erzählten ihre Lebensgeschichte dennoch weitgehend als Männergeschichte, selbst weibliche Kollegen kamen darin nicht vor. Insbesondere Meuser betrachtet diese Berufszentriertheit als „ein konstitutives Element von Männlichkeitskonstruktionen in sämtlichen modernen Industriegesellschaften“ (S.148) und meint, vor diesem Hintergrund hätten ostdeutsche Männer aber ganz pragmatisch einen Beitrag zur Hausarbeit geleistet, ohne sich der Fortschrittlichkeit ihres Tuns bewusst gewesen zu sein. Wie diese Entwicklung in den konkreten Geschlechterbeziehungen verlaufen sein könnte, untersucht Hofmann anhand eines Drei-Generationen-Vergleichs zwischen den in den 1930er-, 1950er- und 1970er-Jahren Geborenen. Die erlangten Forschungsergebnisse offenbarten, dass der mittleren Männergeneration im Hinblick auf Kontinuität und Wandel ostdeutscher Geschlechterarrangements eine besondere Bedeutung zukam. Einerseits beförderte diese Modernisierungsbestrebungen und distanzierte sich von Verhaltensweisen der traditionell-autoritären Großvätergeneration, andererseits behielt sie mehrheitlich

die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bei. Moderne Aushandlungsgemeinschaften fanden sich nur bei einem Zehntel der untersuchten Fälle. Dennoch eröffnete sie den Söhnen einen Weg in moderne, flexible, verhandelbare Geschlechterarrangements.

Die Ausführungen über Geschlechterpolitiken problematisieren abschließend, „auf welcher neuen Weise die Kategorie Geschlecht als hierarchisierendes Klassifizierungsprinzip in die politischen Strategien des aktuellen Umbauprozesses“ eingehen könnte (E. Schäfer, S.12).

Vermutlich wird es in Perspektive vom Gewicht sozialer Gegenkräfte abhängen, wie tiefgreifend sich der neoliberale Strukturumbau auf die in Bewegung befindlichen Geschlechterarrangements auswirkt.

Die zweite hier zur Rede stehende Publikation, die von der Biografieforscherin U. Hänsch unter Mitarbeit von E. Schäfer herausgegebenen Lebenserzählungen ostdeutscher Frauen, bestätigt aus subjektiver Sicht manche Aussage obigen Buches. Ihn nur darauf zu reduzieren, würde aber den Eigenwert dieses Bd. schmälern. Ohne dass ihnen ein Fragebogen vorgelegt wurde, erzählten elf Frauen im Alter zwischen 26 und 73 ihre Lebensgeschichte und strukturierten sie damit selbst, zumal eine Bearbeitung der Manuskripte nur sehr behutsam erfolgte. Es sind kluge, selbstbewusste, auch eigenwillige Frauen, die über ihr Leben berichten und deren klare, offene Gesichter uns aus Dietls Fotos anschauen. In der DDR haben sie sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht und sozial wie kulturell auch recht verschiedene Leben gelebt. „Verschiedene Perspektiven auf ein und dasselbe gesellschaftliche Ereignis, auf ein und dieselbe gesellschaftliche Institution“, so schreiben die Hrsg., „werden in ihren Differenzen verstehbar, weil sie sich aus der Gesamterzählung eines Lebens erklären, das höchst individuell und zugleich bestimmten historischen und gesellschaftlichen Vorausset-

zungen unterworfen ist“ (S.8). Damit widerlegt dieser kleine Bd. die These von der Homogenität der DDR-Gesellschaft und öffnet den Blick für die Vielfarbigkeit und Vielschichtigkeit des Lebens in der DDR, ohne in blinde Nostalgie zu verfallen. Denn die zu Wort kommenden, politisch wachen und gebildeten Frauen sind keineswegs mit einer rosaroten Brille durch die DDR gegangen. Insbesondere die jüngeren unter ihnen haben die Verkrustungen und Fehlentwicklungen des realen Sozialismus zunehmend wahrgenommen und sich damit auf unterschiedliche Weise aktiv auseinandergesetzt. Bemerkenswert ist die allgemeine Arbeitsorientiertheit der Erzählenden, die ihrem beruflichen Werdegang meist ebensoviel Gewicht geben wie Männer. Nur haben Kinder, Mann, Familie oder häusliche Arbeitsteilung einen ebenso bedeutenden Platz in ihren Erinnerungen. Doch den nicht mehr berufstätigen Frauen fällt es schwer, sich neue zu definieren: „[...] ich bin Rentner. Ich kann das nicht sagen“, erklärte eine 60jährige Chemiarbeiterin. „Aber was sage ich denn? Hausfrau? Oh Gott, das ist ja auch furchtbar. Mensch, was sage ich bloß?“ (S.40f.). Für alle elf Frauen bildete die Wende eine Zäsur, mit der sie sich entsprechend ihrer Biografie auseinandersetzen mussten. Bedeutete sie für die einen Bruch, Verlust, aber auch Herausforderung, war sie für andere Neuanfang und sozialer Aufstieg. Jede sah sich „individuell gezwungen mit den Veränderungen umzugehen und sich einen Platz in der veränderten Gesellschaft zu suchen. Die Lebensleistungen ostdeutscher Frauen, die sie unweigerlich vollbringen mussten, werden im öffentlichen Diskurs, in der gesellschaftlichen Rede der westdeutschen Mehrheitskultur wenig beachtet“, kommentieren die Hrsg. und benennen daher als ein Ziel des Buches, „dies weitgehend Unbachtete zu dokumentieren und zu zeigen, wo die Einzelnen angekommen sind, was sie an Neuem aufgenommen haben und wo sie Kontinu-

itäten suchen oder neu konstruieren“ (S.8f.). Eingeschlossen in die Suche nach neuen Orientierungen war aber auch Rückbesinnen auf das einstige Leben in der DDR. Denn die dort gemachten kulturellen und sozialen Erfahrungen ließen sich nicht abstreifen „wie ein Handschuh, dessen Farbe uns nicht mehr gefällt“ (S.8). Und man muss Hänsch/Schäfer Recht geben, wenn sie feststellen dass dieses Buch für Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen lesenswert und lehrreich ist, weil sich „stereotype Täter/Opfer-Aufteilungen bei genauer Betrachtung dieser alltäglichen Lebensgeschichten nicht halten lassen: Das ‚wirkliche Leben‘ ist widersprüchlicher und weniger eindeutig“ (S.10). *Evemarie Badstübner*

Jiří Pernes: Komunistky s fanatismem v srdci (Kommunistinnen mit Fanatismus im Herzen), Nakladatelství Brána, Praha 2006, 240 S.

P. ist promovierter Fachhistoriker. Sein Spezialgebiet ist die tschechische Geschichte des Übergangszeitraumes vom 19. zum 20. Jh. sowie die tschechoslowakische Geschichte nach 1945. Der Autor bekennt im Vorwort seines Buches, dass er sich der Schwierigkeiten der Erforschung eines bisher in der tschechischen Historiografie selten bearbeiteten sensiblen Themas zu Beginn seiner Arbeit bewusst war (S.5). Es handelt sich hierbei z.T. um die Geschichte des stalinistischen Gesellschaftsmodells in der ČSR (später ČSSR), die er in die Biografien von zehn anerkannten bzw. hervorragenden Kommunistinnen der KPČ hinein gearbeitet hat oder deren Schicksale er aus diesen historischen Bedingungen heraus erklärt. Das Spezielle seiner Darstellung ist, dass über die im „realen Sozialismus“ gebrauchte Formel hinausgegangen wird. Hier wurden die Frauen zumeist nur als treue „Kampfgefährtinnen“ der Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei geführt, die – mehr oder weniger politisch gebildet –

ihren Ehemännern den Rücken bei ihrer Arbeit frei hielten.

P. legt zehn Biografien, zehn eigenständige Karrierebeschreibungen von tschechischen kommunistischen Politikerinnen vor, die zeigen, wie Frauen mit ihren besonderen Talenten und Eigenschaften, mit Hingabe an die Sache, mit Wissen und Einsatzbereitschaft der marxistisch-leninistischen Idee anhängen und – soweit sie noch leben – dies teilweise noch heute tun. Die Tragik ihres Lebens ist der Absturz ihrer Ideale, sind die Irrtümer, denen sie subjektiv wie objektiv unterlagen. Meist durchschauten sie in der Zeit ihres Wirkens nicht, dass sie und ihre Arbeit und Kraft durch männliche kommunistische Leitungskräfte ausgenutzt wurden (S.6). Zwar war dies nicht überall der Fall. Auch persönliche Motive führten – aus verschämter Liebe z.B., als Intrige und Rache im Einzelfall – in den 1950er-Jahren zur Auslieferung eines Paares in hoher Leitungsfunktion in die stalinistischen Kerker im Rahmen der politischen Prozesse durch den abgewiesenen „Genossen Rivalen“. In diesen politischen Prozessen, die die ČSR von allen sozialistischen Ländern am stärksten betrafen, wurde u.a. Otto Šling zum Verhängnis, dass er mit Marie Švermová befreundet war und der KP-Spitzenfunktionär V. Kopecký vergeblich um deren Gunst geworben hatte – das kostete O. Šling das Leben (S.91).

Die zehn Biografien sind chronologisch gestaffelt. Von ersten Vorkämpferinnen der traditionellen Arbeiterbewegung (A. Hodinová-Spurná, S.7f.; J. Taussigová-Potůčková, S.105f.) führen sie über die mittlere Generation (G. Fučíková, M. Švermová) bis in die letzten Jahrzehnte des zwanzigsten Jh. In Deutschland sind diese kommunistischen Frauenpersönlichkeiten bis auf etwa drei kaum bekannt. Zu letzteren zählen G. Fučíková, die Witwe des von den Hitlerokkupanten hingerichteten kommunistischen Schriftstellers J. Fučík, M. Švermová, deren Ehemann M. Šverma im Slowakischen Nationalaufstand zu Tode

kam, und J. Švorcová, die Schauspielerin in den bekanntesten Filmen „Der König des Böhmerwaldes“ und „Die Frau hinter dem Ladentisch“.

Die Diktion der Publikation ist wissenschaftlich und im Stil flüssig zu lesen. Es ist eine leicht ironische Schreibweise festzustellen, die dem Anliegen nicht schadet. Dadurch sind die tragischen Folgen, die die Frauen angesichts subjektiver Aufopferung für die kommunistische Idee meist unerwartet trafen, in makabrer Weise deutlich gemacht. Genannt werden soll J. Taussigová-Potůčková, die als Mitglied der zentralen KP-Kontrollkommission in der Zeit der stalinistischen politischen Prozesse der 1950er-Jahre in eifernder Manier „Parteifeinde entlarvte“ und dann selbst in die Mühlen der Säuberungen geriet (S.128f.).

Dem Autor gelingt es, das subtile Geflecht des Beziehungsgefüges der stalinistischen Politik der damaligen KPTsch-Führung aus Ausnutzung persönlicher intimer Bekanntschaft führender Funktionäre und Herrschaftswissen zu enthüllen. Vorteile im Machtkampf wurden durch Verquickung von individuellen Schwächen, Neigungen oder Lebensumständen persönlicher Biografien mit ideologisch-propagandistischen Verdrehungen und stalinistischer Intrige gezogen. Auf diese Weise wurde u.a. das Prestige verspielt, das die Kommunisten in der ČSR nach 1945 zunächst bei großen Teilen der tschechoslowakischen Gesellschaft auf Grund ihres Anteils am Widerstandskampf gegen die deutsche Hitler-Okkupation hatten (S.224).

Die Aufbruchstimmung der ersten Nachkriegsjahre führte vor allen Dingen viele Angehörige der jungen Generation, gleich welcher Herkunft, sehr oft aus dem linken Bereich der Intellektuellen und Künstler, mit Idealen behaftet, zu dem Lebensgefühl, am Beginn einer neuen Welt zu stehen. Aus dieser „Begeisterung der Aufbaujahre“ heraus, so schätzt der Vf. ein, kam es zur Hinwendung zur KP als

Partei der zu schaffenden sozialistischen Gesellschaft und zur Überzeugung, den Kräften zuzugehören, die diese Zukunft zu gestalten versprochen (S.5/6). Der Autor respektiert als Historiker die konkreten Zeitumstände. Er macht die ehrliche Einsatzbereitschaft den Frauen dieser Generation nicht zum Vorwurf. Nicht alle konnten durchschauen, dass die Gruppe der „karlínských kluků“ – der „Jungs“ der KP-Parteizentrale, die ihren Sitz im Prager Stadtteil Karlín hatte, d.h. der Gruppe der ‚Bolschewisierungspolitiker‘ seit 1929 um K. Gottwald – längst durch die stalinistische Politik moralisch verkommen war (S.33).

Zermürbt durch Machtkämpfe, Enttäuschungen, Rivalitäten und „Verratsvorwürfe“, gefangen in der These Stalins von der Verschärfung des Klassenkampfes im Sozialismus und der Suche nach „Agenten des Imperialismus“, schalteten sie sich aus Furcht vor dem Druck der „Moskauer Berater“ gegenseitig aus (Slánský, Zápotocký, Gottwald). Letzterer verfiel bis zu seinem Tode dem Alkoholismus und verstarb am 14. März 1953 kurz nach Stalins Ableben.

Zwei Bruchstellen der tschechoslowakischen Geschichte des stalinistischen Gesellschaftsmodells prägen die Haltung der betroffenen zehn Frauen: das Jahr 1956 und der XX. Parteitag der KPdSU mit der Verurteilung des Personenkults um Stalin sowie das Jahr 1968, das durch sozialistische Reformversuche und den Einmarsch der Armeen der Warschauer Vertragsstaaten im August gekennzeichnet war. Dem Autor gelingt es, das Betroffensein seiner Protagonistinnen in ihrer Individualität glaubhaft durch alle Biografien zu begründen. Er zeigt die Skala der Register ihrer Reaktionen, von Scham, mitverantwortlich zu sein für die Geschehnisse dieser Zeit der 40er- und 50er-Jahre. Das gilt in erster Linie für den XX. Parteitag – aber auch für Versuche, Verantwortung von sich zu weisen, Alibismus zur Begründung heranzuziehen oder andere Arten der subjektivi-

ven Verteidigung. Die Schlussfolgerungen sind bei den verschiedenen Frauen verschieden: vom wissentlichen Verbleiben auf kommunistischer Position bis zu Versuchen, weiterhin beteiligt zu sein und auf dem bisherigen Posten zu beharren, „um den Sozialismus zu verbessern“. Nach 1968 gemachte Erfahrungen veranlassten andere (M. Švermová, S.104, G. Sekaninová-Čakrtová, S.197), die „Charta 77“ zu unterzeichnen. Andere versagten sich dem „Normalisierungsprozess“ nach 1970/71 und trugen die Folgen in Gestalt des Verlusts von Amt und Würden bzw. des Ausgeschiedenseins, um am Rande der Gesellschaft zu leben (M. Míková, S.173f.). Wieder andere gliederten sich in den „Normalisierungsprozess“ ein (J. Švorcová, S.199f., M. Kabrhelová, S.222f.) oder resignierten (J. Glazarová, S.133f.), weil sie den Verlust ihrer Ideale nicht hatten tragen können.

Der Vf. vermerkt in der Einleitung, dass die Zeit heute bereits weit über die Probleme der kommunistischen Politikerinnen, über die Probleme, die sie damals beschäftigten oder die sie „lösen wollten“, oder über die Entscheidungen, die sie zu fällen hatten, hinweg gegangen ist (S.6). Die Ereignisse liegen mehr als fünfzig Jahre zurück. Die Namen der in die Geschichte der Tschechoslowakei (heute Tschechische bzw. Slowakische Republik) involvierten Personen sind in der Gegenwart meist schon nicht mehr bekannt, ihre Spitzenfunktionen in der damaligen Gesellschaft und ihre Macht sagen den heutigen jüngeren Generationen kaum noch etwas. Trotzdem war über sie selbst wenig bekannt. P. kann die Nutzung einer langen Liste von Quellen und Literatur nachweisen, darunter der Archive des Prager Innen- bzw. Außenministeriums, des Archivs des Parlaments der Republik und von Archiven in London, Stockholm und Wien, Periodika, Zeitschriften, Filmen u.a., die lange nicht oder noch nie zugänglich waren. Interviews mit bis zum Erscheinungsjahr noch lebenden Frauen (J.

Taussigová-Potůčková, S.132, M. Miková, S.174, J. Švorcová, S.219) bringen zutage, dass die meisten von ihnen „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ haben – auch, wenn ihnen schlimm mitgespielt wurde. J. Taussigová-Potůčková wird durch den Vf. zitiert: „Die Kommunistische Partei ist für mich tot. Die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, die mein ganzes Leben leiteten, sind mir auch heute noch teuer, sodass ich sie auch heute noch habe, was sollte ich daran ändern ...“ (S.132). P. respektiert dies, da er die persönlichen Schicksale kennt.

Die Publikation füllt eine Lücke. Trotz des Bekanntheitsgrades der zehn Frauen in den vergangenen Jahrzehnten war vor allem ihr persönliches Leben als Ehefrauen, Mütter, Familienmitglieder nahezu unbekannt. Hier dient der Autor mit einer Fülle bisher unbekannter Fakten und Tatsachen. Obwohl der Vf. umfangreiches Archiv- bzw. Quellenmaterial nutzt (sechs Seiten eng beschrifteter Literatur- und Quellenliste), verzichtet er leider auf einen Anmerkungsapparat. Das mag für einen interessierten Leser angenehm sein, ist jedoch für die wissenschaftliche Arbeitsweise unerlässlich.

Zu hinterfragen ist der Titel der Publikation von seiner semantischen Seite. Zwar waren die in den zehn Biografien dargestellten Frauen eifernde, von der kommunistischen Idee schwärmerisch erfasste und – als sie die politische Macht hatten – rücksichtslose und unduldsame Kämpferinnen für ihre Utopie, nichts anderes bedeutet Fanatismus. Der Vf. selbst bezeichnet sie vielfach im Text anders als fanatisch. Er nennt sie „glühende Kommunistinnen“ oder Frauen, die „für ihre Idee brannten“ usw. Sie hatten verschiedene Lebensläufe, die sich nicht alle gleichen und nicht alle gleich endeten – und alle Frauen waren nicht gleich unbelehrbar fanatisch. Hier wäre Differenzierung am Platze. *Veronika Arndt*

Jan Philipp Spannuth: Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland, Klartext Verlag, Essen 2007, 255 S.

Für die betroffenen Ex-DDR-Bürger kam die Nachricht völlig überraschend: Das Haus, in dem sie wohnten, das Grundstück, das sie seit Jahrzehnten bewirtschafteten und das sie als kommunales Eigentum zu betrachten gewohnt waren, war in den 1930er-Jahren „arisiert“ worden. Zum größeren Teil war es die Jewish Claims Conference (JCC), die als Kollektiverein unbeanspruchten jüdischen Vermögens in den neuen Bundesländern auftrat. In den 1950er-Jahren hatte sie in der Bundesrepublik die Rückgabe „arisierter“ Objekte durchgesetzt. Was im Westen begonnen hatte, wurde nun im Osten vollendet, denn, so die JCC, die DDR habe 40 Jahre lang für die Überlebenden nichts getan.

S. mehr als anderthalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall erschienene, aus seiner Dissertation am Freiburger Lehrstuhl von Ulrich Herbert hervorgegangene Arbeit ist die erste, die sich ausführlich mit dem Schicksal „arisierter“ Vermögens in der DDR beschäftigt. Das ist erstaunlich, da es sich beim „arisieren“ Vermögen „nach vorsichtigen Schätzungen“ um einen Bestand von rund 45.000 Immobilien und etwa 10.000 Betrieben handelte.

Während in Westdeutschland die amerikanische Besatzungsmacht frühzeitig eine umfassende Rückerstattungsgesetzgebung und -administration durchsetzte, blieb die Entschädigung der jüdischen Naziopfer in der SBZ den Deutschen überlassen. Die Wiedergutmachung erfolgte in der DDR entsprechend der VdN-Verordnung vom Oktober 1949. Alle in der DDR lebenden ehemaligen Verfolgten des Naziregimes, darunter auch die jüdischen, hatten Anspruch auf Sonderrenten, genossen eine privilegierte medizinische Betreuung, großzügigere Versorgung mit Wohnraum

usw. „Das Gebot der Stunde lautete sozialpolitische Fürsorge, Auszeichnung und Integration in die Aufbaugesellschaft.“ Alle „Opfer des Faschismus“ erhielten die gleiche Behandlung. Individualisierte Entschädigungen, zu denen auch die Rückgabe „arisierten“ Vermögens gehört hätte, schlossen diese Regelungen aus.

S., der sich auf umfangreiches Archivmaterial stützen kann, führt dies – sicher zu Recht – in erster Linie auf die sozialistischen Zielvorstellungen der SED zurück, in denen langfristig Privateigentum an Produktionsmitteln keinen Platz hatte. Mit dieser Begründung lässt sich auch erklären, warum das Eigentum jüdischer Gemeinden und Institutionen ohne Bedenken zurückerstattet wurde.

Das DDR-Wiedergutmachungskonzept für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus unterschied sich damit grundsätzlich von dem durch die westlichen Besatzungsmächte verordneten bundesdeutschen und wurde – wie fast alle Regelungen aus DDR-Zeit, die nicht in die westdeutsche Gesetzgebung passten – mit dem Einigungsvertrag aufgehoben und durch bundesdeutsche Regelungen ersetzt.

Soweit, so gut. S. Kritik an den ostdeutschen Regelungen setzt an einem anderen Punkt an: Es habe in der SBZ/DDR durchaus Bemühungen gegeben, „arisiertes“ Vermögen zurückzugeben. Entsprechende Vorstellungen bzw. entwickelte Regelungen seien aber von der SED-Führung nicht akzeptiert worden.

Paul Merker, Ende der 1940er-Jahre Politbüromitglied, hatte sich für eine „kleine Lösung“ stark gemacht, nach der Wohneigentum sowie kleine Betriebe jüdischer Bürger restituiert und nur die Großbetriebe verstaatlicht bleiben sollten. Diese Lösung, betont S. zu Recht, vertrug sich durchaus mit den ordnungspolitischen Vorstellungen der SED. Aber auch Merkers Konzeption wurde nicht verwirklicht, er selbst seiner Ämter enthoben.

S. unterstellt der DDR-Führung in der Behandlung „arisierten“ Vermögens neben

ordnungspolitischen Bedenken antisemitische Motive. Dies kann aus mehreren Gründen nicht überzeugen: Einmal ist, wie S. auch betont, für SED-interne Auseinandersetzungen 1946/47 bis 1949 um das geplante Wiedergutmachungsgesetz die Quellengrundlage nicht ausreichend. Das betrifft übrigens auch die sowjetische Haltung zur Restitution jüdischen Eigentums. Der Autor ist vielfach auf Mutmaßungen angewiesen. Zweitens fallen die während der ersten Nachkriegsjahre im Land Thüringen und anderswo in der SBZ entwickelten Initiativen für die Restitution jüdischen Vermögens in eine Zeit, als man in Moskau und Ostberlin noch nicht mit einem sozialistischen Teilstaat rechnete, sondern mit einer Vereinigung Deutschlands auf privatwirtschaftlicher Grundlage, in die auch die Rückgabe jüdischen Produktiveigentums gepasst hätte. Drittens verträgt sich mit einer „antisemitischen Grundhaltung“ der SED einfach nicht, dass Menschen jüdischer Abstammung und Holocaustgeschädigte wie Albert Norden und Hermann Axen als langjährige Politbüromitglieder wichtige Positionen in der DDR innehatten.

Ausführlich geht S. auf die Restitutionen nach 1990 ein. Er konnte dafür erfreulicher Weise die Verfahrensakten aus drei ostdeutschen Landesämtern zur Regelung offener Vermögensfragen benutzen, was ihm eine fundierte Darstellung der Verfahrenspraxis in den neuen Bundesländern erlaubte. Er vergleicht diese mit der Durchsetzung der Restitutionsgesetzgebung für „arisiertes Eigentum“ in der Bundesrepublik während der 1950er-Jahre und kommt zu dem Schluss, dass diese in der Ex-DDR viel rascher vor sich ging und der Standpunkt der Kläger (in der Regel die JCC) stärkere Berücksichtigung fand. „Verschiedene Missstände“, die in der westdeutschen Verfahrenspraxis zu verzeichnen waren, seien im Osten nicht mehr zu beobachten gewesen, stellt S. fest. Techniken der „stillen Sabotage“ der Rückerstattung, wie sie in den 1950er-

Jahren im Westen durchaus vorkamen, wären seitens der Rechtssprechung im Osten nicht mehr angewandt worden. S. führt das darauf zurück, dass „die heutige Rückgabep Praxis aus den Erfahrungen im Westen gelernt“ hat. Er nennt dafür mehrere Gründe, erwägt einen nahe liegenden erstaunlicher Weise jedoch nicht: Das leitende Personal, das die Rückerstattung in den neuen Bundesländern besorgte, kam zu einem großen Teil aus dem Westen. Eine für die betroffenen bisherigen Nutzer rigide Verfahrens Praxis traf nach 1990, im Unterschied zu den 1950er-Jahren, nicht mehr die eigenen Leute, sondern Personen aus dem „Beitrittsgebiet“.

Insgesamt erlaubt S. Buch einen informativen Einblick in ein bisher kaum behandeltes Gebiet der DDR-Wirtschaftsgeschichte.

Jörg Roesler

Lothar Mertens: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Studien zur DDR-Gesellschaft, Bd. 10), LIT-Verlag, Münster 2004, 415 S.

Seltsamer Weise sind in Folge der „DDR-Geschichtsaufarbeitung“ solche zentralen Institutionen wie die Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED oder das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED bislang nicht explizit behandelt worden. Über das Institut für Politik und Wirtschaft gibt es zwar einige kleinere bzw. zeitlich eingegrenzte Studien, jedoch existieren auch hierüber keine umfassenden wissenschaftlich ernst zu nehmenden Analysen. Dabei handelte es sich um zentrale Wissenschaftsinstitutionen der DDR. Dies ist nicht allzu sehr verwunderlich, existierten doch andere Institutsgeschichten außerhalb der Akademie der Wissenschaften der DDR aus diesem deutschen Zeitabschnitt ebenfalls nicht gerade in reichlicher Vielzahl. Verwunderlich ist vielmehr, dass in all den Diskussionen um die Historiografie der DDR, um

Indoktrinierung und Zensur in der Wissenschaft, um angebliche Fehlleistungen und Ausblendungen, um die Herausbildung von Eliten und deren angebliche Identifikationsprobleme oder –übereinstimmungen mit dem DDR-System manche wichtige Einrichtungen wie die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (AfG), immerhin eine der größten „Kaderschmieden“ der Staatspartei der DDR, so gut wie überhaupt nicht beachtet worden sind.

Nunmehr liegt jedoch eine recht umfassende historische Analyse, zumindest für die Jahre der Honecker-Ära, also von Beginn der 70er-Jahre bis zum Jahr 1989, einer akademischen Ansprüchen genügen wollenden Institution der SED, vor.

Aus zehn Kapiteln und einem Anhang besteht der voluminöse Bd., der einerseits eine Pionierleistung darstellt und andererseits dennoch viele Fragen unbeantwortet lässt, wenngleich sich der Autor sichtlich bemüht, die Anzahl der Desiderata so gering wie möglich zu halten. Dem Autor gelingen einige spektakuläre Feststellungen, wie etwa, dass der Direktor der AfG jahrelang vom MfS unter Telefonkontrolle stand (S.145) oder nicht alle ausländische Studierende ihren Abschluss schafften (S.143). Selbst in der DDR sozialisierte Historiker dürften einige neue Erkenntnisse zur Wissenschaftsgeschichte ihres nicht mehr existierenden Staates aus dem Buch entnehmen können.

Eine Bewertung des Buches vorzunehmen ist nicht unproblematisch. Wird etwa auf Publikationen oder sonstige Ergebnisse von Forschungsarbeiten der ehemaligen Mitarbeiter der AfG durch den Autor Bezug genommen, die unter damaligen Gesichtspunkten durchaus neue Einsichten präsentierten, wird auf den zeitgenössischen Erkenntnisgewinn nicht verwiesen. Werden hingegen dogmatische Werke des Marxismus-Leninismus, von denen ohne Zweifel nicht wenige in der „roten Denkfabrik“ entstanden sind, erwähnt, werden sie heftig kritisiert und erhalten so noch

nachträglich eine größere Bedeutung zugesprochen, als sie seiner Zeit innerhalb der scientific community inne hatten.

Trotz dieser „Ungleichbehandlung“ der in der AfG entstandenen Publikationen kann man nicht sagen, dass der Autor seinen Forschungsgegenstand durchweg aus einer überheblichen Sicht interpretiert hat. Sein Bemühen, den für die Außenstehenden damals weitgehend undurchsichtigen Funktionsmechanismus dieser SED-Parteiinstitution, ihre Rolle in der von der Staatspartei gelenkten Wissenschaft, ihre Struktur und Geschichte offen zu legen und zu analysieren, sind unübersehbar. Davon spricht auch das Behandeln solcher Probleme, die in vergleichswissenschaftshistorischen Abhandlungen kaum eine Rolle spielen, wie „Papierknappheit als Forschungshemmnis“ (S.162ff.), „Krankenstand“ (S.202ff.) oder „Raumnot am Arbeitsplatz“ (S.212ff.). Andererseits werden wichtige Vorgänge nicht benannt oder nur am Rande erwähnt, etwa das Verhältnis der AfG zum Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED oder zur Akademie der Wissenschaften der DDR.

Zu den wichtigsten Teilen des Buches gehört die Entwicklungsgeschichte der einzelnen Institute der AfG, die da waren die Institute für Philosophie, Soziologie, Kultur- und Kunstwissenschaften (natürlich alle „marxistisch-leninistisch“), für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, für Internationale Arbeiterbewegung, für Imperialismusforschung, für Wissenschaftlichen Kommunismus, für Politische Ökonomie des Sozialismus und für Ökonomie und Politik sozialistischer Länder.

Das sechste Kapitel befasst sich mit dem SED-SPD-Papier. Jeweils ein Unterkapitel ist den Reaktionen von Kurt Hager und anderen Politbürokraten auf das Dokument sowie dem ideologischen Zwist darüber nach dem Ende der DDR gewidmet, vor allem der Kontroverse Hahn/Neubert/Reinhold versus Reißig.

Die Sympathien des Autors liegen eindeutig auf der Seite von Rolf Reißig.

Im neunten Kapitel wird ein Vorfall in der AfG behandelt, den M. als den „Naumann-Zwischenfall“ bezeichnet. Das Politbüro-Mitglied Konrad Naumann hatte in überheblicher Weise in der AfG referiert und einige kritische Bemerkungen zur Politik der SED-Führung angebracht. Daraufhin wurde er von seiner Parteifunktion abgelöst und, wie einige andere DDR-Spitzenpolitiker vor ihm, ins Staatsarchiv nach Potsdam abgeschoben.

Insgesamt liegt hier eine fleißige, notwendige und nützliche Arbeit vor, die leider oftmals zu deskriptiv bleibt und deshalb selbst aufgeworfene oder durch die Lektüre provozierte Fragen nicht beantwortet. Aber dennoch: M. hat eine zum Teil akribisch recherchierte Geschichte einer der wichtigsten Wissenschaftsinstitutionen der DDR vorgelegt; auch wenn noch viele Wünsche offen bleiben. Ein wichtiger Baustein für ein Fundament der noch zu schreibenden Wissenschaftsgeschichte bzw. „Geisteswissenschaftsgeschichte“ der DDR ist nunmehr vorhanden.

Ulrich Ramm

Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Hochschulbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke. Mit einem Vorwort von Wolfgang Kraushaar und einem Bildteil von Klaus Mehnert, 4. überarb. und erg. Aufl., Klartext Verlag, Essen 2007, 200. S.

Das Jahr 2008 ist für verschiedene Veröffentlichungen gut, um dem historisch für die Bundesrepublik (alt) bedeutsamen Jahr 1968 spezielle Beachtung zu schenken. Vierzig Jahre danach ist die politische Situation der BRD (groß) durch manche Krisensymptome gekennzeichnet, die so neu nicht sind. Irak und Afghanistan sind sicher nicht ganz so gravierend wie seinerzeit der Vietnam-Krieg der USA, die nur

durch Steuermittel verhinderten Bankenkrisen bewirkten keine ernsthafte Erschütterung der Wirtschaft, aber die Krise der parlamentarischen Demokratie und die Beschädigung der sowieso nicht sehr respektablen öffentlichen Moral der Eliten durch das Zumwinkel-Syndrom sind erheblich. Die kleine Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), damals Ausdruck einer linksgerichteten Revolte der jungen Intelligenz, findet heute eine in anderen Formen und bis jetzt eher von der älteren Generation getragene Wiederholung: Durch DIE LINKE, deren Aufbauversuch einer Jugendorganisation, dem Einbruch dieses politischen Zwitters ins parlamentarische System auf Länderebene auch im Westen usw. Spielte damals das „kommunikative Beschweigen“ der Nazidiktatur durch die alten Eliten im antifaschistischen Protest der Jungen eine wichtige Rolle, steht dafür nun die Abwehr des jungen Neonazismus an. Bei allen Unterschieden dürften sich manche Kontinuitäten finden lassen, und einige der damals heftig debattierten theoretischen Probleme sind alles andere als alte linke Spinnereien. Besonders lesenswert für aktionistische Linke von heute sicher jene schon damals durchaus Aufsehen erregende viertägige Veranstaltung zum Themenkomplex „Möglichkeiten der außerparlamentarischen Opposition“ mit dem aus den USA eingeladenen Herbert Marcuse, der über „Das Ende der Utopie“ referierte. Seine bemerkenswerten Schlusspassage lautete: „Ich habe bereits angedeutet, dass die kritische Theorie, die ich auch heute noch Marxismus nenne, dass eben diese Theorie die oben nur ganz roh angedeuteten extremen Möglichkeiten der Freiheit, den Skandal der qualitativen Differenz, in sich aufnehmen muß, wenn die Theorie nicht bei der Verbesserung des schlechten Bestehenden stehen bleiben will. Der Marxismus muß riskieren, die Freiheit so zu definieren, dass sie als ein nirgends schon Bestehendes bewusst und erkannt wird. Und gerade weil die sog.

utopischen Möglichkeiten gar nicht utopisch sind, sondern bestimmte geschichtlich-gesellschaftliche Negation des Bestehenden darstellen, verlangt die Bewusstmachung dieser Möglichkeiten und die Bewusstmachung der sie verhindernden und der sie verleugnenden Kräfte von uns eine sehr realistische, eine sehr pragmatische Opposition. Eine Opposition, die frei ist von allen Illusionen, aber auch frei von allem Defätismus, der schon durch seine bloße Existenz die Möglichkeiten der Freiheit an das Bestehende verrät.“ Solche und weitere Anregungen für sehr aktuelle Diskurse wird jeder Leser, besonders der junge finden, auf jeden Fall lohnenswert, auch wenn er sich durch den manchmal leider stark von personellen und Gruppenrangeleien wie von Konferenzstreitereien überwucherten Text des vorliegenden Buches kämpfen muss.

Während die Frühgeschichte dieser der SPD verbundenen Studentenorganisation ab 1946 bis Anfang der 60er-Jahre sich kaum von üblichen Organisationsgeschichten unterscheidet und ihre hauptsächliche Rolle, vorbereitendes Spielfeld und Sprungbrett für die Karriere junger Nachwuchspolitiker zu sein, problemlos spielte, geriet die mit dem Godesberger Programm (1959) neu justierte Mutterpartei mit ihrer sich radikalisierenden studentischen Nachwuchsorganisation in einen prinzipiellen Konflikt. 1961 wurde durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss der SDS exkommuniziert, (und mit dem SHB ein Vorstandshöreriger Sozialdemokratischer Hochschulbund als Parallelorganisation gegründet). Von der Mehrheit des SDS wurde die so unerwartet gewonnene Freiheit genutzt, sich verstärkt in die internationale Debatte um eine „Neue Linke“ einzumischen, die von neo-marxistischen Positionen aus nach einem Weg sowohl in Frontstellung zum sowjetischen System wie zum rechtssozialdemokratischen Konzept der Volkspartei suchte. Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Westberlin löste dann die Welle

von Demonstrationen und radikalen Aktionen gegen den scheinbar drohenden Polizeistaat wie gegen die im Springer-Konzern sich manifestierende Allmacht des großen Kapitals aus. Der Beitrag zur Bewegung gegen den Vietnam-Krieg gehört sicher zu den bleibenden historischen Tatsachen, mit denen sich einige führende Köpfe ein dauerhaftes Denkmal gesetzt haben.

Die Selbstauflösung des SDS 1970 – sicher auch Folge internationaler Einflüsse (Maoismus, ČSSR-Besetzung u.a.) – wird von den Autoren leider wenig auf ihre internen Ursachen hin analysiert, gar nicht nach Zersetzungsstrategien von ehrlich-naiven und gewollt linksradikalen Revolutzern gefragt. Viele Probleme – wie die faktisch fehlende Verbindung mit anderen sozialen Gruppen – dürften ihre Aktualität bei heutigen Neuformierungsprozessen nicht verloren haben. *Heinz Niemann*

Autorenverzeichnis

Veronika Arndt, Dr. phil. habil., Doz., Magdeburg
Evemarie Badstübner, Dr. sc. phil., Berlin
Sebastian Baryli, Doktorand, Universität Wien
Hanna Behrend, Dr. sc. phil., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin
Helmut Bock, Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin
Marcel Bois, M.A., Universität Hamburg, Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Augusta Dimou, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Slavistik, Universität Leipzig

Vera Dost, Studentin an der Universität Potsdam

Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee

Horst Helas, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Mario Hesselbarth, Maschinenbauingenieur, Student an der Fernuniversität Hagen

Rainer Holzke, Dr., Berlin

Martin Hundt, Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Potsdam

Heiner Jestrabek, Vorsitzender des Freidenker-Verbandes Ostwürttemberg, Heidenheim

Mario Kefler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschungen, Potsdam, Mitglied der Leibniz-Sozietät

Annelies Laschützka, Prof. Dr., Berlin

Ottokar Luban, Berlin

Renate Merkel-Melis, Prof. Dr., Berlin

Nina M. Muchorina, Archangelsk

Christel Nebrig, Prof. Dr., Birkenwerder

Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde

Gisela Notz, Dr., Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Hartmut Rüdiger Peter, Dr., Universität Halle

Ulla Plener, Dr. sc. phil., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin

Ulrich Ramm, Historiker, Berlin

Jörg Roesler, Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin

Dieter Schiller, Prof. Dr., Berlin

Ruth Stoljarowa, Dr. sc. phil., Berlin

Jens Thiel, Dr., Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adressen der Redaktion:

redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

oder

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

hebra@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

für Rezensionen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manu-

skripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten etwa 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen umfassen. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Das Jahresabonnement beträgt auch 2008, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank,

BLZ 100 900 00;

für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 31.03.2008